

Das Argument

43

9. Jahrgang 1967

Wissenschaft als Politik (I)

Die dunklen Mächte im Hintergrund. Öffentlichkeit und Ritual an der Universität (Editorial)	89
Klaus Heinrich: Erinnerungen an das Problem einer freien Universität	92
Margherita von Brentano: Die unbescheidene Philosophie. Der Streit um die Theorie der Sozialwissenschaften	102
Rolf Schmiederer: Zur Theorie der politischen Bildung	117
Wolfgang Fritz Haug: »Positive Werte« und Konzeption »reiner Wissenschaft« in den Ringvorlesungen über Wissenschaft und Nationalsozialismus	127
Tim Mason: Der antifaschistische Widerstand der Arbeiterbewegung im Spiegel der SED-Historiographie	144
Gerhard Voigt: Zur Sprache des Faschismus. Ein Literaturbericht [Sammelrezension]	154
Kurt Steinhaus: Deutschsprachige Bücher über die Volksrepublik China. Ein Literaturbericht [Sammelrezension]	166
Besprechungen	182

Editorial:

Die dunklen Mächte im Hintergrund

Öffentlichkeit und Ritual an der Universität

Wissenschaft ist niemals unpolitisch. Wer sie so haben möchte, bekundet meist nur, daß die seine jedenfalls in einer Weise politisch ist, die sie wissenschaftliche Selbstreflexion ebenso wie demokratische Öffentlichkeit scheuen läßt. An der Freien Universität Berlin haben die Fragen nach der Gesellschafts- und Organisationsform des Wissenschaftsbetriebs sowie nach der — teils unbewußten, teils willentlich verdeckten — politischen Relevanz der Lehrhalte zu Konflikten geführt, an denen der allgemeingesellschaftliche Charakter der Universitätsprobleme besonders deutlich hervortritt. Wir greifen eine Kontroverse heraus, in die unsere Zeitschrift direkt hineingezogen worden ist.

Der FU-SPIEGEL, die offizielle Studentenzeitschrift, veröffentlichte eine Rezension über ein Seminar von Prof. Ernst Fraenkel: „Zur Theorie der Demokratie (unter Berücksichtigung der neueren amerikanischen Literatur)“. Daneben wurde eine Stellungnahme von Fraenkel gebracht, auf die der FU-SPIEGEL ein Vierteljahr hatte warten müssen. Fraenkel lehnt es darin strikt ab, auf die in der Rezension vorgetragene Kritik einzugehen — neben Fragen der Seminarorganisation betrifft sie in erster Linie zwei Punkte: das Fehlen wissenschaftstheoretischer Überlegungen und ideologieverdächtige Passagen der von Fraenkel vertretenen Pluralismuskonzeption. Seine prinzipielle Ablehnung, sich mit diesen Einwänden überhaupt zu befassen, begründete Fraenkel folgendermaßen:

Die in der „Rezension“ entwickelten Gedankengänge decken sich vollinhaltlich mit Ausführungen, die Joachim Bergmann in der Zeitschrift DAS ARGUMENT, 9. Jahrgang, Nr. 42, S. 41 ff. entwickelt hat. Es handelt sich daher in der sogenannten Rezension nicht um eine Kritik meines Seminars, sondern um eine hart an der Grenze des Plagiats liegende Wiederholung einer kritischen Auseinandersetzung mit einem Buch von Seymour M. Lipset (siehe DAS ARGUMENT, 9. Jahrgang, Nr. 42, S. 41 ff., insbesondere S. 48. Abs. 2).

Ich würde meine Pflichten als Hochschullehrer verletzen, wenn ich mich auf eine wissenschaftliche Diskussion über Ausführungen einlassen wollte, die von dogmatisch gebundenen Befehlsempfängern einer bestimmten politischen Richtung ausgehen.

Sehen wir einmal von der notorischen Politik mit Anführungszeichen und dem Wort „sogenannt“ ab, so bleiben die in der Wissenschaftsetiquette vernichtenden Anschuldigungen, die Rezension sei ein Plagiat und der Verfasser ein dogmatisch gebundener Befehlsempfänger. Als vermeinte Befehlserteiler müssen wir zunächst gesehen: Wir haben in den beiden Texten schlechterdings keine Formulierungen entdecken können, auf deren Parallelität der Fraenkelsche Plagiatvorwurf sich stützen ließe. Wir schämen uns fast, dem die einfache Zeitrechnung hinzuzufügen: Im Februar hielt Fraenkel bereits die Fahnenabzüge der Rezension in Händen, während die Nummer 42 des „Argument“ erst Ende März/Anfang April gedruckt

und ausgeliefert worden ist. Ein Wissenschaftsdetektiv, der wie Fraenkel vorgeht, könnte demnach ebensogut Bergmann des Plagiats an seinem unbekanntem Kollegen vom FU-SPIEGEL zeihen. Vielleicht möchte er auch, kühn kombinierend, mutmaßen, hinter beiden Texten stecke womöglich derselbe Verfasser. Dem wäre entgegenzuhalten, daß Dr. Bergmann als Assistent am Frankfurter Institut für Sozialforschung ein ungewöhnliches Doppelleben führen müßte, um zur gleichen Zeit an Fraenkels Berliner Seminar teilzunehmen.

Des Rätsels Lösung ist vielleicht gar nicht so schwierig. Die Kritik am pluralistischen Konzept, der Verdacht, das pluralistische Modell vermöchte gesellschaftliche Widersprüche eher zu verdecken als demokratisch zu bewältigen, die Einsicht schließlich, daß pluralistische Begriffe eine Parteinahme für die bei gegebenen Spielregeln stärkere Seite sozialer Konflikte implizieren können, — derartige Formulierungen sind inzwischen nahezu Gemeinplätze, an denen weder Bergmann noch der anonymus vom FU-SPIEGEL das Urheberrecht werden beanspruchen wollen.

Daß Pluralismus und autoritäre Parteinahme sich assoziieren können, zeigt Fraenkels Reaktion. Wo eine Pluralität von Argumentationen, die eo ipso sein Konzept in Frage stellt, Gehör beansprucht, greift er, um öffentliche Diskussion unmöglich zu machen, zu einem Mittel, das man Denunziation nennen muß. Nicht nur ist der Plagiatvorwurf vollkommen aus der Luft gegriffen. Die Rede von den „dogmatisch gebundenen Befehlsempfängern einer bestimmten politischen Richtung“ schickt sich an, mit der paranoiden Erfindung dunkler Mächte im Hintergrund die rationale Diskussion zu zerstören.

Wenn Fraenkel auch mit keinem Wort auf die in Frage gestellten Inhalte eingeht, so bringt er immerhin ein auf die Organisationsform eingehendes Argument: das rezensierte Seminar sei ein Forschungsseminar, dessen Wesen es entspreche, daß es „hinter schalldichten Türen“ stattfinde. „Wenn ein Lehrstuhlinhaber nicht dagegen gesichert ist, daß der provisorische Charakter der von ihm aufgestellten Thesen und der von ihm gegebenen Antworten von den Seminarteilnehmern anerkannt und respektiert wird, kann er nicht mit derjenigen Freiheit sprechen, die zur Abhaltung eines Forschungsseminars unerläßlich ist.“ Zu fragen wäre nach der sozialen Rolle und Identität, die Freiheit der Rede nur in geschlossener Gesellschaft erlaubt. Ein Rollenzwang, der es einem Professor verbietet, in der Öffentlichkeit Thesen von provisorischem Charakter aufzustellen, und ihn fortwährend zwingt, den Anschein zweifelsfreien letztgültigen Bescheidwissens zu machen, ein solcher Zwang wäre aufzugeben — er bedeutet immense persönliche Unkosten für die Professoren, erzieht die Studenten zu autoritärer Einstellung und muß die wissenschaftliche Produktivität erheblich beeinträchtigen.

Darüber hinaus sind drei Punkte hervorzuheben. Erstens will es das Selbstverständnis der Universität, daß alle Seminare unter dem Anspruch stehen, die Einheit von Forschung und Lehre zu realisieren. Deshalb richtet sich Fraenkels Abwehr tendenziell gegen öffentliche Diskussion von Seminaren überhaupt. Zweitens können wir

nicht einsehen, was an Fraenkels Demokratie-Seminar eigentlich den besonderen Neuheitsanspruch eines Forschungsseminars rechtfertigen soll. Die geistesgeschichtliche Methode ist ebensowenig ein *Novum* wie die behandelten Themen es sind: antike Demokratie, Rousseau, Carl Schmitt, Schumpeter, Kornhauser, Kelsen, Radbruch und Dahl. Drittens scheint es uns ganz besonders widersinnig, daß ausgerechnet die Diskussion über Demokratie geheim und sozusagen monopolisiert vor sich gehen soll.

Warum wird Öffentlichkeit an den Universitäten so sehr gefürchtet? Welche Momente an Vorlesungen, Übungen und Prüfungen werden insbesondere bedroht, wenn die Studenten sich öffentlich mit ihnen auseinandersetzen? Die Rezensionen stören in keiner Weise die rationale Funktion von Lehrveranstaltungen. Was sie stören, wogegen sie verstoßen, ist der rituelle Aspekt des Wissenschaftsbetriebes. Wo die Gegenstände kontrovers und selbst die Sachwalter sich uneinig sind, täuscht das Ritual Einigkeit vor. Das Ritual funktioniert ferner dort, wo die vertretene Sache noch einer anderen Autorität als der sachlichen bedarf. Im akademischen Ritual verbirgt, erhält und reproduziert sich stets aufs neue das dogmatische Verhältnis zum Lehrgehalt sowie ein krudes Herrschaftsverhältnis zwischen Universitätsfunktionären und Studenten. Das Modell wird dadurch kompliziert, daß dies Verhältnis sich auf allen Ebenen der Universitätshierarchie spezifisch abgewandelt wiederholt, so daß ständig ungeheure Energien in diesem System von Ritualisierungen gebunden sind. Es wäre an der Zeit, dieses komplexe System mittelbarer Herrschaftsverhältnisse mit den Instrumenten der Soziologie und Sozialpsychologie zu untersuchen. Insbesondere bedürfte es wissenschaftlicher Einsichten in Steuerungsprozesse formell freier Diskussionen in den Universitätsseminaren, nicht zuletzt in die ritualisierten und dadurch dem Bewußtsein weitgehend entzogenen Formen des Abwürgens kritischer Impulse der Studenten. Als Student hat man maßlos zu leiden unter der doppelten Auswirkung, daß zum einen die Seminare oftmals tödlich langweilig und wissenschaftlich unergiebig werden und daß zum andern die Eintritts- und Aufstiegsbedingung für die jungen Wissenschaftler nicht selten ein Vorgang ist, für den der Begriff des Persönlichkeitsbruches sich anbietet. Helmut Gollwitzer sprach diesen Zusammenhang an: „Mögen manche von uns Professoren unter der Kritik der Studenten leiden, so leiden doch die Studenten unendlich mehr unter uns.“

Fraenkels Herleitung seines Neins zur Diskussion von seinen „Pflichten als Hochschullehrer“ gehört mit zu den Versuchen, in den Formen des akademischen Rituals einen Konflikt einseitig zu erledigen. Daß der akademische Senat sich seiner Auffassung anschloß und die Rezension verbot, zeigt, wie sehr im Bewußtsein der meisten Professoren die Wissenschaft mit dem Ritual sich identifiziert.

Zugleich wird daran vollends sichtbar, daß es bei dem Konflikt nurmehr um die Verteidigung privilegierter Machtpositionen geht. Fraenkel jedenfalls hat die Machtmittel, die sein Professorat ihm an die Hand gibt, bedenkenlos eingesetzt — selbst um den Preis einer

dadurch nun wirklich eintretenden Störung des Universitätsbetriebes. Weil die Studentenschaft auch Prüfungen einer öffentlichen Begutachtung zu unterziehen begann, verweigert Fraenkel seither — und seiner Ankündigung zufolge bis zur Einstellung der Prüfungsrezensionen — die Abhaltung der an seinem Lehrstuhl fälligen Examina. Seine Prüfungskandidaten hängen in der Luft. Bei Arbeitskämpfen, mit denen die Auseinandersetzungen an der Universität entscheidende Parallelen aufweisen, greifen die Besitzer der Produktionsmittel, solange sie die bewaffnete Staatsmacht hinter sich wissen, zum Mittel der Aussperrung. Professor Fraenkel hat durch seine Aussperrung der Studenten sein Machtprivileg so deutlich gemacht, wie es Privilegien am Vorabend ihrer Beseitigung sind.

Zusatz

Die vorstehende Kontroverse ist durch die Ereignisse vom 2. Juni und durch die seitherige Entwicklung ebenso belanglos wie entsetzlich aktuell geworden. Das Stereotyp von den dunklen Mächten im Hintergrund hat zugeschlagen. Angesichts der Erschlagung von Benno Ohnesorg und angesichts der täglich wachsenden Hetze gegen die „radikalisierten Minderheiten“ droht rationales Argumentieren zuschanden zu werden: Ritual und Polizeiterror haben ihren Zusammenhang gezeigt: in Krisensituationen geht die in Ritualen verborgene mittelbare Herrschaft in unmittelbare über. Der Mythos von den Agitatoren im Hintergrund verdeckt und spiegelt wider die Virulenz ungelöster Sachfragen bei fehlender rationaler Öffentlichkeit an der Universität wie im Staat. Keine noch so demagogisch potente „Minderheit“ wäre zu fürchten, würde an der Universität in aller Öffentlichkeit am Aufbau demokratischer und rationaler Verhältnisse zusammengearbeitet.

Klaus Heinrich

Erinnerungen an das Problem einer freien Universität

Seit einigen Semestern herrscht Unruhe an der Freien Universität Berlin. Im Januar des Jahres haben sich auch Gründer der Freien Universität zu Wort gemeldet. In einer Erklärung von 16 Gründungsstudenten wurde die Studentenschaft der Universität, besonders ihre Studentenvvertretung, an den Geist der Gründung erinnert und ermahnt, einen Schnitt zu machen zwischen ihrer Eigenschaft als Universitätsbürger (in der sie sich um ihre Universitätsbelange) und ihrer Eigenschaft als Staatsbürger (in der sie sich um ihre staatsbürgerlichen Belange zu kümmern habe). Klaus Heinrich, ebenfalls einer der Gründungsstudenten, heute Privatdozent an der Freien Universität, hat, wie die Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ meldete, den Aufruf nicht unterschrieben. Verschiedene publizistische Organe haben ihn daraufhin gebeten, seine von der Meinung der 16 Gründungsstudenten abweichende Meinung zu erläutern. Die folgenden „Erinnerungen“ wurden vom Berlin-Studio des WDR im Februar des Jahres gesendet. Der Verfasser hat sie uns zum Abdruck zur Verfügung gestellt.

Gründung ist ein mythologischer Begriff. Das Gegründete steht seit Ur-Zeiten. Heroen haben es gegründet, periodische Veranstaltungen halten die Erinnerung aufrecht an jene Zeit. Wenn die Heroen aus dem Dämmer der Geschichte treten, steht die Geschichte still. In Zeiten der Unruhe sehen wir sie aus dem Dämmer der Geschichte treten.

16 Gründer der Freien Universität, ehemals Studenten, heute reputierliche Bürger eines reputierlichen Staates, haben ihre Stimme erhoben und Urzeit beschworen. Als einer, der ihren Aufruf nicht unterschrieben hat, sondern der (wie eine unabhängige Berliner Tageszeitung es formulierte) seine Unterschrift verweigert hat, weil er anderer Meinung sein soll, hole ich, wohl oder übel als Individuum, nach, was meine Freunde als ein Kollektiv von Vätern unternommen haben, und beschwöre Urzeit. Freilich, die Geschichte steht nicht still, und ich kann es nicht bei einer Beschwörung bewenden lassen. Sie stand auch damals nicht still, als wir diese Universität gegründet haben. Trotzdem — bitte erlauben Sie mir diese Fiktion — möchte ich einen Augenblick von jener Zeit in den beschwörenden Begriffen der Urzeit reden. Wir müssen uns noch einmal erinnern, damit wir unterscheiden können, was damals Hoffnung war und was Illusion. Hoffnung und Resignation heute sind nicht zu trennen davon, und wir dürfen uns nicht einreden, daß die Unruhe heute nichts zu tun habe mit unserer Unruhe damals. Wir sind nicht unschuldig an der Geschichte unserer Enttäuschungen, nicht an dem Schicksal der Gründung. Aber war nicht diese selbst das Produkt einer Enttäuschung?

Ich gehe noch einmal einen Schritt zurück, bis in das Jahr 1945. Das war der Anfang der Zeit, düster und hell zugleich. Düster, weil wir, in dieser Kolonialstadt Berlin, mit einem Mal selbst als die Eingeborenen lebten, von Wächtern bewacht, zwischen den Vorzeitresten einer zertrümmerten Metropolis. Hell, weil wir, in Zorn und Fieber, auf diese Jahre gewartet hatten, in denen man denken *und* sprechen, analysieren *und* planen, anklagen *und* es besser machen konnte. Wir studierten, manche wieder, manche zum ersten Mal, darunter solche, die vorher niemals hatten studieren dürfen, an einer Universität: der im Winter 1945/46 wieder eröffneten unter den Linden. Wir waren nicht viele Studenten, es lehrten nicht viele Professoren in dieser Stadt. Wir kannten uns, an den Fakultäten und über die Fakultäten hinaus. Die Vergangenheit griff nicht nach dieser Universität, der neuen alten. So wenigstens dachten wir. Es gab keine braunen Lehrstühle, die meist älteren Studenten waren, was heute leicht in Rufe wie „Gefahr von links“ und „Unterwanderung“ ausbrechen läßt, nämlich Antifaschisten. Wir standen auf dem friderizianischen Hof und diskutierten heftig, durch die politischen Fronten hindurch, wie eine bessere Gesellschaft auszusehen habe. Geistig waren wir längst keine Eingeborenen mehr. Eine Zeitlang waren die Ruinen dieser Stadt, die Werner Heldt als eine Meerstadt gezeichnet hat und die der junge Schnurre von einem panisch erschreckten Gazellenrudel bevölkert sein ließ, das vor dem U-Bahnschacht der Steppen-Stadt zusammenbricht, klassische Ruinen: sie

reflektierten die Helligkeit einer sehr nüchternen, einer utopisch-nüchternen Generation. Das war die Zeit, in der wir glaubten, nur nach vorn zu sehen, und in der die Vergangenheit doch nach uns griff: als Zwang.

Die neue Universität, die darum die Freie heißt — das wieder und wieder zu sagen, darf niemand müde werden, der sie mitgegründet hat oder der bei ihrer Gründung dabei war —, ist gegen Zwang gegründet worden. Zwang — das war für uns damals der Inbegriff der NS-Zeit: der unmittelbare, die Knochen zerbrechende, und der mittelbare, die Zunge zerspaltende, lautlos funktionierende Zwang. Zwang trat uns jetzt im Zentrum der neuen-alten Universität, im Zentrum der zerstörten Stadt, entgegen. Studenten wurden verhaftet, wohlweislich in den Semesterferien, es gab kein Verfahren, sie hatten durch ihre Verhaftung aufgehört, Bürger der Universität zu sein, und die Bürger der Universität (so hieß es damals) hatten sich nur um ihre Universität zu kümmern. Die Forderung nach Aufklärung und Verfahren wurde erstickt, die Herausgeber der unabhängigen Studentenzeitung *Colloquium* wurden relegiert. Noch waren die Fronten nicht klar unter den Studenten: Angehörige der Einheitspartei, der eben gegründeten, der sich jetzt, bald zwanzig Jahre später, eine bürgerliche Parteien-Einheit im anderen Teil Deutschlands zwanglos entgegenzustellen beginnt, warnten uns, wenn wir zu gefährlichen Rendezvous geladen wurden. Selbst höhere Funktionäre warnten. Aber das freie Leben, dessen Teil das freie Studium war, unsere große Hoffnung damals, war, schneller als einer von uns erwartet hatte, Illusion. Konnten wir unsere Hoffnung retten, oder war das, was wir da retteten, wieder nur die Illusion?

Ich werde darauf zu sprechen kommen, es ist der Kern der Debatte über diese Universität, die bis heute die Freie heißt, die 1948 gegründete, in den Westsektoren der Viersektorenstadt. Aber das möchte ich Sie bitten festzuhalten: Zwang war der Anlaß, daß wir uns trafen, heimlich, später öffentlich, die Initiative war von einzelnen Mitgliedern des Studentenrats ausgegangen, daß wir erst in einem Zimmer der TU zusammenkamen, später in Wannsee und Dahlem, um etwas Utopisch-Nüchternes zu tun — was dann den einen als zu utopisch, darum nicht realistisch genug, und den anderen als zu nüchtern, darum nicht politisch zündend genug erschien: eine Universität ohne Zwang zu gründen. Es war eine sehr bescheidene Gründung, wenige Professoren waren dabei, nur wenige ließen sich gewinnen. Wir bekamen zu hören: als Mensch und als Staatsbürger teile ich Ihre Bedenken, aber als Universitätsbürger und Beamter, als Familienvater ohne Sicherung meines Lebens, sosehr es mir leidtut, kann ich nicht mitmachen. Sie gingen später auf geachtete Lehrstühle der Bundesrepublik, Mitglieder der Universitäten, die diese neugegründete, die jetzt die Freie hieß, semesterlang nicht anerkennen wollten.

Was hatten wir diesem Mißtrauen (und auch anderen Formen des Mißtrauens, die zu analysieren ein wichtiges Kapitel unserer jungen

Universitätsgeschichte wäre) entgegenzustellen? Ich weiß wohl, wie ohnmächtig realitätsferne und darum so gut von den Realitäten zu mißbrauchende Begriffe sind, heute wie damals. Aber so nannten wir unsere Universität: eine Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, und dieser Begriff hatte damals in der Tat eine Realität: die Realität der Pionierzeit. Wir fingen mit einem Stuhl und einzelnen Kisten an, in einem von der Militärregierung geräumten kleinen Haus, das dann Rektor und Senat, ASTA und Außenkommission beherbergen sollte, und die Frühzeit der Wissenschaft lebte noch einmal auf in dem größeren Haus der Philosophischen Fakultät, das alle Institute dieser Fakultät unter einem Dach vereinte: Kunst und Theater über den Sprachen der Welt, die Philosophie im Erdgeschoß, und ganz oben, in den niedrigen Räumen unter dem Dach, das Kaffeestübchen für den nützlichen Müßiggang. Heute wohnen nur die Germanisten, der Dekan und einige Mitglieder der Verwaltung in diesem Haus. Das Ende der Pionierzeit — mit dem Auszug eines jeden einzelnen Instituts, der Schließung des Kaffeestübchens, dem Schritt ins solide eigene Haus unerbittlich näherrückend — war, wie das Ende einer jeden Pionierzeit, die totale Organisation; ein Großbetrieb, für dessen arbeitsteiliges Funktionieren nicht mehr der Zusammenhang der in ihm geleisteten Arbeit zeugt, sondern nur die Reibungslosigkeit des Funktionierens und die Ruhe des Betriebs. Schnell, wie der Embryo die Entwicklung der animalischen Natur, hatte diese Universität den Geschichtsprozeß nachgeholt.

Hatten wir uns über die Unvermeidbarkeit historischer Prozesse getäuscht? War, was wir so lange als den „Geist“ der Freien Universität beschworen hatten, nur leere Romantik, bestenfalls der Pioniertraum einer für kurze Zeit noch einmal vorindustriell erscheinenden Epoche? Die utopische Nüchternheit der ersten Jahre schien endlich Frieden gemacht zu haben mit einer veränderten Wirklichkeit. Sie schien sich weiterentwickelt zu haben zu einem mit romantischen Reminiszenzen verklärten Realitätsdenken, es schien eine folgerichtige Entwicklung zu sein. Aber täuschen wir uns nicht. Ein Mißverständnis, das leicht dazu dient, die Geschichte dieser Universität ebenso wie die Nachkriegsgeschichte unseres Landes in einen naturgesetzlichen Prozeß zu verkehren und so die Beteiligten von den bitteren Begleitumständen des Prozesses zu entlasten, bedarf der Korrektur. Nicht das Utopische entpuppte sich als romantische Reminiszenz, z. B. in einem leeren Pathos von „Gründergeist“, und nicht die Nüchternheit als der Vorläufer eines später so genannten „realitätsgerechten“ Verhaltens, dieses positivistisch-indifferenten Zerrbilds von Gerechtigkeit, sondern umgekehrt: an die Stelle der konkreten Nüchternheit trat ein der konkreten Wirklichkeit entfremdetes romantisches Pathos, Ausdruck der Flucht vor einer unbequemen Realität; und das utopische Bewußtsein — anders ausgedrückt: das kritische Bewußtsein von der Korrigierbarkeit der Welt — schrumpfte zusammen zu jener ohnmächtigen Spielart des Realismus, die nichts anderes mehr bedeutet als die kritiklose Hinnahme des Bestehenden.

Die einmal nüchtern gewesen waren, jetzt wurden sie romantisch (aber „romantisch“ ist ein viel zu schönes Wort), und das utopische Bewußtsein der Zeit nach dem Krieg verwandelte sich, durch einen schmerzlichen Prozeß der Enttäuschung hindurch, in den Positivismus der Resignierten. Erinnern wir uns, wie auch der Tonfall offizieller Reden sich seitdem verändert hat. Zynisch wurde die enttäuschte Utopie, und aus einer Nüchternheit, die jetzt keinen Platz mehr hatte, ohne zu erschrecken, wurde der larmoyante Tonfall dessen, der sich den Verrat an seinen Hoffnungen nicht eingestehen darf.

1948 war noch nicht die Zeit, dies zu erkennen. So wie auch andere in dieser Zeit, kämpften wir, im Namen einer Demokratie, die nicht das Schicksal ihrer Vorgängerin teilen sollte, ausgehöhlt und beseitigt zu werden, für eine neue Form der Universität. Der Pioniergeist der Gründung sollte politisch befestigt werden. Die Verfassung, die die junge Universität sich gab, unterstützt von Bürgermeister Reuter und unseren Freunden unter den Mitgliedern der Militärregierung, drückte einen politischen Willen aus. Sie beschwor — Vorgriff auf eine utopische Gesellschaft im Modell der Universitätsdemokratie — das Bild einer Gemeinschaft ohne Zwang. Ich nenne nur die wichtigsten Punkte. Diese Universität war keine Landesuniversität, sondern eine Stiftungsuniversität so wie einmal die Bürgeruniversität der Stadt Frankfurt; über sie wachte ein Kuratorium, das zugleich eines ihrer eigenen Organe war; sie vertraute dem Staat, der ihr Geld und Sicherheit und Häuser gab: der Vorsitzende des Kuratoriums war der später so genannte Regierende Bürgermeister der Stadt; sie war nicht hierarchisch aufgebaut: die Teile, aus denen sie sich zusammensetzte, waren, juristisch-physiologisch gesprochen, ihre Organe — jedes für die ganze Universität denkend und im Interesse des Ganzen handelnd: Rektor, Senat, Fakultäten, Kuratorium und Studentenschaft; die Studentenschaft war in allen beschlußfassenden Gremien mit beschließender Stimme vertreten; nur die Assistenten waren nicht vertreten — das lag daran, daß erst nur ein einziger Assistent die alte Universität verlassen hatte, der jetzt amtierende Rektor.

Dies schwebte uns vor, und es wurde semesterlang praktiziert, bis — ich glaube: unter einem Rektor der Juristischen Fakultät, lange selbst des Sorgenkinds der jungen Universität — es zu den ersten ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen den nun sich formierenden Universitäts-Oberen und dem Universitäts-Volk kam: eine Zusammenarbeit ohne Ansehen des Ranges und der Person, wohl aber in Respekt vor der Leistung und der Erfahrung. Hier, so dachten wir, an dieser Freien Universität in dieser Stadt Berlin, machen wir den Anfang mit der allgemeinen großen Universitätsreform. Das Mißtrauen, das die anderen uns entgegenbrachten, war unser Stolz. Wir sahen entstehen, was in Deutschland nirgends sonst entstand: nicht in den Universitäten jener Zonen, die eine alte Gemeinschaft zu erneuern suchten, die restaurative Gemeinschaft der Korporationen, aber die selbst keine Mitwirkungsrechte der Studenten kannten an ihrer Korporation; nicht in den Universitäten

der anderen Zone, die wir nun nicht mehr betreten durften, mit ihren Formen einer Restauration des Zwangs. Die Universität, das wußten wir, stand stellvertretend für die Gesellschaft. Dieser ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben: darin sahen wir die Aufgabe einer Universität. Staatsbürger sein, es potenziert sein in der Helle des Bewußtseins, nämlich denkender, erkennender Staatsbürger, der aus seinem Erkennen Konsequenzen zieht: das war die vornehmste Aufgabe des Bürgers einer Universität. Wir hatten die Lehre der NS-Zeit verstanden, die heute wieder vergessen ist: daß die politisierte Universität identisch ist mit der vermeintlich unpolitischen. Wir wollten das politische Bewußtsein des Universitätsbürgers. Es allein garantierte uns die Freiheit der Universität, die stellvertretend stand für eine freie Gesellschaft. Politiker und Professoren, Gewerkschaftler und Schriftsteller teilten unsere Ansicht. Wir hatten, damals, eine große Chance. Wir haben unsere Chance ergriffen, und wir haben unsere Chance verpaßt. Die Geschichte unserer Universität — nicht die ihres Wachstums und der an ihrem Wachstum ablesbaren Erfolge, sondern die ihres Universitätsbewußtseins — ist die Geschichte ihres Scheiterns bis heute. Ist sie darum wieder nur die Geschichte einer Illusion wie die ersten drei Jahre Berliner Universitätsgeschichte nach dem Krieg?

Ich frage: was ist aus unserem politischen Bewußtsein geworden? Daß wir uns recht verstehen: ein parteipolitisches Bewußtsein war es nicht, Parteizugehörigkeiten spielten keine Rolle. Aber es war auch nicht ein parteienfeindliches Bewußtsein, also nicht in sublimierter Form wieder das alte unpolitische des über Politik sich erhebenden, von nichts berührbaren Geistes, der selbst eine handfeste, weil die Berührung anderer willig in Kauf nehmende Politik betreibt. Vielmehr waren wir der Ansicht: wir dürften, auch wenn in Parteien, nicht deren Partei, sondern hätten nur für uns Partei zu ergreifen: für die Freiheit der Universität, und in ihr: für die der Gesellschaft. Das Scheitern unserer Universität ist das Scheitern dieser Illusion. Wir verstanden uns als eine Avantgarde der deutschen Universitäten und lebten allenfalls in einem Reservat. Diese Universität — aber das teilte sie nicht nur mit anderen ihresgleichen, sondern mit der Gesellschaft, deren Teil sie war — hatte keinen neuen Inhalt. Wie sollte sie da eine Richtung haben? Geist ist der alte Name für das Lebendige, das eine Richtung hat. Nach allen Seiten sich vergrößern, hier ein Haus und dort ein Park, Wachstum über alle einmal festgesetzten Wachstumsgrenzen hinaus, neue Lehrstühle und immer mehr Studenten —, das alles hat noch keine Richtung und ist nicht Geist. Daß die Universität die Korporationen auspernte (wie lange noch?) und die denunziatorischen Formen der damaligen SED-Universitätspolitik, gab ihr noch keinen neuen Inhalt. Die Forderungen einzelner wurden von der Größe der organisatorischen Aufgaben zuge deckt. Woran sollte die Gemeinschaft sich erkennen, als das Netz privater Bekanntschaften zu weitmaschig geworden war? Was einte sie, als, wenige Jahre nach ihrer Gründung, der Pioniergeist von ihr ging? Frontstadtgeist zog, wie in

diese Stadt — und zwar beide Hälften der halbierten, nicht nur die halbe —, so in ihre Universitäten ein — ich vermute: nicht nur die eine. Frontstadtgeist, das ist der Name für eine Neurose. Sie entsprang der Hilflosigkeit, nicht der Feindseligkeit, ihre Aggressivität war Ohnmacht, ihr Trotz die Selbstbehauptung für ein hier und dort verratenes Ganzes. Neurotisch drohte diese Stadt, neurotisch drohte ihre Universität zu werden, die sich noch immer die Freie nannte.

Weil die Universität das erkannte — denn es lehrten klarsichtige Lehrer an ihr, sie war nicht eine Universität minderen Ranges —, wurde sie sachlich, so wie man nach erhitzten Emotionen sachlich wird. Das vertrug sich vorzüglich mit dieser Gesellschaft, denn auch sie war inzwischen sachlich geworden und ahndete jede Kritik an ihrer Sachlichkeit mit Emotionen. Aber diese Sachlichkeit, schwerer zu durchschauen als das verkrampfte Gewissen einer mißhandelten Stadt, war darum nicht weniger gefährlich, als ungezügelter Emotionen werden können. Sie war entstanden auf dem Boden einer Indifferenz, die sich durch nichts erschüttern lassen will, und übertrug deren Standpunkt auf Forschung und Lehre. Sie war der Panzer und das Alibi für ein Bewußtsein, das den Alptraum unserer Gesellschaft träumt.

In der Atmosphäre dieser Sachlichkeit ersticken unsere Universitäten. So erstickend liefern sie den Vorwand ab, der jedem zugute kommt, der die Mittel für den Zweck, das Denken für die Ziele des Denkens, die Beherrschung der Natur für die Natur der Herrschaft erklärt. Unsere Universitäten — damit stand die Freie nicht allein, nur daß an ihr sichtbar wurde, was die Kontinuität der Tradition an älteren Universitäten verhüllte und was darum auch sie bald mit der Kontinuität erbogter Traditionen zu verhüllen begann — waren nicht nur unzureichend organisiert. Wie hätte man sie besser organisieren können? Man wußte ja nicht, welchem Zweck eine bessere Organisation dienen sollte außer dem einen, Schritt zu halten im Konkurrenzkampf mit den siegreichen Industrienationen, die mit einem Mal auch die wissenschaftlich überlegenen waren und die dem letzten nationalen Bollwerk der inneren Emigration — der Überlegenheit des wohl mißbrauchten, aber in seiner Substanz dennoch nicht geschwächten deutschen Geistes — den Stoß versetzten, der der Augenblick der Wahrheit ist. Wenn es nach 1945 auch für die Wissenschaften eine Chance gab, so war es die: noch einmal ernst zu machen mit dem Grundprinzip der europäischen Wissenschaft, das zugleich das Grundprinzip für die Veränderung der europäischen Gesellschaft war — eine sehr reale Veränderung, der wir Formen und Inhalte unseres heutigen Lebens verdanken.

Ich bin genötigt, eine Binsenwahrheit noch einmal zu formulieren. Die Geschichte der europäischen Wissenschaft ist eine Geschichte der Selbstbefreiung des Menschen. Ihr Erkennen war ein Sieg über animalische Ohnmacht und Angst. Sie hatte die großen, unser Leben verändernden Erfolge, weil animalische Mächtigkeit in den Dienst eines solchen Erkennens trat: Trieb, der die sofortige Erfüllung

sucht, in den langfristigen Plan; Denken, das sich über die unbequeme Realität erhebt, in den planmäßigen Eingriff in diese; Angst vor dem Tod und Sorge für das Überleben in einen Kampf gegen Todesfurcht und Entwürfe für ein menschenwürdigeres Leben verwandelnd. Das ist eine Binsenwahrheit, und vergleichsweise intakt sind Wissenschaften, in denen von ihr abzusehen das Ende dieser Wissenschaften bedeuten würde. Ich nenne das eine Beispiel der Medizin. Aber — damit greife ich meine Bemerkung über den Geist als das Lebendige, das eine Richtung hat, noch einmal auf — was ist in den Geisteswissenschaften aus dieser Binsenwahrheit geworden? Der Inhalt der Wissenschaft — die Sache, um die es ihr einmal gegangen ist und um die es ihr weiter gehen muß, wenn sie den Namen Wissenschaft behalten will — ist weitgehend verschwunden. Er ist verraten im Namen einer richtungslosen Sachlichkeit. Wozu werden diese 1001 Spezialitäten betrieben — oft mit Hingabe und Fleiß und manchmal dem Opfer einer lebenslangen Askese? Was heißt und zu welchem Ende studieren 10 000-e von Studenten an den volkreichsten Fakultäten unseres Landes Wissenschaft? Wer diese Frage stellt, bekommt nichtssagende Antworten zu hören, er stößt auf Indifferenz und Resignation. Wenn dies sich nicht ändert, wird der Begriff von Wissenschaft, dem wir unser Leben verdanken, am Ende sein, und — wir sollten es einmal mit aller Deutlichkeit sagen — das wäre ein viel einschneidenderes Ereignis als das Ende des Humboldtischen Universitätsmodells, dieses hin-und-hergereichten Fetischs im Streit um eine Universitätsreform. Doch wie sollte es sich ändern? Hier, im Zentrum des Begriffs der Wissenschaft als einer planmäßig betriebenen, ein menschenwürdigeres Leben oder, um mit dem altmodisch-aufrührerischen Wort es zu benennen: Glück zum Ziele habenden, in seinem Namen sachlichen, um seinetwillen asketischen Aktion, sind wir zugleich im Zentrum der Bewegungen, die unsere Gesellschaft bilden, im Zentrum also eines nicht nur formalistischen Bildungsbegriffs. Die inhaltliche Bestimmung von Wissenschaft und die inhaltliche Bestimmung von Demokratie sind identisch, und das haben Jahrhunderte lang die Wissenschaftler des Okzidents nicht nur verstanden, sondern praktiziert. Es als einen flachen Fortschrittsoptimismus abzutun — wie es spätestens seit dem Scheitern einer weltweiten Hoffnung in einem ersten weltweiten Krieg zur allgemeinen Selbstrechtfertigung der Gebildeten unter den Verächtern der Wissenschaft geworden war —, ist das Produkt der allgemeinen Resignation, zugleich eine Kapitulation vor jenem ohnmächtigen Ersatz, der, als Halbbildung verächtlich gemacht, die Sache der Wissenschaft, nämlich im Hinblick auf die Universalität ihrer Ziele, ohne die Unterstützung der Wissenschaften weiterbetreibt. Er ist der Schatten des Anspruchs, den die Wissenschaften selbst verraten haben, aber ein Schatten mehr oder weniger ist noch kein Grund zur Beunruhigung.

Beunruhigender sind andere Symptome: weltweite Bewegungen, die mit ihren Ausläufern auch diese Stadt Berlin erreichen und die die verkrampfte Stabilität dieser Stadt ebenso beunruhigen wie das

labile Gleichgewicht ihrer Organisationen, zumal des Wissenschaftsbetriebes ihrer Universität. Zweigleisig ist die Art, in der Universität und Stadt die Beunruhigungen zur Kenntnis nehmen. Einerseits spüren sie eine auf Einzelaktionen kleiner Grüppchen nicht reduzierbare Unruhe unter den Studierenden und verraten ihre Beunruhigung darüber durch die Unmäßigkeit der Reaktion auf jede Einzelaktion kleiner Grüppchen. Andererseits verharmlosen sie die allgemeine Beunruhigung als universitätsinterne oder kleinstädtische Ordnungswidrigkeiten und bestätigen sich, aufatmend von Fall zu Fall, die Wiederherstellung der Ordnung.

Universität und Stadtverwaltung haben ihren Blick verengt. Sache der Universität wäre es, zu analysieren, Sache der Stadt, nicht in eine Kleinstadtmentalität zu verfallen. Mag die Stadt dies, einer kaum vergangenen Frontstadtneurose gegenüber, immer noch als das kleinere Übel betrachten, so sei sie dennoch vor den Folgen gewarnt: das Ideal der Kommunalpolitik, Ruhe und Ordnung in einem aufgeräumten Gemeinwesen, als das Ideal des Stadtregimentes dieser Stadt, wäre nicht weniger als der Verzicht auf diese Stadt. Ohne ein Maß an Unordnung, Beunruhigung, latenter Provokation wäre eine Stadt wie diese verloren. Unruhe, die um die Chance ihrer Selbstdarstellung gebracht wird, ist gezwungen, sich in einen negativen und einen positiven Anteil zu zersetzen; der negative wandert in die Formen einer ihm verordneten Kriminalität, der positive in die großen Städte ab, die diesen Namen verdienen. Das ist nicht eine Stadt-Romantik, gegen die im übrigen weniger einzuwenden wäre als gegen einen allgemeinen Waschzwang, sondern die Verteidigung eines großstädtischen Substrats, ohne das wir heute alle noch in einer Feudalgesellschaft leben müßten. Allerdings: die unablässige Anstrengung der Universität, zu analysieren, hätte der Stadtverwaltung zu Hilfe zu kommen. Sie kann weder nur die Sache eines liberalen Rektors sein noch die eines sozialistischen Senators, sondern hätte in allen Wissenschaften, wenigstens in allen Geisteswissenschaften, zu geschehen. Denn — dies ist die These, die den Ordnungsrufen in Universität und Stadt entgegenzuhalten ist —: was hier beunruhigend, heute in dieser Gruppe, morgen in jener und übermorgen vielleicht in der ganzen Studentenschaft dieser Universität als Unruhe spürbar wird, ist das *Ungenügen an einer Gesellschaft, in der es weder einen inhaltlichen Begriff von Wissenschaft noch einen inhaltlichen Begriff von Demokratie mehr gibt.*

Wellen der Unruhe laufen durch die Universitäten dieser Welt. Politische ebenso wie unpolitische Ereignisse lassen sie sichtbar werden, politische ebenso wie unpolitische Gruppen schüren sie. Die Angst, abgeschnitten zu sein von der Realität; nicht zu leben, sondern zu ersticken und prämiert zu werden für das Einverständnis damit; die Angst, eingesetzt zu werden für Krieg und Unrecht oder morgen ausgelöscht zu sein, und dann Wissenschaften treiben zu sollen, deren Wissenschaftlichkeit gerade im Absehen von den möglichen Folgen, zumal diesen Folgen, besteht; die Angst, heute noch, als Mitglied einer Gesellschaft der Unter-Dreißig-Jährigen, mit

einem Rest von Leben vereinigt zu sein und morgen bei lebendigem Leibe tot zu sein, weil aufgegangen in einer in ihrer eigenen cleveren Lebendigkeit erstarrten Gesellschaft; Unbedingtheit zu wollen und ständig bedingt zu sein; Undurchschaubares durchschauen zu wollen; teilzuhaben an der Realbewegung, selbst um den Preis, ausgelöscht zu werden in einer selbstverursachten realen Katastrophe; den Zufall provozieren, der das bürgerliche Synonym für Schicksal ist, aber nicht länger in dem wohleingeordneten gesellschaftlichen Spielbereich der Happenings, diesem unbefriedigenden Ersatz für ein unbefriedigendes Leben; stumm zu sein, um nicht durch Sprache verstrickt zu werden in seinen Aktionen; jedesmal wissen, daß dies alles ohnmächtige Aktionen sind, und trotzdem zu hoffen, daß ihre Verwandtschaft mit den mächtigen Aktionen einer etablierten Erwachsenenwelt diese als nicht weniger sinnlos entlarven wird als die vergeblichen eigenen: dies und unendlich viel mehr, teils stumm, teils lärmend, teils politischen Spielregeln sich unterwerfend, teils jede Spielregel verwerfend als den Verrat an einem zuletzt doch nicht erreichbaren Ziel (aber wenigstens sollte es nicht scheinen, als mache man sich über die Erreichbarkeit noch eine Illusion), hat der Gegenstand wissenschaftlicher Analyse zu sein. Es ist eine Szene, würdig des absurden Theaters, wie 10 000-e von Studenten Wissenschaften betreiben, die sie auch nicht im geringsten interessieren, und wie diese Wissenschaften wiederum nicht im geringsten an dem interessiert sind, was die sie Betreibenden treibt.

Diesem Zustand ist nicht durch Aufrufe oder Proklamationen abzuhelfen, auch nicht durch Ordnungsmaßnahmen oder eine raffiniere Organisation des Universitätsbetriebs. Vielmehr hätte die Universität sich auf ihre alte Aufgabe zurückzubedenken, die im übrigen jedesmal eine neue Aufgabe ist: der Gesellschaft, deren Teil sie ist, das Bewußtsein ihrer selbst zu geben, das sie ihre unbewältigten Konflikte erst einmal erkennen läßt. Die Studenten erwarten das von ihr, auch wenn sie es nicht immer so formulieren werden, sondern durch ihre stummen oder lärmenden Aktionen, durch Resignation und Trotz, und es genügt nicht, daß in einzelnen dafür reservierten Disziplinen, z. B. der Wissenschaft von der Politik, ihre Fragen gehört werden. Die Universität ist sich selbst fremd und unverständlich geworden. Die Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, betreffen uns alle.

Es ist richtig, von Studenten Rationalität zu fordern an Stelle von Demonstrationen, bei denen der *Sinn* des Demonstrierens nicht mehr erkennbar ist und der in ihnen provozierte Zufall sich in eine terroristische Metapher für Schicksal zurückverwandelt. Aber selbst nicht zu analysieren, was Studenten zu solchen Demonstrationen veranlaßt, ist auch kein Zeichen von Rationalität. Es ist richtig, von Studenten politische Vernunft zu fordern. Aber die Politiker oder Wissenschaftler, die das tun, sollten ihnen einen inhaltlichen Begriff von Vernunft vorweisen und nicht bloß einen inhaltlosen Gebrauch des zu jeder Anpassung tauglichen Werkzeugs Vernunft. Es ist richtig, Terror und Gewalt zu verurteilen, in welcher Form immer

sie auftreten. Aber wie will man Terror und Gewalt verhindern, wenn man nicht nach den Bedingungen fragt, die Hilflosigkeit in Terror und Enttäuschung in Gewalt umschlagen lassen? Solche Fragen zu stellen, wäre eine nüchternere und auch angemessenere Art zu reagieren, als in einer Zeit, in der jahrzehntealte Fronten sich zu lockern beginnen, für die brachliegenden Emotionen der Bürger dieser Stadt eine zweite, innere Front aufzubauen: die gegen die Studenten ihrer Universität.

Hat die Universität solche Fragen gestellt? Hat sie, in ihren einzelnen Disziplinen, nicht bloß in den periodischen Veranstaltungen einer festtäglichen Reflexion, auf ihren Inhalt, ihre Aufgabe, ihre Ziele reflektiert? Töricht ist das Argument, dauerndes Reflektieren halte vom Lernen ab. Wer will noch etwas lernen, ohne zu wissen, wozu er lernt? Glückliche die Wissenschaften, die nicht vor der Alternative stehen, Zynismus zu lehren oder die Reflexion außer Kraft zu setzen. Beneidenswert die Wissenschaftler, die, gleich in welchem Stoff, durch die Hingabe an ihren Stoff noch immer den Kontakt zur Wirklichkeit als ganzer lehren und nicht allein die Ausflucht in den Stoff. Aber retten diese Wissenschaftler und jene Wissenschaften noch die Universität?

Das Unvermögen unserer Universitäten, sich zu ändern, ist das gleiche Unvermögen, das sie 1933 nicht widerstehen ließ. Auch die Gründung dieser Universität hat daran nichts zu ändern vermocht. Gründung ist kein mythologischer Begriff. Die Studenten von damals sind keine Väter. Sie gehen die Studenten von heute nur insofern etwas an, als sie die Hoffnungen von damals in den Hoffnungen von heute wiedererkennen.

Es war eine Illusion, inhaltlos realisieren zu wollen, was uns vorgeschwebt hat, als wir unsere Universität die Freie nannten. Es ist nicht zu spät, es zu versuchen, diesem Namen, unbeschadet unserer Illusion, die Ehre des Erkennens anzutun.

Margherita von Brentano:

Die unbescheidene Philosophie

Der Streit um die Theorie der Sozialwissenschaften

Unter dem Namen „Soziologie“ finden sich nicht nur, wie in jeder Wissenschaft, vielfältige Forschungsgebiete und Methoden zusammengefaßt. Der einheitliche Name überdeckt eine tiefe Kluft zwischen Konzepten, die zwar darin übereinkommen, daß sie sich auf Gesellschaftliches beziehen, die sich aber in Voraussetzungen, Zielen, in der Bestimmung ihres Gegenstandes, darüber hinaus in der Frage der politischen und moralischen Implikationen dieser Wissenschaft

bis zum extremen Gegensatz voneinander unterscheiden. So scheint es jedenfalls!

Ich will die beiden Extrempositionen vorläufig — von außen gleichsam — skizzieren. Die eine versteht Soziologie als empirisch-analytische Erforschung gesellschaftlicher Sachverhalte und Gesetzmäßigkeiten. „Analytisch“ meint die Arbeit mit systematischen Hypothesen, die von vornherein nicht beanspruchen, die „Wahrheit“ oder „Wirklichkeit“ der Sache zu fassen, sondern bescheidener als Funktionsmodelle gehandhabt werden, mittels derer Daten geordnet werden können. „Empirisch“ meint die Beschränkung auf solche Aussagen, die durch objektive Testmethoden verifiziert werden können. Dieses Konzept bekennt sich zur positivistischen Tradition, verleugnet mit dieser insgesamt nicht seine Nähe zum naturwissenschaftlichen Wissenschaftsideal. Es herrscht heute vor allem im angelsächsischen Sprachbereich, ist von dorthier zu uns zurückgekehrt und wirkt übrigens zunehmend auch in den Bereich der kommunistischen Länder.

Die andere Position orientiert Soziologie an der Aufgabe einer kritischen Theorie der Gesellschaft. Sie versteht *Gesellschaft* nicht als neutrales Feld, sondern als Totalität des konkreten Lebenszusammenhangs der Menschen, dessen gegenwärtige Gestalt von seiner Geschichte und seinen Tendenzen, also dem Wohin seiner Bewegung nicht zu trennen ist. Sie hält als *Theorie* den Anspruch fest, „wirkliches Erkennen dessen, was in Wahrheit ist“ zu sein. So hat Hegel einmal die Sache der Philosophie bezeichnet; mit solch unbescheidenem Anspruch verleugnet dies Konzept nicht seine Bindung an das Erbe der Philosophie, vor allem der Hegels und Marx'. Mit Hegel hält sie den theoretischen Prozeß als dialektischen fest: Begriff und Sache verändern sich gegenseitig. Mit Marx weiß sie, daß das Erbe der Philosophie nicht in reiner Theorie, sondern nur in kritischer Reflexion auf den Zusammenhang von Erkenntnis, Interesse und Praxis eingelöst werden kann.

Ich will schon zu Anfang die Vermutung vorausschicken, daß die dialektisch-kritische Theorie nicht ein Konkurrenzunternehmen gegen die positivistische Sozialwissenschaft, sondern der notwendige Versuch ist, deren Bewußtseinsstand in den Gesamtprozeß unseres Denkens und Lebens einzubeziehen, deren methodische Isolierung zwar nicht aufzuheben, aber als künstlich zu erinnern.

Doch dieser Vermutung widerspricht zunächst der Augenschein. Diesem zeigen sich zwei unvereinbare, nicht zu vermittelnde Konzepte, zwei verschiedene Soziologien. Mögen die Extreme auch kaum in abstrakter Ausschließlichkeit vertreten werden, — als Pole möglichen Selbstverständnisses von Soziologie halten sie das Feld der Probleme und Forschungen und die Diskussionen der Forscher in einer Spannung, die, durch Stillhalteabkommen nur äußerlich gemildert, immer wieder in offene Kämpfe — so auf dem Max-Weber-Kongreß — führt, in gegenseitige Vorwürfe, die bis zur Bestreitung der wissenschaftlichen Legitimität und moralisch-politischen Integrität gehen.

Einige Zitate sollen vorweg das Gewicht der gegenseitigen Vorwürfe anzeigen. — Den Positivisten ist die dialektische Theorie als Methode ein pseudos und im Erkenntnisziel eine Hybris.

Karl Popper attestiert der Dialektik „... gewaltige Ansprüche; sie entbehren jedoch jedweder Grundlage. Tatsächlich gründen sie sich auf nichts anderes als auf eine unklare und verschwommene Ausdrucksweise“¹.

Von der Hegelschen Dialektik und deren proton pseudos, der Lehre vom Widerspruch, schreibt er: „Ich bin der Ansicht, daß sie die übelste all jener absurden und unglaublichen philosophischen Theorien darstellt...“².

„Die ganze Entwicklung der Dialektik sollte als Warnung dienen gegen die dem philosophischen Systembau inhärenten Gefahren. Sie sollte uns daran erinnern, daß die Philosophie nicht zur Grundlage für irgendwelche Arten wissenschaftlicher Systeme gemacht werden darf und daß die Philosophen in ihren Ansprüchen viel bescheidener sein sollten.“³ Nach Ernst Topitsch gehört die Dialektik zu den „sogenannten Scholastiken“, einer „... Klasse von geistigen Gebilden, die eine Zwischenstellung zwischen Mythos und Wissenschaft einnehmen...“⁴. Sie vermittele „... zwar den Anschein universeller Anwendbarkeit und Gültigkeit, wird aber in Wirklichkeit bloß zu einer willkürlichen manipulierbaren Leerformel, die es erlaubt, alles aus allem ‚abzuleiten‘.“⁵ Von einer „... als Wissenschaft aufgezäumten Geschichtsphilosophie“⁶ spricht Hans Albert, gar von „... als politische Philosophie maskierten Mythen“ Benjamin Nelson, aus dessen Angriff gegen Herbert Marcuse auf dem erwähnten Weber-Kongreß sich besonders farbige Invektionen wie ‚Neo-Anarchismus‘, ‚Utopismus‘, ‚Verachtung wissenschaftlicher Methode und Neutralität‘, ‚Rückfall in Philosophie‘ zitieren lassen.⁷ Maßvoller und deshalb gewichtiger, formulierte Renate Mayntz den Haupteinwand: „Eine theoretische Gesamtkonzeption des Gesellschaftsprozesses kann beim heutigen Wissensstand nicht anders als entweder inhaltsleer-abstrakt oder weitgehend spekulativ und unverifiziert sein...“⁸

Die Einwände der Dialektiker gegen die Positivisten betreffen vor allem deren zu massiven Tatsachenbegriff, den restringierten Vernunftbegriff und den Verzicht auf einen Begriff des Ganzen. Max Horkheimer schreibt: „Zu meinen, die Tatsachen, die die Empirie sich herstellt und zusammenstellt, seien Elemente von Gesellschaft, ist Täuschung; sie sind Produkte der durch heteronome Interessen

1 (3) S. 266 (Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf das Literaturverzeichnis.)

2 (3) S. 281. Die Formulierung bezieht sich auf einen Satz von Descartes.

3 (3) S. 288

4 (3) S. 20

5 (3) S. 31

6 (2) S. 236

7 (6) S. 192 ff., S. 105

8 (3) S. 530

gelenkten Abstraktion ... ohne Idee im Sinne der großen Philosophie, ist Soziologie als Wissenschaft so steril, wie sie jener zu Unrecht vorwirft.“⁹ Herbert Marcuse weist darauf hin, der Begriff der formalen und neutralen Rationalität, der sich so wertfrei gibt, sei selbst Ideologie. „... technische Vernunft ist die jeweils herrschende gesellschaftliche Vernunft.“¹⁰ Gegen Nelsons Utopievorwurf wehrt er sich: „... alles rationale Denken, das auch nur die Idee einer anderen Vernunft, einer anderen Gesellschaft als geschichtliche Möglichkeit ansieht, wird sofort denunziert.“¹¹ Adorno führt dies Denkverbot auf Resignation zurück: „Der Verzicht der Soziologie auf eine kritische Theorie der Gesellschaft ist resignativ: man mag das Ganze nicht mehr denken, weil man daran verzweifeln muß, es zu verändern.“¹² Eine so eingeschränkte Wissenschaft verfehle aber unser Interesse an Gesellschaft. Ihre verdinglichten Methoden wirkten stabilisierend auf eine ohnehin verhärtete Gesellschaft zurück, reproduzieren bloß das schlechte Bestehende. —

Um eine Erstarrung der Fronten zu verhindern und um die beiden Positionen zur sachlichen Konfrontation zu bringen, stellte die Deutsche Gesellschaft für Soziologie auf ihrer Tübinger Arbeitstagung 1962 das Thema „Die Logik der Sozialwissenschaften“ zur Debatte.

Die beiden Grundsatzreferate wurden Karl Popper und Theodor W. Adorno übertragen, den ‚grand old men‘ also den Neopositivismus einerseits und der dialektisch-kritischen Theorie andererseits.

Damit begann eine Kontroverse, die auf hohem Niveau, wenn auch zum Teil mit Schärfe, geführt wird und die es wert ist, auch über den engeren Kreis der Fachgelehrten hinaus zur Kenntnis genommen zu werden. Bei diesen spricht man inzwischen vom „dritten Methodenstreit in den Sozialwissenschaften“ — in Erinnerung an den Streit Carl Mengers und Gustav von Schmollers mit der historischen Schule der Nationalökonomie und an die Werturteilsdebatte im Umkreis Max Webers. Wie schon bei der berühmt gewordenen Werturteilsdebatte darf auch bei der gegenwärtigen Kontroverse der Ausdruck „Methodenstreit“ nicht darüber hinwegtäuschen, daß mehr als nur die Verfahren der Soziologie diskutiert werden. Dahinter stellt sich das Problem, was denn Gesellschaft sei, woher sich unser Wissen von ihr legitimiere, wie relevant es sei, vor allem aber, wie weit und in welcher Richtung unsere Erkenntnis gesellschaftlicher Prozesse von diesen bedingt sei und auf sie zurückwirke.

Im ersten Akt der Auseinandersetzung, auf jener Tübinger Tagung, ging es noch harmonisch und friedlich zu, fast allzu harmonisch und friedlich. Ralf Dahrendorf notiert darüber in seinem Diskussionsbericht: „In der Tat konnte zuweilen der Anschein entstehen, als seinen Herr Popper und Herr Adorno sich in verblüffender Weise einig. Doch konnte die Ironie solcher Übereinstimmungen dem auf-

9 (4) S. 11

10 (6) S. 180

11 (6) S. 217

12 (1) S. 262

merksamen Zuhörer kaum entgehen. Die Diskussion brachte eine Reihe von amüsanten Belegen für Gemeinsamkeiten der Referenten in Formulierungen, hinter denen sich tiefe Differenzen in der Sache verbergen.“¹³

Beide Referenten nämlich betonten die fundamentale Rolle der Kritik; beide wandten sich gegen die Übernahme naturwissenschaftlicher Modelle und Methoden in die Gesellschaftswissenschaften; beide hoben den Primat der Theorie gegenüber der Empirie hervor, die Erfahrung habe vielmehr nur als Korrektiv ihren Wert. So schien die Differenz nur in Nuancen zu bestehen, obwohl sie in Wahrheit schon voraus lag. Denn Kritik und Methode, Theorie und Erfahrung, all diese Kategorien haben einen sehr verschiedenen Sinn im analytischen Ansatz Poppers und im dialektischen Denken Adornos. Der erste Akt der Debatte hinterließ deshalb den Eindruck, daß der Grund der Differenz eher überbrückt als voll ausgelotet worden sei.

Dies bewog Jürgen *Habermas*, in einem „Nachtrag zur Kontroverse zwischen Popper und Adorno“, den er 1963 in der Festschrift zu Adornos 60. Geburtstag veröffentlichte, die Grunddifferenz zwischen „Analytischer Wissenschaftstheorie und Dialektik“ (so lautet der Titel des Aufsatzes) deutlicher herauszuarbeiten, auf den Begriff zu bringen.

Er sieht sie im fundamental verschiedenen Sinn von *Theorie* bei beiden Kontrahenten.

Auch die neopositivistische Position, die Poppers jedenfalls, hält an der Idee einer streng theoretischen Sozialwissenschaft fest. (Wenn Popper die Nachahmung naturwissenschaftlicher, nämlich angeblich rein empirischer, beobachtender, beschreibender Methoden durch die Sozialwissenschaften kritisiert, so deshalb, weil er reine Empirie hier wie dort für Pseudomethode hält. Als Wissenschaften seien beide gleichermaßen theoretisch.) Theorie im Singular heißt nämlich bei Popper nichts anderes als Logik, die in allen Wissenschaften dieselbe ist. Innerhalb der einzelnen Wissenschaften kommen Theorien nur im Plural vor und meinen Theoreme, oder, in seinen Worten, deduktive Systeme, Erklärungsversuche, die durch ihre Folgerungen rational kritisierbar sind. Also so etwas wie formale Raster, in denen empirische Daten auf ihren Stellenwert und ihre funktionalen Zusammenhänge hin geordnet werden können. Systeme erheben nicht den Anspruch, die Daten, die sie messen wollen, in ihrem wirklichen Wesen zu begreifen. Sie müssen nur logisch einwandfrei sein, d. h. sie dürfen keine widersprechenden Hypothesen enthalten; sie müssen genau definieren, was sie messen wollen, und eine Ordnung der möglichen Variablen ermöglichen. In diesem Rahmen sind sie frei konstruierbar. Das gilt für Natur- und Sozialwissenschaften. Ein Beispiel mag das erläutern: sowohl ein Thermometer wie einen Intelligenztest kann ich auf Grund beliebiger Definitionen von Wärme oder Intelligenz konstruieren. Die Definition muß nur operationell brauchbar sein und eine kontinuierliche Skala zur Messung des Defi-

nierten ermöglichen. Was „Wärme“ oder „Intelligenz“ wirklich ist, bedeutet, brauche ich dazu gar nicht zu wissen; diese Frage ist ja nicht „wissenschaftlich“, nämlich mit der Exaktheit zu beantworten wie die, wieviel Grad Celsius in diesem Zimmer gemessen werden oder welchen Intelligenzquotienten der Student X im Wechslerstest erreicht hat. Strenge Empiristen werden die Frage nach dem wirklichen Wesen der untersuchten Sache als sinnlos, weil nicht wissenschaftlich verifizierbar, abtun. Popper wird sie immerhin als vorwissenschaftlich wirksam für das Problembewußtsein zulassen.

Theorien vom Charakter des Systems sind notwendig partiell und formal. Ihr Gegenstand sind isolierbare Regeln, Zusammenhänge von Daten, Funktionen. Analytische Sozialforschung untersucht deshalb gesellschaftliche Zusammenhänge, die isolierbar und regelmäßig sind. Die Gesellschaft ist ihr kein mögliches Objekt der Theorie, sondern kommt in ihrer Sicht nur als formaler Grenzbegriff vor, — als „System aller Systeme“.

Demgegenüber bestehen Adorno und Habermas darauf, daß Soziologie ohne Theorie im Sinne eines Begriffs vom Ganzen der Gesellschaft gar nicht auskomme, weil ohne Einsichten, die aus einem realen Begriff von Gesellschaft stammen, soziologische Einzelprobleme, analytische Fragestellungen gar nicht entworfen werden können. Der Verzicht auf Theorie, die positivistische Askese, täusche sich selbst, denn sie impliziere *auch* einen Vorbegriff: den der Gesellschaft als eines neutralen Feldes wie Natur.

Auch ein solcher Begriff ist nicht falsch. Denn die Methoden, die Menschen wie soziale Atome und gesellschaftliche Vorgänge wie mechanische Prozesse untersuchen, haben sich ja als leistungsfähig erwiesen. Der naturwissenschaftliche, objektivierende Blick auf die Gesellschaft trifft offenbar etwas an ihr, — ihren verdinglichten, zur „zweiten Natur“ gewordenen Zustand. Aber die Richtigkeit eines solchen Befundes wird unwahr, wenn nicht nach seinen Bedingungen gefragt wird, und wenn er nicht kritisch gemessen wird an dem Selbstverständnis unserer Gesellschaft als einer schon freien und humanen und an den objektiven Möglichkeiten, die solches Selbstverständnis zu mehr als bloßer Utopie machen. *Wahr* wäre die objektive Spiegelung verhärteter Zustände erst dann, wenn sie mit deren Widersprüchen zugleich aufzeigte, daß erst eine *menschliche* Gesellschaft die *wahre* wäre. Theorie der Gesellschaft ist unabdingbar kritisch, so sagt Adorno, weil sie „die Begriffe, die sie gleichsam von außen mitbringt, umsetzen muß in jene, welche die Sache von sich selber hat, in das, was die Sache von sich aus sein möchte, und es konfrontieren mit dem, was sie ist.“¹⁴

Aus diesem Grundunterschied im Theoriebegriff leitet Habermas nun die einzelnen Differenzen zwischen beiden Positionen ab.

Sie betreffen zunächst das Verhältnis von *Theorie und Gegenstand*.

Analytische Theorien gehen auf Regeln und Gesetze, denen sich soziale Prozesse fügen, deren Kenntnis sie also verfügbar macht.

Sie beanspruchen weder, die Sache selbst zu erkennen noch ihr angemessen zu sein. Sie bewähren sich lediglich operationell, durch ihre Brauchbarkeit.

Die kritisch-dialektische Theorie bestreitet, daß solches aus den Naturwissenschaften übernommene neutrale Verhältnis zwischen Begriff und Gegenstand dem Gegenstand der Sozialwissenschaft angemessen sei. Denn gesellschaftliche Daten, Gesetze, Prozesse sind nicht neutral, sondern strukturiert durch den gesellschaftlich-geschichtlichen Lebenszusammenhang. Sie haben Sinn, Bedeutung, Tendenzen, wenn auch noch so vermittelt und verdinglicht. Diese subjektive Seite muß in die Erkenntnis einbezogen werden, wenn diese nicht falsch werden soll. Ich muß den Sinn sozialer Prozesse schon verstehen, um exakte Verfahren der Forschung, die ihnen angemessen sind, entwickeln zu können, wenn auch erst diese Verfahren das Vorverständnis legitimieren. Aus diesem hermeneutischen Zirkel, der Rückbezogenheit aller Erkenntnis der *menschlichen* Verhältnisse auf einen Horizont von Sinn, das heißt aber zugleich, auf unser Interesse am Erkenntnisgegenstand, kann die Soziologie nicht herausspringen. In ihr ist der Anspruch auf Voraussetzungslosigkeit selbst bloße Ideologie.

Das führt zur zweiten Differenz: auch der Begriff und die Rolle der *Erfahrung* sind in beiden Konzepten verschieden. Die analytischen Methoden, die sich ja ausdrücklich auf ihre enge Bindung an empirische Kontrolle, Prüfung durch Erfahrung also, berufen, schränken Erfahrung auf einen eng definierten Typus ein. „Einzig die kontrollierte Beobachtung physischen Verhaltens, die in einem isolierten Feld unter reproduzierbaren Umständen von beliebig austauschbaren Subjekten veranstaltet wird...“¹⁵ ist als wissenschaftlich brauchbare Erfahrung zugelassen. Die soziologischen Testmethoden unterscheiden sich in ihrer Struktur nicht von naturwissenschaftlichen Experimenten. Nur was sich im Test, Experiment wiederholbar bestätigen läßt, ist „richtig“ im Sinn analytischer Wissenschaft. Da aber nur Sachverhalte, niemals Theoreme selbst in einem Experiment wiederholbar sind, gibt der Positivist konsequenterweise zu, daß Theoreme weder wahr noch falsch sind, sondern lediglich gelten, was heißt: bisher nicht durch Test widerlegt sind.

Dagegen besteht die dialektische Theorie darauf, daß die Breite lebendiger Erfahrung in die Erkenntnis gesellschaftlicher Prozesse eingehen muß, wenn deren wirkliche Relevanz, nicht nur ihre äußere Regelmäßigkeit begriffen werden soll. Erinnerung, lebensgeschichtlich erworbenes Wissen, das Denken selbst in seiner Konsequenz, all das sind Erfahrungen. Die experimentelle Erfahrung hat zwar einen wissenschaftlichen Vorrang, insofern sie allein eindeutig widerlegen kann. Sie ist ein negatives Korrektiv, kann leere, dogmatische Theorien als falsch erweisen. Umgekehrt kann sie nicht die Wahrheit einer Theorie erweisen, weil jeder Begriff, jede Einsicht in konkrete Zusammenhänge *mehr* ist als eine Aussage über experimentell prüf-

bare Daten, also auch nicht durch solche verifiziert werden kann. Daraus folgt aber nicht, wie die Positivisten behaupten, daß Theorie nicht wahr sein könne, sondern lediglich, daß ihre Wahrheit in einem umfassenderen Prozeß von Erfahrung bewährt werden müsse. Weil ihr Gegenstand, die Gesellschaft, ein Prozeß und kein Konglomerat von Fakten ist, muß die Bewährung selbst in einem Prozeß, nicht in einer Folge von Experimenten geschehen.

Das Moment, in dem sich beide Positionen am ehesten zu treffen scheinen, die Unabschließbarkeit der Erfahrung nämlich, bezeichnet gerade die Differenz. Der dialektische Begriff des Prozesses bezieht ein, daß Erkenntnis der Gesellschaft als deren Selbsterkenntnis auf sie zurückwirkt, verändernd eingreift, als verändernd nicht stillzustellen ist.

Die Selbstinterpretation der analytischen Methode als trial-and-error-Prozeß sieht dessen Unabschließbarkeit hingegen darin, daß „die einzige Form der Rechtfertigung unseres Wissens . . . wieder nur vorläufig (ist)“, denn „sie besteht in Kritik . . .“ und „alle Kritik besteht in Widerlegungsversuchen“ (Popper) ^{15a}. Gerade der homogene Typ der Erfahrung — eben als Test — macht die lineare Unendlichkeit des Prozesses aus.

Das führt zum nächsten Unterschied: dem des Verhältnisses von *Soziologie und Geschichte*. Für Popper ist Historie keine theoretische Wissenschaft, denn Theorie bezieht sich auf Regeln und Gesetze, zu deren Definition es gehört, daß sie universal gelten. Der Historiker aber will individuelle Ereignisse erklären. Insofern er dabei auf Gesetze menschlichen Verhaltens reflektiert, verfährt er soziologisch, denn nicht die Gesetze seien historisch, sondern bloß die jeweiligen Bedingungen, unter denen die gleichen Gesetze andere Folgen haben. Diese, die Randbedingungen aber, sind als individuelle und zufällige nicht theoretisch erklärbar. Dagegen wendet die dialektische Theorie zweierlei ein.

1. Gesellschaftliche Prozesse mögen zwar auch auf konstante, anthropologische Regelmäßigkeiten hin analysierbar sein, aber nicht dies meint unser Erkenntnisinteresse an ihnen, sondern gerade ihren spezifischen und konkreten Gehalt. Dieser ist geschichtlich bestimmt.

2. Die spezifische Gesetzlichkeit gesellschaftlich-geschichtlicher Prozesse ist mit der Alternative ‚logisch-universales Gesetz‘ oder bloße individuelle Einzelheit nicht zu fassen. So viel ist an der positivistischen These richtig. Aber deren Folgerung, daß es deshalb sinnlos sei, von geschichtlichen Gesetzen zu sprechen, ist nicht schlüssig, sondern selbst dogmatisch.

Habermas beschreibt historische Gesetzmäßigkeiten als „Bewegungen, die sich, vermittelt durch das Bewußtsein der handelnden Subjekte, tendenziell durchsetzen und gleichzeitig beanspruchen, den objektiven Sinn eines historischen Lebenszusammenhangs auszusprechen“.¹⁶

15a (1) S. 296

16 (1) S. 296

Das will sagen: das Verhältnis von Objektivem und Subjektivem — etwa von ökonomischen Verhältnissen und dem Bewußtsein der Menschen von und unter diesen — ist nicht eines von eindeutig logisch-kausaler Abhängigkeit, sondern von gegenseitiger Vermittlung. Eine Theorie, die dem gerecht wird, muß in doppeltem Sinne dialektisch sein. Sie muß zugleich die Objektivitäten erklären und das Bewußtsein der Menschen von ihnen verstehen; — aber ebenso muß sie die objektiven Verhältnisse als von Menschen gemachte verstehen und das Bewußtsein als von Verhältnissen geprägtes erklären.

Damit aber erreicht die Kontroverse den Punkt, an dem die wichtigste Differenz sichtbar wird: sie betrifft das Verhältnis von *Theorie* und *Praxis* und, im engen Zusammenhang damit, das *Problem der Wertfreiheit*.

Analytische Theorien beziehen sich auf logisch-kausale Gesetze, auf Wenn-dann-Beziehungen. Die Kenntnis solcher Beziehungen läßt sich in Handlungsanweisungen umsetzen. Wenn ich weiß, welche Ursachen welche Wirkungen unter gegebenen Bedingungen hervorbringen, dann kann ich umgekehrt angeben, welche Mittel unter diesen Bedingungen für die Erreichung wünschenswerter Zwecke geeignet sind. Ich kann also Sozialtechniken entwickeln, soziale Prozesse wie Naturprozesse verfügbar machen.

Die Entscheidung darüber, welche Zwecke wünschenswert sind, kann allerdings aus bloßen Wenn-dann-Beziehungen nicht ermittelt werden. Zwecke sind innerhalb analytischer Wissenschaften nicht ableitbar.

Daraus folgert der Positivismus die prinzipielle theoretische Unentscheidbarkeit der Zwecke. Zwecke sind freie Wertsetzungen, rationale Wissenschaft aber ist wertfrei.

Die dialektische Kritik wendet sich nicht gegen Funktion und Anspruch von analytischen Methoden, soziale Techniken zur Erreichung gegebener Zwecke zu entwickeln. Aber sie wendet sich gegen die Beschränkung von Theorie auf diese begrenzte Aufgabe, auf ihre prinzipielle Selbstbescheidung gegenüber der Frage der Zwecke. Denn diese Bescheidenheit überläßt die Zwecke der irrationalen Entscheidung, dem „gesunden Menschenverstand“, der heute, von Weltanschauung, pragmatischen Zwängen und tradierten Vorstellungen geprägt, gegenüber dem Niveau wissenschaftlichen Denkens objektiv rückständig ist. Die Diskrepanz zwischen der Rationalität der Verfahren über die heute in Natur- und Gesellschaftswissenschaften verfügt wird und der Irrationalität der Zweck und Verhaltensweisen, für die sie eingesetzt werden, ist inzwischen offenkundig. Rationalität der Mittel ohne Rationalität der Zwecke ist lebensgefährlich in einem totalen Sinne geworden.

Nun genügt es allerdings nicht, auf die Notwendigkeit rationaler Bestimmung von Zwecken zu verweisen, um auch schon deren Möglichkeit zu beweisen. Eben die Möglichkeit bestreitet ja die analytische Theorie. Hier also ist der Punkt, an dem die dialektische Theorie es nicht mit Kritik am Ungenügen des Positivismus bewenden lassen

kann, sondern die objektive Beweislast zu tragen hat, daß rationale Ermittlung von Zwecken, und nicht nur von Zwecken, sondern von so etwas wie dem Gesamtzweck, der objektiven und subjektiven Richtung des Gesellschaftsprozesses möglich ist. — Ob sie dies leisten kann, wenn, und nachdem sie die *Exposition* des Problems bereits in der Form des Werturteilproblems akzeptiert hat, und das heißt: in der Sprache und im Horizont des Positivismus (oder, um nun einmal nicht wissenschaftstheoretisch, sondern politisch zu sprechen: im Horizont des Neoliberalismus), das scheint mir die große Frage und jedenfalls die *crux* für die dialektische Seite in der ganzen Debatte. Habermas scheint diesen Weg für unumgänglich zu halten, er spricht es — deutlicher als in dieser Kontroverse an anderer Stelle — aus: „Heute muß die Konvergenz von Vernunft und Entscheidung, die die große Philosophie noch unmittelbar dachte, auf der Stufe der positiven Wissenschaften, und das heißt: durch die auf der Ebene technologischer Rationalität notwendig und zurecht gezogene Trennung, durch die Divergenz von Vernunft und Entscheidung hindurch wiedergewonnen und reflektiert behauptet werden“.¹⁷

Kein Wunder jedenfalls, daß sich auf diesen Punkt, auf den Versuch, die Einheit von Theorie und Praxis aus einer Kritik der positivistisch getrennten Stücke ‚Tatsachenerkenntnis‘ und ‚Werturteil‘ wiederzugewinnen, der Gegenangriff konzentriert.

Denn das positivistische Lager akzeptierte jenen „Nachtrag“ nicht, gab sich mit der Interpretation seiner selbst und seiner Differenz zum dialektischen keineswegs zufrieden. Hans Albert eröffnete mit einem Aufsatz „Der Mythos der totalen Vernunft“ den zweiten Akt des Streites. Darin ging es nun nicht mehr so maßvoll zu wie im ersten. Alberts Aufsatz ist ein Generalangriff nicht nur gegen die Positionen von Adorno und Habermas, sondern gegen die gesamte dialektische Theorie. Es wird, um im militärischen Bilde zu bleiben, scharf geschossen. Auch Habermas Antwort läßt an Schärfe nichts zu wünschen übrig, schon im Titel: „Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus. — Erwiderung eines Pamphlets.“

Alberts Generalangriff entwickelt sich in drei Zügen. 1. Die Sachlage, an die Habermas anknüpft, trifft zu. Wissenschaft als analytisch-empirische ist begrenzt; sie kann nur partikuläre Lösungen geben, keine Ziele, Programme, Prioritäten festlegen. Entscheidungen können nicht theoretisch rational begründet, nur sachlich diskutiert werden.

2. Der Positivismus ist eben darin, daß er dies anerkennt, kritisch und rational.

3. „Der dialektische Kult der totalen Vernunft ist zu anspruchsvoll, um sich mit partikulären Lösungen zufriedenzugeben.“¹⁸ Aber es gibt keine Lösungen, die seinen Ansprüchen genügen. Seine vorgeblichen Lösungen sind selbst Entscheidungen, willkürlich, nur daß

17 (5) S. 256

18 (2) S. 248

sie „in der Maske einer objektiven Deutung“ auftreten.¹⁹ Das Ziel der dialektischen Theorie, „eine objektive Rechtfertigung des praktischen Handelns aus dem Sinn der Geschichte zu finden“²⁰, ist, so sagt Albert, nicht rational einlösbar.

Den Nachweis versucht Albert an zwei Hauptpunkten zu führen: durch eine Kritik des dialektischen und des hermeneutischen Elements in der Habermas'schen Position.

1. Die Alternative, die Habermas gegen den Positivismus anbietet, sei ein Rückgang auf Ideen der Hegel-Marx'schen Tradition. Diese arbeite mit einem totalen Vernunftbegriff, der Theorie und Praxis, Geschichte und Natur vermitteln zu können glaubte. Solches Denken sei von der logischen Kritik als zirkelhaft, als Überfrachtung von Begriffen aufgelöst worden. In ihm steckte noch der philosophische Essentialismus, der naive Glaube, daß Begriffe einen realen Inhalt haben. Der Rückgang auf ein solches Denken führe in den Mythos. Habermas begründe auch nicht die Möglichkeit seines Vernunftbegriffs, er sichere sich nur mit einer „Immunisierungsstrategie“²¹ gegen Kritik ab.

Albert erläutert dies vor allem am Begriff der Totalität, den er als leer entlarven will. Habermas gebe zu, daß man diesen Begriff nicht logisch ausweisen könne — damit sichere er ihn gegen logische Kritik ab. Habermas behaupte, damit die Gesellschaft im ganzen zu begreifen — damit sichere er ihn gegen empirische Nachprüfung. Er berufe sich zwar darauf, daß Dialektik sich im Prozeß einer nicht-restriktiven Erfahrung ausweise, aber: *Wie* sich der Vorgriff auf Totalität im Gang der Erfahrung als richtig ... bewährt, wird nicht erläutert²². Er bleibt Metapher.

Albert ironisiert den Anspruch der Dialektik: Hier „... werden die Umriss einer großartigen Konzeption angedeutet, die darauf abzielt, den Geschichtsprozeß als Ganzes zu erfassen und seinen objektiven Sinn zu enthüllen ... Die eindrucksvollen Ansprüche dieser Konzeption sind wohl erkennbar, aber es fehlt jeder Ansatz zu einer einigermaßen nüchternen Analyse des skizzierten Verfahrens ...“²³. „Probleme werden angedeutet, aber nicht mehr analysiert, Lösungen präntendiert, aber nicht mehr durchgeführt.“²⁴

2. Habermas werfe der positivistischen Wissenschaft ein einseitiges technisches Erkenntnisinteresse vor, das der sozialen Welt gegenüber nicht angemessen sei. Frage man sich, woher er das angemessene Erkenntnisinteresse gewinnen wolle, so finde man hermeneutische Hinweise auf das Vorverständnis in Sprache und alltäglicher Erfahrung.

19 (2) S. 237

20 (2) S. 236

21 (2) S. 229

22 (2) S. 234

23 (2) S. 235

24 (2) S. 248

Dagegen will Albert nichts einwenden, solange keine falschen Ansprüche damit verbunden sind. Auch die positiven Wissenschaften arbeiten mit Vorgriffen aus der Alltagserfahrung. Aber sie problematisieren diese und unterziehen sie streng methodischer Kritik. Gerade die vorgängige Alltagserfahrung enthält ja „unter anderem auch die ererbten Irrtümer“²⁵. Warum solle also gerade die Alltagserfahrung einen Vorrang erhalten. Wiederum ironisiert Albert den hermeneutischen Anspruch mit der Frage: „Will (Habermas) den gesunden Menschenverstand — oder, etwas erhabener ausgedrückt, ‚die natürliche Hermeneutik der sozialen Lebenswelt‘ — für sakrosankt erklären? Wenn nicht, worin besteht die Besonderheit seiner Methode?“²⁶

Albert faßt seine Rechtfertigung des Positivismus und seine Einwände gegen dialektisch-hermeneutische Theorie zusammen: Wissenschaft ist als Wissenschaft analytisch — das ist nicht Schwäche, sondern gerade ihre kritische Macht. Sie kann nur partikuläre Erkenntnis liefern, aber dies ihr Tun selbst hat eine ideologiekritische Funktion. Denn mit wissenschaftlich streng gesicherten Einzelerkenntnissen können falsche Theorien, der ganze Bereich der Vorurteile als falsch entlarvt werden. Allerdings bleibt einzugestehen: wissenschaftliche Ideologiekritik *schafft keinen Ersatz für das, was sie entlarvt*. Sie kann uns kein ein für allemal wahres Gesamtwissen, vor allem keine rationale Begründung für unsere Ziele und Entscheidungen liefern. — Eben das verlange Habermas. Aber daß Unmögliches verlangt wird, sei nicht Schuld der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Kritik.

Daß sie irrationalen Verhalten durch diese ihre Selbstbescheidung Vorschub leiste, sei nicht zu erweisen. Albert meint darauf hinweisen zu können, daß positivistisches Denken den Mythen und Irrationalismen unserer Zeit besser widerstanden habe als dialektisches. Wenn man die Reaktion auf Alberts Aufsatz überblickt — sie besteht nicht nur in der unmittelbaren Antwort von Habermas, sondern manifestiert sich auch in einer Reihe weiterer Aufsätze sowohl aus der Frankfurter Schule wie aus dem positivistischen Lager —, so zeigt sich, daß gerade die Schärfe seines Angriffs für die Diskussion fruchtbar geworden ist. Denn sie hat beide Positionen zu einer offenen Konfrontation, nicht nur zur Klärung von Mißverständnissen, sondern auch zur deutlicheren Darlegung, zum Teil auch Korrektur des eigenen Anspruchs und zur genaueren Bezeichnung der Differenz gezwungen. Jetzt erst ist die wirkliche Kontroverse in Gang gebracht worden, die ja auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie angestrebt wurde.

Die Debatte ist noch im Gange — wie kann es anders sein. Zwei Punkte aber, so scheint mir, sind in ihr klar geworden, klarer mindestens, als sie vorher wohl auch den unmittelbar Beteiligten waren.

25 (2) S. 234

26 (2) S. 231 f.

Den einen hat Habermas folgendermaßen ausgesprochen, sich dabei, wie mir scheint, selbst korrigierend:

„Meine Kritik richtet sich nicht gegen die Forschungspraxis strikter Erfahrungswissenschaften“, sondern „ausschließlich gegen die positivistische *Deutung* solcher Forschungspraxis“. ²⁷

Damit wird anerkannt, daß Wissenschaften — auch die sozialen Wissenschaften — nicht einfach zu einer früheren, vielleicht philosophischeren, umfassenderen Verfahrensweise zurückkehren können, daß ihre Beschränkung auf strenge und damit enge Methoden legitim ist. Aber gerade damit ergibt sich das Problem, ob das Selbstverständnis der Wissenschaften — die Interpretation dessen, was sie tun und innerhalb der Gesellschaft bedeuten — mit denselben eng begrenzten Methoden geleistet werden kann wie die fachliche Arbeit in ihrem Binnenraum. Dieses Problem schneidet die positivistische Wissenschaftstheorie in der Tat ab, indem sie sich als rein theoretisch, losgelöst von Interesse und Lebenswelt versteht. Dies ist aber nur richtig, insofern sie eben nichtreflexiv bei ihren jeweiligen Sachen ist. Innerhalb eines einzelnen Forschungsvorgangs muß Erkenntnis alle lebenspraktischen Interessen ausschalten, um objektiv zu sein. Aber Forschung als Einstellung und als gesellschaftlicher Prozeß ist realiter nicht vom Lebens- und Interessenzusammenhang gelöst; sobald sie es glaubt, schleichen sich die Interessen unerkannt, durch die Hintertür sozusagen, ein. Habermas will gegen den Positivismus den Gesichtspunkt rechtfertigen, daß der von Menschen veranstaltete Forschungsprozeß dem objektiven Zusammenhang, der erkannt werden soll — eben der Gesellschaft —, durch die Akte des Erkennens und Eingreifens selbst zugehört. Dieser Hinweis ist keineswegs formal oder trivial, er betrifft nämlich eben den *Vernunftbegriff*, der in der ganzen Debatte kontrovers ist. Soll nämlich vernünftige Reflexion auf diesen Zusammenhang geleistet werden können — und sie wird, ob ausdrücklich oder nicht, immer schon mitvollzogen —, so impliziert das einen weiteren Begriff von Vernunft als den zweckrationalen des immanenten Wissenschaftsbetriebes, wenn nicht dieser selbst gänzlich obsolet werden soll. Das Insistieren der Dialektiker auf einem umfassenderen, das Ganze unseres Denkens und Handelns begreifenden vernünftigen Vermögen ist also kein bloßes Wunschdenken, kein Mythos, sondern Bedingung der Möglichkeit auch nur partiell rationalen Erkennens. Die Begründung eines solchen Vernunftvermögens ist möglich, allerdings weder deduktiv noch induktiv, sondern transzendental, in reflexiver Rückwendung auf die vorgängige Bedingung.

In der Tat bewahrt dieser Anspruch das Erbe der Philosophie; der Philosophie, die im Gang des modernen Denkens ihre *Inhalte* einen nach dem anderen an die Fachwissenschaften hat abgeben müssen,

²⁷ (2) S. 635 (von mir gesperrt)

und zu recht; deren *Intention*, das Ganze zu begreifen, damit aber keineswegs obsolet, sondern um so dringender geworden ist.

Freilich ist immer wieder dieser Anspruch von seiten einer in ihren Rückzugsgefechten selbst sich als Fachwissenschaft mißverstehenden Philosophie als eine eigene Methode der Forschung postuliert worden. Die Methode des Verstehens, die Hermeneutik, ist als vornehmer, philosophischer gegen die Methoden wissenschaftlichen Erklärens ausgespielt worden, und damit wurde dem Irrationalismus Tür und Tor geöffnet. Insofern hat der Philosophieverdacht, der von seiten des Positivismus gegenüber allen restaurativen Bestrebungen philosophischer Schulen geäußert wird, seine Berechtigung. Aber Albert hat unrecht, wenn er die dialektische Kritik vom Range Hegels und Marx', an die Habermas anknüpft, mit der irrationalen Verstehensmystik, wie sie im Gefolge Diltheys modisch geworden ist, einfach verrechnet.

Damit komme ich zum zweiten Punkt, der in der Debatte klarer geworden ist. Sowohl Positivismus wie Dialektik verstehen sich als kritische Theorien. Beide sind darin Erben der Aufklärung. Der Positivismus setzt die erste Phase der Aufklärung fort mit seiner Idee von Kritik als eines unendlichen Prozesses von ‚trial and error‘ (Lösungsversuch und Prüfung). Die Funktion der Kritik liegt für ihn in der Verbreitung von Wissen über soziale Tatbestände und der Kritik von Ideologien, falschem Bewußtsein durch Nachweis von Irrtümern. Dem liegt das Vertrauen zugrunde, daß die Menschen ihre wahren Interessen kennen und daß sie, wenn sie nur über faktische Irrtümer belehrt werden, zur Vernunft kommen.

Die Dialektik setzt die zweite Phase der Aufklärung in der diese — mit Hegel — ihren kritischen Anspruch auch noch auf sich selbst wendet, fort. Denn die direkte Aufklärung war noch naiv darin, daß sie glaubte, Wissen über Tatsachen könne bereits falsches Bewußtsein beseitigen oder falsches Bewußtsein könne allein durch Hinweis auf seine faktischen Irrtümer korrigiert werden. Tatsachen und Bewußtsein, Objektives und Subjektives sind ja bereits durch das Ganze des gesellschaftlichen Zusammenhanges, der selbst ein geschichtlich vermittelter ist, geprägt. So können sie nicht allein durch partielle Korrektur einzelnen Wissens von einzelnen Tatsachen aufgeklärt werden. Theorie des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhanges meint nicht: einen fixen Begriff davon haben — das wäre in der Tat dogmatisch, sondern meint: radikale Kritik des Ganzen der Gesellschaft als eines solchen, das noch keinen wahren Begriff von sich erreicht hat. Ohne dieses Messen der Sache an ihrem *kritischen* Begriff — dem, was sie nicht ist —, spiegelt Soziologie in der Tat nur, was ohnehin schon ist. Das Verbot, andere als am Bestehenden verifizierbare Begriffe auch nur zu denken, verklärt das Bestehende zum schon Wahren; das aber fiele hinter den Anspruch selbst der ersten Aufklärung zurück, deren Programm es doch war, durch Erkenntnis und Praxis das, was noch nicht ist, hervorzubringen: eine menschliche Gesellschaft.

Literatur:**a) Die Kontroverse**

Karl R. Popper: Die Logik der Sozialwissenschaften. Theodor W. Adorno: Zur Logik der Sozialwissenschaften. (Korreferat). Ralf Dahrendorf: Anmerkungen zur Diskussion der Referate von Karl R. Popper und Theodor W. Adorno. alle in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 14. Jg. 1962, S. 233 ff.

Jürgen Habermas: Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik. Ein Nachtrag zur Kontroverse zwischen Popper und Adorno. In: M. Horkheimer (Hrsg.): Zeugnisse. Theodor W. Adorno zum sechzigsten Geburtstag. Frankfurt a. M. 1963, abgedruckt in (3), S. 291 ff. (daraus zitiert) Hans Albert: Der Mythos der totalen Vernunft. Dialektische Ansprüche im Lichte einer undialektischen Kritik. Jürgen Habermas: Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus. Erwiderung eines Pamphlets. beides in Kölner Zeitschrift ... , 16. Jg. 1964, S. 224 ff.

b) Nachträge

Jürgen Habermas: Erkenntnis und Interesse. In: Merkur, 19. Jg. 1965, S. 1139 ff. Hans Albert: Im Rücken des Positivismus? Dialektische Umwege in kritischer Beleuchtung. In: Kölner Zeitschrift... 17. Jg. 1965, S. 879 ff. Horst Baier: Soziologie und Geschichte. Überlegungen zur Kontroverse zwischen dialektischer und neupositivistischer Soziologie. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, 52. Jg. 1966, S. 67 ff.

c) Zum Thema der Kontroverse

Ernst Topitsch (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften. Köln-Berlin 1965. daraus insbesondere:

Ernst Topitsch: Vorwort. — ders.: Sprachologische Probleme der soziologischen Theoriebildung, S. 17 ff. — ders.: Das Verhältnis zwischen Sozial- und Naturwissenschaften, S. 57 ff.

Karl R. Popper: Prognose und Prophetie in den Sozialwissenschaften, S. 113 ff. — ders.: Was ist Dialektik, S. 262 ff.

Hans Albert: Theorie und Prognose in den Sozialwissenschaften, S. 126 ff. — ders.: Wertfreiheit als methodisches Prinzip, S. 181 ff.

Renate Mayntz: Soziologie in der Eremitage. Kritische Bemerkungen zum Vorwurf des Konservatismus in der Soziologie, S. 526 ff.

Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: Sociologica II. Reden und Vorträge, Frankfurt a. M. 1962.

daraus:

Soziologie und Philosophie (M. H.) S. 5 ff.

Soziologie und empirische Forschung (T.W.A.) S. 205 ff.

Theodor W. Adorno: Zur gegenwärtigen Stellung der empirischen Sozialforschung in Deutschland. In: Kölner Zeitschrift... 11. Jg. 1959.

Negative Dialektik. Frankfurt a. M. 1966.

Hans Albert: Theorie und Realität. Ausgewählte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1964.

Jürgen Habermas: Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien. Neuwied 1963.

Karl R. Popper: The logic of scientific discovery. London 1956.

Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. II: Falsche Propheten — Hegel, Marx und die Folgen. Bern 1958.

(Hrsg.): Conjectures and refutations. London 1963.

Ernst Topitsch (Hrsg.): Probleme der Wissenschaftstheorie. Wien 1960.

Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft. Neuwied 1961.

Otto Stammer (Hrsg.): Max Weber und die Soziologie heute. Verhandlungen des 15. deutschen Soziologentages. Tübingen 1965.

Rolf Schmiederer:

Zur Theorie der politischen Bildung

I

Der Gegenstand politischer Bildung ist der Mensch in seiner politischen und gesellschaftlichen Umwelt und in seiner historischen Situation.

Während wissenschaftliche Politik sich auf Erforschung und Darstellung des Politischen im engeren Sinne beschränken und sich auf die anderen Sozialwissenschaften als Grundlage und Ergänzung stützen kann, muß politische Bildung den gesellschaftlichen Raum mit einschließen, in dem politisches Handeln stattfindet, der diesem Handeln seine Möglichkeiten und seine Grenzen gibt. Politik ist abhängig von gesellschaftlichen Strukturen, Institutionen und Kräften, die auf sie einwirken, sie bestimmen und wiederum von ihr beeinflusst werden. Besonders unter den Bedingungen einer hochorganisierten Industriegesellschaft wird politische Bildung die ökonomischen Strukturen und die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Interessen ökonomischer, berufssozialer und ideologischer Art berücksichtigen müssen. Politische Bildung wird also immer gleichzeitig gesellschaftliche Bildung sein.

Wie die Schule selbst sowohl eine in die Zukunft weisende, fortschrittliche als auch eine retardierend-konservierende Funktion hat, so besitzt auch politische Bildung und Erziehung einen gesellschaftlichen Doppelcharakter:

Sie ist einerseits kritisch-rational, d. h. sie zeigt die Ursachen und Funktionen von Handlungen und Institutionen, von Interessen und Motivationen auf und wirkt durch Enthüllung der Herrschaftsverhältnisse und ihren gesellschaftlichen Ursprüngen aufklärend. So bekommt politische Bildung eine verändernde, eine fortschrittliche Funktion und wird ein „Mittel zur Entwicklung der Zukunft“¹. Indem sie aber im Dienste einer besseren Zukunft bestehende Verhältnisse analysiert und Mythen, Vorurteile und Verschleierung aufdeckt, gerät sie in Kollision mit den herrschenden Interessen. Politische Bildung wird andererseits apologetisch, wenn sie die soziale Wirklichkeit verschleiert anstatt sie aufzuhellen. Indem sie sich nach den Bedürfnissen der Herrschenden richtet und deren Macht rechtfertigt, wird sie selbst zum Instrument der Politik. Ist politische Bildung apologetisch, so verliert sie ihre Fähigkeit, die Menschen zur

1 J. Dewey, Demokratie und Erziehung, Breslau 1930, S. 128/29. — Zur Problematik des vorliegenden Aufsatzes vgl. „Das Argument“ Nr. 40, „Politische Bildung — Schule und Erziehung (III)“.

Vernunft zu erziehen. Sie erzieht zur unkritischen Anpassung und zur Manipulierbarkeit. Außerdem verliert sie ihre moralische Autonomie und damit ihre Glaubwürdigkeit.

Tritt die kritische Funktion hinter der apologetischen zurück, dann wird politische Bildung zur Ideologie. Dabei können Theorien und Ideen, die einst eine vorwiegend kritische Funktion hatten, im Laufe der Geschichte apologetischen Charakter annehmen.

II

Erste und allgemeinste Aufgabe der politischen Bildung ist es, dem Menschen zu ermöglichen, sich in seiner sozialen Umwelt zu orientieren. Sie soll ihn befähigen, die Realität der komplizierten hochindustriellen Gesellschaft in ihren politischen, sozialen, ökonomischen, rechtlichen und geistigen Verzweigungen zu durchschauen und dieser Realität entsprechend zu handeln. Politische Bildung soll die Institutionen, Strukturen und Verhaltensweisen der Menschen aufzeigen und deren Ursachen und Funktionen klarmachen. Vor allem soll sie Einblick in die moderne Arbeits- und Wirtschaftswelt mit ihren Chancen und Grenzen vermitteln. Der Mensch soll dazu gelangen, sich als Teil des Ganzen zu begreifen, indem er die Verknüpfung von persönlichem Lebenslauf und gesellschaftlicher Entwicklung versteht. Er soll lernen, in den Auseinandersetzungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens zu bestehen und seinen Standort in der Gesellschaft zu finden. Die Komplexität der Verhältnisse und die Anforderungen der demokratischen Verfassung setzen seine allgemeine Aufklärung voraus. Dabei kann sich politische Bildung und Erziehung für eine dynamische, hochindustrialisierte Gesellschaft nicht auf die Vermittlung eines gesicherten Vorrats von Wissensbeständen oder auf die Beschäftigung mit „ausgewählten Bildungsgütern“ beschränken. Solche überkommenen bildungshumanistischen Formen führen durch ihre Angst vor einer „Politisierung“ der Schule und durch ihre Abneigung, sich der politischen Auseinandersetzung zu stellen, zur Entpolitisierung statt zu politischem Engagement. Sie verfehlen die politische und gesellschaftliche Realität und führen zu „einer Art politischen Etagedenkens“² und durch Beschränkung auf allgemeines „gemeinsames Gedankengut“ zu formalem Denken.

Man kann die Welt nicht verstehen, wenn man sich an überkommenen Werten orientiert. Sogenanntes „gesichertes Wissen“ wird durch die gesellschaftliche Entwicklung ständig überholt — gesellschaftlich überholte Werte aber werden zur Ideologie. Es kommt bei der politischen Bildung nicht darauf an, fertige Produkte und gesicherte Feststellung von „oben“ nach „unten“ weiterzugeben, sondern vielmehr darauf, Probleme und Fragestellungen aufzuzeigen. Ist die Vermittlung humanistisch-traditioneller Bildungsgüter ge-

koppelt mit dem Anspruch auf „umfassende Allgemeinbildung“, so bleibt politische Bildung an der Oberfläche und wird wertlos. „Eine umfassende Erziehung kann eher zu technologischer Geistesschwäche und nationalistischem Spießbürgertum führen, als zu einer wohlfundierten und unabhängigen Intelligenz. Die massenweise Vermittlung kultureller Werte braucht nicht die kulturelle Empfindsamkeit zu erhöhen, sondern kann sie eher abstupfen lassen und jede schöpferische Arbeit erschweren.“³

III

Politische Bildung muß versuchen, das gesellschaftliche Dasein des Menschen in seiner Gesamtheit zu erfassen. Sie kann als gesellschaftliche Bildung nie nur „Staatsbürgerliche Bildung“ oder „Soziale Kunde“ sein. Die einzelnen politischen und gesellschaftlichen Phänomene sind in ihrem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, in ihrer gegenseitigen Verschränkung und Abhängigkeit zu sehen. Über die Vermittlung notwendiger Grundkenntnisse ist zur rationalen Einsicht in Strukturen, Veränderungen und Zusammenhänge im wirtschaftlichen, sozialen, politischen und geistig-ideologischen Bereich zu führen. Im Vordergrund steht somit die Frage: „Welches ist die Struktur dieser besonderen Gesellschaft als etwas Ganzem? Welches sind ihre wesentlichen Komponenten und wie sind sie aufeinander bezogen?“⁴

Zwar ist es nicht möglich, die „Gesellschaft als Ganzes“ im Unterricht zu behandeln, wohl aber kann dieser Weg bei der Besprechung jedes einzelnen Themas begangen werden. Die Grenzen der einzelnen sozialwissenschaftlichen Disziplinen werden bei jeder einzelnen Besprechung durchbrochen; jedes Problem muß von der politischen, sozialen, ökonomischen Seite beleuchtet werden. Nur so können die Schüler lernen, in politisch-gesellschaftlichen Kategorien zu denken, nur so können sie die Zusammenhänge zwischen ökonomischer Struktur und gesellschaftlicher Macht, zwischen politischen, ökonomischen und sozialen Prozessen, zwischen Organisation der Gesellschaft und Bewußtseinsstruktur der Menschen, zwischen Sozialstruktur und Individualschicksal begreifen.

Im Mittelpunkt werden also die Erkenntnisse und Betrachtungsweisen der Soziologie und der wissenschaftlichen Politik stehen. Daneben kann aber auf ökonomische, juristische und sozialpsychologische Aspekte nicht verzichtet werden. Wieviel Zeit auf den einzelnen Aspekt verwendet wird, muß sich aus dem jeweiligen Thema ergeben.

Die willkürliche Trennung und Isolierung von gesellschaftlichen Teilbereichen, das Auseinanderreißen von Zusammengehörendem,

3 C. W. Mills, Kritik der soziologischen Denkweise, Neuwied 1963, S. 219.

4 C. W. Mills, a.a.O., S. 43.

verhindert eine gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise und erschwert bzw. verhindert ein Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge⁵.

IV

Politische Bildung darf sich nicht in der Ansammlung von Fakten erschöpfen.

Die Vermittlung von „Lehrwissen“ ist nur insoweit sinnvoll, als es dazu dient, gesellschaftliche Strukturzusammenhänge und Funktionen erkennbar zu machen. Reines Faktenwissen kann daher nicht Ziel, sondern lediglich Mittel zum Zweck sein. „Kenntnisse haben nur einen Sinn und bleiben nur haften, wenn ... die Möglichkeit einer anschaulichen Erfahrung von Zusammenhängen gegeben ist.“⁶ Die Bildungspläne für Sozialkunde und auch die meisten Lehrerhandbücher legen immer noch das Hauptgewicht auf die Vermittlung eines „Wissenskanons“. Diese Listen notwendiger Stoffe führen jedoch fast immer zu einer Stoffhuberei und damit zum Umgehen dessen, was politische Bildung eigentlich ausmachen sollte. „Die Denkfähigkeit... würde erstickt unter dem Ballast schlecht verarbeiteten Wissensstoffes.“⁷

Eine „Systematik relevanten Wissens“ ist ebenso unmöglich wie eine Enzyklopädie des Wissens. „Kritische Aufklärung fordert in erster Linie nicht einen Haufen Kenntnisse und Wissen, sondern Schulung und Schärpen des Intellekts.“⁸ Unbrauchbar ist auch eine zeitliche Trennung zwischen der Vermittlung von „Faktenwissen“ und der Vermittlung von Erkenntnissen. Einmal wird reine Wissensvermittlung die Aufnahmebereitschaft einschränken, so daß später die „Grundlagen“ fehlen, zum andern werden gerade dabei meist bewußt oder unbewußt Wertungen mitgeliefert, ohne daß den Schülern die Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung gegeben wird.

Die wohl am weitesten verbreitete Form politischer Bildung ist die formale Darstellung von Verfassungen und Institutionen. Diese an Verfassungstexten fixierte Institutionenlehre sieht von der Realität ab und verfehlt damit das genuin Politische. „All dieses Einpauken von Kenntnissen über Verfassung, politische Verfahrensweise, Staatsformen und dergleichen ist an und für sich genommen

⁵ Teschner bezeichnet „das Unvermögen, in politisch-gesellschaftlichen Zusammenhängen zu denken“ als einen Hauptgrund für den geringen Erfolg politischer Bildung. Vgl. M. Teschner, Politische Bildung an höheren Schulen, in: Zeugnisse, Festschrift für Th. W. Adorno, Frankfurt/M. 1963, S. 405.

⁶ E. Weniger, Politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung, 2. Aufl., Würzburg 1963, S. 27.

⁷ J. Dewey, a.a.O., S. 94.

⁸ Th. Geiger, Demokratie ohne Dogma, München, o. J., S. 307. Ähnlich auch K. G. Fischer, K. Herrman, H. Mahrenholz, Der politische Unterricht, 2. Aufl., Bad Homburg 1965, S. 15/16 und 18—22.

völlig sinnlos.⁹ Formalisierte Institutionskunde verhilft weder zu politischem Verständnis noch fördert sie die Bereitschaft zum politischen Engagement.¹⁰

V

Politische Bildung muß rational sein.

Ausgehend von einer rationalen Analyse früherer und bestehender Gesellschaftsstrukturen soll sie zum reflektierten und durch die Vernunft kontrollierten Handeln führen. Nur rationales Erfassen der Realität kann zu einem Verhalten führen, das der Demokratie und dem hochentwickelten technisierten und bürokratisierten gesellschaftlichen Apparat adäquat ist. „Politische Erziehung (ist) nicht zuletzt Aufklärung und Appell an Vernunft und Einsicht.“¹¹ Es gilt, den Menschen durch Übung im Gebrauch der Vernunft in die Lage zu versetzen, sein gesellschaftliches Dasein zu meistern und ihm damit die Chance zur freien Entscheidung zu geben, die immer auf rationaler Erkenntnis von Möglichkeiten und Grenzen beruht.

Dem Schüler ist die Möglichkeit rationalen Erkennens zu zeigen, die Freude und Selbstbestätigung intellektuellen Erfolgs beim Verstehen gesellschaftlicher Zusammenhänge zu vermitteln und — gerade im politisch-gesellschaftlichen Bereich — klarzumachen, „daß die wissenschaftliche Methode das einzige zur Verfügung stehende Mittel ist, mit dessen Hilfe wir die Bedeutung unserer alltäglichen Erfahrungen in unserer Umwelt erfassen können.“¹²

VI

Theorie und Praxis der politischen Bildung ist — da fast ausschließlich in der Hand der Pädagogen — weitgehend an überkommenen „Werten“ orientiert. Ihre Begriffswelt entstammt der klassischen deutschen Pädagogik. Das aber bedeutet, daß Theorie und Praxis politischer Bildung in unseren Schulen letztlich weitgehend irrational-spekulativ ist. Die subjektiven Wertsetzungen sind im Grunde Gefühlsregungen mit dem Anspruch auf allgemeine Geltung und — in der Form objektiv-theoretisch — pseudowissenschaftliche Aussagen. Als „moralische Urteile“ versuchen sie, die eigenen Werte zu verallgemeinern, sie anderen aufzuzwingen und dabei unangreifbar zu machen. Werte sind nicht verifizierbar oder falsifizierbar, als metaphysische Aussagen haben sie nichts mit wissenschaftlicher Wahrheit zu tun, sie sind „ganz einfach psychische Gegebenheiten“¹³.

9 E. Weniger, Politische und mitbürgerliche Erziehung, in: Die Sammlung, 7. Jg. 1959, S. 316.

10 Vgl. hierzu u. a. M. Teschner, in: Zeugnisse, a.a.O., S. 404.

11 E. Weniger, Politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung, a.a.O., S. 16.

12 J. Dewey, a.a.O., S. 97.

13 Th. Geiger, a.a.O., S. 178.

Die Berufung auf „höhere Werte“ hat ihren psychischen Ursprung weitgehend in der Angst vor dem Überhandnehmen der funktionalen Erziehung durch die gesellschaftliche Wirklichkeit (und führt so zur Resignation bzw. zur Abwendung von der Realität). Sie entstammt der antirationalen, intellektfeindlichen und anti-aufklärerischen Tradition von Neoromantik, Lebensphilosophie und irrationaler Kulturkritik. Der Hang vieler politischen Erzieher zum Irrationalen zeigt sich nicht zuletzt in ihrer Vorliebe für die Vertreter der Sozialphilosophie, die ebenfalls im Irrational-Spekulativen zu Hause sind, wie z. B. H. Freyer, A. Gehlen, O. Gasset, M. Heidegger und andere.

Die Erziehung zu vorgegebenen und irrational verankerten Werten, Haltungen und Verhaltensweisen verhindert die Ausbildung eines kritischen Bewußtseins. Statt dessen wird zur Manipulierbarkeit und zur Anbetung vorgefertigter Stereotypen erzogen. Die Propagierung von „Gemütswerten“ hindert am Denken; hat der junge Mensch gelernt, „sittliche Ideale“, „höhere Werte“ und andere Verkündigungen kritiklos zu übernehmen und sich ihnen hinzugeben, so ist die Grundlage gelegt für jede andere beliebige Ideologisierung. Da die „Werte“ nicht rational-kritisch erfaßbar sind, sind sie ohne weiteres auswechselbar. „Statt die Begeisterungsfähigkeit der Jugendlichen für ‚höhere Werte‘ zu pflegen, möchte die Schule getrost einige Zurückhaltung gegenüber Wertideen nahelegen und den kritischen Sinn wecken, der Pubertätsschwärmerei ein Gegengewicht bieten, statt sie zu bekräftigen.“¹⁴

Politische Bildung im hier gemeinten Sinne muß mit der materiellen Wertethik der Pädagogen in Konflikt geraten. Will sie wirksam werden, so wird sie gegen viele „Werte“ und Anschauungen, die in den anderen Fächern vermittelt werden, ankämpfen müssen.

Wie politische Bildung, die an „Werten“ orientiert ist, so ist auch politische Erziehung durch moralische Beeinflussung und jede andere Art von Propaganda abzulehnen. Auch durch sie wird anstatt zu rationalem, vernünftigem Verhalten zur Manipulierbarkeit erzogen, wird jeder Ideologisierung Tür und Tor geöffnet — auch wenn die Werte und Ziele noch so „groß“ und „gut“ sind. Auch die hehrsten Werte und die besten Eigenschaften sind austauschbar und können umfunktioniert werden. Außerdem ist politische Erziehung durch „Werte“ und durch Moralisieren undemokratisch, weil sie „das Richtige“ als erkannt voraussetzt, den Adressaten also bevormundet und ihm die Möglichkeit der eigenen Entscheidung nimmt. Schlimmer noch als die Orientierung an „höchsten Werten“ ist allerdings die oft anzutreffende Biologisierung gesellschaftlich-politischer Sachverhalte, das Trauern um die entschwundene „Gemeinschaft“ oder gar der Rückgriff auf den „richtigen Instinkt“ oder den „gesunden Menschenverstand“, was in der Regel nichts anderes bedeutet als die Reproduktion gängiger Vorurteile und Stereotypen.

14 ebenda, S. 314.

VII

Das Verständnis der sozialen Realität, der gesellschaftlichen Prozesse und Strukturen, kann nicht aus der Betrachtung der Dinge selbst oder des „Wesens der Dinge“ kommen, sondern nur aus dem historischen Zusammenhang des gesellschaftlichen Gesamtprozesses. Politische Bildung ist daher immer zugleich historische Bildung. Die moderne Gesellschaft in ihren strukturellen Zusammenhängen läßt sich nur im historischen Wandel und oft nur im Vergleich mit anderen, früheren Gesellschaften begreifen. „Ohne Berücksichtigung der Geschichte und ohne historisches Verständnis psychologischer Fragen kann der Sozialwissenschaftler niemals diejenigen Probleme in den Griff bekommen, die heute im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses stehen sollten.“¹⁵

Politische Bildung muß darauf abzielen, die Gegenwart als historische Epoche und menschliches Handeln in seiner geschichtlichen Bedingtheit zu verstehen, und zwar so, daß Geschichte als etwas vom Menschen Gestaltetes und Gestaltbares erkannt wird. „Welche Stelle nimmt diese besondere Gesellschaft in der Geschichte ein? Welche Mechanismen verändern sie? Welche Stelle und welchen Sinn hat sie in der Entwicklung der gesamten Menschheit?“¹⁶

So notwendig es ist, daß politische Bildung immer auch gleichzeitig historische Bildung ist, so gefährlich wäre es, sie den Historikern zu überlassen: Nicht nur wegen der Gefahr einer „transhistorischen Zwangsjacke“, der historischen Faktenanhäufung oder der Begriffslosigkeit gegenüber gesellschaftlichen Funktionszusammenhängen, sondern vor allem wegen der formalistischen und ahistorischen Methode vieler Geschichtslehrer, die oft zu einer ebenso statischen Betrachtungsweise der Gesellschaft führt, wie ein apriorischer Verzicht auf die Vermittlung der geschichtlichen Dimension des Gesellschaftlichen überhaupt¹⁷.

Auch eine nur ideen- oder geistesgeschichtlich ausgerichtete politische Bildung verfehlt die politische und soziale Wirklichkeit. Die Beschäftigung mit den „großen Theorien“ oder staatsphilosophischen Systemen und ihren Typologien bleibt vielfach so abstrakt, daß sie zum leeren Spiel mit Begriffen und damit zur Fluchtmöglichkeit vor der geschichtlichen und politischen Auseinandersetzung wird. Die

15 C. W. Mills, a.a.O., S. 192.

16 Ebenda, S. 43.

17 Wie man „politische Bildung“ auffassen kann, vgl. z. B. J. H. Knoll, *Gemeinschaftskunde*, Heidelberg 1965. Knoll möchte politische Bildung als „Historische Gegenwartskunde“ in der Hand des Geschichtslehrers sehen, der neben Geschichte möglichst Geographie oder Theologie oder Deutsch studiert haben sollte, keinesfalls aber Politik oder Soziologie. „Im Grunde kommt es darauf an, daß der Historiker nicht überall, aber an irgend einer Stelle etwas von der Sache versteht, um die es in der historisch-politischen Auseinandersetzung praktisch geht: Sei es vom Lebensraum auf dieser Erde, vom Verhältnis der Kirche zum Staat, vom humanen Gehalt der Geschichte...“ (S. 45).

Bedeutung und die Notwendigkeit von sozialen Utopien und politischen Theorien sind zwar darzustellen, aber nur zusammen mit ihrer gesellschaftlichen Funktion und in Vermittlung mit der historischen Situation ihrer Entstehung. Die Geschichte als die Handlung und das Werk bedeutender Männer und als Quelle großer Leitbilder darzustellen, ist ebenso gefährlich wie die Personalisierung politischer und sozialer Tatbestände überhaupt: Die personalistische Betrachtungsweise vereinfacht in unzulässiger Weise historisches Geschehen, sie verfehlt die Strukturzusammenhänge und verschleiert objektive Widersprüche, indem sie Auseinandersetzungen, statt sie zu analysieren, mit moralischen Kategorien mißt.

VIII

Die Grundlage politischer Bildung ist die Analyse und Darstellung politischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse sowie ihr Zusammenhang mit der Gesamtorganisation der Gesellschaft. Im Zentrum der Betrachtungen stehen dabei sowohl die objektiven Strukturen öffentlicher Herrschaft, wie z. B. Staatsorganisation, Parteien, Verwaltung usw., als auch der gesamte Prozeß der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung. Beide Bereiche sind vermittelte Teile eines historischen Ganzen. Politische Bildung kann den Blick nicht von den Problemen gesellschaftlicher Macht ablenken; tut sie es, so verstellt sie sich damit den Blick für die gesellschaftlichen Strukturen.

Immer noch bestehen Bestrebungen, durch wörtlich genommene „Gemeinschaftskunde“ dem Politischen im eigentlichen Sinne zu entfliehen. „Wir finden in der politischen Erziehung eine deutliche Tendenz, diese in einen staatsfreien Raum oder zumindestens in einen Vorraum zu verlegen, eine staatsbürgerliche Erziehung gleichsam ohne Staat zu versuchen.“¹⁸ Hierher gehören alle die Lehren, die, unter Umgehung der Problematik von Macht und Herrschaft, versuchen, durch „Verhaltensübung“, „Charakterbildung“, „Partnerschaftserziehung“ oder die Einübung „sozialer Spielregeln“ politische Bildung mit dem Ziel einer Entpolitisierung zu betreiben¹⁹.

Alle Ideologien von der „Gemeinschaft“ und der „Demokratie im übersehbaren Raum“ lenken ab von den Zentren der Entscheidung und der Machtausübung, lassen bestehende Herrschaftsformen unberücksichtigt, verharmlosen die politische Auseinandersetzung und schaffen so die Voraussetzung für spätere Resignation. Auch die Reduktion gesellschaftlicher Erscheinungen auf „das Wesen der

18 E. Weniger, Politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung, a.a.O., S. 23.

19 Vgl. z. B.: F. Oetinger, Partnerschaft, Stuttgart 1953; H. Newe, Der politische und demokratische Bildungsauftrag der Schule, Kiel 1963, S. 24/25; W. Hilligen, Plan und Wirklichkeit im sozialkundlichen Unterricht, Ffm. 1955, S. 114—18.

Dinge“, auf „Urphänomene“ u. ä. verfehlt die komplizierte konkrete Realität politischen und gesellschaftlichen Handelns.

Weit verbreitet ist immer noch die Ideologie von den „angeborenen“ sozialen Verhaltensweisen des Menschen und das Zurückführen gesellschaftlicher und politischer Tatbestände auf die „Natur des Menschen“. Diese Biologisierung und Psychologisierung gesellschaftlicher Probleme hat ihren Ursprung meist im Harmoniedenken der Neoromantik und des Bildungshumanismus bzw. in dem Versuch, sozialen Konflikten und politischen Spannungen auszuweichen. Wird die Gesellschaft als „Harmoniegemeinschaft“ gesehen und bleibt die zentrale Bedeutung gesellschaftlicher Interessen unberücksichtigt, so werden gesellschaftliche Widersprüche ausschließlich ins Subjektive, in die unterschiedliche „Einstellung“ verlagert. Soziale Schichtung und Herrschaftspositionen werden dann auf natürliche Eigenschaften zurückgeführt und die Lösung sozialer Konflikte wird vom „guten Willen“ und einer sittlichen Haltung abhängig gemacht. „Bleibt das Spannungsverhältnis von partikularen Interessen und Allgemeininteresse außerhalb des Blickfeldes, so verfehlt die politische Erziehung ihre zentrale Intention und trägt eher zur Entpolitisierung bei. Sie stünde dann jedenfalls mehr im Dienste der Anpassung als in dem des bewußten Widerstandes gegen blinde Prozesse.“²⁰

IX

Versteht sich politische Bildung *n o r m a t i v*, orientiert sie sich an Entwürfen einer „guten Ordnung“ und am „richtigen Verhalten“ statt an der historischen Realität, so muß sie zurückgreifen auf traditionelle Werte, auf moralphilosophische Postulate und auf subjektive Normensetzung. Dadurch wird die Problematik von Macht und Herrschaft aufgehoben, der Konflikt gesellschaftlicher Interessen wird zur Frage von „Gut und Böse“, ihre Träger werden Freund oder Feind. Die Setzung von Normen, die aus überkommenen Wertvorstellungen abgeleitet werden, führt direkt oder indirekt zu einer Anpassung an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Hypostasierung vorhandener gesellschaftlicher Formen aber verhindert eine zukunftsweisende Erziehung und zementiert die bestehenden Zustände in den Köpfen der Menschen. Politische Bildung darf sich nie mit der Verteidigung des Bestehenden begnügen. Sie kann und darf nicht Propaganda sein — auch nicht für das „Anerkannte“ und „Gute“. „Wer die Bahn für die Propaganda des Guten freihalten will, öffnet damit notwendigerweise auch der Propaganda des Bösen die Tür, und die letzte stiftet mehr Unheil als die erste je nützen kann.“²¹ Es kommt darauf an, die Menschen gegen irrationale Manipulation zu immunisieren. Dies allerdings ist nur möglich durch Schärfung der intellektuellen Fähigkeiten und durch ein kri-

20 M. Teschner, in: Zeugnisse, a.a.O., S. 409.

21 Th. Geiger, a.a.O., S. 297.

tisches Bewußtsein, das zugleich ein engagiertes demokratisches und soziales Bewußtsein ist und es den Schülern ermöglicht, Vorurteile und Ideologien und ihre gesellschaftliche Funktion zu durchschauen.

X

Das aktive Interesse der Schüler am politischen Unterricht ist Voraussetzung für die Effektivität politischer Bildung. Eine der wichtigsten Aufgaben des politischen Erziehers ist daher die Beantwortung der Frage des Schülers, inwieweit die politischen und gesellschaftlichen Fragen für ihn selbst relevant sind.

Dieses Interesse an politischer Bildung kann nur geweckt und die Frage nach dem „Warum“ nur beantwortet werden:

1. durch einen aktuellen und wirklichkeitsnahen Ansatz, der den konkreten und sichtbaren Bezug zum realen gesellschaftlichen und politischen Geschehen herstellt;
2. durch die Vermittlung von Einsicht in die Zusammenhänge zwischen individuellem Schicksal und gesellschaftlichen Strukturen. Diese Einsicht soll es dem Schüler ermöglichen, seinen eigenen Standort in der Gesellschaft zu finden und seine gesellschaftlichen Interessen zu erkennen, „denn politisches Denken beginnt da, wo einer seine Interessen erkennt und sich übt, sie in den angemessenen Formen zu vertreten“;²²
3. durch das Aufzeigen von Chancen und Möglichkeiten eigener gesellschaftlicher und politischer Betätigung, d. h. durch das Aufzeigen der „strategisch entscheidenden Faktoren . . . die als Objekt des politischen Handelns den Menschen die Mittel für eine vernünftige Gestaltung ihres Daseins in die Hand geben“.²³

XI

Ziel politischer Bildung ist schließlich politisches Engagement.

Diese „unmittelbare und aktive Teilnahme am politischen Geschehen und an der politischen Verantwortung“²⁴ entspringt nicht der unverbindlichen und allgemein gehaltenen Aufforderung zum „staatsbürgerlichen Handeln“ bzw. zur „Beteiligung am Gemeinwesen“. Demokratisches Engagement heißt, auf Grund einer „rationalen Durchdringung der Prozesse“ (M. Horkheimer) in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung Stellung zu nehmen. Politisches Bewußtsein und politischer Handlungswille entstehen nur im Bewußtsein gesellschaftlicher Konflikte. Politische Bildung beruht darum vor allem auf der Analyse gesellschaftlicher Widersprüche und deren Spiegelung im Bewußtsein der Menschen.

22 R. Engelhardt, Politisch bilden — aber wie?, Essen (1964), S. 24.

23 C. W. Mills, a.a.O., S. 133.

24 E. Weniger, Politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung, a.a.O., S. 20.

Nur wenn es gelingt, den Ursprung der Widersprüche in den sich ändernden Strukturen im historischen Prozeß aufzuzeigen, „wird das persönliche Unbehagen der Individuen auf genau angebbare Strömungen gerichtet und die Gleichgültigkeit der Allgemeinheit umgeformt in die Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten“.²⁵

XII

Aus der Analyse konkreter gesellschaftlicher Widersprüche ergibt sich die in die Zukunft weisende Frage nach einer besseren, weil die realen Interessen der Menschen befriedigenderen Art der Organisation der Gesellschaft.

Aufgabe der politischen Bildung ist es somit, dazu beizutragen, daß „die zukünftige Gesellschaft der Erwachsenen besser sei als die gegenwärtige“.²⁶ Dies kann sie aber nur, indem sie — an einer kritischen Theorie der Gesellschaft orientiert — die Menschen in die Lage versetzt, die Gesellschaft und damit ihr Schicksal aus freiem Willen und bewußt zu gestalten.

„Die Rationalität des auf Verwirklichung drängenden Interesses bestimmt sich dabei objektiv am Ziel der Aufhebung von Herrschaft, die weder als anthropologisch notwendig noch als sozial unaufhebbar gilt.“²⁷

Wolfgang Fritz Haug

„Positive Werte“ und Konzeption „reiner Wissenschaft“ in den Ringvorlesungen über Wissenschaft und Nationalsozialismus

Die folgenden beiden Texte sind Passagen einer noch un abgeschlossenen Inhaltsanalyse und Kritik der an den Universitäten Marburg, Tübingen, München und Berlin gehaltenen Vorlesungen über das Verhältnis der deutschen Universitäten bzw. der Wissenschaften und Wissenschaftler zum Faschismus. Einbezogen wurden ferner vier auf dem Deutschen Germanistentag 1966 in München gehaltene Vorträge, die Einzelaspekte des Verhältnisses der Germanistik zum NS behandelten. Insgesamt wurden 42 Universitätsvorlesungen verarbeitet (vgl. dazu die Signaturen und die Nachbemerkung am Ende der beiden Texte). Das Ergebnis darf also einige Repräsentativität mindestens für jene Teile der Professorenschaft beanspruchen, die überhaupt bereit waren, sich zum Verhältnis Wissenschaft und NS zu äußern. Viele der im folgenden kritisch behandelten Aussagen stehen innerhalb der betreffenden Fächer immer noch vereinzelt und fort-

25 C. W. Mills, a.a.O., S. 42.

26 J. Dewey, a.a.O., S. 128.

27 W. Abendroth, Einführung in die wissenschaftliche Politik.

schrittlich da. So sind etwa die in der Germanistik angestrebten Veränderungen durchaus wichtig und begrüßenswert. Dies sollte nicht vergessen werden, wenn der Akzent — im Kontext dieser Untersuchung allerdings wohlbegründet — entscheidend auf das Ungenügen der Vorlesungen gelegt wird.

„Positive Werte“

Max Horkheimers Diktum, vom Faschismus solle schweigen, wer nicht vom Kapitalismus reden will, hat in den hier untersuchten Auseinandersetzungen zwar kein Gehör gefunden, sich im Effekt aber wohl bewährt. In vielen Fällen mag nicht so sehr der Wille, als das Unvermögen entschieden haben. Überall korreliert der Mangel eines kritischen Begriffs vom Kapitalismus mit blinder Ideologienproduktion. Da solche Produktionen wirksame Mächte sind, muß die Untersuchung ihrer Logik folgen. Weil sie über seine soziale Basis nichts auszumachen vermögen, verdunstet den meisten Autoren die Rede vom Faschismus zur Ideologie vom katastrophierenden Ungeist. Was aber wäre Geist? — Die Aussagen über „das Wesen“ des Faschismus, wie sie auch der positivistische Faktenreferent erratisch in sein Referat einsprengt, identifizieren ihren Gegenstand in der Regel mit einem Unwert. Die Sätze sind zumeist wie folgt gegliedert: F = Nicht-A. Was aber ist „A“? Wenn der Faschismus als die Negation eines Positiven angegeben wird, steht und fällt der Antifaschismus mit diesem Positiven. Stellt man einen Katalog zusammen, was in den Universitätsvorlesungen über den Faschismus alles an die logische Stelle des „A“ gesetzt wird, glaubt man sich ins Wachfigurenkabinett versetzt. Es erscheint ein Sammelsurium verdinglichter Vorstellungen vom Höheren und Besseren. Frömmigkeit, Opfermut, Primat des Geistigen, Herrschaft des Bildungsbürgertums, Offenheit zum göttlichen Seinsgrund, Kontemplation, Nüchternheit, Triebbeherrschung, Demut, Humanität, immer wieder Geist, Aufbauendes, Rationalität, Vertrauen in den Weltlauf, Gesundheit, Pragmatismus, Dogmatismus, Materialismus, Idealismus, Aufklärung, Gegenaufklärung... es mutet an wie ein von Beckett arrangierter Scherbenhaufen. Das alles ist gewiß nicht tragfähig. Widerstand gegen den Faschismus namens solchen sektiererischen Positiven ist so gut wie kein Widerstand gegen den Faschismus. Zumeist verdanken solche „As“ ihren Reiz für den, der sie gegen den Faschismus hochhält, bestimmten Gruppenvorteilen, die sie implizieren, auch psychischen und oft einfach traditional bedingten Identifikationen und Besetzungen. Oder sie gehören, innerhalb einer aus Enttäuschung regradierenden Haltung, in den Assoziationsbereich von Erinnerungen an eine vermeintlich gute Alte Zeit. Das Gute war einmal oder ist woanders. „Das Jahrzehnt nach dem ersten Weltkrieg“ z. B. war, so versicherte Voegelin den Münchner Studenten, ein „Goldenes Zeitalter des Geistes verglichen mit dem Marasmus unserer Tage“ (Mü 276). Und als positives Exempel und vergangenes Vorbild malte derselbe Redner „das Heidelberg der zwanziger Jahre, an dem gleichzeitig Männer wie Goethein, Gundolf, Jaspers, Salin, Alfred Weber und

Zimmer wirkten“ (Mü 274). Der Direktor des Amerikainstituts der Universität München, Friedmann, legte den Studenten drei positive Gegenbilder zum Faschismus vor: die Gemeinschaft der Benediktinermönche, die amerikanische (US) Demokratie — der Krieg in Vietnam wird nicht erwähnt —, endlich die süditalienische Bauernkultur als „das Bild einer Gesellschaft, das die Einheit und Gesetzmäßigkeit des Kosmos widerspiegelte“. „Die Würde dieser Menschen erschien als unwiderlegbarer Beweis gegen jede deterministische oder mechanistische Interpretation menschlicher Kulturen, denn es war ja gerade die Art des Akzeptierens kosmischer Gesetzmäßigkeit, die den Gegebenheiten des menschlichen Lebens einen moralischen Sinn abzurufen vermochte. Auf sozialem Gebiet bedeutete dies gleichzeitig ein äußerstes Feingefühl für hierarchische Strukturen und einen unbeeinflussbaren Sinn für die Gleichwertigkeit alles Menschlichen.“ (Mü 222) Friedmann gestand, „als Prototyp jeder gesunden Gemeinschaft oder Gesellschaft“ sei ihm erschienen die benediktinische „Verbindung von bäuerlicher und handwerklicher Lebensnähe mit einer Weltoffenheit, die einfache Güte und gelassene Gelehrsamkeit einschloß“ (Mü 219). Es hat etwas Rührendes, wie Friedmann, der 1933 emigrieren mußte, seine Glaubenskarten auf den Tisch legt. Aber der Faschismus übertrumpft ihn allemal. Die Seele solcher Bekenntnisse ist rein, aber mißbraucht. Als veröffentlichte üben die privaten Bekenntnisse Verrat an sich selbst. „Menschliche Dichte“, „existentielle Betroffenheit“ (Mü 223), „Authentizität“ (Mü 236), „Geistigkeit im ethisch-religiösen Sinne, die einen jeden Aspekt des Alltags durchdringende Lebens- und Gesinnungsweise darstellt“ (Mü 226) — zweifellos entsprechen diesen Glaubensartikeln schätzenswerte persönliche Züge, ihre Verkündigung aber ist nicht einmal nur peinlich, sondern könnte darüberhinaus konvergieren mit latenten Dispositionen, die vielleicht nicht unbedingt faschistoid sind, die Aufklärung und Bekämpfung des Faschismus jedoch zu verworrener Hilflosigkeit verurteilen. Hilfreicher als die Anrufung privater Werte scheint das Bekenntnis zu politischen Modellen. Momente jener Ordnung der Gesellschaft, an deren Stelle die faschistische trat, fungieren hierbei in der Art von Werten, als deren Negation der Faschismus zu begreifen sei. Als solche zu Werten verdinglichte Modelle erscheinen Pluralismus, Liberalismus, Parlamentarismus, Rechtsstaatlichkeit, Ordnung, Entscheidung durch fachliche Kompetenz, Toleranz, Entideologisierung, Freiheit. Daß in solchen politischen Werten die Interessen mehr oder weniger privilegierter Schichten der Gesellschaft sich spiegeln, keineswegs aber das Interesse der Menschen schlechthin, ist rückblickend noch weniger sichtbar, als es schon 1933 war. Max Horkheimer warnte 1939 vor der (inzwischen triumphierenden) Tendenz, die Weimarer Republik in einfacher Umkehrung der faschistischen Propaganda zu verklären. „Die Erinnerung an die vierzehn Jahre hat mehr Reize für die Intellektuellen als für das Proletariat. Der Faschismus hat ihm vielleicht nicht weniger zu bieten als die Weimarer Republik, die den Faschismus aufzog.“ „Über die Zustände vor seinem Machtantritt geht der Faschismus

nicht bloß negativ, sondern positiv hinaus. Wenn die Lebensformen der liberalistischen Phase des Kapitalismus hemmende Funktionen hatten, wenn die idealistische Kultur schon zum Gespött geworden war, muß ihre Demolierung im Faschismus auch Kräfte frei machen. Der falschen Sicherheiten wird das Individuum beraubt, die faschistische Rettung von Eigentum, Familie, Religion läßt nicht viel von ihnen übrig. Die Massen werden zu mächtigen Instrumenten, und die Macht der vom fremden Willen durchströmten totalitären Organisation ist der Schwerfälligkeit des Reichstags überlegen, der vom eigenen Willen des Volkes getragen wird. Die Zentralisation der Verwaltung, die der Nationalsozialismus in Deutschland vorgenommen hat, löst eine alte bürgerliche Forderung ein, die anderswo im 17. Jahrhundert schon erfüllt war. Der demokratische Zug des neuen Deutschlands, die formelle Abschaffung der Stände ist bürgerlich rationell. Richelieu freilich ist energischer mit den Feudalen umgesprungen als Hitler mit der sogenannten Reaktion... Der inneren Schlagkraft entsprechen die Erfolge der faschistischen Außenpolitik. Sie beglaubigen die Versprechungen des Regimes. Der wichtigste Grund der Indolenz, mit der es von den Massen geduldet wird, ist die kühle Erwartung, es möchte den brüchigen Staatsgebilden ringsum einiges abtrotzen, was auch dem kleinen Mann zugute kommt. Nach der Phase der Eroberungen, die freilich erst begonnen hat, hofft der Nationalsozialismus, den Massen so viel abzugeben, wie geschehen kann, ohne Opfermut und Disziplin etwas zu entziehen. Im Faschismus nimmt hier der Umfang an Betriebsunfällen, dort der Umsatz bei den Sektfabriken zu, aber die Gewißheit, daß es weiter Arbeit gibt, wirkt schließlich als die bessere Demokratie. Unter Wilhelm wurde das Volk nicht mehr respektiert als unter Hitler.“ Das Studium des liberalen Kapitalismus muß der Analyse des faschistisch gewordenen vorhergehen. Leicht macht es sich demgegenüber etwa der Soziologie Dahrendorf. Gefordert sei, „jene Ecken in unserer Gesellschaft zu identifizieren, aus denen einer rationalen und liberalen Gesellschaft in der Vergangenheit Gefahr erwuchs und heute noch Gefahr droht“. (Tü 123) Die Formulierung unterstellt erstens eine Identität von Bundesrepublik und Weimarer Republik, zweitens fingiert sie, es habe „in der Vergangenheit“ eine wahrhaft rationale und liberale Gesellschaft bereits gegeben bzw. es gebe sie jetzt. Die Blindheit gegenüber der Abhängigkeit der gesamten Gesellschaft von einem unkontrollierten, ausschließlich vom privaten Profit gesteuerten ökonomischen Prozeß, ebenso die Blindheit gegenüber Erscheinungen wie Arbeiterfeindlichkeit und Massenelend reflektiert einen partikulären Klassenstandpunkt. Relativ rational und liberal eingerichtet war der Weimarer Staat etwa für gewisse Angehörige des Bildungsbürgertums, schon nicht mehr dagegen für linksliberale Publizisten wie Carl von Ossietzky. Ideal eingerichtet war er für bestimmte Beamtengruppen paradoxerweise gerade dadurch, daß er ihrer Republikfeindlichkeit freien Spielraum gewährte. Hierunter rechnen etwa Ministerialbeamte, Richter, Professoren und Offiziere. Auch die Funktionäre gewisser kirchlicher Institutionen

genossen günstige Bedingungen. Solche Interessenstandpunkte privilegierter Minoritäten setzen sich in der Retrospektive oft als ganz naive Verklärung durch. Die Tendenz wird verstärkt durch eine stellenweise parallel verlaufende der Bundesrepublik. Zum einen verlangt dieser Staat nach einer sowohl konservativen als auch antifaschistischen Legitimation. Es besteht sozusagen Bedarf nach dem Schein einer Vergangenheit. Zum andern versuchen die Apologeten der gegenwärtigen Machtverhältnisse verständlicherweise, deren neue Formel bereits in die Weimarer Zeit zurückzuprojizieren und ins Fundament des Antifaschismus einzubauen. Aspekte struktureller Identität oder Kontinuität von Faschismus und Bundesrepublik werden derart dem Bewußtsein entzogen. Daß die Problematik gerade darin liegt, daß überholte Eigentumsverhältnisse gewaltsam aufrechterhalten werden sollen, ja daß es überhaupt um einen in Struktur und Entwicklung der Eigentumsverhältnisse angelegten Konflikt geht, wird entweder einfach nicht begriffen, oder aber ängstlich verdrängt. Nach wie vor ist dieses Gebiet für die Wissenschaften terra incognita, die zu betreten und erforschen man sich hütet. An die Stelle gesellschaftstheoretischer Begriffe treten gefühlsmäßige Appelle. Der Politikwissenschaftler Sontheimer etwa endete seine Rede vor den Berliner Studenten mit einem ausführlichen und pathetisch zustimmend gebrachten Zitat aus einer Münchner Rede Karl Vosslers über „Politik und Geistesleben“, gehalten am Reichsgründungstag 1927. Die Universität müsse sich „mit der staatlichen und nationalen Grundlage, auf der sie stehe, innig verwachsen fühlen als mit ihrer eigenen geschichtlichen und gegenwärtigen Wirklichkeit“. Sontheimer, der dieses Gebot referiert, reflektiert freilich nicht auf den gänzlich veränderten Stellenwert, den es 1927 besaß, als die Mehrzahl der Universitätslehrer gegen das demokratische und republikanische Element im Weimarer Staat maßlos polemisierte. Damals mag dieses Bekenntnis zur unbedingten Staatstreue als zu einem universitätsinternen Postulat einen aktuell demokratischen Bezug gehabt und allen Hörern offenbart haben. Bereits in der NS-Zeit wäre der Satz für die Herrschenden bestens zitierbar gewesen. Wo Staat und Gesellschaft wirklich rational und freiheitlich — das bedeutet neben vielem anderen auch: freiestens diskutierbar und zu verbessernder Veränderung geradezu auffordernd — strukturiert wären, würde der Versuch, das Denken auf den gerade bestehenden Staat festzulegen — statt auf die Aufgabe seiner demokratischen Verbesserung —, sogleich als unerträglicher Eingriff in den autonomen Raum der Wissenschaft erkannt und abgewehrt. Als antifaschistisches Axiom ist die Staatstreue an sich vollkommen hilflos, während sie als faschistisches Axiom sich äußerst wirksam bewährt. Vosslers Ausführungen, von Sontheimer als Schlußstein seiner politologischen Kritik an der Haltung der deutschen Universitäten zur Weimarer Republik eingefügt, implizieren ein so fragwürdiges Programm künftiger Universitätspolitik, daß es in extenso angeführt werden soll. Nach dem Postulat, die Universität müsse sich mit Staat und Nation innig verwachsen fühlen, fährt das Zitat im Zitat

wie folgt fort: „Nur von dieser bestimmten räumlichen und zeitlichen Bodenständigkeit aus vermag sie die ewigen Dinge zu lehren und die Beweglichkeit der politischen Dinge zu deuten. Kein politisches Schicksal verfolgt sie mit größerer Spannung und besorgterer Liebe als das deutsche . . . Keines erscheint ihr so schwer, so vieldeutig, so reich an Gefahren, Möglichkeiten und Hoffnungen. Darum bedarf auch keines so dringend einer weitschauenden, offeneren, gläubigen, aber undogmatischen, unfanatischen, nüchternen und festen Führung. Solche Geistesart zu bilden, eine verhaltene, entschlossene Besonnenheit zu pflegen, die mit politischen wie mit allen zeitlichen Dingen nicht buhlerisch, nicht zimperlich, nicht leidenschaftlich und nicht seiltänzerisch, sondern gewissenhaft und gründlich umgeht, solche Führer zu erziehen, soll unser höchster Ehrgeiz, soll u n s e r e Politik sein*.“ Auf solchen Fundamenten scheint sich bestenfalls ein aufgeklärt autoritärer Staat bauen zu lassen, wobei als sozialer Auftrag für die Universität akzeptiert wird, dessen gläubigste Führungselite heranzubilden. Aber selbst dieser Schein trägt. Die Ausklammerung der s o z i a l e n Dynamik macht selbst diese autoritäre Aufgeklärtheit im Krisenfall vollkommen hilflos. Wer die Formeln für Demokratie im Bereich der Gesinnung sucht und vermeidet, sie im Rahmen eines sozialökonomischen Gesamtplanes zu verankern, dem entwickeln unter dem Druck des Sozialprozesses seine Gesinnungselemente sich unweigerlich ins Antidemokratische. Werte, Haltungen, Gläubigkeit, Gesinnung zeigen sich im sozialen Notfall nicht weniger hilflos, als Techniken des infantilen Animismus es sind. Sie gegen den Faschismus anzurufen, verweist die Individuen auf eine Ebene der Orientierung, in der die faschistische Tendenz allemal dominiert. Nicht so sehr Fanatismus treibt die Menschen, sich Besserung von faschistischer Herrschaft zu versprechen, als das permanente Gefühl der Ohnmacht, die tief eingegrabene Frustration der Hilflosigkeit des abstrakt Vernünftigen, die zum Zynismus ausschlagende Enttäuschung. Wohl aus ähnlichen Erwägungen heraus empfiehlt Bracher in seiner Darstellung der Gleichschaltung der Universität „politische Bildung als Teil einer Allgemeinbildung“ (B 141). Von ihr verspricht er sich, „der Radikalisierung wie dem Quietismus gleichermaßen entgegenzuwirken“. Sinnvoll gelingen könnte ein solches Programm freilich nur, wenn sein Bildungsziel nicht in der Innerlichkeit bloßer Informiertheit und Einstellung verbliebe. Zu prüfen sind die Inhalte, von denen die impressionistisch formalisierende Benennung der zu vermeidenden Alternative „Radikalisierung“ bzw. „Quietismus“ bereits ablenkt. Sontheimer etwa, der durchaus einer der liberalen Sprecher ist, verdinglicht die Inhalte tendenziell zum bloßen „Ethos“. Als positiven Wert bietet er „das Ethos der Demokratie als einer freien, auf der geregelten Austragung von Gruppenkonflikten basierenden Staatsform“ (B 28). Seine Hoffnungen setzt er darauf, daß es gelingen möge, die Menschen zum „ursprünglichen Eintreten für die Idee der

* Karl Vossler: Politik und Geistesleben, Münchner Universitätsreden, H. 8, München 1927, S. 19 ff (Zit. n. Sontheimer, B 39).

Demokratie und der Menschenrechte“ zu bewegen. Die Ideen blamieren sich aber in der Geschichte überall dort mit Notwendigkeit, wo nicht organisierte soziale Interessen sich in ihnen ausdrücken. Von den Arbeitslosen der Weimarer Republik konnte man nicht verlangen, sich für Ideen zu schlagen, die ein Herrschaftssystem deckten, das sich als ganz ohnmächtig erwiesen hatte, ihnen auch nur die fundamentalsten Menschenrechte zu gewährleisten. Heute nur an jene Ideen appellieren, beläßt dem Faschismus noch einmal seine spezifische Mächtigkeit. Die Brusttöne eines bekennenden demokratischen Idealismus werden im selben Augenblick zur schlechten Ideologie, da die gesellschaftlichen Probleme neue Lösungen verlangen. So vage die Äußerungen von Bracher und Sontheimer zu dieser Frage sind, — die Mehrzahl der Vorlesungen über den Faschismus läßt selbst eine derart abstrakte demokratische Position vermissen. In der großen Mehrzahl der Fälle konzentriert sich das Interesse der Professoren auf die Retablierung der Reinen Wissenschaftlichkeit. Auch Sontheimer setzt zum Rückzug auf diese Position an: „Das politische Ethos der Universität liegt in der Verteidigung und Rechtfertigung ihres wissenschaftlichen Ethos.“ (B 37) Außer Abendroth erheben nur ganz wenige Professoren ihre Stimme gegen einen solchen Rückzug der Wissenschaft ins Unpolitische. Zwar kann nach Helmut Kuhn die Universität „sich nicht, unter Berufung auf ihre alleinige Verantwortung für die Wissenschaft, für unpolitisch erklären“ (Mü 18), aber Kuhns Formulierung des Positiven, so wichtig seine Polemik gegen ein Wissenschaftsmodell „asozialer Reinheit“ ist, bleibt wiederum, weil allzu unpolitisch und allzu wenig sozialtheoretisch ausgebildet, ganz hilflos: „Die wirkliche Universität“ müsse, „um ihre Freiheit zu bewahren, empfangen, geboren und genährt werden von einer Gesellschaft, die ihre Idee — die Idee der fruchtbaren Wahrheit — nicht bloß duldet, sondern glaubt und als ein kostbares Gut hegt.“ (Mü 18) Gegenüber solchem metaphorischen Fruchtbarkeitskult (empfangen, gebären, nähren, fruchtbar, hegen) trägt das Pathos strenger Wissenschaftlichkeit es ohne weiteres davon. Das geringere theoretische Risiko eines auf Inhaltliches verzichtenden Anspruchs scharfer Grenzziehung verbündet sich mit einem sozialen Auftrag, der den Wissenschaftlern arbeitsteilige Spezialisierung und Disziplin, nicht aber Sozialbewußtsein und politisch-gesellschaftliche Mitsprache abverlangt. So triumphiert in den Vorlesungen über Faschismus und Universität, über die zur Schau gestellten Meinungsbestände positiver Werte der Einzelnen hinweg, die Tendenz zum Rückzug in Form- und Methodenfragen. Die Untersuchung folgt dieser Tendenz und spitzt sich zu auf die Prüfung des Modells reiner Wissenschaftlichkeit als einer Haltung und Institution, die Immunität gegen den Faschismus gewähren soll.

„Reine Wissenschaft“

Rückblickend sehen die Wissenschaftler sich und ihre Disziplinen heillos verstrickt in den Betrieb eines Unterdrückungsstaates, der schließlich den wissenschaftlichen Betrieb selbst dort, wo dieser ihn

gefördert hatte, nicht von der Unterdrückung aussparte — auch wenn die Universitäten sie in relativ gelinder Form zu spüren bekamen. Wie verarbeiten sie heute diese Situation? Wir müssen die Postulate befragen, mit denen sich die Universitätsprofessoren nachträglich von der Nähe zum NS abzustoßen versuchen. Als repräsentativ für die übergroße Mehrzahl der Antworten erweist sich das Verfahren, die Inhalte abzudrängen im Namen der Form. Nicht namens einer wie immer verstandenen Demokratie werden wissenschaftliche Lehrgehalte kritisiert, sondern namens ihrer „Wissenschaftlichkeit“. Als deren „Wesenhaftes“ nennt Eschenburg etwa „das selbstlose und zwecklose Suchen nach der reinen Erkenntnis“ (Tü 29), wohinein erstmalig in den ersten Kriegsjahren ab 1914 ein „Einbruch“ geschehen sei. „Was sich in einem Teil des Schrifttums der expansiven Kriegszielpolitik von gelehrter Hand findet, stellt eine fast unglaubliche Mischung von Exzentrik, Verrantheit und Rabulistik dar, wie man sie, wenn man es nicht wüßte, von einem Universitätslehrer nicht vermuten würde.“ (Tü 30) So sympathisch die Entschiedenheit ist, mit der Theodor Eschenburg die Demokratiefeindlichkeit der deutschen Professoren attackiert, so sind doch terminus a quo: Exzentrik... und terminus ad quem: Universitätslehrer... viel zu vage. Genauer wäre der Gegensatz: Ideologie des deutschen Imperialismus versus demokratisch orientierte wissenschaftliche Aufklärung. Oder ist es möglich, jene reaktionären Schriften nicht in politischen Bezügen sondern, so Eschenburgs Postulat, „rein nach ihren wissenschaftlichen oder unter wissenschaftlichen Ansprüchen vertretenen Anliegen und Analysen“ (Tü 30) zu beurteilen? Wir müssen fragen: was gilt den untersuchten Autoren als das spezifisch Wissenschaftliche? Die meisten Texte nehmen auf den „Geist der Wissenschaft“ als auf den Antipoden des Faschistoiden in der Wissenschaft (etwa Sontheimer, B 30) positiv Bezug, ohne ihn anders als in gelegentlichen Beiwörtern oder Metaphern zu inkarnieren. Conrady fordert „sachliche Genauigkeit und Differenzierung“ (Zeit), Sontheimer möchte „Leidenschaften und Ressentiments“ eliminiert haben (B 34), Lämmert „Einseitigkeit“ und „Weltanschauliches“ (es 20 u. 25), „vulgärwissenschaftliches“ sei durch „seriöses“ Vokabular zu ersetzen (vgl. es 19). Killy nennt das zu Vermeidende etwa „unreine Töne“, „Verfall“, „primitiv-emotionales Verhältnis zur Poesie“, „Austreibung der Vernunft aus dem Tempel der Poesie“, „Rückfall in unkritische Simplizität“ (es 55, 57, 59). Das Richtige wäre „anders als der leere Pomp“ (es 54). Die Begriffe sind teils merkwürdig geschmacklich, teils haltungsbezogen, teils metaphorische Umschreibungen, die ein Bescheidwissen voraussetzen scheinen. Lämmert berichtet aus seiner Disziplin, der ehemals eng mit dem NS verquickten Germanistik, von Kollegen, „die ihre Philosophie als strenge Spezialwissenschaft betrieben“: „der nüchterne Philologe“, der „Wörterbuchbearbeiter“, „der sich auf Fachrezensionen beschränkende“ „Textkritiker“, kurz „Fachwissenschaftler“ (von Lämmert durch Kursivsatz hervorgehoben), die „den deutschen Geist... vor dem unmittelbaren Zugriff

einer totalen Politik bewahrten“ (B 90). Ähnlich der Historiker Rothfels bei der Erörterung von Formen einer „freilich sehr stillen Abgabe an den Totalitätsanspruch des Regimes“ von seiten einzelner Historiker: „... aber es entsprach auch dem wissenschaftlichen Ethos, die faschistische Ideologie nicht mit einer antifaschistischen zu beantworten, sondern vom Boden des Faches her für Wahrheit und Recht oder das Rechte einzustehen.“ (Tü 105) Daß der Boden des Faches allein nicht trägt, führt Rothfels zu der moralischen Konsequenz, es werde „auch die Historie sich nicht an der Legitimierung durch das Seiende, sondern an normativen Unterscheidungen, letzten Endes an der von Recht und Unrecht, von Gut und Böse zu orientieren haben — Unterscheidungen, von denen Ranke in Worten, die allem Historismus eine Grenze setzen, gesagt hat, sie seien in der Brust des Menschen eingeschrieben. Wissenschaftliches und humanes Gewissen gehen hier zusammen oder sollten es tun.“ (Tü 106) Wie bringt man sie zusammen? Streng, speziell, nüchtern, auf Fachliches sich beschränkend — deutet dies allein schon Wissenschaft an, die auf Humanes zugeht? Der Historiker Heiber formuliert das Programm des Zusammengehens von Wissenschaftlichkeit mit „dem Menschen“, indem er Gut und Böse zu Erlebnisgrenzbegriffen subjektiviert: „Die Forderung Treitschkes aber, Geschichte zu empfinden und empfinden zu lassen wie selbsterlebtes Leid und selbsterlebtes Glück, ist in unserer Situation — und dazu hat die ns Katastrophe ebenso beigetragen wie die Drohung aus dem Osten — aktuell wie nie zuvor.“ (B 124) Nicht nur ist von einer Erfüllung dieser Forderung in Heibers Beitrag nichts zu spüren. Es fehlt auch gänzlich an methodologischer wie an geschichtstheoretischer Reflexion, die aus dem menschenfreundlichen Postulat mehr als ein beziehungslos aufgehängtes Dekorationsstück machen würden. Wer soll das Subjekt der mimetisch nachzuvollziehenden Erlebnisse sein? Wessen Geschichte ist die Geschichte? Das Identifikationserlebnis, das die Geschehnisse „wie selbsterlebt“ haben soll, heftet sich traditionellerweise an die jeweils Herrschenden, an die Sieger oder aber an „die eigene Seite“. Niemand spielte lieber auf dem Instrument der vermittelt Identifikation erzeugten Pseudoerlebnisse als die politische Romantik und insbesondere der NS, der sie in der Pseudo-Objektivität der Rasse verankerte. Ist es eine sowohl wissenschaftlich wie „menschlich“ ergiebige Aufgabenstellung, Hitlers Laufbahn „wie selbsterlebtes Glück und selbsterlebtes Leid zu empfinden und empfinden zu machen“? Heibers unreflektiertes Postulat verharrt in der Affinität zum Faschismus. Auch die altmodische „Drohung aus dem Osten“, von der man sich zunächst fragt, was sie in diesem Kontext soll, bezeugt eine solche Kontinuität der Frontstellung. Begrifflich bleibt in Heibers wissenschaftstheoretischen Einlassungen alles im Dunkel oder Halbdunkel, aus dem sich erst durch Interpretation der Bilder und Beispiele etwas ans Licht ziehen läßt. „Zwischen den Luftwurzeln des Glasperlenspiels in elfenbeinernen Türmen einerseits und kaum verhüllter Prostitution auf den Rummelplätzen politischer Publizistik oder pädagogischer Allerweltsbetriebsamkeit andererseits gilt

es den Weg zu ertasten, der in erster Linie der Wissenschaft dient, dabei aber auch zu den Menschen führt, ohne jedoch der Gefahr zu erliegen, als Partisan bestimmter Interessen und vorgefaßter Meinungen glaubwürdig diskreditiert zu werden.“ (B 125) Die Gefahr besteht demnach nicht in der Verfälschung der Geschichte oder in antidemokratischer Einfärbung der Geschehnisse, sondern darin, „glaubwürdig diskreditiert“, sagen wir ruhig: erwischt zu werden. Dies mag eine sprachliche Fehlleistung sein, auf einer Ebene mit den Metaphernkollisionen. Was geben die emblematischen Bilder sonst zu verstehen? Leicht zu entziffern ist der elfenbeinerne Turm, worin das Glasperlenspiel gepflogen wird, das bei Heiber Luftwurzeln treibt: die Pointe richtet sich gegen „reine“ theoretische Wissenschaft, die Metaphern wuchern ins Unkontrollierte unter dem Druck antiintellektueller Affektivität, die es gleich dreimal gesagt haben will. Im nächsten Sinnbild erscheint Politik, und zwar im Sinne von politischer Öffentlichkeit (im Gegensatz etwa zu Diplomatie, Kabinettspolitik), als Rummelplatz; das Auftreten von Wissenschaftlern in diesem Bereich erscheint als Prostitution, die wiederum — und hier meldet sich, in der metaphorischen Stimmigkeit, Sachverstand an — kaum verhüllt ist: die Spitze richtet sich gegen öffentliche politische Stellungnahmen und Eingriffe von seiten der Wissenschaftler. Entschieden unbildlicher tritt die „pädagogische Allerweltsbetrieblichkeit“ hinzu: zu vermeiden ist offenbar erzieherische Aufklärung, zumal wenn sie sich an alle Welt richtet — vielleicht soll sich auch nur nicht alle Welt in die Erziehung des Volkes einmischen; die Pointe zielt nur ganz undeutlich und mehr auf ein allgemeines Resentiment als auf einen präzisierbaren Tatbestand. Zwischen diesen drei großen Gefahren hindurch soll die Wissenschaft ihren Weg — nicht in scharfer Selbstreflexion methodisch klären, sondern „ertasten“, als wäre sie blind. Darüberhinaus darf sie nicht bestimmten Interessen sondern nur ihrem eigenen dienen — aber wie ist dieses bestimmt? —, auch dürfen vorgefaßte Meinungen nicht in ihr wirksam werden. Gleichwohl soll sie „dabei aber auch zu den Menschen führen“. Gerade weil der Autor es verschmäht, über die vielfachen inneren Widersprüche und Probleme seines Programms zu reflektieren, vermöchte man es sich eher als Programm einer öffentlich rechtlichen Sendeanstalt denn als Wissenschaft realisiert vorstellen. Unvergleichlich stichhaltiger nehmen sich daneben die Ausführungen jener Professoren aus, die, sei es auch abstrakt, auf den „Geist der Wissenschaft“ rekurrieren und ihn als unbestechlichen Wächter gegen den Faschismus stellen wollen. Zeigte sich in Heibers Konzeption Politisches — und zwar nationalkonservativer und antikommunistischer Ausrichtung — mit eher gefühlsmäßig Methodologischem unreflektiert verschwistert, so treten die beiden Komponenten bei den reflektierteren Theoretikern auseinander. Indem die politische Komponente aus der Wissenschaft verwiesen und in einen Gegensatz zum streng methodologischen Ansatz gerückt wird, ergreift der Widerspruch die Postulate der Methode. Es ist nicht „sachlich genau und differenziert“, den Faschismus als „totale Politik“ zu be-

zeichnen. Ersetzte er doch gerade Politik durch unmittelbare Herrschaft, die Unterwerfung forderte, Funktionieren und nicht politisches Bewußtsein, schon gar nicht eigenständige politische Praxis. Politik und historisch-gesellschaftlicher Prozeß scheinen nach vorherrschender Auffassung radikal wissenschaftsfremde, äußere Mächte zu sein. Von außen griffen sie, so stellt es den meisten Autoren sich dar, nach der Wissenschaft. Die Aussagen divergieren eher hinsichtlich des Zeitpunktes, da „der Streit in die Lehre eindrang“ (Eschenburg Tü 33) und der Umstände und Reichweite dieses Eindringens. Selbst Professoren, die aus der Geschichte dieses Jahrhunderts gelernt haben, das Postulat des Unpolitischen als versteckt konservatives Ideologem zu durchschauen, postulieren derart einen dem Anspruch nach radikal entpolitisierten Begriff von Wissenschaft. Darin äußert sich ein gänzlich unwissenschaftlicher Begriff von Politik. Ohne es zu reflektieren, registrieren die Autoren damit die historische Zerstörung bürgerlicher Politik, wie sie im NS-Herrschaftssystem ihren extremen Ausdruck fand. Eine derartige Verdinglichung des Politischen und die angestrenzte Ausscheidung der verdinglichten Politik aus der Wissenschaft läßt diese nicht unangetastet. Zwei Rückzugspositionen bieten sich an: Moral und Methodologie. Gewissen, Verantwortung, Wissen um Gut und Böse treten dem moralischen Standpunkt neben die Wissenschaft, die bekennenderisch an jene Instanzen gebunden werden soll. Wenn Dahrendorf von der „völkischen Soziologie“ aussagt, daß „deren Mangel an wissenschaftlicher Verantwortung nur durch die moralische Barbarei ihrer Konsequenzen noch übertroffen wurde“ (Tü 119), so verdeckt nur die Härte seiner Diktion die vage Schwäche der angerufenen Gegenmächte. Daß „rechtliche und humane Gründe“ allein hilflos sind, sich gegen „diese Ungeheuerlichkeit“ — gemeint ist in diesem Falle der Antisemitismus — zu wehren, notierte, ohne eine Erklärung dafür zu haben, Hermann Diem in seiner Tübinger Vorlesung (Tü 8). Auch Philipps Beschwörung freundlicher Mächte gegen eine antikommunistisch und imperialistisch motivierte Ostwissenschaft: „Dank an das Wirtsvolk, jede Ehrfurcht vor der anderen Kultur und auch vor der Lebensentscheidung der Menschen...“ (B 52), bleibt, wo nicht wirksamere Mächte hinzutreten, als bloßer positiver Wert hilflos. Haltungen und Werte sind, sei ihr Pathos noch so wohlthuend human, nur im Privaten wirksam. Ja, nicht einmal privat unterscheiden sie den, der zu ihnen sich bekennt, wirksam von den Faschisten. Als bloße Beschwörungen innerhalb einer gesellschaftlichen Institution wie der Wissenschaft bleiben sie ganz leer. Alles kann man unter ihnen verstehen und nichts. Wie sollen sie Einfluß nehmen können, wenn auf sie nicht im Grundbegriff von Wissenschaft selbst reflektiert wird? Die zweite Position scheint diesen Mangel vermeiden zu können. Wenn es gelingt, die mögliche Affinität zum Faschismus durch methodologische Reformen zu eliminieren, scheint das Problem radikal gelöst. Vor allem unter den jüngeren Professoren der Germanistik gibt es energische Anhänger einer durchgreifenden Modernisierung. Es genügt nicht, argumentiert etwa Peter von Polenz, „jene vulgärwissenschaft-

lichen Sünden- und Unglücksfälle der dreißiger Jahre als warnendes Beispiel in Erinnerung zu rufen. Man kann nicht alte Ziele und Motive verwerfen und im übrigen mit den alten Methoden weiterarbeiten.“ (es 160) Was mit der Eliminierung faschistischer Komponenten der Wissenschaft legitimiert wird, kündigt sich allerdings als radikal formalisierende Selbstreduktion der Wissenschaft an. „Die Geschichte einer jeden Wissenschaft“ sei „in erster Linie eine methodologische Entwicklung.“ (Polenz, es 144) Von der bis weit in die NS-Zeit hinein betriebenen deutschnationalistischen Jagd auf Fremdwörter heißt es in bezeichnendem Vertrauen auf Methodenfragen: „Der ganze Sprachpurismus beruht auf dem methodologischen Irrtum der Vermischung von Diachronie und Synchronie.“ (es 150) Als innerwissenschaftliche Garantie gegen derartige „vulgärwissenschaftliche Ausschreitungen“ (es 147) empfiehlt Polenz die Methode des Strukturalismus. Indem er „das sprachstilistische und sprachsoziologische Hier und Jetzt der Wörter“ (es 141) in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt haben will, könnte freilich der Zugang zu einer inhaltlichen Analyse und Interpretation von manipulativer Sprache verbaut werden, beruht doch eine spezifische Mächtigkeit manipulativer Techniken gerade auf dem Anreizen und Ausspielen von Ungleichzeitigkeiten in den angesprochenen Verhältnissen und Individuen. Von Ernst Bloch wissen wir um die Pflicht zur Dialektik solcher Ungleichzeitigkeit. Ein Begriff von historisch-sozialer Wirklichkeit, der auf ihre immanenten Ungleichzeitigkeiten nicht reflektiert, kommt einer bloßen Fiktion gleich. In Polenz' Kritik am Sprachpurismus, auch am antifaschistischen der Gegenwart, zeigen sich die Mängel einer solchen formalisierten Objektivität. „Der tragische Irrtum der deutschtümelnden Sprachreiniger“ sei es gewesen, „daß sie ein beklagenswert wirklichkeitsfernes Verhältnis zur Sprache hatten, während die politischen Praktiker unter den Nationalsozialisten sehr wohl wußten, daß Sprache an Galtungen in der Gegenwart gebunden ist...“ (es 141) Wirklichkeitsnah also waren die NS-Führer. Aber kann man ihnen die Wirklichkeit kampflos überlassen? Gibt es nur eine einzige und homogene Wirklichkeit? Ist nicht jede Wirklichkeit ein Produkt historischer Praxis? Historische Praxis ist nicht weniger vielschichtig, von Interessengegensätzen aufgespalten in widersprüchliche Tendenzen, als die je gegenwärtige Wirklichkeit es ist. Daher hilft das Überspringen vom diachronischen Strukturprinzip auf das synchrone allein wenig. Hier wie dort gilt die wissenschaftstheoretische Kontrolle allzu ausschließlich der bloßen Form. Der Mangel an inhaltlichem und an Tendenzbewußtsein wird in Polenz' Urteil über den Sprachpurismus deutlich spürbar. Wenn er den Sprachreinigern vorwirft, sie glaubten „die Sprache vor dem Sprachgebrauch der Sprachgemeinschaft schützen zu müssen, als ob die Sprache ein absolutes Wesen sei, dem die Sprecher zu dienen hätten“ (es 142), supponiert er eine einheitliche Sprachgemeinschaft, deren Faktizität der Wissenschaft die Norm diktiert. Im Falle des Faschismus ist aber die Faktizität ohne weiteres der Faschismus selbst. Und hätte die der Wissenschaft grundsätzlich entäußerte ‚Politik‘ den

Sprachpurismus mit Gewalt durchgesetzt, würde er die von der Wissenschaft nunmehr anzuerkennende Wirklichkeit konstituieren. Methodologisch ist die Wissenschaft nicht zu immunisieren. So unentbehrlich die ständige Reflexion von Methodenfragen ist, könnte doch nur eine inhaltliche Interpretation — hier: des Purismus — zugleich dessen soziale Gehalte und damit sein ‚Wesen‘ in aller Widersprüchlichkeit benennen als auch — und dies ist die meist unbewußt ausgeübte praktische Dimension aller Wissenschaft — dadurch mitgestaltend in die Geschichte eingreifen. Der Mangel an solcher Reflexion begünstigt leicht das Eindringen neuer apologetischer Strukturen unter dem Deckmantel besonders distanzierter Methode. An Polenz' angedeuteter Kritik an einem gegenwärtigen antifaschistischen Sprachpurismus, wie er sich etwa im „Wörterbuch des Unmenschens“ bekundet, wird, so berechtigt sie ist, ein apologetischer Zug sichtbar. Es sei „zwar notwendig, auf die verführerische, gewissenlose Art hinzuweisen, mit der sich die Nazis zu ihren Zwecken der deutschen Sprache bedient haben, und vor den Merkmalen dieses Sprachstils zu warnen. Aber es könnte politisch gefährlich“ — für welche Interessen, bitte? —, „weil irreführend, sein — und es ist wissenschaftlich anfechtbar — aus dem Fortleben vieler einst von den Nazis in ihrem Sinn oder in anderen Kontexten gebrauchter Wörter im heutigen Deutsch ohne weitere Nachforschungen Schlüsse auf Gesinnungen der heutigen Deutschen zu ziehen. Die Kenntnis der Sprachgeschichte kann nicht die vorurteilslose Analyse der Sprachgegenwart ersetzen.“ (es 159) Nun darf allerdings „vorurteilslos“ nicht zu einem Synonym für kritiklos werden. Der Mangel an Theorie vor aller Methodenformulierung äußert sich oft in Scheingefechten, falsch gestellten Fragen. Natürlich soll kein Wissenschaftler je ohne weitere Nachforschungen Schlüsse ziehen auf irgendetwas. Aber die Fragestellung und nicht die vorschnelle Antwort ist das ungleich wichtigere Problem. „Gesinnungen“ sind nicht unbedingt ein Forschungsgegenstand von zentralem Interesse. Relevant wäre vielmehr eine Analyse des Zusammenspiels sozialer Herrschaftsstrukturen und individueller Verhaltensdispositionen, um nur diesen einen Aspekt herauszugreifen. Die Rede von den „heutigen Deutschen“ gleitet unbemerkt über einen äußerst heterogenen und gegensätzlichen Stoff hinweg, auch wenn hier nur von Sprachlichem gehandelt wird. Verkörpert Springers Zeitungskonzern die heutigen Deutschen? Soll die Sprache seiner Organe wissenschaftlicher Kritik entzogen sein, nur weil sie unbestreitbar „Gegenwartsgeltung“ besitzt? Kulturindustrie (auch sie nicht einheitlich), offizielle Verlautbarungen, Schulunterricht, Familiengespräche in den verschiedenen sozialen Schichten, Diskussionen am Arbeitsplatz, Kommunikationsvorgänge innerhalb einer Klasse oder zwischen verschiedenen Klassen... Genaue Nachforschung würde die Rede von den heutigen Deutschen zergehen müssen in konkrete Situations- und Interessenanalyse. Streit und Widerspruch aus der Wissenschaft zu eliminieren bedeutet unmittelbar Unterdrückung eines Pols zugunsten des andern. Das gegenwärtig Konforme hat keinen Anlaß sich über das gestern Kon-

forme zu erheben. Beides ist bzw. war zu wenig eigenständig, zu wenig kritisch und selbstkritisch als Wissenschaft. Wenn gegen die „Verdeutschungen“ nichts anderes mehr einzuwenden ist, als daß sie „von außen her an die Sprachwissenschaft herangetragen“ seien (Polenz, es 126), wird implizit sowohl vernachlässigt, daß Sprache etwas Historisch-Politisches ist, als auch der Wissenschaft ein geschichtslos-unpolitisches Verhältnis zu ihrem Gegenstand abverlangt. In solcher Auffassung kommt gleichzeitig eine Überschätzung und eine Verstümmelung von Wissenschaft zum Ausdruck. Diese Verschränkung zeigt sich auch bei Lämmerts berechtigter und äußerst dringlicher Kritik an der Einheitskonzeption der Germanistik sowie des traditionellen germanistischen Begriffs von Sprache und Volk. Bei der Erörterung der Programmatik des Germanistenverbands von 1912 kommentiert er jene Konzeption: „Dieser Impuls zur Wiedervereinigung mehrerer schon auseinanderstrebender Fächer kann nicht mehr wissenschaftstheoretisch, sondern... nurmehr weltanschaulich begründet werden.“ (es 25) Wir lassen die Frage beiseite, ob dieses Nicht-mehr zu Recht auf Wissenschaftstheorie bezogen werden darf, ob nicht darin ein Bezug auf „Außerwissenschaftliches“ sich verbirgt. Wir notieren an dieser Stelle den behaupteten Gegensatz von „Wissenschaftstheorie“ und „Weltanschauung“. Da jede Wissenschaft ein Stück „Welt“ zum Gegenstand hat, drückt sich in ihrer Theorie eine Weltanschauung aus. Verfällt das Bewußtsein dieses Sachverhalts der Verdrängung, strukturiert sich der Begriff von Wissenschaft fetischistisch. Moment der Struktur solcher Fetischisierung ist das Ineinander von Verstümmelung und Überschätzung. Vor allem die Überschätzung, im Guten wie im Bösen, wird deutlich an Lämmerts Kommentar zum „Gesetz über die Bildung von Studentenschaften an den wissenschaftlichen Hochschulen“ vom April 1933. Daß dieses Gesetz die „Studenten deutscher Abstammung und Muttersprache... unbeschadet ihrer Staatszugehörigkeit“ als deutsche Studentenschaft bestimmt, kommentiert Lämmert unter Bezugnahme auf den traditionellen Volksbegriff der Germanistik: „So gründete sich Reichspolitik bei ihrem Zugriff auf Menschen wie auf Gebiete auf ein nie säuberlich abgeklärtes und eingegrenztes Axiom idealistischer Sprachtheorie.“ (es 29) Indem „Reichspolitik“ wie eine eigenständige und zwar wissenschaftsfremde Disziplin sui generis eingegrenzt wird, überläßt Lämmert, ohne es freilich zu bemerken oder zu wollen, die Politik einmal mehr dem Faschismus. Daß diese säuberliche Ausgrenzung von ‚Politik‘ als selbstverständliches Axiom von Wissenschaftlichkeit geführt wird, muß deren Widerstandskraft gefährlich schwächen. Stattdessen wäre an den von Lämmert referierten Beispielen zu erkennen, daß bei aller Arbeitsteilung von Wissenschaft und Politik die Grenze zwischen beiden Bereichen niemals eine irgendwie wesensmäßig prinzipielle ist. Die Beschwörung des klassifikatorischen bzw. definitorischen Verfahrens, Gegenstände wie auch Axiome „säuberlich abzuklären und einzugrenzen“, wie es für wissenschaftliches Vorgehen selbstverständlich ist, bleibt ohnmächtig als Abwehr von ‚Faschistoidem‘. Derartige Versicherungen

benennen in ihrer leeren Allgemeinheit nicht einmal eine spezifische Differenz zu „politischem“ Verfahren. Wenn Herrschaft effektiv sein will, muß sie selbstverständlich streng und nüchtern kalkulieren, sachlich sich begründen, ihre Ziele, Methoden und Gegenstände „säuberlich abklären und eingrenzen“. Es ist eine wissenschaftstheoretische Illusion, sich von Entpolitisierung und Reduktion auf Formelles sozusagen hinterrücks nun doch einen politischen Effekt zu versprechen: den einer ‚politischen‘ Immunität. Vielmehr vermag nur die Reflexion auf gesellschaftliche wie politische Gehalte der Wissenschaft, diese Gehalte, die man eh nicht los wird, zu kontrollieren und dadurch Bedingungen zu schaffen, die es der Wissenschaft erlauben, auf eigenem Boden einer antidemokratischen Politik ebenbürtig entgegenzutreten. Andernfalls verbliebe das Programm einer „sachgerechten Rückführung“ — hier: der Germanistik — „auf eine unpräzise Fachdisziplin“ (es 91), bliebe auch „das sorgfältige Abhören der traditionellen Termini, Methoden und Organisationsformen auf jene Beiklänge einer poetischen Deutschbewußtheit“ (es 90) im lähmenden Bann einer bloßen Reaktionsbildung auf die nach wie vor unbegriffenen „vulgärwissenschaftlichen Sünden- und Unglücksfälle der dreißiger Jahre“ (Polenz, es 160). Eine derartige Reaktionsbildung erwähnt Conrady. „Die von den deutschen Literaturwissenschaftlern nach 1945 so energisch vollzogene Wendung zur werkimmanenten Interpretation, die sich als Reaktion auf geistesgeschichtliches Konstruieren schon in den vierziger Jahren ankündigte, und die Hingabe an die Spiele der ästhetischen Formen erklären sich als Gegenschlag gegen die vorherrschenden nationalpädagogischen Kriterien und sind natürlich auch willkommene Mittel zur Flucht aus den politisch-ideologischen Verstrickungen des Dritten Reichs. Daß diese Umorientierungen, deren historische Kausalitäten freilich nie erörtert wurden, neue Fragen und Fragwürdigkeiten mit sich brachten, hat sich längst gezeigt.“ (es 84 f.) Conrady unterläßt es an dieser Stelle allerdings, die Fragwürdigkeiten einer solchen Reaktionsbildung und Rückzugposition näher zu bestimmen. Gerade deren Erörterung könnte jedoch zeigen, wie traditional die Muster sind, bei denen man aus Enttäuschung am NS Zuflucht suchte. Lämmert deutet einen Zusammenhang an zwischen derartigen wissenschaftsimmanenten Orientierungen und der Verstrickung in den Faschismus, wenn er als eine Voraussetzung unter anderen hervorhebt, „daß die deutsche Germanistik sich für die Auswirkung und Umwertung bedeutender deutscher Dichtungen im Bereich politischen Denkens und Handelns, überhaupt für deren Wirkungsgeschichte, nicht sonderlich interessierte.“ (es 32) So wichtig diese Einsicht ist, ihre Formulierung impliziert doch ein mechanistisches Modell des Verhältnisses von Wissenschaft, Dichtung und Politik. Es mag ein Fortschritt sein, wenn sich die Germanistik überhaupt um Politik kümmert. Ist es aber nicht der alte unpolitische Irrtum, wenn die Literaturwissenschaft sich auf Politisches als auf ein ganz Anderes ihrer selbst und ihres literarischen Forschungsgegenstands beziehen soll? Impliziert ist immer noch das eigenständige Reich des Geistes, worin die

großen Dichtungen sich erheben und eigentlich zuhause sind. Erst indem sie eintreten in den „Bereich politischen Denkens und Handelns“ werden sie „umgewertet“ und „wirken sich aus“. Es wäre aber gerade das Reich der Ideen mitsamt seinen Produktionen in seiner politisch-gesellschaftlichen Bedingtheit und Relevanz zu begreifen. Ohne einen solchen Begriff stehen fetischisierte Wissenschaftlichkeit und verdinglichte Politik sich unvermittelt aber symmetrisch und von gleichermaßen falschem Bewußtsein einander gegenüber. Derartige ‚Politik‘ führt immer noch die Assoziation vom Parteienhader — modernerenfalls von Interessengruppen und ihrem Tauziehen um Anteile am Sozialprodukt — mit sich. Bei einer Reihe von Wissenschaftlern hat man den Eindruck, daß es Sprachgewohnheiten sind, die sich gegen ihre bessere Einsicht durchsetzen. So gebraucht Lämmert das Wort „politisch“ fast ausschließlich in deprezierendem Kontext. Statt Imperialismus sagt er „politische Landnahme“, faschistische Propaganda heißt ihm „politische Aufheizung“. (es 29) Eine derart unreflektiert die Politik diffamierende Diktion behauptet sich selbst dort, wo Lämmert gegen die unpolitische Blindheit pränazistischer Wissenschaftler protestiert, etwa im Bezug auf jene Vorlesung für Hörer aller Fakultäten, worin Roethe 1922 vom deutschen Führer schwärmte. „Denn freilich wird von Roethe dort der berufene Fürst oder der Dichter oder auch der Dichterstoff erhofft, nicht der zu dumpfen Träumen erst hinreißende Politiker.“ (es 18) Indem von den Chefs der faschistischen Herrschaftsapparate nur der Name ‚Politiker‘ stehenbleibt, bleibt auch der Makel an der Politik schlechthin haften. Nichts anderes gilt, wo die Erziehung zum staatsstreuen Untertan des Faschismus kurzerhand „politische Erziehung“ genannt wird. (Lämmert, es 18) Der Gegensatz Wissenschaft versus Politik kann eine taugliche Rückzugsposition im Faschismus sein. Wenn er aber als generalisierter den Faschismus überlebt, ist er ohne Zweifel falsch und verkörpert eine bestimmte konservative Politik. Merkwürdig ist es, wenn immer wieder falsche Gegensätze dieser Art sich dort einschleichen, wo die Blindheit pränazistischer Wissenschaftler für derartige Implikationen gezeißelt wird. „Das überreiche vulgärbiologische Vokabular“, heißt es etwa bei Lämmert, „das nun auch die seriösere Literaturforschung durchsetzt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrzahl der Gelehrten, die sich seiner bedienen, sich damit in einem idealistischen, allenfalls lebensphilosophischen Bereich zu bewegen meinten. Eben infolge der zäh wurzelnden Tradition von der geistig-seelischen Begründung des Deutschtums wurden sie der radikalen und pragmatischen Materialisierung der Blut- und Rassemetaphern in der NS-Politik kaum oder erst sehr spät gewahr.“ Hier ist zweifellos ein wichtiger Aspekt der Disposition der Germanistik für den Faschismus festgehalten. In der Diktion klingt aber das durch die Beschreibung Abgewehrte nach. Die in Gegensatzrelation stehenden Begriffe sind nicht analytisch sondern impressionistisch und wiederholen so den Verblendungszusammenhang des alten falschen Bewußtseins von den Gegensätzen. Gelehrter / seriös / geistig-seelisch / idealistisch verhält sich gegen

Politik / vulgär / radikal / pragmatisch / Materialisierung. Dort freilich, wo Lämmert vorschlägt, die deutschen Literaturwissenschaftler sollten sich mehr um das lateinische Mittelalter und die europäische Literatur kümmern, scheint ein positiver Bezug zur „Politik“ durch, indem Lämmert diese Neuorientierung — nun gar nicht methodologisch oder irgend wissenschaftstheoretisch — damit begründet, es seien „in der Wissenschaft wie in der Politik unserer Zeit längst auch neue Gruppierungen auf den Plan getreten“ (es 36), womit wohl nicht zuletzt auf die ökonomischen und militärischen Bündnisse Westdeutschlands angespielt sein soll. Dieser Bezug auf das aus der wissenschaftlichen Selbstreflexion verdrängte Politische ist nun freilich nicht wissenschaftlich. Er wirft ein Licht auf die politische Naivität, mit der den Vertretern vermeintlich unpolitischer Wissenschaft heute wie damals die gerade gängige „Politik“ unreflektiert eingeht. Nicht selten läßt sich ein Nebeneinander von scharfer Ideologiekritik und einfacher Übernahme aktueller ideologischer Gehalte und Strukturen beobachten. Für den sich herausbildenden neuen Begriff von Wissenschaftlichkeit ist dieses Ineinander von Ideologischem und von scharf auftretender Entideologisierung offenbar von zentraler Bedeutung. Damit richtet sich der Ideologieverdacht gegen die Entideologisierung und den darin fungierenden Begriff von Ideologie. Die Untersuchung konzentriert sich auf den Begriff von gesellschaftlich bedingtem falschem Bewußtsein, wie er sich in den Vorlesungen über den Faschismus manifestiert und wissenschaftspolitisch zur Verdrängung bestimmter Methoden und Inhalte und zur Einsetzung bestimmter anderer wirksam wird.

Signaturen:

- B: Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Universitätstage 1966. Veröffentlichungen der Freien Universität Berlin. Verlag Walter de Gruyter 1966.
- es: Germanistik — eine deutsche Wissenschaft. Bd. 204 der edition suhrkamp, Frankfurt/M 1967.
- Mü: Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München. Piper Verlag, München 1966.
- Tü: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen. Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen 1965.
- ZEIT: Conrady, Karl Otto: Germanistik in der Diskussion, über einige Prinzipien der Auseinandersetzungen mit ihrer Vergangenheit, in: Die Zeit v. 29. 1. 1965.

(In den hier abgedruckten Passagen nicht zitierte Schriften, die in der gesamten Untersuchung aber eine Rolle spielen, sind nicht aufgeführt. — Zwei weitere Ausschnitte sind unter dem Titel „Zwei Kapitel über den hilflosen Antifaschismus“ veröffentlicht im Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft („akut“, Nr. 29/30). Dort ist behandelt „antifaschistische Aufklärung als Sprachproblem“ und „Rot gleich Braun — aber Marxisten als Ausnahmen und Opfer“.

Die noch un abgeschlossenen Teile der Arbeit behandeln die in den untersuchten Vorlesungen enthaltenen Theorien über „das Wesen“ des Faschismus; die Disposition der Wissenschaften und der Wissenschaftler für den Faschismus; „Entideologisierung“ und nochmals „reine Wissenschaft“. Endlich soll versucht werden, einen Katalog der Typen und Schematismen apologetischer Argumentation zusammenzustellen.

Die gesamte Arbeit erscheint im Herbst dieses Jahres in der ‚edition suhrkamp‘. Für Kritik und alle Anregungen, die ihn bis dahin erreichen und die ihn seit der Veröffentlichung der „Zwei Kapitel“ bereits erreichten, ist der Verfasser sehr dankbar.)

Tim Mason

Der antifaschistische Widerstand der Arbeiterbewegung im Spiegel der SED-Historiographie¹

Es ist ohne Zweifel schwierig, über diesen Abschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu schreiben. Abgesehen von der Dürftigkeit der Quellen, fehlen uns noch die Maßstäbe, den fürchterlichen Leidensweg des Widerstands der Arbeiterklasse und die Motive der einzelnen Widerstandskämpfer und -gruppen verständlich zu machen. Denn, im Gegensatz zum konservativen Widerstand, hatten die illegalen Organisationen der Arbeiterklasse nicht den Anreiz zur Aktion, daß sie objektiv imstande gewesen wären, das NS-System zu stürzen; ihnen fehlten auch vollends die Stellungen innerhalb des Staatsapparats, die den Konservativen zum Aufbau einer weitverzweigten Organisation und zur Deckung der konspirativen Tätigkeit von so großer Bedeutung waren. Spätestens ab Mitte 1934 und bis Ende 1944 war die Entscheidung, sich dem sozialdemokratischen oder dem kommunistischen Widerstand anzuschließen faktisch eine Entscheidung, sich nach kurzer Zeit und ohne zur Erschütterung des Systems beigetragen zu haben, von der Gestapo verhaften und foltern und von der deutschen Justiz aburteilen zu lassen. Nichts war für den Arbeiterwiderstand gefährlicher als der Erfolg, denn je größer eine Gruppe wurde, je vielfältiger die Formen ihres Widerstands, desto schwieriger wurde die Geheimhaltung; die wenigsten Gruppen bestanden länger als 3 Jahre, viele nur Monate. Wenn dennoch in den 12 Jahren der NS-Herrschaft schätzungsweise 150 000 Personen wegen sozialdemokratischer, gewerkschaftlicher oder — die meisten — kommunistischer Opposition verhaftet werden mußten, dann hat der Historiker mit Problemen der Interpretation zu tun, die jenseits der herkömmlichen Geschichtswissenschaft liegen. Wie kommt er über eine positivistische Schilderung des Auf-

¹ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung — Band 5. Von Januar 1933 bis Mai 1945. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Dietz Verlag Berlin, 1966.

baus, der Organisation, der Tätigkeit und der Zerstörung der vielen einzelnen Gruppen hinaus? Hat der linke Widerstand eine historische Bedeutung, indem er die Politik der SPD oder der SED nach 1945 geprägt hat? — Es scheint fraglich. Unmöglich, daß es alles umsonst war; genauso unzureichend, von wirtschaftlichen Klassengegensätzen zu sprechen wie vom „anderen Deutschland“ oder vom „nackten Heldentum“; lächerlich, die Widerstandskämpfer als Veräter der Nation abzutun.

Die Verf. dieses Bandes haben es sich leicht gemacht. Ungestört durch diese oder ähnliche Fragen, haben sie sich hauptsächlich auf die Entwicklung der strategischen Linie des ZK der KPD im Exil konzentriert. Die zentralen Dokumente in dieser Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sind die Beratungen, Beschlüsse, Aufrufe, Plattformen, Erklärungen, Stellungnahmen, Losungen, Aktionsprogramme und offenen Briefe dieses Gremiums oder anderer ihm nahestehender Organisationen. Sie sind ausführlich und ohne Kommentar wiedergegeben, und ihre Behandlung durch die Verf. wäre eher historischen Monumenten als historischen Dokumenten angemessen; ihre konkrete politische Bedeutung wird durch die Massivität der Darstellung suggeriert und nicht durch Argumentation erwiesen; es fehlt jede Analyse der praktisch-politischen Bedingungen, unter denen diese programmatischen Äußerungen entstanden sind. Folgendes Beispiel kann für viele ähnliche Passagen stellvertretend sein:

Im zweiten Teil des Referates (auf der Berner Konferenz der KPD, Ende Januar 1939 — TWM) wandte sich Wilhelm Pieck der Hauptaufgabe zu, die gelöst werden mußte, sollte das Hitlerregime gestürzt und der Krieg verhindert werden: . . . Von der Einigung der Arbeiterklasse hing die Rettung und Sicherung des Friedens in erster Linie ab. Die einige deutsche Arbeiterklasse bildete im Bunde mit allen patriotischen Kräften des Volkes die entscheidende Macht, die das faschistische Regime des deutschen Imperialismus und Militarismus daran hindern konnte, einen Weltbrand zu entfachen. Die Herstellung der Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse war die wichtigste Voraussetzung für das Zustandekommen und für den Bestand der Volksfront, die das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, dem Mittelstand, den Beamten und Intellektuellen darstellte. (S. 218-9)

Das Irreale und das Schematische fallen auf. Hing der Frieden tatsächlich von der Einigung der Arbeiterklasse ab? Das Regime durch den Volkswiderstand stürzen? Wie sollte ein Bündnis mit den Bauern und dem Mittelstand im ns. Deutschland aussehen? Man sollte nicht annehmen, daß solche Fragen dem ZK selbst nicht aktuell waren. Die objektive politische Situation des ZK, die in den Jahren 1934—42 sehr problematisch war, ist zum Verständnis solcher Programme von größter Bedeutung; sie wird in diesem Band nicht diskutiert.

Das ZK war im Exil, und der ns. Terror hatte es seiner eigentlichen Existenzberechtigung wegehend beraubt. Insbes. nach 1936 wurde

seine faktische Führungsfunktion durch die Massenverhaftungen im Inland und durch die zunehmende Schwierigkeit der Grenzverbindung stark eingeschränkt. Es war aber dem ZK der KPD — im Gegensatz zu einigen Gruppen in der Exil-Leitung der SPD — prinzipiell unmöglich, diese Situation als solche anzuerkennen. Dies wäre dem Temperament und dem Sendungsbewußtsein der KPD zuwidergelaufen, wäre einem Verrat an der Kommunistischen Internationale und der SU gleich gewesen und hätte dem in der KPD stark verwurzelten Primat der Organisation widersprochen. Das ZK machte also weiter, beriet über strategische und taktische Linien, als wären sie tatsächlich von akuter praktischer Bedeutung, erließ Aufrufe an ein in Deutschland kaum noch erreichbares Publikum (wie es hier auch z. T. zugegeben wird — S. 130, 366) und verlangte unermüdlich den Umsturz des NS-Systems; es benahm sich noch wie die Leitung einer Partei, was, organisationssoziologisch gesehen, leicht verständlich ist. Die Haltung des ZK im Exil wurde dann durch die beiden Kreise, derer es als Publikum sicher sein konnte, näher definiert: die Exil-Leitung der SPD und die Führung der KPdSU. Gegenüber der SPD mußte das ZK seinen Anspruch auf die Führung im Widerstandskampf geltend machen; ab Mitte 1935 wurde die SPD wiederholt und ohne Erfolg zur Bildung einer anti-faschistischen Einheitsfront aufgefordert und jede Ablehnung wurde damals und wird noch in diesem Band als eine Schwächung des Widerstands bezeichnet. Es ist aber wirklich nicht einzusehen, daß die Zusammenarbeit der beiden Exil-Leitungen die Lage der Widerstandsgruppen im Inland bedeutend verbessert hätte; die Zusammenarbeit in Deutschland war 1934—35 sowie so ziemlich weitreichend. Auf der anderen Seite waren die Aufrufe usw. dieser Jahre auch teilweise für Stalin und die KPdSU bestimmt. Die großen „Säuberungen“ 1936—39 und der Nicht-Angriffs-Pakt mit Deutschland 1939—41 gefährdeten die Politik und den Bestand des ZK der KPD, zeitweilig auch das Leben seiner Mitglieder. Über die Wirkungen der Säuberungen auf die deutsche Emigration sagt der Band kein Wort; die Säuberungen selbst werden in einem halben Absatz abgetan und „bestimmten negativen Charaktereigenschaften J. W. Stalins“ sowie „provokatorischen Mitteilungen (der) imperialistischen Mächte“ zugeschrieben (S. 206—7). Es ist wohl nicht ganz falsch anzunehmen, daß die unreal hohe Einschätzung der eigenen Wichtigkeit und die wirklichkeitsfremde Übertreibung der Möglichkeiten des Volkswiderstands, die die Aufrufe usw. des ZK in diesen Jahren kennzeichnen (S. 209, 223, 247, 253, 280, 530), zum Großteil auf die Notwendigkeit zurückzuführen sind, die eigene Existenz gegenüber der Führung der KPdSU zu rechtfertigen und zu sichern.

Gegen all dies ist nichts zu sagen, aber solche Überlegungen mindern etwas den Quellenwert der Aufrufe und Plattformen, sprechen gegen die Behandlung dieser Dokumente als Meilensteine in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und gegen eine Behandlung des Themas vorwiegend aus der Sicht der Exil-Leitung. Denn der Ausgangspunkt der Verfasser hemmt zwangsläufig ihre Darstellung des inländischen Widerstands. Die Fragestellungen und der Stil

sind genauso bürokratisch wie in den Kapiteln über das ZK; die Verf. haben kaum einen einzigen Versuch gemacht, die unmittelbare, alltägliche Wirklichkeit des Widerstands zu rekonstruieren oder die Motive der Widerstandskämpfer aufzuspüren und verständlich zu machen. Sie befassen sich fast ausschließlich mit der ideologischen Haltung und dem organisatorischen Reifegrad der illegalen Gruppen. Es wird z. B. nirgends erläutert, was es für die praktische Widerstandsarbeit hieß, wenn zwei Gruppen zueinander Verbindungen aufnahmen: wenn Hamburger Funktionäre „Verbindungen zu jugendlichen Sportlern und Künstlern herstellten“ (S. 327), oder wenn andere Funktionäre „Kontakte mit Angehörigen des Mittelstands und antifaschistischen Soldaten“ hatten (S. 397). Die Programme von Einheitsfront-Gruppen werden lobend hervorgehoben, ohne daß es im geringsten klar wird, welche Formen die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten eigentlich nahm (z. B. S. 98). Ging sie über die Verfassung eines gemeinsamen Aufrufs hinaus? Haben die Gruppen ihre Informationen über Gestapospitzel geteilt? Oder gemeinsame Schulungen und Flugblattaktionen durchgeführt und Lohnforderungen gemacht? Solche Fragen sind umsonst, denn die Darstellung bleibt durchgehend abstrakt und vermittelt ab und zu den Eindruck, als wären die illegalen Gruppen hauptsächlich als Etappen in der gesetzmäßigen Entfaltung einer großen Strategie von Bedeutung. Ihre Probleme waren aber entschieden anders als die des ZK und verdienen eine selbständige Behandlung.

Die starke Betonung der Ideologie führt hier zu schweren Verzerrungen im Gesamtbild des Widerstands der Arbeiterbewegung. Erstens werden rein sozialdemokratische Gruppen kaum erwähnt, obwohl einige unter ihnen aus der ersten Zeit zu den größten Gruppen überhaupt zählten — wie etwa die Blumenberg-Gruppe in Hannover, der Internationale Transportarbeiterverband bei der Reichsbahn im Rheinland und die sog. „Brotfabrik“ im Ruhrgebiet. Zweitens und noch schwerwiegender: die Behandlung des kommunistischen Widerstands in den ersten 3 Jahren der NS-Herrschaft ist völlig unzureichend. Beide Unterlassungen haben offensichtlich den gleichen Grund: die strategische Linie der KPD im Widerstand wurde erst gegen Ende 1935 nach dem 7. Kominternkongreß und der „Brüsseler“ Konferenz der Partei festgelegt — Einheitsfront mit der Sozialdemokratie, womöglich Volksfront mit allen antifaschistischen Kräften mit dem Ziel des Aufbaus einer radikalen Demokratie in Deutschland. Die Linie blieb bis nach Kriegsende im Grunde unverändert, und dieser Band ist nicht zuletzt dazu angetan, ihre Zweckmäßigkeit zu beweisen (welche seit 1936 kaum von irgendeiner Seite in Frage gestellt worden ist.) Die vorliegende Darstellung hebt nur die Gruppen aus den Jahren 1933—35 hervor, die die Ende 1935 beschlossene Strategie im Keim schon entwickelt hatten; der rein kommunistische und rein sozialdemokratische Widerstand wird weitgehend ignoriert. Jener stand in der ersten Phase — die nach meiner Lektüre der Gestapo-Akten bei weitem die aktivste war — förmlich im Zeichen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und der bevorstehenden proletarischen Revo-

lution und gilt demgemäß heute als irrtümlich. Entsprechend dieser damals zwar umstrittenen Strategie wurde der Widerstand im Lande vorwiegend regional aufgebaut, hatte noch Leitungen auf Bezirks- und Landesebene und versuchte „Massenarbeit“ (S. 50) zu leisten — d. h. Anhänger durch Propaganda zu gewinnen. Die pyramidenartige Struktur der Organisation und die Formen der Widerstandstätigkeit wirkten beide zum Vorteil der Gestapo: 1936, als sich die Gestapo eingespielt hatte, stiegen die Verhaftungen wegen „kommunistischer Umtriebe“ auf durchschnittlich 1000 im Monat.

Dieses Bild ist notwendigerweise provisorischer Natur, denn die erste Phase des Widerstands ist noch gar nicht gründlich erforscht worden; die Aktivität der illegalen kommunistischen Gruppen im 2. Weltkrieg ist viel besser dokumentiert. Das ist aber nicht der einzige Grund, warum dieser Band den Eindruck eines ständig anwachsenden Arbeiterwiderstands zu vermitteln sucht, warum ein „Aufschwung des antifaschistischen Kampfes“ (S. 129) auf die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz folgte, warum weitere Aufschwünge Ende 1941, Ende 1942 und Anfang 1944 konstatiert werden und die Widerstandsbewegung Mitte 1944 „ihre größte Breite und Wirksamkeit“ erreichte (S. 408). Vielmehr gab es nach Ansicht der Verf. eine direkte Beziehung zwischen dem Reifegrad der parteiamtlichen Strategie und Ideologie auf der einen, und dem Ausmaß des inländischen Widerstands auf der anderen Seite (vgl. S. 95—6, 397. Ein ähnlicher bürokratischer Idealismus charakterisiert die Erklärung des Siegs der Roten Armee 1942—45). Dieser Ansicht liegt eine Überschätzung der praktisch-politischen Bedeutung des ZKs und ihrer Plattformen für den Widerstandskampf zugrunde, auch ist ein ständig wachsender Kampf quellenmäßig kaum zu belegen. Das Ausmaß und die Formen des Widerstands hingen vielmehr in erster Linie von der Intensität des ns. Terrors ab. Es ist klar, daß die umfangreichen Verhaftungen der Jahre 1935—36 den Widerstand der Arbeiterbewegung erheblich geschwächt haben; erfahrene Kader wurden wiederholt zerstört, und es wurde immer schwieriger, sie zu ersetzen; potentielle Widerstandskämpfer wurden eingeschüchert bzw. wandten sich weniger auffälligen Formen des Widerstands zu als der Mitarbeit in einer illegalen Organisation — etwa Flüsterpropaganda oder dem Abhören der von Emigranten gemachten Radio-sendungen. Die Besetzung des Sudetengebiets und Prags und dann der Kriegsbeginn schwächten den Widerstand weiter, insofern seine Aktivität noch von Verbindungen mit den Exil-Leitungen abhängig war. Der Kriegsbeginn und die Invasion der SU wurden von größeren Verhaftungswellen begleitet. Ideologie, Strategie und Taktik des ZK waren gegenüber solchen Faktoren von geringer Bedeutung, und wenn auch mehrere festorganisierte Widerstandsgruppen in den Jahren 1937—41 zeitweilig existierten, so waren sie weder so stark noch so aktiv wie die früheren oder die im 3. Kriegsjahr neugegründeten Gruppen. Es relativiert keineswegs die enorme politische, organisatorische und propagandistische Leistung dieser kommunistischen Gruppen — um Bästlein, Abshagen und Jacob in Hamburg,

um Poser und Neubauer in Thüringen, und vor allem um Saefkow, Uhrig und Sieg in Berlin —, daß die Gründlichkeit der Gestapo ab 1942 wahrscheinlich etwas nachließ. Die Leiter dieser Gruppen waren zwar in Fragen der Widerstandstechnik sehr erfahren, fast alle hatten mehrere Jahre im KZ verbracht, aber ihre großen Erfolge beruhten teilweise darauf, daß der Unterdrückungsapparat zur Terrorisierung eines weit größeren Gebiets in einer Zeit verdünnt werden mußte, als die Kriegseinwirkungen eine immer tiefer werdende Unordnung in Deutschland selbst verursachten. Die Wende im Krieg selbst lieferte einen entscheidenden neuen Ansporn zum Widerstand, und der gemeinsame Nenner der politisch und gesellschaftlich sehr verschiedenen Gruppen und Personen, die in den letzten Kriegsjahren mit kommunistischen Organisationen zusammenarbeiteten, war wohl eher der Haß gegen das nicht mehr unbesiegbar erscheinende NS-System als eine positive Zustimmung zur Programmatik der KPD.

Es bleibt noch die heikle Frage nach dem Verhältnis zwischen Emigranten und Widerstandskämpfern, nach der Sphäre, in der sich die größten Unterschiede zwischen SPD und KPD herausstellten. Zumindest auf rhetorischer Ebene hat das ZK der KPD niemals den Standpunkt aufgegeben, der Volkswiderstand könne maßgeblich zum Sturz der NS-Herrschaft beitragen; es versuchte dementsprechend fortwährend den illegalen Kampf zu gestalten, Organisationsform, Ideologie und Taktik im Sinne der größtmöglichen Aktivität zu beeinflussen. Die Haltung der Exil-Leitung der SPD war anfangs nicht anders, doch machten sich bald Zweifel über die Ratsamkeit einer tatkräftigen Förderung des Widerstands geltend: 1935 hatte sich das NS-Regime offensichtlich gefestigt, und die großen Opfer der Parteimitglieder schienen in keinem Verhältnis zur geringen politischen Wirkung der Widerstandsaktionen zu stehen. Als Folge ging die SPD in den letzten Jahren vor Kriegsbeginn zu einer Politik über, die das Schwergewicht auf die Sammlung von Informationen im Inland legte. Ein weitverzweigtes und zuverlässiges Informationsnetz wurde bis in das Jahr 1939 aufrechterhalten, auf Grund dessen die sog. „Grünen Berichte“ monatlich veröffentlicht wurden; diese trugen wesentlich zur Aufklärung der öffentlichen Meinung im Westen über den Charakter des NS bei; sie sind in diesem Band leider nicht erwähnt. Für die Erhaltung der sozialdemokratischen Tradition im Inland konnte sich die Exil-Leitung z. T. auf den prä-politischen Charakter der lokalen Kader sowohl der Partei wie auch der Freien Gewerkschaften verlassen. Die meisten kleinen Funktionäre und Betriebsräte waren ältere Männer und kannten einander aus jahrzehntelangem politischem und gesellschaftlichem Kampf zu gut, als daß ihre Geschlossenheit als Gruppe und ihre Solidarität mit der Arbeiterbewegung durch den NS zu erschüttern gewesen wären. Die Stammtischgruppe dieser Leute, die regelmäßig zur Diskussion der politischen Entwicklungen zusammentraf (— manchmal auch bei einem Mitglied zu Hause), taucht sehr häufig in den Gestapo-Berichten der späten 30er Jahre auf; solche Gruppen wurden beobachtet,

gaben aber der Gestapo selten einen Vorwand zu ihrer Verhaftung. Die KPD, 1933 erst vor 13 Jahren begründet und auch im Durchschnittsalter ihrer Mitglieder eine viel jüngere Partei, hatte wohl keinen so festen sozialen Rückhalt jenseits der eigentlichen Parteiorganisationen. Schon deswegen ist die stärkere Betonung des Organisatorischen und der aktiven Massenarbeit durch das ZK der KPD 1933—35 verständlich. Aber es muß andererseits gefragt werden, ob das ZK in seinem dreijährigen Beharren auf dieser Taktik die Interessen der Widerstandskämpfer genügend berücksichtigt und die der Partei richtig verstanden hat — die Opfer waren sehr zahlreich und die vom ZK beschlossene Wende, die ab Ende 1935 die Auflösung der größeren Organisationseinheiten, eine Verlagerung der Widerstandsarbeit von den Nachbarschaften in die Betriebe (— die bessere Deckung boten) und eine Diversifikation der Kampfmethoden erwirken sollte, kam wohl zu spät. Der Umbau war zeitraubend, und bevor er durchgeführt werden konnte, saß ein Großteil der erfahrenen Illegalen im Gefängnis oder im KZ.

Die neuere Geschichte kennt kaum eine politisch-ethisch schwierigere Situation als die des emigrierten Funktionärs, der 1934—35 wissen konnte, daß jedes Paket illegaler Druckschriften, das er dem Kurier zur Verteilung in Deutschland überreichte, die doppelte Möglichkeit in sich barg, passiv gewordene, frühere Genossen zum Widerstand anzuspornen und zahlreiche entschlossene Widerstandskämpfer der Folter der Gestapo auszuliefern. Sollte und konnte man den Eifer des Entschlossenen dämpfen, und mit welcher Begründung? Was stand den Neu-Aktivierten bevor? Was konnten sie erreichen?

Konnte man 1936 die ans Inland gerichteten Aufforderungen zum Widerstand sich selbst gegenüber noch auf Grund der politischen Wirkung der illegalen Gruppen rechtfertigen? Die Verf. dieses Bands sind von solchen unproduktiven Zweifeln freigebieben, und die Darstellung der Jahre 1933—36 dreht sich um die strategische Auseinandersetzung innerhalb des ZK, was auf eine gewisse Indifferenz gegenüber den leidtragenden Illegalen deutet. Obwohl einige Mitglieder des ZK, insbes. Pieck und Ulbricht, in den Anfangsjahren sehr bemüht waren, in engem Kontakt mit möglichst vielen illegalen Gruppen zu bleiben, scheinen die Fragen auch damals keine allzu große Rolle gespielt zu haben: Anfang 1939 wußte das ZK keine andere Reaktion auf die Zuspitzung der internationalen Krise als eine Rückkehr zur einheitlichen, regionalen Organisationsform für den Widerstand in Deutschland. Aus einem Brief der Parteiführung an die Leitungen und Funktionäre der KPD im Lande vom 21. 10. 39:

... Die Erfüllung der historischen Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse ist abhängig von der politisch-organisatorischen Stärkung der KPD. Manche Genossen beschränken sich auf die individuelle mündliche Propaganda und haben noch nicht erkannt, daß die großen Aufgaben, die unter den Bedingungen des Kriegs vor der Partei stehen, nur durch eine starke illegale Parteiorganisation erfüllt werden können. ... Vor allem ist es notwendig, die Parteikader, die oft nur

lose und zeitweise miteinander in Verbindung stehen, zu festen Parteizellen zusammenzuschließen und die kampferprobten Genossen als Leitungen zu bestimmen. Die opportunistische Auffassung, der Terror verhindere die Schaffung fester Parteiorganisationen, kommt dem Verzicht auf den revolutionären Kampf gleich ... (S. 530—1).

(Die Verf. sind anscheinend auch heute noch der fragwürdigen Auffassung, dem Volkswiderstand seien Grenzen eher durch die tiefe und breite Resonanz der NS-Propaganda unter den Deutschen als durch den Terror gesetzt gewesen — vgl. S. 70, 76, 215, 300, 406.) Und aus der „Politischen Plattform der KPD“ vom Dezember 1939:

... Die taktische Orientierung der KPD in der gegenwärtigen Situation muß auf die Entfaltung einer breiten Volksbewegung und auf die Schaffung der Volksfront der werktätigen Massen — einschließlich der nationalsozialistischen Werktätigen — zur Verteidigung der Interessen und Rechte der Volksmassen, zur Festigung und Vertiefung der Freundschaft mit der Sowjetunion und zur Beendigung des imperialistischen Kriegs im Interesse des Volkes gerichtet sein (253).

Weiter in indirekter Rede:

Die Parteileitungen (in Deutschland — TWM) ... sollten sich darauf konzentrieren, vorhandene Tendenzen des Wartens auf eine spontane Entwicklung der Ereignisse, eine gewisse Enge in der Partearbeit und ideologische Unklarheiten, die sich aus der ungenügenden Beachtung der veränderten Lage, der unzureichenden kollektiven Beratung der politischen Fragen und der Vernachlässigung der ideologischen Erziehung der Kader ergeben hatten, zu überwinden. (S. 256)

Ganz abgesehen von der Frage, an welches Publikum diese Äußerungen tatsächlich adressiert waren, bedarf die Position dringend einer ausführlichen politisch-ethischen Begründung, bevor man die SPD des Defaitismus anklagen darf. Am 1. 9. 39, so heißt es hier, machte der Parteivorstand der SPD „keine konkreten praktischen Vorschläge, wie der Hitlerkrieg schnellstens beendet und die Nazidiktatur gestürzt werden könne“ (S. 248); und der Standpunkt der SPD-Leitung Ende 1939 „bedeutete objektiv, ... die antifaschistische Bewegung zur Passivität zu verdammen“ (S. 257). Zur These Tarnows vom 8. 4. 40, die Beseitigung des NS sei nur durch militärische Niederlagen oder einen Aufstand der Generale denkbar: „... diese illusionäre Politik widersprach den Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen deutschen Nation“ (S. 258). Gewiß, der Nichtangriffspakt hat die Situation des ZK außerordentlich erschwert, aber die bürokratische Geschichtsschreibung bleibt ihrer Bürokratie in allen Einzelheiten treu, selbst für die Zeit ihrer größten Entfremdung von der politischen Wirklichkeit.

Und dennoch, so schlecht begründet die Haltung des ZK 1939—40 auch gewesen sein mag, so hat ihm die Geschichte fast recht gegeben; die Entwicklung des Weltkriegs ab Anfang 1942 verlieh der hohlen

Rhetorik jener Jahre eine nachträgliche Relevanz. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die bedeutsamsten Organisationen des Volkswiderstands 1942—44 von Kommunisten geschaffen und geführt wurden. Und obwohl das ZK keinen unmittelbaren Anteil an der Gründung der neuen Gruppen in Berlin, Hamburg, München und im Ruhrgebiet usw. hatte, und obwohl sie in ihren Programmen von der Linie des ZK z. T. abwichen, so wären sie kaum entstanden, wenn das ZK 1939 die Hoffnungslosigkeit der Lage im Lande anerkannt hätte. In Zusammenarbeit mit Instruktoren des ZK, die per Fallschirm aus der SU kamen, ist es sogar gelungen, die Anfang 1939 beschlossene „operative Leitung“ für ganz Deutschland in Berlin aufzubauen und feste Kontakte unter den wichtigsten Gruppen zu etablieren sowie Zeitungen und Flugblätter herzustellen. Die Bildung einer einheitlichen, weitverzweigten Organisationsstruktur war aber nach wie vor gefährlich: der Gestapo gelang im Sommer 1944 die fast vollkommene „Aufrollung“ des Apparats, und die illegale KPD wurde damit nur knapp um eine wichtige Rolle in der Befreiung gebracht. Die Darstellung dieser Phase des Widerstands ist hier etwas detaillierter, bleibt aber schematisch und in vielen wichtigen Fragen vage — z. B. über die Herkunft und Rolle nicht-kommunistischer Widerstandskämpfer — denn der Sammelbegriff „Antifaschist“ erklärt wenig —; oder die Gründe des Erfolgs der Gestapo.

Zum Schluß zwei allgemeine Punkte. Obwohl das Faschismusbild der Verf. wesentlich differenzierter ist als das in früheren marxistisch-leninistischen Werken, so unterliegen sie doch weiterhin der Versuchung, die Geschlossenheit und Effizienz des Systems zu übertreiben: die Frage der Wirksamkeit der Propaganda ist schon erwähnt worden; die Zusammenarbeit zwischen Monopolen und Staatsapparat war keineswegs so reibungslos, wie sie hier geschildert wird (z. B. S. 58—9); die Behauptungen, es seien für die Aufrüstung bis 1939 90 Mrd. RM ausgegeben und die Wehrmacht verfügte 1935 über „31 einsatzfähige Divisionen“, sind längst widerlegt (S. 167); es ist unrichtig, daß die Einkommens- und Verbrauchssteuern vor Kriegsbeginn allgemein erhöht wurden und daß der Import von Nahrungsmitteln vor 1939 gedrosselt wurde (S. 67); viele andere Angaben über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung unter dem NS sind fragwürdig oder zu pauschal. Das Problem der Funktion der DAF — hier „ein Instrument zur Bespitzelung, Entrechtung und Unterwerfung der deutschen Arbeiterklasse“ (S. 70) — reicht weiter, denn, wenn das NS-System noch die Wesensmerkmale einer Klassengesellschaft beibehielt, so mußte man erwarten, daß bestimmte Grundformen des Klassenkampfes noch innerhalb des Systems in Erscheinung traten — d. h. unabhängig von der Tätigkeit des politischen Widerstands. Das ist auch geschehen, sowohl indem die DAF gezwungen wurde, die materiellen Interessen der Arbeiterklasse zeitweilig direkt zu vertreten, wie auch indem weite Arbeiterkreise sich weigerten, die vom System geforderten materiellen Opfer zu tragen. Wenn auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung letzten Endes eine politische Geschichte sein muß, ver-

dienen doch diese Aspekte mehr Aufmerksamkeit, als ihnen hier gewidmet wird. Die DAF wird gar nicht behandelt, und die „disziplinlosen“ Arbeiter werden geschlossen zu den „Antifaschisten“ gerechnet, soweit sie verhaftet wurden. Langsames Arbeiten, Krankmeldungen und Schwänzen wurden zwar als Widerstandstaktik von den Exil-Leitungen der SPD und der KPD empfohlen und mögen auch objektiv die Leistungsfähigkeit des Systems etwas geschwächt haben, sie waren aber nicht notwendigerweise in allen Fällen Ausdruck einer antifaschistischen Haltung; dasselbe gilt für Fälle der Industriesabotage. Das Problem der Interpretation ist sehr schwierig.

Zweitens, die Quellenlage zur Erforschung des Volkswiderstands 1933—45 ist außerordentlich ungünstig; die Gruppen hinterließen natürlich kaum schriftliche Zeugnisse, und die Akten der Gestapo und der Gerichte sind nicht nur unvollkommen und in allen Ecken Deutschlands verstreut, sondern auch inhaltlich unzuverlässig — allgemein war der Widerstand immer breiter und aktiver, als aus diesen Quellen hervorgeht. Eine sehr wichtige Quelle bilden die Erinnerungen alter Widerstandskämpfer, die in der DDR (nicht in der BRD!) systematisch gesammelt worden sind. Es ist um so bedauerlicher, daß die Verf. dieses Bands auf Quellenbelege fast ganz verzichtet haben; bei keinem anderen Thema ist die Herkunft einer Information so entscheidend für ihre Beurteilung durch den Historiker wie bei diesem. Generell dürfen die damaligen Propagandaschriften der Exil-Leitungen nur als Quellen für Sachfragen gebraucht werden, wenn eine unabhängige Bestätigung der Angaben möglich ist: zu den technischen Schwierigkeiten einer genauen Informationsvermittlung an das Ausland trat damals die verständliche Tendenz der Exil-Leitungen hinzu, in ihren Veröffentlichungen das Ausmaß des Widerstands zu übertreiben und einzelne Aktionen überzubewerten. Die Verf. dieses Bands haben sich an diese Regel offensichtlich nicht gehalten — einem Aufruf von Siemens-Arbeitern, der 1940 in Buenos Aires veröffentlicht wurde, wird der Status eines Dokuments gegeben (Nr. 63); und die R o t e F a h n e dient als ausreichende Quelle für ein Bekenntnis sozialdemokratischer Arbeiter einer westdeutschen Großstadt zur Einheitsfront im Jahre 1939 (S. 230). Die häufige Vagheit der Angaben über Zeit, Ort und Folgen einzelner Widerstandsaktionen läßt befürchten, daß auf solche Materialien öfters zurückgegriffen worden ist. Auf jeden Fall mindert das Fehlen von Quellenbelegen die Nützlichkeit dieses Bandes für andere Forscher und Studenten, was um so mehr zu bedauern ist, da viele wichtige Einzelheiten der Darstellung neu sind.

In zweifacher Hinsicht jedoch ist die Arbeit positiv zu bewerten: erstens wird die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung international verstanden und schließt Emigranten in den USA und Mexiko ein, sowie Spanienkämpfer und deutsche Helfer der russischen, griechischen und jugoslawischen Partisanen; und zweitens, die Arbeit setzt einen Anfang. In der BRD, wo man mit der Literatur zum 20. Juli kaum noch Schritt halten kann, gibt es immer noch keine größere Abhandlung zu diesem Thema.

Gerhardt Voigt

Zur Sprache des Faschismus

Ein Literaturbericht

I

Klemperer, Victor: Die unbewältigte Sprache, Aus dem Notizbuch eines Philologen, „LTI“. Joseph Melzer Verlag, Darmstadt o. J. (1966) (316 S., Ln., 19,80 DM).

Sternberger, Dolf, Gerhard Storz, W. E. Süßkind: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Deutscher Taschenbuch Verlag (dtv 48), München 1962 (152 S., kart., 2,80 DM).

Murawski, Erich: Der deutsche Wehrmachtbericht 1939—1945, Ein Beitrag zur Untersuchung der geistigen Kriegsführung, mit einer Dokumentation der Wehrmachtberichte vom 1. 7. 1944 bis zum 9. 5. 1945, Schriften des Bundesarchivs 9, Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1962, (768 S., br., 28,— DM), darin: Die Sprache des Wehrmachtberichts (S. 102—117).

1947 erschien im Aufbau Verlag, Berlin, Klemperers Buch unter dem Titel „LTI — d. i. lingua tertii imperii, Notizbuch eines Philologen“, 1966 die vierte Auflage desselben Buches in Darmstadt und erstmals in der BRD unter „Die unbewältigte Sprache“. Warum das „verwunderlicherweise erst jetzt“¹ geschieht, läßt der neue Titel vermuten. K. verfolgte 1947 mit dem Buch auch „einen erzieherischen Zweck“ (22). „Die Sprache des Dritten Reichs scheint in manchen charakteristischen Ausdrücken überleben zu sollen; sie haben sich so tief eingefressen, daß sie ein dauernder Besitz der deutschen Sprache zu werden scheinen“ (22). Dem wollte K. abzuhelpfen versuchen. Der klischierte Titel konstatiert den Tatbestand, daß faschistisch geprägte Wendungen und Methoden der Sprachlenkungen in der Sprache der Gegenwart nach wie vor existieren. Wörter, die K. als typisch nazistisch bezeichnet, z. B. auch „Volkskanzler“ oder Praktiken euphemistischer Formulierungen („Strafexpedition“ — „Ernstfall“) und die Unterstellung einer Nachricht als lügenhaft mittels Anführungszeichen (der „Deutsche“ Rathenau — die „Regierung“ der „DDR“) sind uns heute noch durchaus geläufig. Auch seine Vermutung, daß im Geschichtsunterricht ns Formulierungen als Versteinerungen auftreten werden, trifft nur soweit, daß etwa bei K. D. Erdmann ohne jegliches Zitatkennzeichen Estland von „eingedrungenen Bolsche-

1 Hans Schwab-Felisch in der ZEIT Nr. 34/1966/S. 13.

wisten gesäubert“ wird, die „Zerschlagung“ der Tschechei stattfindet und Deutschland das „Wartheland“ eingliedert²; wie weit solche Übernahmen Versteinerungen sind, scheint sehr die Frage.

K., ehemaliger Professor der Romanistik in Dresden, der als Jude dank der Hilfe seiner Frau das Dritte Reich in Deutschland überleben konnte, setzte dem Buch als Motto voran: Sprache ist mehr als Blut (Franz Rosenzweig). Es bezeichnet sehr treffend K.'s Position; einerseits will er mit der antirationalen Mythisierung des NS nichts zu tun haben, andererseits scheint ihm die Kategorie des Blutes nicht völlig fern zu liegen — er hält nur Sprache für die bessere. So verfällt er selbst in die von ihm für den NS festgestellte Neigung zur naturhaft organischen Beschreibung gesellschaftlicher Vorgänge, wenn er wiederholt von der Seuche des ns Vokabulars spricht. Denn wie er notiert, daß alle, auch Antifaschisten, den ns Schlagwörtern zum Opfer fallen, so unterliegt auch er manchen Vorstellungen, und weist so nach, daß selbst er häufig auf dem gleichen Boden wie seine Gegner steht und daß seine unausgesprochene, aber implizierte These, daß ein allgemeines sprachkritisches Verhalten den NS verhindert hätte, nicht trägt. So muß es ihm dunkel bleiben, warum Hitlers „Mein Kampf“ öffentlich verkauft werden konnte, ohne daß es den NS unmöglich machte (vergl. S. 32).

Sehr charakteristisch für seinen Ansatz ist der Abschnitt „Partenau“, die Geschichte eines jungen Mannes, eines guten und grundanständigen Jungen ohne Chauvinismus und Blutgier, der Offizier wird und vom frischen, fröhlichen Krieg spricht. „Wir hielten das damals noch für die gedankenlose Übernahme eines Klischees.“ Der junge Mann wird dann ein skrupelloser Offizier, der bedenkenlos das Leben anderer aufs Spiel setzt. K. kommentiert: „Aber Klischees bekommen eben Gewalt über uns. ‚Sprache, die für dich dichtet und denkt . . .‘“ (35) Er überschätzt die Rolle der Sprache und folglich die der Philologie außerordentlich, wie es auch der siegesgewisse Satz: „Die Aussagen eines Menschen mögen verlogen sein — im Stil seiner Sprache liegt sein Wesen hüllenlos offen“ (18) ausdrückt. (Etwas differenzierter und skeptischer hat Harald Weinrich in seinem Essay, der weiter unten behandelt ist, den linguistischen Aspekt der Lüge abgehandelt.)

K. ist sprach- und kulturgeschichtlich beschlagen genug, um nicht die historischen Wurzeln der ns Vorstellungen und ihres Vokabulars zu erkennen — etwa einer auf den Faschismus gekommenen Romanistik, wie auch Thomas Mann 1930 (und später in seinen Radioreden „Deutsche Hörer“, die K. gelegentlich hören konnte) es gesehen hatte. K. formuliert noch weitergehend: „Das Dritte Reich hat die wenigsten Worte seiner Sprache selbstschöpferisch geprägt, vielleicht . . . überhaupt keines.“ (24) Spezifisch faschistisch sind ihm die positive Wertung bestimmter Begriffe (fanatisch, blindlings), die

2 Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, IV. Bd., 8. Auflage, 3. Nachdruck, Stuttgart 1963, S. 98, S. 239, S. 261.

Betonung bestimmter Metaphernbereiche (Krieg — Sport — Heroisierung / Religion—Ritual—Mythisierung / Mechanisierung als Produkt des Führerprinzips), der Hang zum Prahlereien, zum Germanisch-Altdeutschen, zum Anti-Rationalen, zu Fremdwörtern (weit mehr als zu Verdeutschungen), zur Abbriviatur und — vielleicht als Oberbegriff — der euphemistische, tarnende Charakter der Sprache. In ein Lexikon der LTI wollte er nicht nur das Agitatorische der Sprache, sondern auch der Zeitungsanzeigen, der Prunkbauten, der Verwendung von ns Symbolen, des propagierten Menschentyps und der Ausstattung von Propagandaveranstaltungen einbezogen wissen. Doch fällt K. hinter seine eigene Erkenntnis zurück, wenn er in der LTI die „absolute Herrschaft der Sprache einer kleinen Gruppe, ja eines einzigen Mannes“ (30) sieht, und ihre allgemeine Verwendung — auch bei den vom NS Verfolgten — nur auf die Armut und zentrale Lenkung der Sprache durch den Propagandaminister zurückführt. So bleiben systematische Ansätze in den materialreichen Skizzen verborgen, und K. kommt über das „Gewölk des Nazismus“ (10) nicht weit hinaus. K. hat selbst das Skizzenhafte, Unaufgearbeitete seiner „Arbeiten der ersten Stunde“ (22) gesehen und auf die notwendigen Vorarbeit verwiesen, die nicht nur auf philologischem Gebiet notwendig sind, um eine geschlossene wissenschaftliche Gesamtdarstellung der Sprache des Dritten Reichs zu schreiben. Als Materialsammlung wird sein Buch dieser Gesamtdarstellung unentbehrlich sein, zu einer Theorie der Sprache des Faschismus gibt es nur wenig her. — Bei einer Neuauflage würde ein Index die Brauchbarkeit des Buches erhöhen.

Anders als Klemperer versuchen Sternberger, Storz und Süßkind der ns Sprache im engen Bereich der Analyse von einzelnen Wörtern beizukommen. Die Artikel erschienen seit 1945 in der Zeitschrift „Die Wandlung“ und wurden dann unter dem Titel „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ zu einem Buch zusammengefaßt. Über keine Veröffentlichung ist mehr diskutiert worden; heute noch werden sprachwissenschaftliche Modifizierungen mancher Artikel veröffentlicht³, so daß hier ein paar Worte genügen. Peter von Polenz rügte bereits die Methode der Autoren, eine moralische Wertung da zu setzen, wo eine genauere Erklärung notwendig ist⁴. Sie setzen einem pathetisch gesteigerten, aber keineswegs näher definierten Bild des Menschen den „Unmenschen“ gegenüber und reden von Ungeist — eine Argumentationsbasis, die Polenz zu Recht mit der, die von undeutsch und entartet redet, auf eine Stufe der Methode stellt. Wenn die Autoren im vorangestellten Motto Hölderlin zitieren „Und freigelassen der Nachtgeist, / . . . der hat unser Land / Beschwätzet, . . .“, so bezeichnet das trotz ihrer sprachhistorischen Exkurse das Mythisierende ihrer Sicht, die einen unhistorischen Nacht-

3 Vergl. Zs. f. Dt. Wortf. (bzw. Zs. f. Dt. Spr.) Nr. 16/19/21.

4 Polenz, Peter von, Sprachkritik und Sprachwissenschaft, in Neue Rundschau 74, 1963, S. 391 ff.

oder Un-Geist am Werke sieht, wo historische Veränderungen der Sprache wie der Sprecher stattgefunden haben, die zu erklären notwendig wäre. Zumal es unüberprüft bleibt, wenn die Autoren von der Sprache meinen, sie schaffe Wirklichkeit, und wenn sie sich auf die magische Kraft der Sprache beziehen und vor die Vermutung einer entlarvenden Funktion der Sprache die Erklärung schieben, daß dies ihr „fast übernatürliches Geheimnis“ (133) sei. Sie lasten alles der Sprache an: Das Unmenschliche sowohl eigentlich erst hervorbringen, zu tragen und auch wieder zu entlarven, was den Sprecher aber, so zum Objekt der Sprache gemacht, trefflich entlastet. So blieb ihnen 1957 nur der blanke Schrecken, als sie die Permanenz dieser Sprache in der BRD konstatieren mußten: „Aus dem verstreuten Samen des einen Ungeheuers sind viele kleine Ungeheuerchen entsprossen, der eine totale Unmensch lebt in tausend partikularen Unmenschlein fort.“ (10) Bei solcher Sicht kann freilich der Gedanke nicht aufkommen, daß die „Unmenschlein“ es bereits vor 1933 gewesen und bis heute geblieben sind, daß Züge dieser Sprache Ausdruck einer permanenten Basis für ein faschistisches System sind, das eben nur zwischen 1933 und 1945 staatliche Wirklichkeit geworden ist.

Ein besonderer Fall unter den besprochenen Büchern sind M u r a w s k i s Äußerungen. Er leitet seine Erläuterung der Sprache des Wehrmachtberichts mit dem Satz ein: „Der Inhalt des WB genügt nicht allein, um die erhoffte propagandistische Wirkung zu erzielen.“ (102) Nicht um eine, auf ein bestimmtes Sachgebiet begrenzte, Kritik der Sprache des NS als Kritik des Faschismus geht es ihm, sondern um eine Untersuchung ihres Propagandaerfolges, „da der WB auch ein Mittel der geistigen Führung der Heimat sein sollte“ (103). M. trennt zuerst einmal zwischen dem Sprachstil der militärischen Führung und dem des NS und will militärischen von politischem Sprachgebrauch geschieden wissen. (Das politisch unbefleckte Ehrenschild der Armee!) Bei der sprachlichen Gestaltung der Wehrmachtberichte habe die militärische Führung zu berücksichtigen gehabt, daß sie sich an Soldaten wie an militärische Laien wandle, und ein Stil sei notwendig gewesen, „der die Mitteilung dem Empfänger in gefälliger und einprägsamer, dabei doch würdiger Form darbot.“ (103) Oberster Grundsatz für die Fassung des Wehrmachtberichts sei freilich gewesen, „das Bewußtsein der Überlegenheit der deutschen Truppen zu verbreiten und zu erhalten.“ (112). Wie M. aus der Arbeit J. Borns zitieren kann⁵. Und M fährt fort: „Das gehört ja auch unzweifelhaft mit zu den vielfachen Aufgaben eines Führungsmittels in der geistigen Kriegführung.“ (112)

M.s Kritik an der Sprache des Wehrmachtberichts betrifft dann auch nur die Verwendung von Begriffen wie „Terror“ und „Vergeltung“, die er als politische, von der NSDAP-Sprache diktierte Wörter ansieht, weil sie der Aufrechterhaltung der Heimatfront — M. benutzt das Wort ganz ungebrochen — schaden konnten. Mit der Einführung des Wortes „Vergeltung“ in den Wehrmachtbericht „wurde ein gefährlicher zweischneidiger Bluff eingeleitet, dessen

Fehlschlagen sich unangenehmer nach innen als nach außen auswirken mußte“ (106). M. weiß sich bei dieser Kritik mit Goebbels einig, der das übereinstimmend mit dem OKW gegen Hitler und Jodl durchzusetzen versucht habe.

Born hatte in seinem Aufsatz⁵ die Verwendung von „vernichten“, „planmäßig“ u. a. Wörter kritisiert; M. kommentiert das mit der Bemerkung, daß Borns Untersuchung „leider den Nachteil habe, daß der Verfasser anscheinend mit den militärischen Gewohnheiten nicht vertraut ist und sich daher vielfach mit der Erklärung von Worten abmüht, deren militärische Bedeutung jedem Soldaten ohne weiteres geläufig ist . . .“ (104).

Glaubt man M., so war das einzig Faschistische am Wehrmachtbericht „die übertriebene Verschleierung“ gegen Kriegsende, „die sich . . . als eine Art Bumerang auswirken und auf den Urheber selbst zurückfallen“ (112) mußte. Das Fehlerhafte der NSDAP-Sprache lag also nur darin, daß sie die Effizienz des Wehrmachtberichts beeinträchtigte. Ohne diesen Fehler hätte dann, M. zufolge, die deutsche Armee das gesamte Dritte Reich überstanden, ohne je vom Faschismus auch nur tangiert worden zu sein.

II

Wulf, Joseph: Aus dem Lexikon der Mörder, Sonderbehandlung und verwandte Worte in nationalsozialistischen Dokumenten. Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh 1963 (111 S., brosch., 7,80 DM).

Berning, Cornelia: Vom Abstammungsnachweis zum Zuchtwart, Vokabular des Nationalsozialismus, Die kleinen de Gruyter Bände, Bd. 6. Walter de Gruyter & Co., Berlin 1964 (225 S., br., 16,— DM).

Berning, Cornelia: Die Sprache des Nationalsozialismus; in: Zeitschrift für Deutsche Wortforschung, 17/S. 171—182, 18/S. 108—118, S. 160—172, 19/S. 92—112.

Den Hinweis Klemperers, man könne ein Lexikon der neuen (ns) Sprache schreiben, haben Joseph Wulf und Cornelia Berning angenommen und begonnen, Material zusammenzutragen, wobei sie freilich hinter den Ansprüchen, die Klemperer stellte, weit zurückbleiben. Wulf hat ein Wort des ns Vokabulars ausgewählt. Er belegt an Dokumenten aus den Jahren 1939—45 seine Bedeutung und seine Wandlung. Er zeigt, wie von dem einen Wort „Sonderbehandlung“ — das synonym für Ermordung steht — ausgehend ähnliche Nominalkomposita wie Sonderaktion, Sonderauftrag, Sonderzubehandelnde Sonderbehandlungsvorschlag, Sonderbehandlungsfall,

⁵ Born, J., Zur Sprache des OKW, in WW, 9. Jahrgang (1959), Heft 3, S. 160—68.

Sonderbehandlungsangelegenheit im gleichen Bedeutungsfeld gebildet werden, wie Begriffe wie Sonderzug, Sonderkommando, Sonderzulage, Sonderkonto, Sonderaufgabe, Sonderunterbringung in dieses Feld hineingezogen werden und wie das Präfix *sonder-* zum Verbstamm ‚sondern‘ wechselt — aussondern, gesondert unterbringen — und die Bedeutung des ‚sonderbehandeln‘ beibehält.

In seiner Einleitung verzichtet W. auf die Möglichkeit einer genauen Analyse dieses Vorgangs und gibt lediglich einige oberflächliche Generalisierungen. Er weiß zu berichten, daß „die Entwicklung unserer modernen Massenkultur die dem besseren Wissen widersprechende, lediglich zur Irreführung dienende Wortäußerung mit sich brachte“. (8) Als ob die Lüge eine Erfindung dieser Zeit wäre. Und er fährt fort: „Im totalitären Staat will das Wort aber sogar ganz absichtlich täuschen.“ Vorher nur unabsichtlich? Und wen täuscht das Wort „Sonderbehandlung“? Die SS-Oberen, die es benutzten? Alle die, die mit den — meist geheimen — Dokumenten in Berührung kamen? Gerade W. liefert ein Dokument vom 20. April 1943, in dem Himmler den Gebrauch des Wortes verbietet; ein Ähnliches zitiert Cornelia Berning vom 15. November 1941, in dem Goebbels die Verwendung untersagen läßt, anscheinend gerade weil seine wahre Bedeutung allgemein bekannt war. Vielmehr scheint die Wortwahl, die trotz der Verbote beibehalten wurde, mehr auf eine Verdrängungsfunktion, denn auf Tarnung zu deuten. Von W., der erklärt, daß dem NS jede ernsthafte ideologische Basis gefehlt habe und fortfährt: „Der NS war schließlich das persönliche Werk Adolf Hitlers“ (9) und im gleichen Atem nach Mussolinis (ideologischem) Satz „Unsere Doktrin ist die Tat“ sagt: „Dem Faschismus diene das Wort ausschließlich Prinzipien direkter Aktion“ ist eine Aufklärung über die Sprache des Faschismus nicht zu erwarten.

Cornelia Berning hat ein ganzes Vokabular zusammengestellt, das auch die Sprache der Nationalsozialisten vor 1933 miteinbeziehen soll. Freilich schränkt sie gleich ein, daß sie u. a. den „NS-Jargon“ (Kristallnacht u. ä.) (5) nicht berücksichtigt habe. Die Unterscheidung zwischen Sprache und Jargon des NS bleibt unklar, da z. B. eine Reihe von Klemperer genannter Begriffe fehlen, sie andererseits aber Wortungetüme wie *artgestalten*, *Blutseele*, *Erbmeister*, *Geburtenkrieg*, *wehrgeistig aufführt*. B. hat zu den Wörtern ns Belegstellen gesammelt und stellt sie meist kommentarlos dem Begriff zur Erläuterung gegenüber. Der Leser erfährt über „Lebensborn“ oder „Konzentrationslager“ nahezu ausschließlich nur die Erklärung, die ihm die Nationalsozialisten gaben. Jedes Wort der Erläuterung fehlt. Noch schlimmer sind Definitionen, die die Verfasserin nicht zitiert, sondern selbst gibt, aber dabei völlig im ns Rahmen bleibt. So ist

Arbeitsfront Ersatz (!) für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände,
 Art bezeichnet in der ns Sprache vornehmlich den biologischen Typ, den rassistischen, vom Blut geprägten Charakter, (als ob es so etwas gäbe),
 Ausmerze ist der rassenkundliche Gegenbegriff zu Auslese.

Schließlich bei der Definition von

erfassen beliebter organisationspolitischer Ausdruck in der ns Sprache, der durch häufige Verwendung in Zusammenhang mit Ausrottungsmaßnahmen gegen die Juden einen hintergründigen Nebensinn erhält

ist es nur noch fraglich, ob sich hier Naivität oder Zynismus der Verfasserin äußern.

In den besseren Artikeln verweist die Verfasserin wenigstens auf die Herkunft der erläuterten Begriffe und ihre frühere Verwendung; hin und wieder bezeichnet sie auch eine abstrakte Kategorie, in die sich die ns Begriffswahl einordnen ließe (Sakrifizierung, Heroisierung oder Tarnungscharakter der Sprache). Wie wenig sie dabei an eine Definition des spezifisch faschistischen der Sprache herankommt — außer, daß sie von Nationalsozialisten gebraucht wurde, was auch nicht sicher ist, denn nicht jeder, der faschistische Wendungen benutzt, muß notwendig Nationalsozialist sein — zeigen ihre verstreuten Bemerkungen, daß es sich um „beliebte“, „häufig gebrauchte“ oder „charakteristische“ Wörter handele. Warum sie beliebt waren, wofür sie charakteristisch waren, darauf verschwendet sie keinen Gedanken und keine Erklärung. Zu erklären, daß Gemeinschaft ein „Ersatzwort für Gesellschaft“ war oder liquidieren für töten stand, nutzt wenig, solange ich nicht über die Funktion des Begriffswechsels im faschistischen Herrschaftssystem unterrichtet werde. In ihrer Einleitung zitiert B. Goethe „Nicht die Sprache an und für sich ist richtig, tüchtig, zierlich, sondern der Geist ist es, der sich darin verkörpert.“ (2 f) Und sie fährt fort: „Ergänzend ließe sich hinzufügen, daß die Sprache ihre ‚Richtigkeit‘ und ‚Tüchtigkeit‘ verliert, wenn der Ungeist sich in ihr verkörpert.“ B. begnügt sich mit einem moralischen Verdikt, an dem allenfalls ihre emotionale Haltung zum Faschismus ablesbar ist, das den Faschismus selbst aber unkritisiert läßt. Folglich ändert sich für sie der Inhalt eines Wortes völlig spontan. „Betreuen“ wird ihr in der ns Sprache „plötzlich zum ständig gebrauchten Modewort“ und „barbarisch — erfährt... brutal eine Umwertung zum Positiven“, wobei sie diese Umwertung anscheinend auf eine zentrale Lenkung als einzige Ursache zurückführen möchte. Bei solcher Stilisierung des faschistischen Vokabulars zu einem Phänomen ohne historische oder politische Bedingungen, ist es ihr leicht, in ihm „das exemplarische Beispiel einer Sprache des Totalitarismus“ überhaupt (4) zu sehen und es in der oberflächlichen Gleichung rot = braun auf den Kommunismus gleich mitzubeziehen. So erfährt der Leser die Zeitlosigkeit des faschistischen Sprachgebrauchs etwa bei „Arbeit“ — ns Zentralbegriff. „Wie in allen Diktaturen wird im NS die Arbeit mythisch verklärt...“, oder „Bürger — wie im Marxismus und Bolschewismus auch im NS negatives Gegenbild zum propagierten Idealtypus des ‚neuen Menschen‘“. Der Frage, was denn nun speziell faschistisch daran ist, kommt B. so auf jeden Fall nicht näher.

Das ‚Vokabular‘ war zuerst in den Nummern 16 und 17 der Zeitschrift für Deutsche Sprache erschienen; dort folgte in den Nummern

17—19 eine theoretische Zusammenfassung über „Die Sprache des Nationalsozialismus“, die in die Buchveröffentlichung nicht aufgenommen wurde.

B. nimmt dort eine abstrakte Aufteilung der Themenbereiche vor, wie es weniger explizit bereits gelegentlich im ‚Vokabular‘ geschah. Die hervorstechendsten Merkmale sind ihr der Propaganda- und Schlagwortcharakter der ns Sprache in seiner Mischung aus „affekt-auslösender Wiederholung und apodiktischer Behauptung“ (18/116) und die Tendenz zur Verschleierung der Tatbestände. Viel Mühe verwendet die Verfasserin darauf, die Uniformierung der Sprache nachzuweisen, die während des NS in zunehmendem Maße durchgeführt wurde; das gelingt ihr auch, doch ist solch ein Ergebnis recht unbefriedigend, da es sich ja nur noch um sekundäre Vervollkommnungen eines bereits vollzogenen Wandels handelt und es über die Entstehung und die Frage, warum dies Vokabular die Deutschen ansprach, nichts aussagt. Aus der Zeit vor dem NS zieht sie nur die präfaschistischen Gruppen Thule-Gesellschaft und Ostara-Kreis heran, die doch recht unbedeutend waren, und die bei solcher Frage auch nicht weiterhelfen können.

Wie die meisten Autoren betont sie die Rolle der Sprachlenkung im NS⁶; daß das nicht typisch faschistisch sei, gibt sie zu, faschistisch werde es aber durch das systematische Vorgehen von Reichspropagandaminister Goebbels, den sie gar als „Former der NS Sprache“ (19/93) bezeichnet. Diese Lenkung verläuft dann auch in einem Zwangsschematismus ohne historische Ursachen auf der Seite der Gezwungenen: „Wörter nehmen unter dem Zwang der untergeschobenen Denkschemata einen neuen Sinn auf, oder werden bewußt umgeprägt“ (17/171) Sie sieht in der Sprache allein die Ursache des Handelns und kann daher zustimmend Picard zitieren: „Das Dynamische in der Sprache herrscht über den Menschen“ (17/182) Schließlich nimmt sie widerspruchslös die Ideologie des Faschismus auf, der die Tat zur Doktrin erklärt (Mussolini — siehe oben) und das Primat des Handelns vor dem Denken postuliert und nennt die ns Politik einen „bewußten, planmäßigen Aktivismus“ (17/182), was schon nach der Formulierung das Postulat wieder aufheben muß.

III

Dieckmann, Walther: Information oder Überredung, Zum Wortgebrauch der politischen Werbung in Deutschland seit der Französischen Revolution, Marburger Beiträge zur Germanistik, Band 8. N. G. Elwert Verlag, Marburg 1964 (189 S., brosch., 24,— DM).

6 Seidel-Slotty, Ingeborg und Eugen Seidel: Sprachwandel im Dritten Reich. Halle (Saale) 1961; bespr. in Argument 30 (Faschismus-Theorien I), S. 169 f.

Weinrich, Harald: *Linguistik der Lüge. Kann Sprache die Gedanken verbergen?* Verlag Lambert Schneider, Heidelberg 1966 (80 S., br., 5,80 DM).

Polenz, Peter von: *Sprachpurismus und Nationalsozialismus*, Die ‚Fremdwort‘-Frage gestern und heute; in: *Germanistik — eine deutsche Wissenschaft, Beiträge von Eberhard Lämmert, Walter Killy, Karl Otto Conrady und Peter von Polenz*, S. 111—165, (es 204), Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1967 (165 S., brosch. 3,— DM).

Im Gegensatz zu den vorigen Arbeiten liegt Walther Dieckmann bei seiner Untersuchung des Gebrauchs des politischen Schlagworts nichts daran, das spezifisch Faschistische des Sprachgebrauchs aufzuweisen, sondern es geht ihm vielmehr darum, die Tradition aufzuzeigen, in der dieser Sprachgebrauch steht. „Die Auseinandersetzung mit den revolutionären Ereignissen in Frankreich präsentiert zum erstenmal den Grundbestand an Wörtern, der bis heute zum modernen politischen Wortschatz der deutschen Sprache gehört.“ (20) Zugleich reduziert er die Sprache der Politik auf Propaganda (= werbende Anwendung der Sprache); wie er das für eine Reihe ns Wörter, wie etwa „Sonderbehandlung“, durchführen will, ist unklar. D. sieht diese Wörter aufkommen unter dem Einfluß der Aufklärung zusammen mit Vorstellungen wie Öffentlichkeit und öffentliche Meinung, die er als Instrument des Bürgertums gegen den Absolutismus versteht. Er stellt das Bestehen der Wörter seit diesem Zeitraum fest, zieht daraus aber den Schluß, daß die Wortbenutzer vergleichbar wären; so kann er — etwa unter der Kategorie „totalitär“ — Französische Revolution und Drittes Reich über einen Kamm scheren. Historisch schief wird seine Auffassung weiter durch die Meinung, daß „mit dem Aufsteigen neuer Schichten der Gesellschaft zu politischem Bewußtsein... die Information über die öffentlichen Angelegenheiten immer mehr der Beeinflussung der Untertanen durch... Propaganda“ (22) wich, als ob je die Herrschenden die Beherrschten informiert hätten.

D. konstatiert gleichbleibende Methoden der Überredung — der Zusammenstellung dieser Methoden gilt der Hauptteil seiner Arbeit — und lehnt die Konstruktion einer ‚wahren‘ Bedeutung eines Wortes, die etymologisch, entwicklungsgeschichtlich oder wie sonst auch immer begründet wird, zu Recht ab. Vielmehr sieht er die Sprache der Politik dadurch gekennzeichnet, daß der Inhalt der Wörter mit dem politischen Standort der Sprecher wechselt, die jeweils den Begriff so definieren, daß er die eigene politische Theorie impliziert. Er sieht eine Entwicklung zum „Wort als Emotionshülse, die für jeden sprachlichen Inhalt das sprachliche Gewand bereithält“ (58) und bei dunklem Begriffsinhalt nur noch den Auslösereiz für Affekte darstellt. Er folgert, daß eine Wertung solcher Begriffe nur von einer politischen Haltung vollzogen werden könne, sich aber dabei nicht

auf Sprachwissenschaft berufen dürfe. Eine solchermaßen unpolitische Sprachwissenschaft, die in vorgeblicher Unparteilichkeit NS, Kommunismus, Parlamentarismus u. a. auf eine Stufe stellt, enthebt sich selbst generell der Kritikmöglichkeit. D. schafft eine Konstruktion, die das Wort von der politischen Haltung trennen will, die sich in ihm äußert, um nur die letztere zu kritisieren; das allerdings ist nur von einer politisch fixierten Position möglich, von der aber losgelöst, überparteilich D. meint, Sprache behandeln zu können. Dem fällt er als erster zum Opfer: Die Entscheidung über eine Wertung des Wortgebrauchs „ist abhängig vom politischen Standort des Sprechers. Aus diesem Grund ist das Urteil, die Nationalsozialisten hätten mit dem Wort *f a n a t i s c h* . . . Mißbrauch getrieben . . . unzulässig. Als die Nationalsozialisten das Fanatische zu einer positiven Charaktereigenschaft erhoben, propagierten sie einen neuen Primitivismus des Ungeistes und brachen mit den Traditionen des zivilisierten Europas.“ (72 f) Der Verfasser kann nach seiner Theorie nur die Richtigkeit eines Wortes innerhalb eines bestimmten politischen Systems feststellen, fügt dann aber eine ganz massive politische Wertung hinzu. (Von der Vorstellung des „Ungeistes“ gar nicht mehr zu reden.) Dieser Ansatz muß dann auch „geschärftes Sprachbewußtsein“ und „gestörtes Verhältnis zur Sprache“ (99) als Bezeichnung der gleichen Sache nebeneinanderstellen. Daher ist D.s Urteil unverständlich: „Jede Sprachlenkung kann am Widerstand des Individuums scheitern“ (161), weil „die Wirkung der werbenden Sprache auf Fehlerteilen im Sprachverständnis und auf einem Sprachbewußtsein, das sich durch ein zu großes Vertrauen in das Wort auszeichnet“ (165) beruht. Abgesehen davon, daß solche Sprachlenkung ja nicht isoliert als rein philologische Erscheinung auftritt, wäre Skepsis gegen die Sprache dann nur möglich, wenn der einzelne eine andere politische Position verträte, als die, die Sprache zu ändern versuchen; und d. h. praktisch, daß D.s Theorie immer die Position des gerade Herrschenden verteidigt. Der Zusatz, daß „die eigene Erfahrung der Realität eine propagandistische Verzerrung auflösen“ (161) könne, ist günstigenfalls als grenzenloser Optimismus zu werten.

Wie Dieckmann will Harald Weinreich keinen direkten Beitrag zu einer Theorie über die Sprache des Faschismus liefern, sondern er untersucht den linguistischen Aspekt der Lüge, wie mit Sprache überhaupt gelogen und wie diese Lüge erkannt werden kann. Sein Essay gehört aber nicht nur in diese Zusammenfassung, weil er Beispiele aus der ns Sprache heranzieht, sondern weil ein Teil der vorigen Arbeiten stillschweigend als sicher voraussetzt, was er erst untersucht: Können einzelne Wörter lügen? Bei einer Definition der Lüge, sie bestehe darin, willentlich und wissentlich etwas anderes zu sagen, als man denkt, ist sie von vorneherein mit der Wertung durch ein moralisches Bewußtsein verbunden, also einem Bereich zugehörig, in dem Linguistik allein nichts aussagen kann. Was kann, fragt W., die Linguistik feststellen? Er geht dabei vom Wort aus. Es hat nur im Lexikon eine eindeutige Bedeutung, sonst ist

es durch die Gesellschaft und die Situation, in der es gesprochen wird, bedingt. Es bewegt sich zwischen den beiden Polen der Semantik: „Bedeutung“, die weitgespannt, vage, sozial, abstrakt ist, und „Meinung“, die engumgrenzt, präzise, individuell und konkret ist. Eindeutig definiert wird jedes Wort durch den Kontext (bzw. Situation), der es auf der „gleitenden Skala“ (31) zwischen Meinung und Bedeutung fixiert. Auf unser Thema bezogen könnte an dieser Stelle Sprachkritik einsetzen und etwa feststellen, daß der Kontext die Wörter sehr nahe beim Bedeutungspol festlegt, also nur sehr unscharf determiniert. W. verneint folglich, daß einzelne Wörter lügen können; er belegt das mit der ns Formel von „Blut und Boden.“ Weder Blut noch Boden tragen faschistischen Inhalt. Erst die Stellung der Wortverbindung in der ns Ideologie dränge die Determination des einen Wortes durch das andere in die faschistische Richtung. Die lügenden Wörter „nehmen Verlogenheit an, wenn die Ideologie und ihre Lehrsätze verlogen sind“. (37) Die Frage, was denn nun die Verlogenheit der Ideologie begründet und wie sie feststellbar ist, liegt bis auf den wenig originellen Hinweis, daß das Auseinanderklaffen von Sprechen und Handeln solches vermuten läßt, außerhalb der Untersuchung W.s und macht den obigen Satz für eine Sprachkritik, die ideologische Vorstellungen aufdecken will, wenig praktikabel. W.s neue Definition, die die Lüge erwiesen sieht, wenn der Gegensatz des Gesagten wahr ist, leidet auch wieder darunter, daß ein Wahrheitskriterium der Sache einfach vorausgesetzt wird.⁷

Zum Thema der Zusammenfassung führt der Aufsatz von Peter von Polenz zurück; es ist die jüngste Arbeit und die relativ am weitesten fortgeschrittene. P. sieht zwar, daß die Frage nach der Sprache des Faschismus auch eine historische und sprachsoziologische Seite hat, begrenzt aber seine Arbeit auf den linguistischen Bereich und gibt allenfalls durch das, was ihm fehlt, einen Ausblick auf die Probleme, die noch zu lösen sind. Am Beispiel des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins und seiner Zeitschrift ‚Muttersprache‘ untersucht er die „grotesk-tragische letzte Phase“ (113) des Sprachpurismus (d. i. „Streben nach Sprachreinheit durch Vermeiden von Fremdwörtern“⁸) während des NS. Der Purismus in Deutschland hat eine lange Tradition; seine Verknüpfung mit einem deutschtümelnden Nationalismus reicht bis in das 19. Jh. zurück und erreicht zum 1. Weltkrieg mit Eduard Engel einen ersten chauvinistischen Höhepunkt. Die deutsch-nationale Basis der Sprachreiner ließ sie sich selbst als Vorläufer des NS sehen, den sie selbstverständlich begrüßten. Als „Wegbereiter“ (139) des NS sieht sie auch P., doch trennt er

7 Die Bemühungen des Autors, die literarische Form der Lüge — Metapher, Ironie, Lügendichtung — vor dem moralischen Verdikt zu retten, die große Teile der Arbeit ausmachen, habe ich in diesem Zusammenhang vernachlässigt.

8 Wilpert, Gero von, Sachwörterbuch der Literatur, Stuttgart 1961³, S. 482.

viel zu scharf die deutsch-nationale Tradition und das neue faschistische Element, das ihm nur „die rassische Motivierung der Sprachreinigung aus dem Antisemitismus“ (128) ist. Diese Auffassung, die faschistisch nennt, was ab 1933 (bzw. 1936 — Nürnberger Gesetze —) geschah, liegt auch der Bemerkung zugrunde, die es als „tragischen Irrtum“ (141) bezeichnet, daß die Puristen vom NS glaubten, er setze ihre Ziele durch, während der ihre nationalistischen Impulse zu Beginn nur nutzte und sie dann — die ns Redner gebrauchten oft und gerne verdunkelnde, euphemistische Fremdwörter — zur Selbstaufgabe, zur Verherrlichung der Sprache gerade dieser Redner veranlaßte. Die Klage aus dem Novemberheft 1933 der ‚Muttersprache‘: „Sonst weiß die nationalsozialistische Bewegung rascher und gründlicher . . . Volksschädlinge zu beseitigen . . . Den Angriff gegen die vermanschte Sprache hat sie noch nicht mit der ihr sonst eigenen Tatkraft unternommen“ (zit. n. S. 118) erklärt P. wegen ihrer leisen Rüge der ns Sprache noch aus dem deutsch-nationalen, nichtfaschistischen Antrieb. Was sie zeigt, ist die Unfähigkeit puristischer Sprachkritik, die Funktion der Fremdwörter im NS überhaupt zu erkennen; eine Naivität, die sich etwa auch in der Empfehlung spiegelt, Konzentrationslager auf gut deutsch Zwangslager zu nennen.

Für P. ist diese Entwicklung vor allem ein methodologisches Problem. „Der ganze Sprachpurismus beruht auf dem methodologischen Irrtum von der Vermischung von Diachronie“ „— der Beschreibung der Entwicklungsgeschichte einer Sprache —“ „und Synchronie“ „— die Beschreibung eines gegenwärtigen Sprachzustandes“ —. (150) Die historische Wortforschung war während dieser Zeit an den deutschen Universitäten bestimmend, während eine deskriptive Behandlung, die soziologische und strukturelle Beziehungen der gegenwärtigen Sprache beobachtet, erst nach 1945 dorthin gelangte, obwohl die grundlegenden Vorlesungen F. de Saussures 1906—1911 stattgefunden hatten. Wenn P. das Versagen der Puristen damit begründet, daß sie auf die synchronische Frage der Funktion eines (Fremd-) Wortes in der Sprache ihrer Gegenwart eine diachronische Antwort gegeben hätten und fragt, ob sie das wohl auch getan hätten, wenn sich der Strukturalismus bis zu ihnen herumgesprochen hätte, so rollt er das Problem von der falschen Seite auf, indem er eine methodologische Frage vor den politischen Antrieb stellt. Vielmehr könnte man argumentieren, daß die deskriptive Sprachwissenschaft deswegen nicht beachtet worden ist, weil sie den Puristen nicht ins nationalistische Konzept paßte; eine politisch motivierte Haltung des Nicht-Wissen-Wollens also, wie sie vor und im NS nicht selten anzutreffen ist. P. vermerkt zu Recht, daß die gegenwärtige Sprachkritik weitgehend von einer moralischen Position, aber mit dem gleichen methodischen Fehler die Sprache des NS beurteilt. Doch kann — und hier muß der Eingrenzung P.s auf die Methodologie widersprochen werden — auch nach der säuberlichen Trennung der Diachronie von der Synchronie letztere nur die Systemfunktion der Sprache erkennen. Zur Wertung bedarf es einer politischen Theorie des Faschismus.

Kurt Steinhaus

Deutschsprachige Bücher über die Volksrepublik China

Ein Literaturbericht

Biehl, Max: Die chinesische Volksrepublik im „Großen Sprung“ und danach. Verlag Weltarchiv, Hamburg 1965 (245 S., kt., 29,80 DM).

Brahm, Heinz: Pekings Griff nach der Vormacht. Der chinesisch-sowjetische Konflikt von Juli 1963 bis März 1965. Aktuelle Studien, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus, Bd. 3. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1966 (256 S., brosch., 19,80 DM).

Greene, Felix: Listen — Lügen — Lobbies. China im Zerrspiegel der öffentlichen Meinung. Josef Melzer Verlag, Darmstadt 1966 (120 S., Ln., 22,— DM).

Großmann, Bernhard: Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China. Heft 6: Ökonomische Studien. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1960 (413 S., kt., 29,50 DM).

Halperin, Morton H.: China und die Bombe. Bd. 4: Aktuelle Studien, hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Verlag für Wissenschaft und Politik, Köln 1966 (122 S., kart., 12,50 DM).

Mehnert, Klaus: Maos zweite Revolution. Dokumente des Sommers und Herbstes 1966. Nr. 6: Schriftenreihe Osteuropa. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1966 (116 S., kt., 8,— DM).

Myrdal, Jan: Bericht aus einem chinesischen Dorf. Nymphenburger Verlagsanstalt, München 1966 (376 S., Ln. 24,80 DM).

North, Robert C.: Der chinesische Kommunismus. Kindlers Universitätsbibliothek, Kindler Verlag, München 1966 (256 S., Ln., 15,— DM).

Snow, Edgar: Gast am anderen Ufer. Rotchina heute. Kindler Verlag, München 1964 (850 S., Ln., 38,— DM).

Thiess, Frank: Plädoyer für Peking. Ein Augenzeugenbericht. Seewald Verlag, Stuttgart 1966 (308 S., Ln., 19,80 DM).

Tsungtung, Chang: Die chinesische Volkswirtschaft. Grundlagen — Organisation — Planung. Nr. 1280: Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965 (193 S., kart., 74,50 DM).

Wiethoff, Bodo: China. Heft 7: Hefte zur Ostkunde. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1966 (100 S., kart., 6,50 DM).

Zagoria, Donald S.: Der chinesisch-sowjetische Konflikt 1956—1961 u. Ernst Kux: Die feindlichen Brüder 1962 bis 1963. Verlag Rütten und Loening, München 1964 (568 S., kart., 12,80 DM).

I.

Das Buch von Wiethoff ist eine Kurzdarstellung der chinesischen Geschichte. Irgendwelche Fakten, die nicht schon seit langem bekannt sind, teilt es nicht mit. Die Arbeit beginnt mit der Erwähnung zweier Töpferkulturen aus dem 3. Jahrtausend v. u. Z. und schließt mit einer kurzen Darstellung der politischen Struktur der Volksrepublik China (VRCh) und Taiwans — für eine schnelle Information über historische und politische Daten ist sie durchaus geeignet. Der Autor hätte jedoch zumindest einige grundlegende sozioökonomische Tatsachen mitteilen sollen und dafür auf das Aneinanderreihen von fragwürdigen bzw. uninteressanten Bemerkungen verzichten können. So wäre zweifellos eine Tabelle über die Entwicklung der chinesischen Industrie- und Agrarproduktion von größerem Wert gewesen als der bürgerliche Gemeinplatz: „Die Gleichschaltung der Presse ist ein typisches Merkmal eines jeden totalitären Regimes“ (104) oder die Aufzählung der in Peking vertretenen ausländischen Nachrichtenagenturen. Die Behauptung, die in der VRCh publizierten Bildergeschichten für Jugendliche seien „den amerikanischen Comic strips vergleichbar“ (105) ernstzunehmen, ist entschieden zu viel verlangt. Es bedarf schon eines sehr getrüben Blickes, um Bildergeschichten aus der chinesischen Revolution mit ‚Batman‘, ‚Rip Corby‘ oder den neuerdings immer mehr in Mode kommenden rassistischen ‚funnies‘ über Napalmbombenwerfer auf eine Stufe zu stellen. Daß Wiethoffs Meinung, das Regime der Kuomintang (KMT) auf Taiwan sei gegenüber der VRCh ein „Alternativmodell“ (128) von vielen Chinesen geteilt wird, ist äußerst unwahrscheinlich.

Die Arbeit von North konzentriert sich auf die Darstellung der chinesischen Revolution. Der Autor hat die Originalmaterialien der Komintern und die wichtigsten Schriften kommunistischer Theoretiker zur ‚nationalen und kolonialen Frage‘ herangezogen. Seine Analyse der revolutionären Strömungen der Zwanziger- und Dreißigerjahre kann durchaus als gelungen bezeichnet werden. Die Darstellung der Periode seit der Gründung der Volksrepublik hingegen weist eine Reihe großer Schwächen auf. Das Problem der forcierten Entfaltung der Produktivkräfte wird nur gestreift — ökonomische Daten interessieren den Verfasser offenbar nicht. Daß die Rückschläge der Jahre 1960 bis 1962 etwas mit einer der schlimmsten Naturkatastrophen der neueren chinesischen Geschichte zu tun hatten, wird von ihm nicht einmal erwähnt. Und mangels allen Zahlen-

materials kann er dann auch ohne weiteres behaupten, daß „der ‚große Sprung vorwärts‘ vielleicht bemerkenswerter wegen seiner Fehlschläge als wegen seiner unleugbaren Leistungen“ (194) war. Wirklich nur „vielleicht“! Zusammenfassend heißt es dann, die Wirtschaftsplaner Volkschinas seien „mehr ‚rot‘ als ‚fachkundig““. (194) Daß sie in der Tat sehr „rot“ sind, sei unbestritten. Daß sie auch „fachkundig“ sind, haben sie wohl dadurch hinlänglich unter Beweis gestellt, daß die Wachstumsraten der von ihnen gelenkten Volkswirtschaft die höchsten sind, die jemals in der internationalen Wirtschaftsgeschichte erzielt wurden. Sollte vielleicht zwischen „rot“ und „fachkundig“ eine positive Korrelation bestehen? An anderer Stelle befaßt sich der Autor mit der bekannten ‚chinesischen Expansionslust‘. Er zitiert Sun Yat-sen, der angeblich (aus dem Wortlaut des Zitats geht dergleichen nicht hervor) u. a. Korea, Thailand, Borneo, Java, Nepal und Ceylon als eigentlich chinesisches Territorium ansah. Anschließend behauptet er — ohne es zu belegen —, daß auch Tschiang Kai-schek und Mao Tse-tung „die gleichen riesigen Gebiete als historischen Boden der Chinesen“ ansehen. (209) Für den Fall, daß die KMT-Clique sich auch als Beherrscherin Ceylons oder Borneos betrachten sollte, so wäre dies von ähnlicher Relevanz wie ihr Anspruch, legitime Vertreterin des chinesischen Volkes zu sein. Den Nachweis dafür, daß die Regierung der VRCh diese Gebiete beansprucht, hätte North jedoch seinen Lesern nicht vorenthalten sollen.

Edgar Snow gehört zu den wenigen Journalisten, die bereits in den Dreißigerjahren den Aufstieg des neuen China miterlebten und hierüber berichteten. Seine Schilderung der Anfänge kommunistischer Staatsgewalt in Yanan und der Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes der KPCh (vor allem in: *Red Star over China*; keine deutsche Übersetzung) gehören neben den Büchern von Agnes Smedley (vor allem: *Der lange Weg*; in der DDR erschienen, seit Jahren vergriffen) zu den aufschlußreichsten und packendsten Dokumenten der chinesischen Revolution. Snow hat viele Jahre in China verbracht und hat heute noch eine Reihe guter Bekannter dort — darunter auch Tschu En-lai, dessen Frau er einst vor den Schergen der KMT in Sicherheit brachte. Sein Reisebericht ist ohne Zweifel die beste journalistische Schilderung der Verhältnisse in der VRCh, die es zur Zeit gibt.

Dieses Buch ist faktisch eine Gesamtdarstellung der chinesischen Revolution. Historische Rückblenden schildern den Weg der KPCh zur politischen Macht und die Periode des Wiederaufbaus des durch den Krieg verwüsteten Landes. Der eigentliche Reisebericht stellt detailliert an unzähligen Einzelbeispielen den forcierten Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft dar. Die präzisen und anschaulichen Berichte des Autors über chinesische Fabriken, Bergwerke, Baustellen, Krankenhäuser und Staatsgüter sind gut geeignet, die unvermeidliche Abstraktheit makroökonomischer Globaldaten auszugleichen. Snow hat seine Gastgeber nicht nur über Produktionsergebnisse befragt, sondern zugleich die Genesis des Aufbaus aufgezeich-

net und läßt in den Biographien der Arbeiter und Bauern, der Ingenieure, Lehrer, Studenten, Ärzte und Parteifunktionäre immer wieder die gewaltigen sozialen Veränderungen deutlich werden, die die Revolution mit sich gebracht hat. Diese Arbeit kann insgesamt als ein großer Wurf bezeichnet werden. Sie besticht ebenso durch ihre Sachlichkeit und Wissenschaftlichkeit wie durch die Fülle von Informationen, die sie enthält. Da sie zudem in flüssigem Stil geschrieben ist, hätte sie auch gute Aussichten, nicht nur gekauft, sondern auch gelesen zu werden. Es wäre daher dringend zu wünschen, daß sie — notfalls gekürzt — in einer billigen Taschenbuchreihe einem breiteren Publikum zugänglich gemacht wird.

Der Schriftsteller Frank Thies hat über China ein Buch geschrieben, das eine unverkennbare Sympathie für das chinesische Volk und ein beträchtliches Verständnis für die wirklichen Probleme des Landes verrät. Anfangs „naiv genug“, um die „übertünchten Informationen aus Washington“ „für richtig zu halten“, verstand er nach seinem Besuch Volkschinas ohne weiteres, „warum die Kommunisten Tschiang einen ‚Banditen‘ nennen“. (40 f.) Ohne Ausflüchte anerkennt und rechtfertigt er die revolutionäre Umwälzung der Produktions- und Herrschaftsverhältnisse als gesellschaftlich notwendig. Aber leider formt er sich vielfach ein China nach seinem Bilde, das ihm zwar ein positives Urteil erlaubt, mit der Wirklichkeit jedoch oft nur wenig gemein hat.

Seiner Ansicht nach hob „Mao nach außen hin die von ihm geprägten Normen als Beispiele kommunistischer Gesinnung hervor . . ., doch (band) sie . . . gleichzeitig an eine Tradition . . ., die er aus der konfuzianischen Versteinerung herausgemeißelt hatte“. Dies „war staatsmännisch, nämlich geschichtlich gedacht. Kein noch so radikaler Umbruch vermag sich aus den Ketten der Geschichte zu lösen . . . Mao wußte, daß er an ihrem Fundament nicht rütteln durfte“. (57) Mitnichten: Mao Tse-tung hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß das ideologische „Fundament“ der Klassengesellschaft sehr gründlich zerstört werden muß, wenn die sozialistische Revolution nicht in Frage gestellt werden soll. Auf der anderen Seite war die KPCh realistisch genug zu erkennen, daß dieses Problem weder mit Gewalt noch innerhalb kurzer Zeit lösbar ist und daß zudem keineswegs die gesamte kulturelle Vergangenheit in einem antagonistischen Widerspruch zum Aufbau des Sozialismus steht. So ist Mao Tse-tung — auch wenn er Gedichte mit dem Tuschpinsel schreibt — kein Homunculus aus Marx und Konfuzius, sondern ein kommunistischer Revolutionär chinesischer Nationalität.

Mao Tse-tung hat auch nicht die „Kultur uneingeschränkt zur Geistesgeschichte“ gezählt (210), sondern durchaus als Teil des gesellschaftlichen Überbaus angesehen, der eng mit dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und den jeweiligen Klassenverhältnissen zusammenhängt. Daß die chinesischen Kommunisten dennoch nicht die Kunstwerke ihrer feudalen Vergangenheit zerstören, steht hierzu keineswegs im Gegensatz. „Warum sollte die geschichtliche Kind-

heit der Menschheit, wo sie am schönsten entfaltet, als eine nie wiederkehrende Stufe nicht ewigen Reiz ausüben?“ schrieb Marx in der „Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie“ und fuhr fort: „Der Reiz (der griechischen) . . . Kunst für uns steht nicht im Widerspruch zu der unentwickelten Gesellschaftsstufe, worauf sie wuchs. Ist vielmehr ihr Resultat und hängt vielmehr unzertrennlich damit zusammen, daß die unreifen gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie entstand und allein entstehen konnte, nie wiederkehren können.“ Es gibt kein sozialistisches Land, das nicht die Kunstwerke und humanistischen Traditionen seiner vorsozialistischen Vergangenheit sehr bewußt pflegt und achtet. Kulturfeindlichkeit und Sozialismus sind unvereinbar — nicht nur in China. Aber die Unkultur des Spätkapitalismus mißt sich nicht — wie Thiess glaubt — daran, daß in den kapitalistischen Industrieländern „die Kinder schon lernen, eine Schreibmaschine zu bearbeiten“ oder „meist sogar Liebesbriefe mit der Maschine fabriziert“ (217) werden, sondern daran, daß diese Klassengesellschaften ihr riesiges Potential an Produktionskräften, anstatt es dem ökonomischen und kulturellen Fortschritt der Völker nutzbar zu machen, brachliegen lassen, vergeuden und für Zwecke der Unterdrückung verwenden. Daß Mao Tse-tung seine Gedichte nicht mit der „Schreibmaschine“, sondern mit der Hand schreibt, sagt über den Grad der Fortschrittlichkeit der chinesischen Gesellschaft überhaupt nichts aus — höchstens über die höchstpersönliche Rationalität dieses Mannes, da es vermutlich sehr beschwerlich ist, immer eine chinesische „Schreibmaschine“ mit 5000 oder mehr Schriftzeichen bei sich zu führen. Thiess' Buch ist stellenweise eine reizvolle Lektüre, aber im Endergebnis ist es doch nur das Plädoyer für ein mißverstandenes Peking geworden. Mißtrauen ist anzumelden gegenüber jedermann, der zwar die chinesische Revolution ausdrücklich bejaht, aber die DDR als „Sowjetzone“ tituliert. Der Autor hat diese Ungereimtheit durch die Verwendung metaphysischer Kategorien zuwege gebracht, die ihre Herkunft aus einer nach rückwärts gewandten spätbürgerlichen Kulturkritik nicht verleugnen können.

Myrdals Buch ist ein Dokument von unschätzbarem Wert. Es enthält die Aufzeichnungen von Erzählungen chinesischer Bauern und Funktionäre aus einem Dorf in der Provinz Shensi, in dem der Autor einen Monat gelebt hat. Hier ist nicht von Stahlkombinaten und Großbaustellen die Rede, sondern von einer ländlichen Region, die immer noch als kulturell und ökonomisch schwach entwickelt gelten kann. Aber gerade in diesen Geschichten zeichnet sich der Weg des chinesischen Volkes mit einer Deutlichkeit ab, wie sie kaum eine historische oder ökonomische Analyse erreichen könnte.

Die Berichte zweier Revolutionäre über ihren Weg zur Kommunistischen Partei, ihren Kampf gegen KMT und japanischen Imperialismus sind als biographisches Gegenstück zu den theoretischen Schriften Mao Tse-tungs über den revolutionären Krieg anzusehen: „Wir konnten uns immer in kleinen Gruppen von zwei oder drei

Mann bewegen, aber von den KMT-Soldaten mußten es immer viele sein, damit sie sich gegenseitig bewachen konnten. Die Offiziere schlugen ihre Soldaten. Auch folterte die KMT ihre Gefangenen. Das mochten die Leute nicht. Deshalb gelang es der KMT auch niemals, die Bevölkerung für sich zu gewinnen.“ (81) „Wir Guerillas schlugen nie und gebrauchten auch niemals Kraftausdrücke. Wir operierten nur nachts, und am nächsten Morgen waren wir immer weit fort. Tagsüber stellte die KMT ihre Abteilungen zusammen, aber in der folgenden Nacht flohen die Abteilungsleiter zu uns, und am nächsten Tage mußte die KMT wieder von vorn beginnen.“ (80) So nützte den konterrevolutionären Kräften auch ihre technische Überlegenheit nichts: Die Dorfbewohner „fuhren nicht mehr in die Stadt, verkauften kein Getreide mehr dort und zahlten keine Steuern, und wer zur KMT gehörte, wagte nicht länger auf dem Lande zu wohnen, sondern begann zu fliehen. Die Stadt wurde isoliert. Sie war bald eine tote Stadt“. (73 f.)

Die Geschichte der chinesischen Revolution nach der Erringung der politischen Macht erzählen die verschiedenen Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft für Gemüseanbau“ der „Arbeitsbrigade Liu Ling“, der örtlichen Volksmiliz, die Lehrer der örtlichen Schule und andere. Von Myrdal gesammelte sozialstatistische Daten ergänzen diese Berichte. Der enge Zusammenhang zwischen der Umwälzung der Produktionsverhältnisse (zunächst Expropriierung der Grundherren, dann Bildung von Genossenschaften und schließlich Übergang zum System der Volkskommunen) und der forcierten Entfaltung der Produktivkräfte tritt ebenso deutlich hervor wie die unautoritäre und genuin demokratische Struktur der Kommunen. Niemand wurde gezwungen, sich den Produktionskollektiven anzuschließen. Der Bauer Li Hai-yüan trat aus der Genossenschaft aus, weil er glaubte, daß er „auch allein zurechtkommen könnte. Wenn ich aus der Gemeinschaft austräte, hätte ich nämlich das Recht, meinen Teil des gemeinsamen Eigentums herauszunehmen, und der würde sicherlich zwei Ochsenausmachen“. (106) „Zwei Jahre hielt ich es allein aus. Es war schwer... Ich sah..., daß es mit der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Liu Ling gut voranging, und ich begann einzusehen, daß es dumm gewesen war, sie zu verlassen.“ (107 f.) Als er es alleine nicht schaffte, sein ganzes Ackerland zu pflügen, half ihm die Genossenschaft. „Sie waren siebzehn an der Zahl und führten die Arbeit in weniger als einer Stunde aus. Selber hätte ich dafür zwei Tage gebraucht.“ (108) „Inzwischen war die Landwirtschaftliche Genossenschaft Liu Ling zur Höheren Landwirtschafts-Genossenschaft ‚Rot leuchtet der Osten‘ umgebildet worden. Sie hatten größere Äcker als früher. Die Hirsefelder waren sehr groß, und ich betrachtete sie und fand, daß sie hübsch aussahen.“ (108) Als eine Abordnung der LPG zu ihm kam, brauchte sie keine großen Überredungskünste, um ihm klar zu machen, daß es „schwer (ist), als Bauer alleinzustehen“. „Ich fand, daß sie recht hatten, und weil sie selber zu mir gekommen waren und höflich mit mir gesprochen hatten, und ich sie um nichts zu bitten brauchte, erklärte ich mich einverstanden, der Höhe-

ren Landwirtschaftsgenossenschaft ‚Rot leuchtet der Osten‘ beizutreten.“ (108 f.).

Ein dezentrales ökonomisches System läßt den Bauern sehr weitgehende Entscheidungsfreiheiten. „Der Alt-Sekretär Li Yü-hua war von einer Konferenz zurückgekommen . . . Dort hatte er gesehen, daß andere Arbeitsbrigaden über elektrische Wasserpumpen und elektrische Mühlen verfügten. Das hatte tiefen Eindruck auf ihn gemacht.“ (175) Es wurde eine Rentabilitätsberechnung durchgeführt und die Kosten für einen Esel und 200 jährliche Arbeitstage (die die Bewässerung der Gemüsefelder bisher erforderte) gegen die Betriebs- und Anschaffungskosten eines Elektromotors abgewogen. „Wenn wir . . . berücksichtigen, daß wir einen Esel und einen Mann mehr auf den Feldern einsetzen konnten, ergab sich, daß eigentlich schon ein Gewinn von 400 Y(üan) im ersten Jahr entstand.“ Das Problem wurde von den Bauern gründlich diskutiert und nach längeren Auseinandersetzungen setzten sich die Befürworter der Pumpe schließlich durch. Grund genug für ein Festessen: „Nach Beendigung der Sitzung versammelten wir uns alle, um Buchweizennudeln zu essen. Sie bedeuten Glück und so sollte es ein gutes Omen sein, daß wir sie nach diesem Beschluß aßen.“ (176)

II

Großmanns Beschreibung der Wirtschafts- und Sozialstruktur des vorrevolutionären China ist im wesentlichen eine Apologie des Imperialismus. Zwar hat die wirtschaftliche Durchdringung Chinas den kapitalistischen Ländern „ansehnliche Gewinne eingetragen“, aber China wäre ja „kaum in der Lage gewesen“, „im selben Zeitraum auch nur annähernd so viel Kapital zu akkumulieren“ (29), wie es die ausländischen Kapitalisten taten. Dieses Argument ist nicht gerade neu — die KPCh vertrat ihm gegenüber immer die Ansicht, daß Regierung und Bourgeoisie des vorsozialistischen China gerade durch die imperialistische Ausplünderung des Landes an einer zureichenden Kapitalakkumulation gehindert worden seien. Sie hat diese These in der Praxis verifiziert, indem sie „die Gefahren des planwirtschaftlichen Weges“ (11) nicht scheute und gründlich mit der Hinterlassenschaft des Imperialismus, des Feudalismus und des Kompradorentums aufräumte. Mit der „3-Anti-Bewegung“ und der „5-Anti-Bewegung“ der Jahre 1951 und 1952 (gegen Korruption, Verschwendung, Bürokratismus, Bestechung, Steuerhinterziehung, Diebstahl von Staatseigentum, gewissenlose Erfüllung von Regierungsaufträgen und Benutzung staatlicher Wirtschaftsinformationen für fremde Zwecke) verstanden es die Kommunisten, sich „als die Wahrer des Rechtes herauszustellen“. In typischer kommunistischer Art schufen sie nämlich „ein geordnetes Staatswesen, das oberflächliche Reisende dadurch beeindruckte, daß es keine Bestechung, keine Trinkgelder und keinen Diebstahl mehr in China gibt“. (45) Zur

Ehrenrettung der „oberflächlichen Reisenden“ sei immerhin bemerkt, daß sie nicht ganz alleine stehen: „beeindruckt“ sind u. a. offensichtlich auch 600 Millionen Chinesen und sogar eine Gruppe, die über jeden Verdacht kommunistischer Sympathien erhaben ist, nämlich die Vertreter der kapitalistischen Konzerne, die mit der Volksrepublik Handel treiben.

Großmann jedoch liebt Oberflächlichkeit nicht — ihm erscheint es an dieser Stelle vor allem wichtig, daß „die Opfer . . . dieser Säuberung des öffentlichen Lebens“ (45) nicht vergessen werden. Nun ist der unblutige Charakter der „Antibewegungen“ ebenso hinreichend belegt wie das furchtbare Ausmaß der Opfer, das dem chinesischen Volk von seiten des ausländischen Imperialismus und der KMT-Reaktion abverlangt wurde. Daher würde die hier zur Schau gestellte Humanität glaubhafter wirken, wenn Großmann auch einige Zeilen erübrigt hätte für ein Wort des Gedenkens an die von den Schergen der Konterrevolution hingemordeten Revolutionäre von Kanton und Shanghai, an die Opfer der Bombardements britischer und amerikanischer Kanonenboote und an die Millionen derer, die in den Zwanziger- und Dreißigerjahren verhungerten, während sich derweil eine Bande chinesischer und ausländischer Bankiers, Händler, Fabrikanten und Militärs die Taschen füllte. Kein Wort dergleichen — zum Ausgleich wird aber der ausländischen Kapitalisten gedacht, deren Besitz sich die „chinesischen Kommunisten . . . auf mehr oder weniger fragwürdigem Wege . . . anzueignen und für die Zwecke ihres Aufbaus nutzbar zu machen“ wußten. (53) Aber die KPCh sozialisierte nicht nur die industriellen Produktionsmittel: ein „wichtiger soziologischer (sic) Erfolg“ war auch „das gleichmacherische Element der Bodenreform, das die Bauern zumindest eines Teils ihrer Individualität beraubte“. (55) Bedauerlicherweise hat Großmann den Begriff der Individualität nicht näher umschrieben. So sei hier darauf hingewiesen, daß „Individualität“ eine Klassenfrage ist — in einem entwickelten kapitalistischen Land ebenso wie einst im vorsozialistischen China. Dort hatten die Grundherren das individuelle Recht, ihre Pächter auszubeuten und zu terrorisieren; die landlosen und landarmen Bauern standen dafür bei Mißernten vor der individuellen Alternative, die eigenen Kinder zu töten bzw. in die Sklaverei zu verkaufen oder die ganze Familie dem Hungertod preiszugeben. Von dieser Art war die klassenspezifische „Individualität“, der die chinesische Landbevölkerung in der Tat sehr gründlich „beraubt“ worden ist.

Aber neben zahlreichen Manifestationen von Naivität und Geschmacklosigkeit enthält Großmanns Buch zugleich eine sachkundig geschriebene und detaillierte Darstellung der ersten Phase des chinesischen Wirtschaftsaufbaus. Sofern sich der Autor mit quantitativ darstellbaren Fakten befaßt, liefert er eine solide Analyse, in der die ökonomische Seite der chinesischen Revolution klar hervortritt. Wenn er auf den letzten Seiten die Frage „nach der Seele des asiatischen Menschen“ aufwirft und sich darüber „wundert“, „wie ein altes Kulturvolk in die seelenlose Maschinerie des Massen-Materia-

lismus eingespannt werden kann“ (380), so möchte man ihm raten, sein eigenes Buch zu lesen. Um die Antwort auf diese — gar nicht so schwierige — Frage zu geben, ist es fundiert genug.

Die Arbeit des Wirtschaftswissenschaftlers Tsungtung geht wegen ihres wesentlich geringeren Umfangs weniger auf Detailprobleme ein. Sie weist dennoch gegenüber Großmanns Buch große Vorteile auf. Der Autor enthält sich aller Klagen über die Vertreibung des ausländischen Imperialismus vom chinesischen Festland und wundert sich auch nicht darüber, „wie ein altes Kulturvolk in die seelenlose...“ usw. Das Fazit seiner sehr knappen und präzisen Darstellung ist wenig durch ideologische Rücksichten beeinträchtigt: „Durch die planmäßige Lenkung der gesamten Volkswirtschaft wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit eine bedeutende Produktionsmittelindustrie aufgebaut, die für die weitere Entwicklung... eine unentbehrliche Grundlage darstellt. Ebenso bedeutsam war die Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes, die ihren Höhepunkt in der völligen Sozialisierung der privaten Betriebe und in der Gründung der Volkskommunen erreichte. Die Industrialisierung und die Modernisierung der Landwirtschaft, die für die Sicherung der Existenz des chinesischen Volkes dringend notwendig sind, werden auf dieser Grundlage vorangetrieben. ... die Mängel der zentralen Planwirtschaft in ökonomischer Hinsicht (sind) durch die Dezentralisierung und die Förderung der persönlichen Initiative weitgehend zu beseitigen.“ (181) Auf 165 Seiten und in 66 Tabellen kann sich der Leser von der Richtigkeit dieser Sätze überzeugen. Hier ist ein Buch mit dem Charakter fast eines Nachschlagewerks entstanden — das allerdings wegen seiner Kürze niemals den Bereich der Makroökonomik verläßt und infolgedessen auch keine ganz einfache Lektüre ist.

Zur Ergänzung sei daher die Lektüre der Arbeit von Biehl empfohlen. Sie befaßt sich vorab mit landwirtschaftlichen Problemen. Der Autor hat es aber verstanden, seine Strukturanalyse der chinesischen Agrarpolitik zu einer generellen Erörterung des Problems der nachholenden ursprünglichen Akkumulation zu machen und zugleich durch die reichliche Verwendung mikroökonomischer Daten den Prozeß der forcierten Kapitalbildung aus dem Nichts mit einer Anschaulichkeit zu schildern, wie sie in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur nur in Ausnahmefällen zu finden ist.

Biehl führt den Leser in die Grundproblematik der nachholenden ursprünglichen Akkumulation mit den Worten Ragnar Nurkses ein. Nurkse gehört zu den wenigen bürgerlichen Ökonomen, die gegenüber der reaktionären Theorie des sog. *circulus vitiosus* der Armut (vgl. *Das Argument*, H. 34, S. 26) eine Alternative entwickelt haben: „Es besteht die Möglichkeit, die überzähligen Menschen vom Lande abzuführen. Doch was können sie ohne Kapital erzeugen? Sehr wenig. Aber warum nicht sie einsetzen zum Hervorbringen von Sachkapital? ... Diese Frage bedeutet vor allem: wie sind diese Menschen zu ernähren, wenn sie (z. B.) auf Baustellen... beschäftigt werden? ... Wie die Dinge stehen, werden die überzähligen Ar-

beitskräfte auf dem Lande von den produktiven unterhalten. ... Die produktiven Arbeiter üben ein virtuelles Sparen: sie erzeugen mehr, als sie verbrauchen. Aber das Sparen verläuft im Sande ... es wird durch den unproduktiven Verbrauch der Entbehrlichen aufgezehrt ... Würden die produktiven Bauern ... die bei ihnen lebenden Vettern, Brüder, Neffen ... gehen lassen, damit sie auf Baustellen arbeiten, und würden sie sie dort auch weiterhin ernähren, dann würde aus dem virtuellen Sparen ein effektives Sparen werden ... Auf diese Weise könnte die Verwertung verhüllter Beschäftigungslosigkeit zur Kapitalbildung aus dem System selber finanziert werden. ... An zweiter Stelle steht das andere Problem ... der Ausrüstung der bauenden Arbeiter mit Arbeitsgerät. ... (Diese können), bevor sie mit dem Bau einer Straße anfangen, sich hinsetzen und das notwendigste primitive Gerät mit den eigenen Händen anfertigen.“ (18 f.) Biehl kommentiert diese Ausführungen eines Professors der Columbia University mit den Worten: „Es hat gewißlich kein Gedankenaustausch zwischen New York und Yen-an bestanden, auch kein indirekter. Aber was in der Chinesischen Volksrepublik getan wurde, ... das entspricht aufs Haar der eben angeführten ökonomischen Argumentation — und entstammt doch der Praxis der Yen-an-Periode der chinesischen Kommunisten.“ (19) Ein großer Teil des Buches ist der detaillierten Schilderung des Prozesses der Sachkapitalbildung durch das bis dahin brachliegende Arbeitskräftepotential gewidmet. Der Verfasser legt überzeugend dar, daß die Wertschöpfungen des sog. Produktionsfaktors Arbeit auf dem Gebiet des Wasserbaus, des Straßenbaus, der Aufforstung etc. den Vergleich mit den monetären Anlageinvestitionen des zentralen Planträgers nicht zu scheuen brauchen.

Biehl sieht aber nicht nur die rein ökonomische Seite der chinesischen Entwicklung. Ihm ist klar, daß alle Akkumulationstheorien wertlos bleiben, wenn sie nicht durch die revolutionäre Mobilisierung der Massen in die Praxis umgesetzt werden. Über die forstwirtschaftlichen Bemühungen der Volksrepublik schreibt er etwa: „Man bedenke, daß in diesem Bauernlande China durch Jahrtausende einzig das Pflügen und Säen ein Besitzrecht am Boden begründet hat und alles übrige Land Niemandland oder Jedermannsland war, gut nur zum Gewinnen von Brennmaterial. Keine kühl-sachliche Staatsforstbehörde hatte eine Chance, sich gegen den traditionellen Eifer der Hundertmillionen durchzusetzen, im Ödland jede Pflanze samt der Wurzel auszugraben. ... Nur wer die bäuerlichen Massen selber dafür entflammen kann, mit der eigenen Hände Arbeit das Ödland zu bepflanzen, wird diesen Bannkreis durchbrechen. ... Die Aufforstung einer Fläche von 45 Mill. ha — die 40 % des Ackerlandes Chinas gleichkommt — innerhalb von vier (!) Jahren ist eine in der Welt einzig dastehende Leistung, auch wenn am Ende nur die Hälfte davon zu geschlossenem Bestand heranwachsen sollte. Ausgeführt worden ist sie fast ganz von der kollektivierten Bauernbevölkerung mit ihren eigenen bescheidenen Hilfsmitteln. Inmitten einer notorisch waldzerstörerischen Zivilisation die Be-

völkerung hierzu bewogen zu haben, kann das Regime wahrlich als eine historische Tat betrachten.“ (131 f.)

Der Verfasser schildert die Erfolge des „Großen Sprunges“ von 1958 ebenso wie die Rückschläge, die die verheerenden Naturkatastrophen vor allem des Jahres 1960 brachten. „Rund 60 Mill. ha, die Hälfte des chinesischen Ackerlandes, wurden von Dürre-, Überschwemmungs- und Insektenschäden betroffen, und davon erlitten 20 Mill. ha schwere Schäden bis zum völligen Ausfall der Ernte.“ (50) Er bemerkt aber auch, was den meisten Beobachtern „entgangen“ ist: Zwar kam es zu Mangelerscheinungen, aber eine Hungersnot, die unter jedem nichtsozialistischen Regime unvermeidlich gewesen wäre, konnte verhindert werden. „Ohne den vorausgegangenen Ausbau der Bewässerungsanlagen... und ohne die staatliche Initiative im Ausbau des Verkehrsapparates und in der gleichmäßigen Verteilung der Nahrungsmittel zu festem Preis wären Jahre einer Hungerkatastrophe gefolgt, wie man sie aus nicht ferner Vergangenheit kennt.“ (51) Mittlerweile sind die Folgen der Mangeljahre längst überwunden. Durch die Verringerung der durchschnittlichen Kommunengröße (die Zahl der Volkskommunen stieg von rund 25 000 auf rund 75 000), durch die Delegation von Entscheidungsbefugnissen auf untere Produktionseinheiten und durch eine Reihe von Verbesserungen der Arbeitsorganisation gelang eine bessere Ausschöpfung der vorhandenen Kapazitäten und eine Verringerung von Fehlplanungen. Nach den Darlegungen von Biehl kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die Zusammenlegung der einstigen Produktionsgenossenschaften die einzige Möglichkeit bot, Projekte von einer Größenordnung zu bewältigen, wie sie zu einer dauerhaften Verbesserung der agrarischen Produktionsbasis notwendig sind.

Biehl beschreibt detailliert das genaue Funktionieren der reorganisierten Volkskommunen und zeigt mittels input-output-Analysen, wie durch die Propagierung und Praktizierung neuer und verbesserter Methoden Arbeitsproduktivität und Produktionsergebnisse verbessert werden konnten. Die durch die Rationalisierung der Feldarbeit und des ländlichen Transportwesens freigesetzten Arbeitskräfte können entweder für die Intensivierung der agrarischen Produktion, für die Melioration des Bodens oder auch für die gewerbliche Produktion in lokalen Klein- und Mittelbetrieben eingesetzt werden. Diese Lokalindustrie ist von besonderer Bedeutung; sie hat selbst dann großen volkswirtschaftlichen Nutzen, wenn — wegen des Fehlens moderner technischer Hilfsmittel — die jeweilige betriebliche Arbeitsproduktivität relativ gering ist. Dadurch, daß sie die Landbevölkerung mit Konsumgütern versorgt und der Landwirtschaft einfache Transportmittel, Kunstdünger etc. zur Verfügung stellt, entlastet sie die moderne Großindustrie, die sich damit vor allem auf die Herstellung moderner Produktionsmittel konzentrieren kann. Dieses „Gehen auf zwei Beinen“, das für die chinesische Wirtschaftsentwicklung typisch ist, erklärt einen Großteil der erzielten Erfolge. Es ist ein besonderes Verdienst der KPCh erkannt zu

haben, wie man auf diese Art der Knappheit an maschinellen Einrichtungen und an Facharbeitern sowie dem großen Zeitbedarf für die Errichtung großindustrieller Betriebe begegnen kann. „Ein hoher volkswirtschaftlicher Aufbaueffekt entsteht . . . dadurch, daß eine kleine monetäre Investition — etwa in Gestalt eines Elektromotors, den der Staat auf mittelfristigen Kredit liefert — große Selbsthilfekräfte entfesselt, die alles übrige leisten, um rings um den Elektromotor ‚aus dem Nichts‘ einen kleinen Industriebetrieb entstehen zu lassen.“ (199) Die von den Kleinbetrieben produzierten landwirtschaftlichen Geräte, Düngemittel, Baustoffe und Konsumgüter aller Art — wie auch der Stahl der Volkshochofen-Kampagne — sind nicht nur für die Landwirtschaft unentbehrlich. Zugleich entsteht auf diese Weise ein riesiges Potential von Industriearbeitern, das nur noch geringer Schulung und Anpassung bedarf, um in den modernen Betrieben der Großindustrie arbeiten zu können. Die volkswirtschaftliche Ersparnis, die diese Tatsache darstellt, wird sich über Jahrzehnte hinaus auswirken.

Biehls Arbeit ist nicht nur eine musterhafte ökonomische Fallstudie, sondern zugleich ein grundlegendes Standardwerk zur chinesischen Revolution. Es sollte stets im Auge behalten werden, daß der Heroismus der Kantoner Kommune und des langen Marsches vergeblich gewesen wäre, wenn die KPCh nicht später das zustandegebracht hätte, was in diesem Buch mit Sympathie und Sachkenntnis beschrieben ist.

III.

Der US-amerikanische Professor Halperin geht davon aus, daß vor allem zwei Faktoren die Außenpolitik der VRCh bestimmen. Zum einen die „Tatsache, daß (die Regierung in Peking) . . . die Führung eines Landes übernommen hat, das sich stets für den Mittelpunkt der Welt hielt“ und zum anderen „Maos ideologische Scheuklappen“. (11) Weiterhin wird dem Leser mitgeteilt, daß „das kommunistische Regime“ zwar „die Vorstellung eines konkreten ‚Auftrags vom Himmel‘ ablehnt“ (11), sich dafür aber — selbstverständlich ganz im Gegensatz zur US-Regierung — „an die Lehre Maos“ hält, „daß ‚politische Macht aus den Gewehrläufen hervorgeht““. (13) Was bedeutet dieses oft zitierte Wort Mao Tse-tungs? Nichts anderes als daß eine unterdrückende materielle Gewalt nur durch materielle Gegengewalt gestürzt werden kann — und zwar durch die Unterdrückten selbst. So steht es in dem Aufsatz „Probleme des Krieges und der Strategie“ und nirgendwo gibt es eine Äußerung der KPCh, daß die außenpolitischen Forderungen ihres Landes durch einen Angriff auf die USA oder irgendein anderes Land durchzusetzen seien. Dem Professor Halperin sei nicht unterstellt, daß er die von ihm zitierten Schriften nicht gelesen hat. Seine Behauptung: „Militärische Gewalt wird die Grundlage jedes Versuches der chinesischen Kommunisten sein, ihre außenpolitischen Ziele zu verwirklichen“ (13),

ist daher als eine bewußte Irreführung seiner Leser einzuschätzen. Sie wird immerhin etwas dadurch abgemildert, daß er im folgenden zugibt, daß die Führer der KPCh „relativ selten direkte militärische Gewalt angewandt“ haben (14) — genauer gesagt nur dann, „wenn es sich um traditionell zu China gehörende Gebiete handelte oder wenn sie — wie beim Koreakrieg — glaubten, ihre Herrschaft auf dem Festland sei in Gefahr“. (15) Halperin hätte sich einmal die Mühe machen sollen, die US-amerikanische Außenpolitik der gleichen Periode darzustellen — er hätte dann unschwer feststellen können, wer wirklich den Gewehrlauf zur Grundlage seines Handelns gemacht hat.

Nach Halperin sind jedoch die „Mittel“ der US-amerikanischen Politik gegenüber der Dritten Welt lediglich „große wirtschaftliche Hilfsprogramme, Informationsprogramme und andere Programme politischer und technischer Hilfe“, die „das Interesse der amerikanischen Regierung (beweisen), den asiatischen Ländern bei der Errichtung wirtschaftlich lebensfähiger und demokratischer Regime zu helfen“. (17) Jeder Bewohner Südkoreas, Taiwans, Südvietnams und Thailands wird das bestätigen können. Gewehrläufe? Da sei Gott vor! Nur hin und wieder sind die USA „gezwungen“, „der relativ bescheidenen chinesischen Unterstützung revolutionärer Kriege durch aktiven Beistand gegen die Gefahr der Unterwühlung zu begegnen; so geschah es in Vietnam und wird es vielleicht in anderen Teilen der Welt geschehen“. (18) Wirklich nur „vielleicht“?

Halperin zitiert die bekannte Erklärung der chinesischen Regierung, daß sie „zu keinem Zeitpunkt und unter keinen Umständen zuerst Atomwaffen einsetzen wird“. (67) (Wo existiert eine entsprechende Erklärung der USA?) Wenig später gibt er der US-Regierung den — vermutlich höchst überflüssigen — Ratschlag zu überlegen, „wann und wie sie als erste taktische Atomwaffen einsetzen“ kann. (74) Die Enttäuschung darüber, daß es „vermutlich sehr schwer sein (wird), die Chinesen zum Einsatz von Atomwaffen zu provozieren“ (79), kann er kaum verhehlen. Zu seinem Leidwesen muß der Autor auch seine eigene Frage: „Aber werden die Chinesen jemals einen konventionellen militärischen Angriff führen, auf den man mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen reagieren könnte?“ (74) mit einem klaren Nein beantworten. Da es auch „sehr unwahrscheinlich“ ist, daß „die Sowjetunion... jeden Einsatz von Atomwaffen gegen China... tolerieren“ würde (75), ist leider auch das Risiko für die USA sehr groß. Man muß sich also etwas anderes einfallen lassen, um das chinesische Volk in einen nuklearen Krieg hineinziehen zu können. Seitenlang werden die verschiedenen Möglichkeiten erörtert: die US-Regierung „sollte“, „könnte“... Es wird sogar von einer sowjetisch-amerikanischen Aktion fabuliert, die chinesischen Atomanlagen durch „Atombomben“, durch „konventionelle Bomben“ oder sogar durch „Sabotage“ zu zerstören — letzteres „etwa mit Hilfe der Nationalchinesen“. (89) Für diesen besonders realistischen Fall sollte der Autor allerdings bedenken, daß dann womöglich die Regie-

rung der VRCh zur Vergeltung die US-amerikanischen Atomanlagen mit Hilfe der Indianer in die Luft sprengen wird.

Halperins Vorrat an Planspielen ist fast unbegrenzt. Seiner Ansicht nach ist es z. B. nicht ausgeschlossen, daß die KMT-Truppen „ohne amerikanische Unterstützung (sic) einen Angriff (auf die VRCh) beginnen“ und anschließend die „chinesischen Kommunisten beschließen, daß die Notwendigkeit, die Landungstruppen so schnell wie möglich zu vernichten, den Einsatz von Atomwaffen auf chinesischem Gebiet rechtfertige“. (104) Ein Kommentar dürfte sich erübrigen. Für Halperin liegt es selbst im Bereich des Möglichen, daß die UdSSR einen US-amerikanischen Angriff auf die chinesischen Atomanlagen mit einem „Schlag gegen die französischen Atomanlagen“ (90) beantwortet. Vielleicht auch durch Sabotage — und mit Hilfe der bourbonischen Opposition?

Daß der Autor nur über eine sehr begrenzte Intelligenz verfügt, ist nicht zu übersehen. Aber selbst für den Fall, daß man ihn für geistesgestört hält, wäre es falsch, über dieses Buch mit einem Achselzucken hinwegzugehen. Die gleichen verbrecherischen Gedanken könnten auch von intelligenteren und einflußreicheren Männern geteilt werden: „Selbstverständlich kann hier keine endgültige Antwort auf die Frage gegeben werden, ob die USA versuchen sollten, das chinesische Atomwaffenprogramm mit Waffengewalt zu unterbinden. Man kann nur anregen, daß diesem Problem auf höchster Regierungsebene sorgfältige Beachtung geschenkt wird; man muß bedenken, daß wir in einigen Jahren vielleicht Grund haben würden zu bedauern, diese Möglichkeit nicht rechtzeitig erwogen zu haben. ... Mit der besseren Kenntnis, die man nachträglich hat, könnten wir heute fragen, ob die USA das sowjetische Potential in der ersten Nachkriegsperiode hätten ausschalten sollen.“ (90 f.)

Daß die bürgerliche Politologie noch nicht gänzlich auf das unwissenschaftliche und kriminelle Niveau eines Halperin herabgesunken ist, verdankt sie Männern wie Zagoria. Zagoria hat die Struktur des sino-sowjetischen Konflikts bereits zu einem Zeitpunkt nachgezeichnet, als seine Konturen für Außenstehende noch kaum zu erkennen waren. Daß auch er einer Reihe von Fehlinformationen aufgesessen ist, sei nur am Rande erwähnt. So ist es etwa ausgemachter Unsinn, daß die „primitive Landwirtschaft der chinesischen Kommunisten ... kaum in der Lage (ist), für den steigenden Bevölkerungszuwachs zu sorgen“. (30) Auch hat die „irrsinnige Politik des Regimes, insbesondere auf dem Gebiet der Landwirtschaft“ keineswegs „die Produktivität absinken“ lassen. (430) Das Gegenteil ist der Fall. Die Brüche, die seine Darstellung des Konflikts aufweist, sind jedoch meist nicht ihm selbst anzulasten. Das zugängliche Material hat er ausgewertet, und offensichtlich wird die Geschichte dieser Periode der internationalen Arbeiterbewegung erst dann geschrieben werden können, wenn dem Historiker genügend Hintergrundmaterial — etwa über den Abzug der sowjetischen Techniker aus China oder über die Weigerung der UdSSR, der VRCh nukleare Informationen zu liefern — zur Verfügung steht. Ehe diese Lücken nicht geschlossen

sind, wird es unmöglich sein, die einzelnen Schritte der Beteiligten wirklich zu verstehen — d. h. strukturell abzuleiten.

Der Verfasser selbst sagt, daß seine Arbeit „die dem Konflikt zugrundeliegenden Ursachen“ (11) nicht erkennbar machen kann. Immerhin gibt sie — und das ist nicht wenig — eine sachliche Chronologie der Genesis dieser vorläufigen Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung. Bei seiner Beurteilung der Tiefe und der voraussichtlichen Dauer des sino-sowjetischen Konflikts benutzt Zagoria durchaus idealistische Kategorien. Die UdSSR und die VRCh sind seiner Ansicht nach „Mitglieder derselben Kirche, deren Bibel das Kommunistische Manifest ist“. (18) Dem Leser bürgerlicher Publikationen über die Arbeiterbewegung sind derlei Vergleiche zu bekannt, um mehr als ein Kopfschütteln zu erzeugen. Aber Zagoria hat immerhin begriffen, daß die UdSSR und die VRCh durch ihre gemeinsame Zugehörigkeit zum sozialistischen Staatensystem sich in einem objektiven Widerspruch zu der kapitalistischen Staaten-Gruppe befinden und daß daher „Vernunftgründe den Konflikt zwischen ihnen begrenzen“. (34) Dies im Auge zu behalten, fällt zwar bei der Lektüre der zunehmend irrationaler werdenden Polemiken beider Seiten — Unterstützung des Neokolonialismus und Restauration des Kapitalismus hier, Faschismus und Trotzismus dort — bisweilen sehr schwer. Dennoch wird Zagoria mit seiner Prognose, daß „die Möglichkeit einer Allianz zwischen der Sowjetunion und den USA“ „nichts als Selbsttäuschung“ der kapitalistischen Länder ist (34), recht behalten. Nur wenn es objektive Widersprüche antagonistischen Charakters zwischen beiden Ländern gäbe, wäre die Spaltung endgültig und unvermeidlich. Weder die konträrsten Auffassungen über Fragen der Abrüstung, der kolonialen Revolution und des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus noch territoriale Streitigkeiten (falls diese — was keineswegs erwiesen ist — wirklich eine Rolle spielen) stellen derartige Antagonismen dar. Die einzige Möglichkeit für ihre Existenz läge in der Restauration vorsozialistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse in einem der beiden Länder. Glücklicherweise sind jedoch die Behauptungen der KPCh, in der UdSSR werde der Kapitalismus restauriert, ebenso abwegig wie die Replik der KPdSU, die chinesische Revolution habe kleinbürgerlichen Charakter. Herr Kux, der seinen Essay „Die feindlichen Brüder“ mit dem Satz beginnt: „Der 22. Parteitag der KPdSU brachte die endgültige Trennung der beiden kommunistischen Großmächte“ (433), hat sich zu früh gefreut.

Brahms Arbeit behandelt den Konflikt von 1963 bis 1965. Der Abdruck von 24 wichtigen Dokumenten kann uneingeschränkt begrüßt werden. Die 45seitige Kommentierung jedoch trägt nichts Wesentliches zur Aufhellung der Ereignisse bei. Brahm vermag nur in den aggressiven Kategorien seiner Klasse zu denken. Für ihn streben „die Chinesen“ lediglich „nach der Hegemonie im Weltkommunismus und in der ‚dritten Welt‘“. (9) Mit einem Vokabular, das eher der Gynäkologie und der Psychiatrie als der politischen Wissenschaft entlehnt ist, zieht er aus seiner Analyse das folgende Fa-

zit: „bei dem Schisma . . . handelt es sich um einen Ablösungsprozeß, vergleichbar mit der Entwicklung, die die Bolschewisten seit 1914 durchgemacht haben, als sie sich von den westeuropäischen Sozialdemokraten abnabelten. . . . Diese Herkunft aus der Sozialdemokratie bestimmte in den ersten Jahren die Linie der kommunistischen Tochterparteien, die in ihrem Tun und Lassen gewissermaßen unter einem Mutterkomplex standen.“ (57) Brahm meint, daß „Sowjetologen . . . etwas von Psychoanalytikern an sich“ haben, die „die Träume ihrer Patienten analysieren“. (55) Abgesehen davon, daß Brahm diesen Vergleich von Zagoria entliehen hat (ohne es anzugeben) und abgesehen davon, daß zwischen Traumdeutung und Psychoanalyse gewisse Unterschiede bestehen — seinen eigenen Standort in der politischen Wissenschaft hat er damit ausgezeichnet getroffen.

Auch Mehnerts Arbeit ist eine Wiedergabe wichtiger Dokumente mit einer kurzen Einleitung, in der eine chronologische Darstellung der unter dem Stichwort „Kulturrevolution“ zusammengefaßten neuesten Phase der inneren Entwicklung Chinas und des sino-sowjetischen Konflikts gegeben wird. Für Mehnert ist das, was er hier beschreibt, „Geschichte des Totalitarismus“. (14) Die Absichten Mao Tse-tungs sind klar: er will „Fanatismus — also soll Blut fließen — das peitscht auf und das bindet die Täter. Daher die Aufhetzung zur Gewalttat“. (21) Der Verfasser dieser lügnerischen Zeilen nimmt keine Notiz davon, daß im Gegenteil die öffentlichen Verlautbarungen der KPCh die Anwendung physischer Gewalt ausdrücklich ablehnen und dafür die ideologische Überzeugung der politischen Gegner fordern. Hätte Mehnert sich etwas mehr mit der chinesischen Revolution befaßt, so wüßte er, daß kaum ein politischer Grundsatz über Jahrzehnte hinweg so konsequent verfolgt worden ist wie dieser. Was will Mao Tse-tung noch — außer Blut sehen? Er sieht den „Wohlstand als tödliche Gefahr für seine eigene Utopie“ an. Und deshalb zieht er „den Kommunismus der Armen . . . jedem anderen vor“ — und zwar „aus Prinzip“. (23) Vermutlich ist sich Mehnert nicht darüber klar, daß er hier den Leser über eine völlige Kehrtwendung kommunistischer Politik informiert. Bisher war nämlich die Förderung des materiellen Wohlstandes ein ebenso essentielles Ziel aller sozialistischen Parteien (der KPCh nicht weniger als der KPdSU) wie die Hebung des kulturellen Niveaus und die endgültige Beseitigung der Kriegsgefahr. Und nun will China plötzlich arm bleiben — „aus Prinzip“. Ein Jammer nur, daß Mehnert so wenig von Belegen und Quellen hält.

IV.

Es dürfte schwerfallen, unter den Neuerscheinungen des Jahres 1966 ein Buch zu finden, das an Bedeutung Felix Greenes „Listen — Lügen — Lobbies“ übertrifft. Zwar wird derjenige, der Edgar Snows „Gast am anderen Ufer“ gelesen hat, in Greenes Arbeit nur wenig Informationen direkt über China finden, die ihm unbekannt sind.

Der Verfasser selbst sagt, daß es nicht sein Ziel sei, „China zu untersuchen, sondern uns selbst“. (17) Aber was sich hinter dieser unscheinbaren Ankündigung verbirgt, ist die Ankündigung der gewaltigen planmäßigen Lügenkampagne, mit der die sog. freie Welt seit 1949 die wirkliche Entwicklung des volkreichsten Staates der Erde verschleierte hat.

Nicht nur diejenigen, die z. B. den Legenden der großen Nachrichtenagenturen aufgesessen sind, daß China den Grenzstreit mit Indien begann, sollten sich hier durch die von Greene angeführten Aussagen so unverdächtigere Zeugen wie des US-amerikanischen Generals Taylor oder des indischen Ministerpräsidenten Nehru eines Besseren belehren lassen. Zugleich sollte niemand, der die Absicht hat, in Zukunft auch nur eine Zeitungsmeldung über die VRCh zu lesen, die Lektüre dieses Buches versäumen. Wer es gelesen hat, ist nicht nur den böswilligen Verdrehungen der Halperin, Brahm und Mehnert gegenüber immun. Er wird auch — last not least — auf die nicht unwichtige Frage, was denn eigentlich „Pressefreiheit“ im Spätkapitalismus wirklich bedeutet, eine bündige Antwort gefunden haben.

Besprechungen

I. Philosophie

Festschrift zum achtzigsten Geburtstag von Georg Lukács, herausgegeben von Frank Benseler, Luchterhand-Verlag, Neuwied u. Berlin (West) 1966 (709 S., Ln., 68,— DM).

Der Gegensatz von Geist und Macht ist in Deutschland traditionell. Freiheit und Humanität fallen dabei den Vertretern des Geistes zu, die anderen, die „Realpolitiker“, sind immer der Gewalt, wo nicht gar des Terrors verdächtig. Daß im Marxismus eine Gesellschaft konzipiert ist, in der es unsinnig wäre, von solch einem Gegensatz zu sprechen, hat nicht wenige Intellektuelle aus dem Bürgertum fasziniert. Einer von ihnen ist Georg Lukács. Von der Faszination zur Theorie und von der Theorie zur Praxis weiterschreitend, schloß er sich schließlich der kommunistischen Partei an. Den alten Gegensatz von freiem Geist und organisierter Macht wurde er dennoch nicht los. So sah er sich genötigt, ihn innerhalb des Marxismus auszutragen. Wie dies geschah, dazu finden sich in der vorliegenden Festschrift gewichtige Analysen.

Peter Ludz („Der Begriff der ‚demokratischen Diktatur‘ in der politischen Philosophie von Georg Lukács“) spricht von der puristischen Haltung dem eigentlichen Phänomen der politischen Macht gegenüber, die Lukács mit unzähligen anderen kommunistischen In-

tellektuellen teile und die man als tragisch bezeichnen müsse, da sie den prinzipiellen Rückzug des Geistes von den Positionen der politischen Macht bedeute. (47) Auch die Ursachen eines solchen „ethischen Rigorismus“ (48 ff.) sind bei Ludz angedeutet: Der einstige Hegelianer Lukács sah im Geschichtsprozeß eine bedeutend zwingendere Macht als Lenin. Er hielt daher die Parteifunktionäre nur als Vollstrecker des einheitlichen Willens der spontan-revolutionären Massen für notwendig, nicht aber waren sie für ihn wie für Lenin die Avantgarde, die erst der Schöpfer des revolutionären Prozesses zu sein hatte und daher straff organisiert sein mußte (49; 57 ff.) Je mehr aber Lukács seinen „eschatologischen Glauben an die unmittelbar bevorstehende Revolution“ (49) scheitern sah, um so mehr näherte er sich Lenin an. Er versuchte eine Art Synthese von Revolution und Parteiorganisation (39). Sein „antiinstitutionelles Denken“ (64) blieb aber weiterhin lebendig. Es äußerte sich vor allem in seiner nie nachlassenden Bürokratiekritik und seinen erheblichen Bedenken gegen den Stalinismus. Bejahte er auch die Diktatur des Proletariats, so stellte er dennoch „die d a u e r n d e moralische und geschichtliche Existenzberechtigung der radikal-bolschewistischen Diktaturauffassung . . . in Frage“. (56)

Die Abhandlung von Jürgen Rühle über „Partei und Parteilichkeit“ gibt ein ähnliches Bild: Das Vertrauen in die „Selbstbewegung“ (72) der Wirklichkeit ist bei Lukács größer als bei Lenin. Nicht von ungefähr läßt er daher aus dem Leninschen Begriff der Parteilichkeit gerade das wichtigste Moment weg: die Hegemonie der Partei (78). Wäre dieser, „der Partei wie dem Geist“ gleichermaßen verpflichtete Mann konsequent, so müßte er, meint Rühle, mit André Gide sagen: „Mir gilt die Wahrheit mehr als die Partei“ (83). Geist contra Macht, die alte Thematik schimmert deutlich durch. — Sie ist auch bei Merleau-Ponty gegenwärtig. Hans Heinz Holz charakterisiert diesen französischen Denker in einem knappen Umriß seiner geistigen Entwicklung („Situierung eines Denkers“) als einen Existenzialisten, der sich eine Zeitlang der marxistischen Dialektik weit mehr als jemals Sartre annähert, nie aber aufhört, in „kantischer Ehrbarkeit des Denkens“ (328) ein humanes Leben zu postulieren, und sich schließlich in die Einsamkeit zurückzieht, „in eine private Existenzweise, die ihm persönlich erlaubte, sich in der antinomischen Welt human zu situieren“ (325). Obgleich Merleau-Ponty die Exzesse des Stalinismus nicht mit den Greueln Hitlers und seiner Anhänger auf eine Stufe stellt, wiederholt sich bei ihm doch, angesichts der Enthüllungen des Stalinschen Terrors, das Schillersche Entsetzen vor dem Terror des Wohlfahrtsausschusses und führt zu seiner Absage an die bis dahin verfochtene klassenkämpferische Bundesgenossenschaft mit den Kommunisten (325).

„Kann man den Terror Robespierres, kann man die Untaten Stalins als historisch bedingt und zugleich als Entartung begreifen?“, so stellt sich, nach Holz, für Merleau-Ponty das Problem der Moralität in der Geschichte (325). Es ist darüberhinaus ein Problem für den Marxismus schlechthin, der an diesem Punkte noch erst seine Vergangenheit zu bewältigen hätte. Die Festschrift tut hierzu mit dem

Aufsatz Werner Hofmanns („Was ist Stalinismus?“) einen bedeutenden Schritt. Hofmann stellt fest: „Keine Soziologie des ‚Stalinismus‘, die sich den Sinn für geschichtlichen Unterschied bewahrt hat, kann den Stalinismus einer allgemeinen Lehre vom ‚Totalitarismus‘ einordnen, unter die zugleich eine Herrschaftsordnung von der Art der nationalsozialistischen fielen. Die heute vielfach anzutreffende stille Neigung, die obwaltende Antipathie gegenüber faschistischen Herrschaftsgebilden der jüngsten Vergangenheit über das Mühlrad der ‚Totalitarismus‘—Kritik auf eine inhaltlich grundverschiedene andere Ordnung umzuleiten, hat mit wissenschaftlicher Sichtweise nichts gemein. Der Stalinismus ist Gegenstand nicht einer Soziologie des ‚Totalitarismus‘, sondern einer Soziologie der ‚Diktatur des Proletariats‘“ (86/87). Diese Diktatur ist „Erziehungsdiktatur“, die einem objektiven Erfordernis entspricht, nicht aber „Beharrungsdiktatur“ wie der Nationalsozialismus. „Als eigentlich ‚stalinistisch‘ soll nur jenes überschießende Maß an Machtbetätigung betrachtet werden, das nicht in den objektiven Aufgaben der neuen Staatsmacht selbst begründet lag“ (97); Stalinismus, so verstanden, ist, mit den Worten Herbert Marcuses, „das Resultat der ‚anormalen‘ Konstellation, in der eine sozialistische Gesellschaft erbaut werden sollte“ (93), er ist weder auf ‚Personenkult‘ reduzierbar (88), noch kann man ihm eine „fatale Unausweichlichkeit“ zusprechen (95). Ihm liegt vielmehr ein „fundamentales Spannungsverhältnis zwischen der marxistischen Lehre von der Zukunftsgesellschaft und den Bedingungen ihrer Verwirklichung zugrunde“ (88).

In diesem Aufsatz Hofmanns ist die abstrakt-moralisierende Diskussion des Gegensatzes von Geist und Macht vorangetrieben bis in die konkret-politische Problematik der Erziehungsdiktatur und des Stalinismus. Und wenn Lukács sein schriftstellerisches Werk einmal mit der Arbeit an einem Teppich verglichen hat, an die Späterkommende anknüpfen möchten (7), so ist dies hier durchaus geschehen. Einen anderen eigentümlichen Anknüpfungspunkt nennt der Herausgeber, Frank Benseler, in seinem eigenen Beitrag („Sprache und Gesellschaft“), wenn er von einem „gemeinsamen Weltbewußtsein“ spricht, das sich in der Literatur schon konstatieren lasse (140). Der Bezugspunkt liegt bei Lukács klar zutage. Als „Philosophie des ‚tertium datur‘ und des Koexistenzdialogs“ bezeichnet der Ungar Meszáros geradezu das Denken seines Landsmanns. Es ist daher wohl auch ganz in dessen Sinn, daß in dieser Festschrift, nach der Absicht des Herausgebers, nicht nur marxistische, sondern auch bürgerliche Wissenschaftler ihre Probleme erörtern. Auf diese Weise soll „so etwas wie eine Ahnung von der Interdependenz auch im Geistigen, der Totalität der materiellen und Überbau-Probleme sich einstellen“ (9). Was aber auffällt und symptomatisch für den gegenwärtigen Stand der geistigen Auseinandersetzung sein könnte: Nicht nur „bürgerliche“ Autoren bemühen sich ernsthaft, ausgesprochen marxistischen Themen nachzugehen, sondern auch marxistische Autoren lassen sich auf eine Problematik ein, die sie vor gar nicht langer Zeit noch als typisch bürgerlich verworfen hätten.

So bemüht sich Adam Schaff, Mitglied des ZK der polnischen KP, mit aller Behutsamkeit die „existenzialistische“ Frage nach dem Sinn des Lebens („Hat die Frage nach dem Sinn des Lebens einen Sinn?“) als wissenschaftlich erlaubt darzustellen und zwar nicht gegenüber seinen eigenen Genossen, sondern im Hinblick auf die hyperkritischen Einwände der Neopositivisten, die derartige Fragestellungen schon seit langem aus der Wissenschaft verbannt haben. Leszek Kolakowski gar philosophiert sich sozusagen aus dem Marxismus heraus und bis dicht an die Tore eines „kritischen“ Rationalismus heran. („Ist der verstehende Materialismus möglich?“) In geradem Gegensatz zu Lukács versteht er denjenigen Materialismus, der sich auf die Widerspiegelungstheorie gründet (Kann es einen anderen geben?) als „mystischen Materialismus“ und denunziert ihn, in bewußter Übereinstimmung mit den Neopositivisten, als „metaphysische Doktrin“ (279, 282). Unter Metaphysik faßt er, gemäß der „Hauptidee des positivistischen Gedankengutes“ (286) die „Aussagen über die Natur der Welt als Ganzes“ (276). Diese besitzen einen von den wissenschaftlichen Behauptungen radikal verschiedenartigen Charakter (286). Gleichwohl ist der Hang zur Metaphysik vom Menschenleben nicht abzulösen. Man muß sich daher doch auf die Metaphysik einlassen, freilich nur zu dem Zweck, um sie ins Negative wenden zu können. Es bedarf einer „Metaphysik der Negation“ (283), d. h. einer Aussage über die „kosmische Ordnung“ in der Art, daß das Vorhandensein einer solchen Ordnung geleugnet wird. Sind die metaphysischen Überzeugungen „unentrinnbar in der fundamentalen verstehenden Beziehung des Menschen zum eigenen Sein“ enthalten, so muß auch das Modell einer vollkommen rationalen Gesellschaft als Fiktion angesehen werden. Solange es Menschen gibt, wird die „Wissenschaft“ der „Metaphysik“ oder, was für Kolakowski dasselbe besagt, die „Vernunft“ der „Tierhaftigkeit“ entgegenstehen (286). — Wie sehr eine solche Anschauung, in der der „Geist“ sich nicht nur vor der „Macht“, sondern vor allem Sinnlich-Konkreten rein zu halten sucht, derjenigen Paul Valéry's und der durch ihn repräsentierten „Metaphysik“ nahesteht, geht sehr einleuchtend aus dem Aufsatz von Lucien Goldmann („Rationalismus und Dialektik, Bemerkungen zu Valéry's ‚Faust‘“) hervor.

Unbeschadet aller positivisitischen Invektiven, gilt die von Lukács immer wieder energisch verfochtene Widerspiegelungstheorie vielen Autoren dieser Festschrift, vor allem den jüngeren Literaturinterpreten, als wichtiger Anknüpfungspunkt. Die Kunst als Widerspiegelung gesellschaftlicher Wirklichkeit aufzufassen, hat sich eben als eine so fruchtbare Methode erwiesen, daß auch eine Reihe nicht-marxistischer Autoren sich ihrer gern bedient. Im Bereich der Ästhetik ist Lukács am meisten und nachhaltigsten wirksam gewesen, es kommt daher nicht von ungefähr, daß der größere Teil der Beiträge in der Rubrik „Kunst und Literatur“ zu finden ist, obschon die Autoren hier am wenigsten über Lukács hinaus in Neuland vorstoßen. Nur zwei Namen seien wenigstens noch, stellvertretend für alle anderen, genannt: Da ist Leo Kofler („Das Apollinische und das

Dionysische in der utopischen und antagonistischen Gesellschaft“), der in einem kühnen Ansatz die von Nietzsche her geläufige Unterscheidung des Apollinischen und des Dionysischen für die marxistische Theorie verwendbar macht, indem er diese Zweiteilung als Merkmal der Klassengesellschaft deutet, in der die herrschende Klasse stets das Monopol auf den dionysischen Genuß besitzt — gerade dadurch ist Herrschaft in erster Linie definiert — während die übrigen Klassen sich zu apollinischem Maßhalten angeleitet sehen. (575 ff.) Die Einheit des Dionysischen und Apollinischen, vor der Klassengesellschaft schon einmal wirklich, kann nach Kofler heute wieder „konkrete Utopie“ sein. — Ebenfalls ins Utopische wagt sich Georges Steiner vor, der in seinen Überlegungen über „Literature and Post-History“ glaubt sagen zu können, falls die vom Marxismus vorausgesagte Gesellschaft sich bilden werde, so werde nicht die Tragödie, sondern die Komödie die repräsentative Kunst sein. „Art will be the laughter of intelligence, as it is in Plato, in Mozart, in Stendhal“ (511).

Mit all dem ist die Fülle des in dieser Festschrift Enthaltenen nur angedeutet. Allgemein bekannte Autoren wie Ernst Fischer, Hans Mayer, Wolfgang Abendroth, Rolf Hochhuth, stehen neben solchen, die es verdienen, uns vertrauter zu werden, wie etwa Cesare Cases oder Jack Lindsay. Nehmen wir noch die Namen derjenigen hinzu, deren Beiträge lediglich aus äußeren Gründen nicht aufgenommen werden konnten, etwa Palmiro Togliatti, Henri Lefébvre, Herbert Read, Paul A. Baran — so läßt sich ahnen, welch außerordentlichen Einfluß Werk und Persönlichkeit von Georg Lukács ausgeübt haben und heute noch ausüben. Aber auch dies geht aus dem bloßen Aufzählen der Namen hervor: Lukács regt die Geister nicht so sehr an, sich an ihm zu scheiden, er ist vielmehr ein „Lokalpatriot der Kultur“, der es vermag, Menschen verschiedenster Anschauung auf ein Minimalprogramm zu einigen, das, nach den Worten des Herausgebers, dem Leben und der Gesellschaft den ersten Rang einräumt und „menschliche Kultur gegenüber allem metaphysischen Obskurantismus wie utopischen Irrationalismus“ zu verteidigen sucht (24). Diese Grundeinstellung als unumgänglichen Anknüpfungspunkt deutlicher bewußt gemacht zu haben, wird ein hochzuschätzendes Verdienst von Georg Lukács bleiben. Und wenn wir dabei nicht stehen bleiben, sondern die offenen Fäden weiterzuknüpfen suchen (vgl. S. 7), so dürfte dies ganz im Sinne des hochbetagten Jubilars sein.

Friedrich Tomberg (Karlsruhe)

Korsch, Karl: Marxismus und Philosophie. Herausgegeben und eingeleitet von Erich Gerlach. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt — Europa Verlag, Wien 1966 (178 S., kt., 9,— DM).

Wir können hiermit die Wiederauflage einer berühmten Schrift anzeigen. Korsch's „Marxismus und Philosophie“ markiert, zusammen mit Lukács' „Geschichte und Klassenbewußtsein“, einen Prozeßpunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung und eröffnete, durch beider

Rückgriff auf Hegel, eine neue Epoche marxistischen Denkens. Beide Bücher waren die einzigen grundsätzlichen Versuche marxistischer Philosophen innerhalb der deutschen KP, die Funktion des Bewußtseins im proletarischen Kampf systematisch zu klären. Ihre Fragestellung begründete sich aus der Praxis und auf Praxis hin: aus dem Versagen der Arbeiterbewegung 1918/19, aus dem Zurückbleiben des subjektiven Bewußtseins hinter den Erfordernissen und Möglichkeiten der objektiven Situation. Beide Bücher aber verfielen (als idealistisch) der Ablehnung seitens der Partei, und damit der praktischen Wirkungslosigkeit; Lukács übte später Selbstkritik, während Korsch, seine Theorie-Praxis fortführend, als ein Führer der linken Opposition mit Ruth Fischer, Maslow und Arthur Rosenberg 1926 ausgeschlossen, zum „Häretiker“ wurde.

Für die Aufarbeitung Korsch's müssen zwei Gesichtspunkte richtungweisend sein: über eine immanente Diskussion von „Marxismus und Philosophie“ hinaus wäre (1) seiner Wirkung im Fortgang marxistischen bzw. an Marx anknüpfenden Denkens nachzugehen, wie ebenso (2) den Gründen für die Wirkungslosigkeit seiner Theorie in der Parteipraxis. Solches Verfahren, das in einer Rezension freilich nur angedeutet sein kann, folgt Korsch's eigenem Ansatz: (1) der geistige Lebensprozeß der Gesellschaft, und damit auch der Marxismus, ist nichts über der materiellen Wirklichkeit Stehendes, vielmehr — als Bewußtsein handelnder Menschen — ein ebenso gegenständliches Moment im Vermittlungszusammenhang Gesellschaft wie der materielle Lebensprozeß. Daraus leitet sich die Relevanz der geistigen Aktion (Agitation, Kritik) im Zusammenhang der ökonomischen und politischen Aktion her: jene ist selbst schon gesellschaftsverändernd, wenn sie das objektiv mögliche Klassenbewußtsein zum empirischen macht, die revolutionäre Theorie ins Bewußtsein handelnder Menschen bringt. Diese Stellung von Bewußtsein, Denken, Theorie erfordert (2) die „Anwendung der materialistischen Geschichtsbetrachtung auch auf die materialistische Geschichtsbetrachtung selbst“ (34). Korsch's zentrale These: dialektisches Denken und revolutionäres Handeln seien zwei Seiten einer Sache, ebenso objektivistische Weltanschauung und reformistische Praxis (in der II. Internationale); die Ursache revolutionärer bzw. reformistischer Praxis schließlich sei wirtschaftliche Krise bzw. Prosperität — diese These wird belegt nach Art der Wissenssoziologie: durch analogisierende Zuordnung theoretischer und gesellschaftlicher Strukturen. Ein solcher Basis-Überbau-Schematismus widerspricht Korsch's Ideologiebegriff: „Marxismus und Philosophie“ schwankt zwischen einem Basis-Überbau-Dualismus und einem hegelianischen „Zusammenfallen von Bewußtsein und Wirklichkeit“ (128), da Korsch nicht, wie Lukács tat, die Verdinglichung des Bewußtseins ins Zentrum der Analyse rückt.

Die vorliegende Ausgabe enthält außer „Marxismus und Philosophie“ (1. Auflage 1923) den Anhang der zweiten Auflage von 1930, nämlich drei 1922 veröffentlichte Aufsätze, sowie die ebenfalls 1930

abgedruckte Antikritik „Der gegenwärtige Stand des Problems Marxismus und Philosophie“. Diese Auseinandersetzung mit der sowjetmarxistischen Philosophie — mit Lenin — benennt auch die Gründe für die Wirkungslosigkeit und Verurteilung Korsch's: die KPD wurde als Instrument der sowjetischen Außenpolitik ideologisch und organisatorisch ‚bolschewisiert‘. — Obwohl die Theorie Korsch's, der aus der Emigration in die USA nicht zurückkehrte, „von keiner Schule und von keinem Parteiapparat in die nachfaschistische Zeit hinübergerettet wurde“ (6), tat sie doch untergründig in der westdeutschen Marxismusdiskussion ihre Wirkung. Wir beziehen uns damit nicht nur auf die verschiedenen privaten und organisationsinternen Nachdrucke innerhalb der Linken, sondern auch auf die „Wiederherstellung“ der Ideologienlehre (Kurt Lenk), des Naturbegriffs (Alfred Schmidt) und der Struktur des Marxismus als theoretisch-praktischer Kritik, die ‚zwischen‘ Philosophie und Wissenschaft steht (Jürgen Habermas). Der im Anhang abgedruckte Aufsatz „Der Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung“, der zuerst die „Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung“ (1922) einleitete, dürfte auch hinsichtlich Schmidt und Habermas, die Korsch recht stiefmütterlich behandeln, von Interesse sein. Iring Fetscher, der in mehreren Aufsätzen in den evgl. Marxismus-Studien Korsch zur philosophiehistorischen Flurbereinigung und Abrechnung mit dem Sowjetmarxismus benutzt, veröffentlichte erstmals nach dem Ende des Faschismus Auszüge aus „Marxismus und Philosophie“ in seiner Textsammlung „Der Marxismus“. Die vorliegende Wiederauflage ist Erich Gerlach zu danken, einem der wenigen gründlichen Kenner Korsch's, der in Aufsätzen immer wieder dessen Theorie behandelt hat; er hat das Buch mit einer sehr instruktiven Einleitung, die Korsch's theoretische Entwicklung beschreibt, sowie mit biographischen Angaben versehen. Man darf gespannt sein insbesondere auf die „Gesammelten Aufsätze“, deren Herausgabe — neben der Kautskykritik von 1929 und dem „Karl Marx“ von 1936 — von Erich Gerlach angekündigt wird.

Kajo Heymann (Berlin)

Havemann, Robert: Dialektik ohne Dogma? Naturwissenschaft und Weltanschauung, rororo aktuell Taschenbuchausgabe, Rowohlt Verlag, Reinbek 1964, (168 S., 2,20 DM).

Wie Engels den bürgerlichen wirft H. den sozialistischen Naturwissenschaftlern eine idealistische Grundhaltung vor: weil sie sich nicht um die Reflexion ihrer Denkansätze kümmern, sind sie auf die Übernahme der von der Philosophie bereitgehaltenen Kategorien angewiesen. War das wissenschaftliche Weltbild der bürgerlichen Naturwissenschaftler des 19 Jhdts. von der idealistischen Vorstellung der ewigen Herrschaft mechanischer Gesetzmäßigkeiten über die Materie bestimmt (mechanischer Materialismus), so ist das der Naturwissenschaftler in den sozialistischen Staaten einem dogmatischen Vulgärmarxismus unterworfen. Aber „die Seiten, die die Wirklichkeit heute unseren Blicken darbietet, sind unvereinbar mit einer

idealistischen Spaltung des Weltbildes. Sie erfordern gebieterisch die Herstellung einer neuen Einheit“: (S. 25) den „modernen, dialektischen Materialismus“. Er hebt die Trennung von Naturwissenschaften und Philosophie auf, weil er „eine geistige Grundhaltung und Denkmethode (ist), die die Welt in ihrer unauflöselichen Widersprüchlichkeit doch als Einheit begreift“ (S. 19); zugleich ist er ein Prozeß ständiger Auseinandersetzung schon vorhandenen Wissens mit den neuesten Entdeckungen. Dieser nie endende Prozeß führt zu einer vollständigeren Erkenntnis der Wirklichkeit, die für H. keinen Selbstwert darstellt, sondern ihre Rechtfertigung aus der Vergrößerung der menschlichen Herrschaft über die Natur bezieht.

Der mechanische Materialismus halte die Menschen in Unfreiheit zur Natur wie die Ideologie sie irrational dem Zwange der verselbständigten (entfremdeten) Gesellschaft unterwerfe.

H. verweist in diesem Zusammenhang auf die enge Verbindung, in der zur Stalinzeit der politische Dogmatismus mit dem wissenschaftlichen stand. H.'s Vorlesungen haben daher das Ziel, der politischen Dogmatik die wissenschaftliche Affirmation zu nehmen, denn „die Philosophen, die diesen Dogmatismus überwinden, werden ... auch dazu beitragen, die politischen Verhältnisse zu ändern“. (S. 72)

Gerd Ziob (Berlin)

Barion, Jakob: *Ideologie, Wissenschaft, Philosophie.*

H. Bouvier u. Co. Verlag, Bonn 1966 (245 S., kart., 29,50 DM).

Die Arbeit Barions empfiehlt sich — gerade in den Passagen über materialistische Geschichtsauffassung und Dialektik — durch Sorgfalt und die Verarbeitung eines breiten, in der Regel wenig zitierten Materials, was vor allem als Verzicht auf vordergründige Schlußfolgerungen, wie sie in den Urteilen zu Marx und Marxismus üblich sind, sich auswirkt. Der Begriff der Ideologie scheint Barion allerdings ein nicht geringes Unbehagen zu bereiten. Insbesondere die „Umwertungstendenzen“, das Oszillieren des Begriffs zwischen kritischem und „positiven“ Verständnis, veranlaßt Barion, sich auf den Positivismus in der Ideologienlehre, auf das Kriterium der Unwissenschaftlichkeit zurückzuziehen. Er gelangt so zu einer schroffen Trennung von Wissenschaft, Philosophie (Theorie) und „Weltanschauung“ (praktische Maximen). In dieser Terminierung, die insbesondere darunter leidet, daß der Autor den stalinistisch-kleinbürgerlichen Begriff „Weltanschauung“ völlig ernstnimmt, gerät Ideologie zu einer Art „Meinungsäußerung“, was Barion zu einem Exkurs über Toleranz Anlaß gibt. Gleichwohl dekretiert Barion den Marxismus nicht einfach als „Ideologie“; vielmehr unternimmt er es, Kolakowski nicht unähnlich, institutionsfreien Marxismus gegenüber seinen „versteinerten Gestalten“ in Schutz zu nehmen, was etwas ungewöhnlich angesichts der Tatsache erscheint, daß der Buhmann genuiner Marxisten, Engels, wesentlich positiver und differenzierter eingeschätzt wird, als es gemeinhin der Fall ist.

Dieter Hirschfeld (Berlin)

Wetter, Gustav A.: Die Umkehrung Hegels. Grundzüge und Ursprünge der Sowjetphilosophie. Beiträge zur Sowjetologie. Herausgegeben vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus, Band 1., Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1963 (94 S., kart., 10,80 DM).

Weters Erläuterungen zum sowjetischen Lehrbuch „Grundlagen der marxistischen Philosophie“ (1958) sind zentriert um die „Sowjetphilosophie, ... (die) die sich gestellten Ziele nicht erreichen kann, da sie durch die Umkehrung Hegels den Boden verlor ...“ (S. 6). Was der Jesuit unter diesem Boden versteht, ist unschwer zu bestimmen als Option für die traditionelle philosophische Stimmigkeit von prima causa, Kausalismus und erkenntnistheoretischem Formalismus. Weters Invektiven gegen Marx sind auf die Anwendung traditioneller philosophischer, wenn man so will vormarxischer Fragestellungen beschränkt; sie gehen deshalb auch nicht auf den Marxschen Wissenschaftsbegriff, sondern argumentieren gegenüber Marx wie gegenüber einem abtrünnigen Systemphilosophen. Dieses Verfahren bedient sich nicht zuletzt auch der üblichen terminologischen Einwände, die vom Nachweis der Ungereimtheiten in der philosophischen Begrifflichkeit aus auch etwas gegen die Sache selbst auszumachen gedenken. Dies bedeutet für Wetter nicht weniger als dies, daß der Nachweis der „Falschheit“ des Marxismus, wenn man dessen Lehrstück von der realen Gewalt der richtigen Theorie ernstnimmt, seine „Macht“ wird eindämmen können. (cf. S. 94) Diese zugleich einfältige und trickreiche Expertise empfiehlt sich als Hegelianismus, dem die allgemeine „Sowjetideologie“ von Marx bis Chrustschow nur „Mißverständnis“ ist.

Dieter Hirschfeld (Berlin)

Klaus, Georg: Semiotik und Erkenntnistheorie. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (Ost) 1963 (164 S., kart., 9,—MDN).

Verfolgt man die in der DDR während der letzten Jahre erschienenen theoretischen Arbeiten, so fällt einem auf: mit dem, was unter Stalin als Philosophie galt, wurde weitgehend gebrochen. Nicht nur bieten die Veröffentlichungen nach Niveau und Darstellungsweise ein farbigeres und differenzierteres Bild — auch die Thematik hat sich wesentlich erweitert, und dies nicht zuletzt aus außerwissenschaftlichen, technisch-ökonomischen Gründen. Die stalinistische Gesellschaft wußte mit Sozialforschung, Kybernetik, mathematischer Logik, Sprachanalyse, mit den vom Neopositivismus aufgeworfenen Problemen in einem sehr handfesten Sinn nichts anzufangen; ihre Produktionsstufe lag noch unterhalb derartiger Fragestellungen. Nichts war daher leichter, als diese westlich so geschätzten Wissenszweige als Produkte „imperialistischer Ideologie“ zu brandmarken und pauschal abzulehnen. Eine Wende brachten Stalins Linguistik-Briefe, die ungewollt auf eine Rehabilitierung der modernen Disziplinen hinausliefen. Stalins These von der Klassenunabhängigkeit

der Sprache ermöglichte vor allem eine Neueinschätzung der formalen und damit auch der mathematischen (symbolischen) Logik.

In der DDR war es namentlich der Logiker und Erkenntnistheoretiker Georg Klaus, der jahrelang Verpöntes zu Ehren brachte, wobei ihm objektive gesellschaftliche Tendenzen, insbesondere die Notwendigkeit einer raschen Mathematisierung der Politischen Ökonomie, zu Hilfe kamen. Nach seiner 1958 in 1. Auflage erschienenen Einführung in die formale Logik und der Kybernetik in philosophischer Sicht aus dem Jahre 1961 ging er 1963 in der hier zu besprechenden (und inzwischen durch weitere Arbeiten ergänzten) kleineren Studie Semiotik und Erkenntnistheorie erstmals auf erkenntnistheoretische Fragen im engeren Sinne ein. Die Studie ist ihrer programmatischen Absicht wegen noch immer von Interesse. Wurde oben auf den nachstalinistisch eingetretenen Wandel auf philosophischem Gebiet hingewiesen, so ist andererseits nicht zu verkennen, daß die abbildtheoretische Konzeption von Lenins Materialismus und Empiriokritizismus nach wie vor verbindlich ist. Während Autoren des heute neuerstehenden westeuropäischen Marxismus wie Lefëbvre, Sartre und Garaudy längst zu der Marxschen (auch von Lenin in den zwanziger Jahren) erreichten Einsicht zurückgekehrt sind, daß die jeweilige historisch-gesellschaftliche Praxis in die Gegenstände unserer alltäglichen wie wissenschaftlichen Erfahrung eingeht, sie allererst als Gegenstände „für uns“ konstituiert, spricht Klaus weiterhin unbefangens-vorkritisch von Erkenntnis als einer „materialistischen Abbildreaktion“, die als solche jeder Diskussion entzogen ist und lediglich „unter modernen Gesichtspunkten“ analysiert, das heißt weniger grob gefaßt werden soll (S. VII). So hebt er nachdrücklich hervor, daß es mechanischer Materialismus wäre, die Sprache als Photographie der Wirklichkeit zu betrachten. Neben vielem in der Sprache, das direktes Abbild materieller Sachverhalte sei, habe die „Zusammenfügung der Wörter zu Satzgebilden“ kein „direktes Äquivalent in der Wirklichkeit“ (S. 80; 79).

Klaus versteht Semiotik als „allgemeine Sprachtheorie“, die sich in „Pragmatik“, „Semantik“ und „Syntax“ gliedert. Es geht ihm, wie er sich einigermaßen szientivisch ausdrückt, darum, „eine marxistische Semiotik aufzubauen, die legitimer Bestandteil des Systems der Disziplinen des dialektischen Materialismus und insbesondere der marxistischen Erkenntnistheorie ist“ (S. 31). Bei diesem Unternehmen nun steht Klaus vor der Schwierigkeit, daß die semiotischen Begriffe von durchaus idealistisch orientierten Vertretern der modernen Logik und des Neopositivismus ausgearbeitet wurden, die — ausgehend von der mathematisch-logischen Anwendung der Semiotik — dazu neigten, die Philosophie insgesamt in der Sprachanalyse aufgehen zu lassen. Dagegen wehrt sich Klaus. Die philosophischen Fragen sollen semiotisch untersucht werden, ohne deshalb ihren Sachgehalt einzubüßen. Wie Garaudy und Schaff dadurch ein produktiveres Verhältnis zum französischen Existenzialismus fanden, daß sie das von diesem aufgeworfene Problem der menschlichen Subjektivität

vität anerkannten, aber materiell-gesellschaftlich faßten, so stellt sich Klaus die ungleich schwerere Aufgabe, die Fragestellungen der neopositivistischen und sozialbehavioristischen Sprachtheorie säuberlich von ihren subjektiv-idealistischen Lösungsversuchen zu trennen. Das ist schon deshalb schwierig, weil jene Fragestellungen keineswegs unabhängig sind von der Alternative Idealismus-Materialismus. Sie implizieren nicht einfach Antworten, die so oder so gedeutet werden können, sondern sind oft genug selbst bereits idealistisch. Entsprechend gewaltsam fällt streckenweise Klaus' Versuch aus, Semiotik zur „Teildisziplin“ (S. 29) der materialistischen Abbildlehre zu erheben. Relativ unbelastete Marx-Sätze aus der *Deutschen Ideologie* wie der, daß die Sprache die unmittelbare Wirklichkeit des Gedankens sei, müssen erhalten, wenn der Verfasser seine Forderung nach einer „marxistischen Semiotik“ mit „Klassikerzitaten“ belegen will. — Was er gegen die behavioristische These vorbringt, das Bewußtsein sei nichts als ein abkürzender Sammelname für bestimmte Verhaltensweisen eines Menschen, was er gegen die positivistische Leugnung der Realität des Allgemeinen sagt, ist deshalb in einem bloß abstrakten Sinn richtig, weil es in seiner Interpretation der materialistischen Dialektik keine tragfähige Basis hat. Der Abbildrealismus, der die für Marx so wichtige gegenstands-konstitutive Rolle der Praxis übergeht, reduziert Wahrheit auf seinsadäquate, „operationelle“ Urteile und ist damit selber positivistisch. Im Gegensatz etwa zu Herbert Marcuse kommt es Klaus nicht bei, das Universum des alltäglichen Sprechens und Verhaltens als ein gesamtgesellschaftlich präformiertes und damit ideologisches zu analysieren. Er übernimmt es nicht weniger unbefragt als die sonst von ihm befehdeten angelsächsischen Positivisten. Das Marxsche Ideologieproblem — das des gesellschaftlich notwendigen Scheins — neutralisiert sich zu der Frage nach den „Überbaufaktoren“, die in der „pragmatischen Analyse der Abbildrelation“ (S. 156) behandelt werden.

Es war eingangs die Rede von den realen Verhältnissen, welche die nachstalinistische Rezeption des sozialwissenschaftlichen und logischen Positivismus begünstigt haben. Diese Rezeption — und das läßt sich an Klaus' Schrift zeigen — ist so widerspruchsvoll wie technologische Rationalität überhaupt. Einerseits war sie historisch notwendig, bedurfte es ihrer dringend, um die Produktivkräfte voranzubringen, andererseits läßt sich vermittels eben jener Kräfte (die den Übergang von physischen Zwängen zu technologischen Kontrollen ermöglichen) hintertreiben, was sie bewirken sollen: eine freie Gesellschaft.

Alfred Schmidt (Frankfurt/M)

Carnap, Rudolf: *Scheinprobleme in der Philosophie.*

Das Fremdpsychische und der Realismusstreit. Nachwort von Günther Patzig, Theorie 1: Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/Main 1966 (143 S., brosch., 8,— DM.)

Ruml, Vladimir: *Der logische Positivismus.* VEB-Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (Ost) 1965 (271 S., Ln., 14,80 MDN).

Belke, Felicitas: *Spekulative und wissenschaftliche Philosophie. Zur Explikation des Leitproblems im Wiener Kreis des Neopositivismus, Monographien zur Philosophischen Forschung, Band 45.* Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1966 (164 S., kart., 25,20 DM).

In einem Land, in dem die emotionale Opposition gegen den Logischen Positivismus gegenüber der rationalen immer noch bei weitem überwiegt, ist die wachsende Zahl der Veröffentlichungen über dieses Gebiet ein erfreuliches Anzeichen weltanschaulicher Entkrampfung; die akademische Abwehrhaltung gegenüber dem „Wiener Kreis“, die sehr reale historische Ursachen hatte und sich hierzulande in einer Skala von Reaktionen äußert, die vom abendländischen Hochmut bis zur denunzierfreudigen Feindseligkeit reicht, scheint immer mehr einer vorsichtigen Neugierde, ja einer gewissen Faszination zu weichen. Die Zeiten, in denen der „Wiener Kreis“ ein Geheimtip unter Philosophen war, sind wohl endgültig vorbei, und dasselbe Interesse vor allem der Jüngeren, das noch vor wenigen Jahren primär dem Existentialismus und der Heideggerschen Fundamentallontologie gegolten hatte, beginnt sich nun denjenigen zuzuwenden, die die Metaphysiken der Väter und Vorväter durch den Nachweis der Sinnlosigkeit aus der Welt geschafft zu haben schienen. Die neueren Arbeiten über dieses Gebiet werden vor allem daran zu messen sein, ob es ihnen gelingt, die theoretische Tradition des „Wiener Kreises“ so in die deutschsprachige philosophische Diskussion einzubeziehen, daß die vorurteilsfreie Erörterung der Sachprobleme gefördert wird.

Die Wiederveröffentlichung eines klassischen Textes des Logischen Positivismus in einer preiswerten Ausgabe ist ohne Zweifel ein verlegerisches Verdienst; ob aber gerade Carnaps „Scheinprobleme in der Philosophie“, die ohnehin seit 1961 wieder allgemein zugänglich sind, dem genannten Zweck in besonderer Weise förderlich sind, kann mit guten Gründen bezweifelt werden. Der programmatische Charakter dieser Schrift tritt hinter dem polemischen stark zurück, und um die Intentionen des „Wiener Kreises“ zu verdeutlichen, wären mehrere Arbeiten Carnaps geeigneter gewesen, als diese Streitschrift, von der der Herausgeber in seinem Nachwort selbst zugesteht, daß Anlaß und Inhalt weitgehend historisch geworden sind. Ist aber durch den Niedergang der irrationalistischen Neometaphysiken, gegen die sich Carnaps Attacken vornehmlich richteten, und durch die Sachdiskussion innerhalb des Neopositivismus selbst dieser Text zum bloßen Dokument geworden, stellt sich die Frage, was an ihm den Versuch einer nicht nur historischen Aneignung lohnt. Günther Patzig zeigt sehr eindringlich, in welchem Maße Carnaps Thesen über das Sinnkriterium von Sätzen, über den Realismusstreit und den Physikalismus in der Psychologie inzwischen modifiziert werden mußten; die Aussagen des ersten Teils der Schrift über die „Aufgabe der Erkenntnistheorie“ (9–43) hingegen hält er „bei richtigem Verständnis“ für „kaum bestreitbar“ (108). Eine nähere Analyse zeigt aber, daß man das sehr wohl bestrei-

ten kann. Es ist keineswegs unbestreitbar, daß sich die Aufgabe der Erkenntnistheorie darin erschöpft, vorgebliche Erkenntnisse als gültige Erkenntnisse zu rechtfertigen (cf. 9) und daß „erkenntnistheoretische Analyse“ gleichzusetzen sei mit der Zurückführung eines zu rechtfertigenden Erkenntnisinhaltes „auf andere, als gültig unterstellte Erkenntnisinhalte“ (ibid.) nach dem logischen Implikationschema (cf. 11). Carnap reduziert damit die Erkenntnistheorie auf eine Hilfswissenschaft der Einzelwissenschaften, als Inbegriff zusätzlicher Validierungsverfahren. Während die Erkenntnistheorie im traditionellen Sinne die Deskription und Legitimation des Erkenntnisprozesses selbst durch das Zurückwenden des Denkens auf sich selbst in der Reflexion zu leisten versuchte, d. h. das kritische Selbstbewußtsein des Erkenntnisprozesses sein wollte, wird ihr Aufgabenbereich bei Carnap konsequent nominalistisch eingeschränkt auf die Rechtfertigung einzelner Erkenntnisse. Diese Beschränkung auf die *intentio recta* bedingt alles Weitere: alle traditionell erkenntnistheoretischen Fragen, die darüber hinausgehen, werden entweder in die Psychologie abgeschoben oder als Scheinprobleme deklariert, von denen die Erkenntnistheorie zu reinigen sei. Scheinprobleme aber sind sie, wie sich im einzelnen zeigen läßt, nur relativ auf jene Definition der Erkenntnistheorie: durch sie fällt die gesamte genuin philosophische Dimension — die *intentio obliqua* — in die Metaphysik als dem Bereich prinzipiell sinnloser Fragen. Für die Kantische Philosophie war es selbstverständlich, daß die Reflexionen über die Bedingungen der Möglichkeit der Erkenntnis nicht in demselben Sinne „sachhaltig“ sein können wie empirische Erkenntnisse, und daß durch die Verschiedenheit der Blickrichtungen die Reflexion andererseits nicht unmittelbar zum Entscheidungskriterium inhaltlicher einzelwissenschaftlicher Probleme erhoben werden kann. Es ist ferner nicht verwunderlich, daß zwischen dem Idealisten und dem Realisten in allen empirischen Fragen mühelos Einigkeit erzielt werden kann (cf. 62 f.), weil die Kontroversen über die Realität der Außenwelt überhaupt erst in der Reflexion auf den Erkenntnisprozeß selbst entstehen können. Nach dem empiristischen Sinnkriterium aber, dem Carnap in seinen Frühschriften mißtrauenslos folgt, ist alles sinnlos, was sich nicht empirisch entscheiden läßt oder zur Entscheidung empirischer Fragen beiträgt: Carnaps Definition der Erkenntnistheorie und ihrer Aufgaben folgt selbst aus dem empiristischen Sinnkriterium. Es ist daher unverständlich, wie der Herausgeber einerseits der Revision dieses Kriteriums zustimmen (cf. 111 ff.) und sich darüber wundern kann, daß der „Rückgriff auf die Position David Humes nach allem, was Kant auf den Weg gebracht hat, noch als eine befriedigende Auskunft erscheinen konnte“ (116), andererseits aber alles, was Carnap über Erkenntnistheorie sagt, für „kaum bestreitbar“ halten kann. Was bleibt also, was eine nicht nur historische Aneignung des Carnapschen Textes rechtfertigt? Patzig spricht in diesem Zusammenhang von dem „scharfumrissenen, hellen Licht“ des Methoden- und Sprachbewußtseins (98), das von diesem Text ausgehe, von der Lektion philosophischer Klarheit (cf. 134), die er

heute noch erteile. Es ist wieder unverständlich, wie man das helle Sprach- und Methodenbewußtsein und die Klarheit einer Theorie rühmen und zugleich alle ihre zentralen Thesen für falsch halten kann: mit solchem Formalismus wird gerade dem traditionellen Vorurteil gegen die „Klarheit ohne Tiefe“ (cf. 134 f.) Vorschub geleistet. Die Analyse des Carnapschen Begriffs der Erkenntnistheorie zeigt doch gerade, um welchen Preis „Klarheit“ hier erkaufte ist: um den Preis dogmatischer Setzungen, die es gestatten, alle Fragen auf Grund formaler, vorgegebener Kriterien in „sachhaltige“ und „sinnlose Scheinprobleme“ einzuteilen. Sicher ist „Klarheit“ das Ziel, aber nicht per se das Qualitätsmerkmal philosophischer Reflexionen; sie ist jederzeit ohne Mühe zu erzielen, wenn man das aus der Betrachtung ausschließt, wofür die begrifflichen Mittel noch nicht hinreichend entwickelt sind. Darum ist der Faszination, die vom Neopositivismus ausgeht (cf. 133), auch zu mißtrauen. Die beliebte Methode vieler seiner Vertreter, alle philosophischen Fragen umstandslos als bloße Sprachprobleme zu deklarieren, begünstigt allzusehr die Vorstellung, daß man sie durch bloße Definitionsänderungen aus der Welt schaffen könne und erzeugt damit einen philosophischen Omnipotenzwahn, der freilich nicht ohne „Reiz“ auf die „junge Generation“ bleiben kann. Es ist fraglich, ob die Bereitschaft zur kritischen Selbstrevision, die Carnap und die Tradition des „Wiener Kreises“ seit dem Erscheinungsjahr der „Scheinprobleme“ bewiesen haben, den gleichen Reiz ausübt; dogmatische Positionen sind immer attraktiver als das Problembewußtsein, das der Philosophie bestes Teil ist.

Das Werk von Vladimir Ruml „Der logische Positivismus“ ist der Versuch einer umfassenden historischen Ableitung und systematischen Kritik des logischen Positivismus aus der Sicht des dialektischen Materialismus. Die Einleitung, die sämtliche philosophischen Richtungen mit Ausnahme des Diamat selbst als imperialistische Ideologie, als bürgerliche Verfallserscheinung und als Desorientierungsmittel im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterklasse zu charakterisieren sucht, erweckt so stark den Eindruck einer politischen Pflichtübung, daß man sie von der Rezension ausnehmen muß; sicher hat die auch hierzulande verbreitete Neigung, Menschen mit dem zu identifizieren, womit sie sich beschäftigen, den Verfasser dazu bewogen, keinen Zweifel an der Unhaltbarkeit der Theorien aufkommen zu lassen, die dann erst im folgenden dargestellt werden. Überhaupt ist das Buch für uns kein Anlaß, uns aufs hohe westliche Roß zu setzen: Ruml versucht in einer Welt mit viel geringerer geistiger Bewegungsfreiheit dem „rationellen Kern“ (8) einer Philosophie gerecht zu werden, die der Diamat seit Lenin als seinen Hauptgegner betrachten muß. Die theoriegeschichtlichen Zusammenhänge, denen der „Wiener Kreis“ angehört, werden deutlicher als in den meisten westlichen Gesamtdarstellungen; vor allem die oft übersehene Rolle des Neukantianismus bei der Entstehung des Logischen Positivismus, den der Verfasser in seinen Grundzügen zutreffend charakterisiert, wird gebührend hervorgehoben. Das Buch Rumls darf nicht

als bloßes Dokument des östlichen Dogmatismus gelesen werden: es ist ein Paradigma dogmatischen Philosophierens überhaupt, von dem wir uns nicht mit dem Seitenblick nach Osten en bloc freisprechen können. Nicht Pharisäismus, sondern die Einsicht in die Mechanismen, die auch bei uns eine ungehinderte Reflexion unmöglich machen, ist angesichts eines solchen Buches angebracht.

Der philosophische Dogmatismus manifestiert sich vor allem in zwei Phänomenen: in der Unfähigkeit zur Argumentation und in der penetranten Allwissenheit. So tritt bei Ruml an die Stelle der Argumentation das Referat, dem dann nachträglich hinzugefügt wird, was die materialistische Widerspiegelungstheorie zu dem Referierten zu sagen hat. Es wäre dogmatisch zu behaupten, daß das immer nur falsch sei, aber dieses Verfahren führt dazu, daß das ganze Buch mehr eine Selbstdarstellung der materialistischen Erkenntnistheorie e contrario als eine immanente Kritik der Gegenseite ist. Überhaupt ist Kritik reduziert auf das Konstatieren der Differenz des Kritisierten vom eigenen Standpunkt, von dem es scheint, als seien Einwände gegen ihn schlechterdings unmöglich. Die dogmatische Philosophie weiß immer alles schon: der Gedanke, daß die so kritisierten Theoreme auch aus einem Ungenügen an den Antworten, die sie selbst gibt, entstanden sein könnten, liegt ihr zu fern, als daß sie Einwänden zugänglich wäre. Für Ruml sind die Maßstäbe der Kritik vorgegeben: vor allem die ontologische Auffassung der Logik als spezifische Form der Widerspiegelung, das ungebrochene Festhalten am Substanzbegriff und am Begriffsschema „Wesen-Erscheinung“ und ein auf die Kategorie der „Wechselwirkung“ heruntergebrachter Begriff von Dialektik, und was sich dem entgegenstellt, wird als „übertrieben“, „einseitig“, „unwissenschaftlich“ und als „Mystifikation“ abgewiesen. Gefährlich wird der Dogmatismus durch seine Nähe zur moralischen und politischen Denunziation: wenn man dem Gegner durch die eigene dogmatische Borniertheit keine rationalen Gründe für seine Opposition zugestehen kann, bleibt nichts anderes als die Annahme außertheoretischer Motive mehr übrig; insofern steht die Einleitung von Rumls Buch auch in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Übrigen. Die Liberalisierung des geistigen Austauschs zwischen Ost und West wird in dem Maße vorankommen, als es beiden Seiten gelingt, im Opponenten nicht immer sofort den Handlanger der jeweiligen Machtverhältnisse zu sehen.

Der Monographie von Felicitas Belke hingegen gelingt eine sehr glückliche Synthese von historischer und systematischer Erörterung eines philosophischen Gegenstandes. Sie geht aus von dem Versuch, das neopositivistische Prinzip der „rationalen Nachkonstruktion“ auf die Interpretation von Texten zu übertragen, in denen das zentrale Problem des „Wiener Kreises“ lange vor dessen Entstehung schon vollständig exponiert ist: vor frühen Arbeiten Moritz Schlicks aus den Jahren 1910—1915. Durch die sehr eingehenden Textinterpretationen der Verfasserin wird deutlich, daß philosophische Reflexion, die vom Neopositivismus oft allzu schnell mit leerer Spekulation gleichgesetzt wurde und einzelwissenschaftliche

Methodik in der Tat die beiden Pole eines Spannungsfeldes bilden, aus dem sich die wesentlichen Kontroversen dieser Bewegung erklären lassen. Diesem Gegensatz entspricht sehr genau die durch die Doppeldeutigkeit des Begriffs des Positiven angezeigte Polarität: die von Gegeben- und Gesetztheit (cf. 1—15). Schon in den frühen Arbeiten Schlicks wird deutlich, daß der logische Positivismus stets von einer Alternative beherrscht war, die seinen Bestand als rationale Wissenschaftstheorie bedrohte: immer bestand für ihn die Gefahr, entweder das Gegebensein zur leitenden Kategorie zu erheben mit der Konsequenz, auf den Standpunkt Machs und des Psychologismus in Logik und Erkenntnistheorie zurückzufallen, oder dem Logizismus nachzugeben und bei einem Konventionalismus zu enden, in dem für die Empirie kein Raum mehr ist. Diese Alternative stellt sich notwendig, wenn in irgendeiner Form am Wahrheitsabsolutismus festgehalten wird; es bleiben dann nur zwei konsequente Lösungen: die Korrespondenztheorie der Wahrheit — die Forderung nach der Übereinstimmung von Sätzen, die als sinnvoll und wahr ausgewiesen werden sollen, mit der empirischen Wirklichkeit — und die Kohärenztheorie, für die sich Wahrheit auf die logische Übereinstimmung zwischen Sätzen reduziert. Die Verfasserin zeigt sehr eindringlich, welche Schwierigkeiten sich aus der Parteinahme für eine der beiden Seiten ergeben: absolute Sicherheit läßt sich nur um den Preis der Ausschaltung des Gegebenen erzielen, während umgekehrt der konsequente Empirismus beim Solipsismus endet. In der abschließenden „Untersuchung zum dogmatischen Prinzip in der Erkenntnisrelation“ (133 ff.) werden die Gefahren deutlich, die der wissenschaftlichen Tätigkeit wie der Philosophie aus der Dogmatisierung eines Moments des Erkenntnisprozesses erwachsen. Obwohl die Lektüre dieser wichtigen Arbeit durch eine gewisse terminologische Hypertrophie sehr erschwert wird, werden ihre Ergebnisse aus der künftigen Diskussion nur schwer wegzudenken sein.

Herbert Schnädelbach (Frankfurt/M)

Hochgesang, Michael: Mythos und Logos im 20. Jahrhundert. Eine Auseinandersetzung mit der neuen Naturwissenschaft, Literatur, Kunst und Philosophie. Beck'sche Schwarze Reihe Bd 38, München 1965 (162 S., Pappb., 8,80 DM).

Der präventive Titel dieser Schrift verheißt die Formulierung oder gar Lösung letzter Fragen. Wo indes Glieder eines vermeintlich universalen Gegensatzes nicht definiert, wohl aber als überzeitlich antagonistische fixiert werden und das Denken sich vermittelnder Begriffsentwicklung versperrt, verodet es zu impressionistischem Problem-Fetischismus, der sich an ‚Bestandaufnahmen‘ begeistert. Die Grundstimmung solcher „Versuche“ artikuliert sich in larmoyanten Deklamationen über den Verlust der Mitte und kommt, bei solchem Mangel an methodologischer Reflexion wie hier, im Resultat kurzerhand zur notdürftigen Wesensschau eines konkreten, leibseelisch ganzen usf. Menschen. Die charakteristischen Merkmale dieses Homunkulus, wie H. ihn stilisiert, widerlegen die Meinung, daß

es sich um den Typ der Zukunft handeln könnte: allemal ist es der total angepaßte Mensch der Gegenwart, dessen apologetische Verklärung erstrebt wird, wenn der funktionale Sinn solcher Modellkonstruktion sich darin erschöpft, sie der bestehenden, selbst zur Ideologie geronnenen Gesellschaft bruchlos einzufügen. Konstante Mechanismen im mikrophysiologischen Bereich und Zentralnervensystem, modisch mit Kybernetik versetzt, sollen die Integrationsbasis bilden, etwaigen Überschuß an Spontanität schöpft eine das Denken normativ bestimmende „gesellschaftliche Pflicht zur Wahrheit“ ab (wobei nur die repressiven ideologischen Inhalte der „affirmativen Kultur“ Konformität erzwingen können), also ein kategorischer Imperativ im Logischen, den schon die Wertphilosophie aufgedeckt zu haben glaubte. Man muß für die Zurückhaltung dankbar sein, die angesichts solchen geworfenen Entwurfs nicht gleich den Ehrentitel Renaissance- oder Barockmensch mechanisch assoziiert.

Das Vorgehen dieser Schrift ist analog dem, das dem Leser aus gewissen geisteswissenschaftlichen Arbeiten entgegenschlägt: listige Politik akademisch vornehmen Zitierens, die sich durch bloße Konfrontation einander widersprechender Thesen das eigene Denken erspart. Adorno wird gegen Hegel ausgespielt, Jaspers gegen Heidegger und umgekehrt, K. Lorenz und Jung gegen den „Irrationalisten“ Freud, Rosenberg (Alfred) gegen Marx usw. Wenn H. sogar der Natur konzedierte, daß sie zwischen links und rechts unterscheiden könne (S. 37), so hat diese ihm zweifellos einiges voraus.

Wo, wie in der Auseinandersetzung mit streng deterministischen Vertretern der modernen Physik und den Indeterministen der „Kopenhagener Schule“ sachliche Argumente versiegen, treten an die theoretische Leerstelle geschaute Horizonte. Den frivol mit dem Unendlichen schachernden Mathematiker bringt singendes und sagendes Dichterwort zum Verstummen; zeigt sich die rechenhafte ratio moderner Naturwissenschaft eigensinnig borniert, so wird terroristisch das grobe Geschütz der thermodynamischen Grundsätze aufgeföhren, deren anheimelnd apokalyptische Perspektiven doch nachdenklich stimmen müssen. Kurz, hier wird der Kleine Brockhaus zum absoluten Wissen aufgemöbelt.

Der Gegensatz von Mythos und Logik kann, sieht man von seiner Behandlung durch Hochgesang ab, gesellschaftliche Sachverhalte decken, die objektiv Unbehagen erzeugen und zur Klärung drängen. Durch isolierende Abstraktion der Extreme und mechanisches wechselseitiges Nivellement im Dienste eines vorsichtig gewordenen, taktierenden irrationalistischen Interesses jedoch wird methodisch aller hinderliche Sachgehalt abgetragen und der Weg für eine probate Lösung freigemacht. Sie liegt in einer „maßvollen“ Variante des Irrationalismus, der sich durch sprachlich vollzogene Negation des Faschismus geklärt glaubt und in die frei werdende Stelle vertrauensvoll christliche Gedankengüter interpoliert. Der Mensch als reiner Spiegel der Welt, wie sie ist und zugleich als „Ebenbild Gottes“ — in einer naiveren Vision kann sich Blindheit für den Widerspruch nicht aussprechen.

Jürgen Behrens (Berlin)

Schwan, Alexander: Politische Philosophie im Denken Heideggers. Ordo Politicus, Bd. 2. Neue Freiburger Beiträge zur Politikwissenschaft, Hrsg. Dieter Oberndörfer. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965 (206 S., Ln., 32,— DM).

Politischer Wissenschaft und Praxis „im Zeitalter der Gegenwart“ wird durch den Verf. (Freiburg/Berlin, Schüler von Arnold Bergstraesser) eine allgemeine, ihnen „wesentliche Problematik“ unterstellt — diese will er verständlich machen gegenüber einer Wirklichkeit „gefährlicher objektiver Tendenzen“, deren Begriff „Totalitarismus“, es dem Verf. erlaubt, die geschichtliche Kontinuität von Faschismus und Marxismus zu assoziieren.

Daher hat politische Philosophie die Funktion, einen „Sinn“, ein „Wesen“ usw. der politischen Wissenschaft „vorzugeben“, die „zwischen tauglichen und untauglichen und folglich zwischen guten und schlechten Verhältnissen und ihren Ordnungen zu entscheiden“ und demzufolge das als „Ordnen“, „Sichern“ und „Eingreifen“ definierte politische Handeln ermöglichen soll; eine selbstverständlich „eminente schwierige Situation“ gegenwärtiger Philosophie, die offenbar nur mittels einer Paradoxie, die dem Verf. als Ausweg vorschwebt, bewältigt werden kann. Der Verf. nimmt den traditionellen Anspruch der Philosophie, die Politik innerhalb ihres Geltungsbereiches begründen wollte, die Form nach auf und formuliert ihn neu als das Programm, die „Möglichkeit“ und zwar zuerst einer „Grundlegung“ politischer Philosophie in der Vergangenheit der griechischen, weniger problematischen Einheit von Philosophie und Politik zu finden.

Hier kann sich der Verf. ganz auf den Boden der Philosophie Heideggers begeben, in der in einer für die „geistige Situation unserer Zeit bezeichnenden Weise“ eine „Neubesinnung“ der „Anfänge des Denkens“ über die Aporien der Philosophie im Neukantianismus methodisch und systematisch hinausgeführt hat: speziell habe Heidegger die „aristotelischen Bestimmungen des Wesens der Politik als eines Werkes der Wahrheit“ wenigstens „formal zurückgeholt“. Auf weiten Strecken würdigt der Verf. diesen „Verdienst“ Heideggers in der Weise einer genauen „immanenten Erörterung“ der „wesentlichen Grundschritte dieses Denkens“ so sprachlich mimetisch, als rede Heidegger selbst. Diese Identifikation verweigert der Verf. jedoch, wenn er die „Stellungnahmen“ Heideggers zum Nationalsozialismus als „Irrtümer“ einer die „Sache der Politik“ „ungenügend denkenden und daher „indirekt befördernden“ Philosophie kritisch betrachtet. Eine inkonsequente Kritik aber, die die Politik Heideggers nicht als die unmittelbare, wirkungsvolle Konsequenz einer im Element der Philosophie produzierten Wirklichkeit kritisiert, muß zugleich Heideggers eigene, d. h. die systematische Konsequenz verfehlen: der Verf. kann nur moralisch argumentieren, wenn er gegenüber Heidegger, dessen philosophischer „Denkweg“ zwar über einen „Rückgang“ in antike Philosophie geführt hat, aber unter Bedingung der Einsicht in den „Verfall“ abendländischer Metaphysik, eine klassisch metaphysische d. h. hier „ontotheologisch“ fundierte „Ver-

antwortlichkeit“ geltend macht, der seinerseits philosophiekritisch Heidegger „immer schon“ voraus ist. Bernhard Heidtmann (Berlin)

Der George-Kreis: Eine Auswahl aus seinen Schriften.

Hrsg. von Georg Peter Landmann. Bd 8: Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Kiepenheuer & Witsch, Köln/Berlin 1965 (502 S., kart., 22,80 DM).

„... wenn jemals Gott einen Propheten durch Erfüllung seiner Prophezie geschlagen hat, so ist es bei George der Fall gewesen“¹; diesem Sachverhalt verdankt der George-Kreis das Maß seiner Aktualität. Denkbar wäre demnach eine Anthologie, deren Ziel es ist, im repräsentativen Querschnitt festzuhalten, was in diesem Kreis gedacht wurde. Denkbar wäre außerdem eine, die seine Wirkungsgeschichte in Apologie und Kritik dokumentiert. Die vorliegende, von G. P. Landmann, dem Bibliographen des Kreises, herausgegebene Auswahl aus den Schriften des George-Kreises wäre wohl kaum denkbar gewesen: Sie will einen Überblick geben „über die höchst verschiedenen, aber doch auch miteinander verwandten geistigen Leistungen und Werke, die die deutsche Geistesgeschichte dem um George versammelten Freundeskreis von Schriftstellern, Künstlern und Gelehrten verdankt.“ (13) Unterstellt wird hier eine unbestimmte Aktualität, vermöge der diese Schriften im neuzeitlichen positivistischen Wissenschaftsbetrieb, von dem man sich damals bewußt distanzierte, fröhliche Urständ feiern sollen. Sehen wir zu, welches Bild des George-Kreises sich einstellt und was von seinen heutigen Sachwaltern dem Vergessen anheimgegeben werden soll.

Der Band enthält Einleitungen und Merksprüche zu den ‚Blättern für die Kunst‘, einige Essays der frühen Freunde Georges, Aufsätze aus den ‚Blättern‘ und dem ‚Jahrbuch für die geistige Bewegung‘ und vor allem Auszüge aus den umfangreichen Monographien der George-Jünger. Die Auswahl der Autoren ist repräsentativ, die Auswahl aus den Beiträgen dieser Autoren ist unter dem Gesichtspunkt präsumptiver Aktualität getroffen.

Die Sprüche aus den ‚Blättern‘, die nicht gezeichnet sind, an deren Formulierung aber George entscheidend mitgewirkt hat, sind Fragmente einer Poetik der frühen Gedichte Georges. Als solche dokumentieren sie den Ästhetizismus Georges, haben aber mit dem Kreis selbst nichts zu tun. Merkwürdig immerhin, daß die Sprache dieser Stücke inzwischen die der FAZ geworden ist. — Hellingraths Arbeiten über Hölderlin waren für die Hölderlin-Forschung bahnbrechend, und zwar nicht weil sie seiner Mythologisierung Vorschub leisteten, sondern weil sie Begriffe zu einer philologischen Analyse erstellten. — Ernst Kantorowicz’ „Kaiser Friedrich der Zweite“ (1927) ist noch immer das Standardwerk über diesen Mann. — Kommerells Arbeiten stellen dem esoterischen Konservatismus ein gutes Zeugnis aus, und Wolfskehl beweist, daß es eine nichtfaschistische Mystik gibt. — Von den Werken dieser Autoren dürfte vieles der Kritik standhal-

1 Walter Benjamin: Briefe, Bd. 2, S. 578. Frankfurt 1966.

ten. — Das gilt kaum für die übrigen Autoren: Wolters, Hildebrandt, Gundolf, Edith Landmann, Bertram, Friedemann und Vallentin, die eigentlich orthodoxen Georgianer. Sie betreiben einen wahren Exorzismus der Geschichte. Um das Schöne vor seiner Hinfälligkeit zu bewahren, wird die Gesellschaft verteufelt. Richtige Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft geht einher mit der Denunziation von Fortschritt, Sozialismus, Technik, Rationalismus und Individualismus. Gundolf braucht kaum eine Seite², um das alles zu verurteilen und aus dem ‚Gegentyp‘ den ‚Typ‘ konstruieren zu können. Dieser Text, ein gutes Beispiel für den Rechtsradikalismus des George-Kreises, fehlt in dem Band. Es fehlt auch ein anderer, von Wolters und Gundolf gezeichneter Text, der nicht minder charakteristisch ist für den Kreis und zudem ein Zeugnis von dessen negativer Aktualität darstellt: „Aber das schlimmste ist nicht die drohende materielle Not sondern die mit der Masse sich stetig steigernde artverschlechterung. Keiner hat den Mut zu sagen daß es auch frevel gibt für die gebüßt werden muß, daß man auch diese überfüllung nicht nur ansehen kann als eine neue gegebenheit mit der zu rechnen ist, sondern als eine fressende wucherung die man sich gewissenlos zugezogen hat und die nur durch gift und feuer geheilt werden muß.“³ Das ist die Kehrseite oder vielmehr die politische Konsequenz des Ästhetizismus, der hier gepflegt wurde. — Gesellschaft wird begriffen unter den Kategorien von ‚Herrschaft und Dienst‘, wie ein Buch von Wolters heißt. Der Herrscher ist ‚Vorbild‘ — die Jünger nach Gundolf: „wandelnde öfen die er geheizt stoff den er beseelt“ (80), Heros und Gestalt, d. i. Einheit von Leben und Werk. Literaturwissenschaft wird zur Mythologisierung, Geschichte wird zur „Legende“ (Bertram): „Nur als Bild, als Gestalt, als Mythos also lebt sie, nicht als Kenntnis und Erkenntnis eines Gewesenen.“ (266) Daß der heroische Mensch an die Ursprungsmächte des Blutes und des Bodens gebunden ist, versteht sich in dieser Weltanschauung von selbst (vgl. 158, 461, 369). Herbert Marcuses Analyse des ‚heroisch-völkischen Realismus‘, jetzt in ‚Kultur und Gesellschaft 2‘ S. 17 ff. neu greifbar, trifft haargenau das weltanschauliche Syndrom des George-Kreises.

Unerklärlich bleibt, warum der Hrsg. im Vorwort nichts über Entstehen und Wirken des Kreises sagt; noch unerklärlicher ist es, daß die Person Georges konsequent ausgespart bleibt. Der Band enthält keinen von George gezeichneten Text; das Register führt seinen Namen nicht an, und die beiden offiziellen Monographien von Wolters und Gundolf werden in der ausgewählten Bibliographie nicht erwähnt (das gilt auch für Schonauers Rowohlt-Band und für Benjamins Rezensionen). Indirekt handeln freilich die meisten Beiträge von George, auch wenn es um Goethe, Platon oder Nietzsche geht. Dieser Sachverhalt: daß der Kreis sich ohne seinen Mittelpunkt präsentiert, bringt den Vorteil, daß man künftig George wird ohne den Kreis interpretieren können. Sie stehen sich nicht länger im Wege.

2 Stefan George in unserer Zeit. 2. Aufl. Heidelberg 1914, S. 10.

3 Jahrbuch für die geistige Bewegung. 3. Jg. (1912), S. V.

Der Band ist in einer Reihe erschienen, deren Hauptherausgeber Eberhard Lämmert ist und die „ein neuer Zugang zur internationalen Forschung der Gegenwart“ sein will. Hans-Peter Gente (Berlin)

Cioran, E. M.: Lehre vom Zerfall. (Précis de décomposition, dt. von Paul Celan) Rowohlt Verlag, Hamburg 1953 (215 S., Ln., 9,80 DM).

Cioran, E. M.: Geschichte und Utopie. Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen von Kurt Leonhard. Bd I: „Versuche“, Klett Verlag, Stuttgart 1965 (130 S., brosch., 9,60 DM).

Dem „unter allen Philosophen des Nichts und des Absurden, in dem die Ankunft des neuen Unheils sich ankündigt“, sagt ein französischer Kritiker nach dem Erscheinen der „Lehre vom Zerfall“ einen „skandalösen Erfolg“ (Klappentext) voraus: Erfolg einer Variante des französischen Existentialismus, für die der Verf., über seine Geistesverwandtschaft mit Sartre und Camus hinaus, Originalität beanspruchen darf, da er ausschließlich sowohl die zynischen wie auch die komischen Implikationen der Philosophie des Nichts und des Absurden pointiert und zu Prinzipien der eigenen macht.

Dem Selbstverständnis nach ist der in Rumänien geborene Verf. „Emigrant“, seit er 1937 als Stipendiat nach Frankreich kam. Dort habe, wie er berichtet, Paris ihn derart „im Raum gebunden“, daß ihm „manchmal fast ein Bedauern kommt, daß der Krieg diese Stadt verschont hat“. Seither also „irgendwo zuhause“, spekuliert der Verf. „über das Leben der Völker... dieses vage und unerschöpfliche Thema... zum Zeitvertreib für Emigranten wie geschaffen“.

An einigen Stellen seiner in der Form von Aphorismen und Essays vorgetragenen Philosophie, in Pünktchen auslaufenden Raisonnements — vorwiegend Kabinettstücken teils stilisierter Lebensweisheiten des westlichen, gesunden Menschenverstandes, teils in rhetorisch ziseliertem Pathos des „Leides“ und der „Einsamkeit“ gehalten, läßt der Verf. Umfang und Tiefe an Bildung erkennen, wonach seine Spekulationen in den Kontext noch der unterschiedensten Äußerungen abendländischen Bewußtseins gehören.

Als Philosoph ist der Verf. z. B. Kritiker Kants (an diesem vermißt er „den leisesten Akzent wahrer Trauer“) auch Hegels (mit Marx „Verschulder des modernen Optimismus“), ist er Schüler Nietzsches („Dichter und Seher“). Als Historiker, der „sich selbst disqualifiziert, wenn er das Wort Volk ohne Ironie gebraucht“, ist der Verf. fasziniert von der „Schule der Tyrannen“, die ihn lehrte, daß eine „Welt ohne Despoten ebenso langweilig wäre wie ein Zoologischer Garten ohne Hyänen“; so bewundert er etwa Nero, dessen „Wahnsinn zu einem Ruhm gelangt ist, wie ihn das Gestöne seiner Opfer niemals erreichte“ oder Hitler, der „Weisheit an den Tag legte, als er sich Röhm... den einzigen Menschen, den er dutzte vom Halse schaffte“ usw.

Wo der Verf. Zeit und Gesellschaft kritisiert („Alle Zeitgenossen sind hassenswert“, gegebenenfalls „Geschmeiß“ oder „Pfeffersäcke“ bzw., als Politiker, „Kleinigkeitskrämer mit dem leeren Blick“), wird für ihn der Zynismus eines Diogenes programmatisch, denn dieser habe derart und „als einziger das gräßliche Gesicht des Menschen enthüllt“, daß der Verf. „Lust verspürt, diesen Planeten zu zerstören“.

Die politische Einschätzung dessen „wie die Dinge jetzt liegen“, d. h. der Spannung zwischen Kommunismus („verordnete Illusion“) im „Osten“ („System des Terrors“) und dem „Liberalismus“ des „Westens“ (der „ebensowenig echte Metaphysik besitzt wie echte Polizei“) liegt dem Verf. im Blut: Weiß er sich „imprägniert gegen die Ansprüche der Klarheit und Latinität“ so fühlt er „wie Asien“ so wirksam „sich in (seinen) Adern rührt“, daß er „in Anfällen von Selbstgefälligkeit“ sich für den letzten Mongolen“ hält. Die entsprechende politische „Vision“ gehört in die Größenordnung der „Apokalypse“: Der Okzident sei „auf einem Zivilisationsniveau angekommen, von dem aus nur noch ein absteigender Weg weiterführt“, westliche Nationen die „ihr Lebensprinzip entweder in sich selber oder sonst nirgends finden“ wurden als Demokratie das „Grab eines Volkes“, als Republik zum „Paradies der Schwäche“, und daher werde Rußland („es begnügt sich ja mit so wenigem“) sich kraft seines in der Revolution „gesammelten Energievorrates“ und „kraft einer physikalischen Fatalität über Europa auswalzen müssen... durch die Selbstgesetzlichkeit einer Masse, durch seine krankhafte, überfließende Vitalität, die der Erzeugung eines Imperiums so günstig“ sei.

„Ein korrektes Ja ohne Illusion“, das den Sinn haben soll: „vor dem Verhängnis makellos bleiben“, bringt die Ethik der Entschiedenheit zum Ausdruck, mit der der Verf. seine Thesen zu „Fragen der Strategie“ wie er die politischen nennt, abschließt. Des weiteren haben für ihn „nur noch die Fragen der Metaphysik Interesse“, zumal jene, „die uns der Geschichte entreißen“, insofern sie „an einem bestimmten Punkt des Wesentlichen halt machen“, die sich auf das „Unzerstörbare“, ein „Anderswo“, das „Absolute“ richten und dem Verf., der „gestern, heute, morgen — lauter Kategorien für Dienstboten“ nennt, die Perspektive „echter, positiver Gegenwart“, eines „Jenseits der Zeit“, schließlich „eine Fülle, deren Prinzip das Nichts“ sei, erschließen und ihm eine „Freiheit“ bewahren, „die es verlangt, sich im Vakuum zu bekunden“ — „Dimensionen eines ursprünglichen Ich, als der Grundlage unserer Hoffnung“.

Hoffnungslos scheint indessen der Versuch, die in den zwei Büchern vorliegende Philosophie des Verfassers einer Kritik zu unterziehen, die vom Verf. mehr an Bestimmtheit und Begründung verlangte: Für diesen Fall läßt er am Ende von „Geschichte und Utopie“ eine Total-Frage offen, die Schweigen gebietet: „Enthält ein Vakuum, das die Fülle spendet, nicht mehr an Realität als die Geschichte in ihrer Gesamtheit?“

Bernhard Heidtmann (Berlin)

II. Soziologie

Kofler, Leo: *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit.* Soziologische Texte, Bd. 38. [3., rev. Aufl.], Luchterband, Neuwied und Berlin 1966 (690 S., kart., 29,— DM; Ln., 39,— DM).

Während in der Mehrzahl der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften der sogenannte Werturteilsstreit offen oder versteckt weitergefochten wird, zeichnet sich die Geschichtswissenschaft nach wie vor durch eine größere Nähe zum naturwissenschaftlichen Erkenntnisideal aus. Jener Fortschritt jedoch, den die nominalistisch-empiristische Insistenz auf den Einzeldingen für die Emanzipation der Gesellschaft von Autoritäten und Normen, welche der Vernunftprüfung nicht standhielten, einmal bedeutete, ward längst in sein Gegenteil verkehrt: Beschränkung auf die Deskription blinder Faktizität und Askese gegenüber jedem Versuch, Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen in der Geschichte zu erkennen, lassen die gegenwärtige Historie in fast geschlossener Front die Vernunft preisgeben angesichts dessen, was ihrer so sehr entbehrt wie bedürftig wäre. Durch Koflers Sozialgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft, die jetzt zum erstenmal in der Bundesrepublik erschien und in der Tat dem hieortigen modischen Agnostizismus denkbar konträr ist, erfährt die Forschungslage eine notwendige Korrektur. K. unternimmt mit der Unbefangenheit und Rauheinigigkeit des Einzelgängers eine ‚verstehende Deutung‘ der Neuzeit, wie der Untertitel des Buches formuliert; Mißverständnissen, die der Verstehensbegriff nahelegt, wurde in den älteren Ausgaben noch durch eine Ergänzung zum Titel gewehrt, die besagte, daß hier Geschichte „nach dem historischen Materialismus“ interpretiert wird. Ohne dem Druck der wissenschaftlichen Arbeitsteilung sich zu beugen, organisiert K. mit außerordentlicher Souveränität das geschichtliche Material vom Ausgang des Mittelalters bis zur Schwelle der Französischen Revolution, für England führt die Darstellung bis ins neunzehnte Jahrhundert, für Deutschland sogar, wenn auch recht desultorisch, bis an die unmittelbare Gegenwart heran. „Historiker der gesellschaftlichen Phänomene des Geisteslebens“ (295), wie K. sich selbst begreift, widmet er nicht nur besondere Abhandlungen den nominalistischen Theorien des späten Mittelalters sowie den Sozialphilosophien des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts; auch in den beiden zentralen, im engeren Sinn Geschichte darstellenden Teilen der Arbeit werden die historischen Bewegungen selber immer wieder im Medium der ideologischen Auseinandersetzungen durchsichtig gemacht, die jene vorbereiten, exponieren und widerspiegeln. Insgesamt will K. demonstrieren, „wie die historische Analyse sowohl den Gesichtspunkt der Totalität, wie den aus ihm resultierenden Standpunkt der Zuordnung von Ideologie und Klasse methodisch in Anwendung bringen kann“ (50). Sein emphatischer Totalitätsbegriff läßt ihn weit über die Bestimmung von Geschichte und Gesellschaft als bloßen Summen individueller Tätigkeit hinausgelangen. Die Analysen der jeweiligen

Klassenverhältnisse — politische und Wirtschaftsgeschichte, für die freilich immer noch gewichtige Einsichten abfallen, treten neben ihnen ein wenig zurück — schließen sich zu einer groß intendierten Synthese vom Typus der universalhistorischen Darstellung zusammen. Vorab in der frühen, von der Entstehung einer städtischen Handelsbourgeoisie über den fortschrittlichen Absolutismus der Renaissance bis zur Entwicklung der Manufakturgesellschaft reichenden, mit der englischen Revolution im wesentlichen abgeschlossenen, Periode der Neuzeit erblickt K. ‚vorwärtsweisende Faktoren‘; die spätere Geschichte des Bürgertums dann, die unter weitgehender Beschränkung auf die Beispiele Englands und Deutschlands dargestellt wird, erscheint im Zeichen des ‚Gegenstroms‘: eine „neuf feudale Epoche des Absolutismus“ (416) leitet den Niedergang des Bürgertums ein, das unterm Industriekapitalismus schließlich Antagonismen von vorher unbekannter Schärfe hervorbringt. Für K. besitzt das liberalistische Gesellschaftsmodell keinerlei Verbindlichkeit. Den Begriff des Fortschritts versucht er von bloß formalen Kriterien abzulösen: weder die Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltungen noch demokratischer Parlamentarismus als solcher vermögen ihn schon zu erfüllen, aber auch die mit der Entfaltung der Konkurrenzgesellschaft konkret anwachsende Freiheit bleibt die der großbürgerlichen Klasse, fällt mit der Befreiung der Gesamtgesellschaft nicht zusammen. K.s Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft stellt zugleich eine Geschichte ihrer Unterklassen, des ausgeschlossenen Kleinbürgertums und des entstehenden Proletariats dar, bei denen das revolutionärfortschrittliche Potential bereits der frühbürgerlichen Periode aufbewahrt sei. Die Verdienste des K.schen Buches liegen nicht zuletzt im Aufweis der ‚historischen Schranken‘ (590) der bürgerlichen Gesellschaft. Aber so berechtigt gerade diese Passagen sind, so sehr vermißt man doch etwa eine Analyse der Revolution von 1789, die nur gestreift wird. Sie hätte einem gewissen Schematismus in der Zuordnung der Phänomene zu Fortschritt und Regression steuern können, mit dessen Hilfe K. auch sonst gelegentlich die rückläufigen Tendenzen allzu säuberlich aus den legitim bürgerlichen glaubt herausklauben zu können. Entfesselung der Produktivkräfte und sie hemmende, „wesentlich auf die Erhaltung der traditionalistischen Welt- und Lebensauffassung“ (401) gerichtete Momente, Rationalität und Irrationales der Entwicklung läßt K. eher *n e b e n e i n a n d e r* bestehen, als daß er die *i m m a n e n t e* Dialektik der bürgerlichen Geschichte *s e l b e r* entfaltet. Doch muß wohl jeder Versuch von vergleichbarer Ambitioniertheit einige Vereinfachung und Gewalttätigkeit in Kauf nehmen, um die beinahe unübersehbaren Stoffmassen überhaupt in den Griff zu bekommen. Gerade K.s Blick für die einzelnen Subjekte, historischen Epochen und Gebiete gesellschaftlicher Arbeit übergreifenden Strukturen scheidet ihn ebenso eindrucksvoll von der herrschenden Geschichtsschreibung, wie seine bewundernswert entschiedene Parteinahme für den gesellschaftlichen Fortschritt der Ideologie einer interessellosen, in Wahrheit nur affirmativen Wissenschaftlichkeit die Stirn bietet.

Dennoch wird der Marxist nicht ohne Einschränkung dieses Buches froh. Daß der historische Materialismus „die mißverstandenste Geschichtstheorie der Gegenwart“ (27) ist, mag immerhin den Gestus des Anbiedernden erklären helfen, mit dem K. bürgerlichen Autoren die Etiketten der „Männer von Weltruf“ oder der „bedeutenden Namen“ (25) anheftet; an Grötius gar ist er imstande zu monieren, daß diesem „der Zug zum Klassischen völlig fehlt“ (336). Mittlerweile abgetane Fetische wie der ‚Renaissancemensch‘ (170 ff.) mit ‚individualistischem Lebensgefühl‘ (176) und ‚genießerbisch-ästhetischer Lebensauffassung‘ (186) werden hartnäckig festgehalten. Auf der anderen Seite traktiert K. schon in diesem, vor zwanzig Jahren geschriebenen Buch Begriffe wie Dekadenz und Pessimismus mit der gleichen naiven Unreflektiertheit, die ihn später, vor allem in seiner unbeschreiblichen Literaturtheorie, an den Rand intellektuellen Selbstmordes brachte. Am fatalsten aber wirkt an der „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“, wie materialistische Kategorien in die verlogenensten der spätbürgerlichen Ideologie übersetzt und als ‚wesenhafte Wahrheit‘, „Gefüge des Seins“, „Prozeß des Seins selbst“, „innere Wesenheit der Phänomene“ (18 f.) ausgeboten werden. Daß solche lapsus dem Denken K.s nicht nur äußerlich sind, sondern ein revisionistisches Moment seines Verfahrens indizieren, macht etwa die Reduktion des Unterschiedes zwischen bürgerlicher und marxistischer Historie auf einen „Unterschied der Methoden“ (18) deutlich. Die eigene Methode deutet K. in einer kurzen Einleitung nur eben an, im übrigen verweist er, als auch für diese Arbeit verbindliche ‚Methodenlehren‘, auf seine Bücher „Die Wissenschaft von der Gesellschaft“¹ und „Geschichte und Dialektik“²; ihre Neuauflage, die die überfällige Diskussion von K.s Geschichts- und Gesellschaftstheorie vielleicht doch noch provozieren könnte, sei den Herausgebern der „Soziologischen Texte“ nachdrücklich empfohlen. K.s Sozialgeschichte freilich zieht aus der undialektischen Trennung von Methodik und Anwendung (vgl. 12 f.) paradoxen Vorteil. Ihre materialen Ausführungen, relativ unangefochten von den methodologischen Überzeugungen des Autors, bieten ein Stück materialistischer Geschichtsschreibung, wie es ähnlich imponierend heute nur selten sich findet.

Rolf Tiedemann (Berlin)

Marcuse, Herbert: Die Gesellschaftslehre des Sowjetischen Marxismus. Soziologische Texte 22, Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1964 (260 S., kart., 14,80 DM).

Marcuses bereits 1957 in englischer Sprache verfaßte Kritik be- greift die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus als histo- rische Erscheinung, wie die sowjetische Gesellschaft selbst. „Wenn der herrschende Zustand weder normal noch notwendig ist, hat er historische Alternativen, . . . Kritische Analyse hat die Aufgabe, diese

1 Bern 1944; unter dem Pseudonym Stanislaw Warynski erschienen.

2 Hamburg 1955.

Alternativen im Gedächtnis zu halten, ganz gleich wie utopisch sie im Status quo erscheinen mögen.“ (21) Nicht der Wertstandard einer anderen (einer westlichen) Gesellschaftslehre ist deshalb Maßstab der Kritik, sondern eine utopische Zielvorstellung, die — noch abstrakt — die Selbstverwirklichung und Befreiung des Menschen umgreift. Die Parallelen zur „Methode des wissenschaftlichen Sozialismus“ liegen auf der Hand: Erstens deutet er die gesellschaftliche Wirklichkeit aus ihren realen Möglichkeiten und zweitens wendet er die Methode der immanenten Kritik an, die „von den theoretischen Prämissen des Sowjetmarxismus (ausgeht), ihre ideologischen und soziologischen Konsequenzen (entwickelt) und die Prämissen erneut im Licht dieser Konsequenzen (überprüft). Die Kritik wendet also das begriffliche Instrumentarium ihres Gegenstandes, nämlich des Marxismus, an, um die tatsächliche Funktion des Marxismus in der Sowjetgesellschaft und ihrer geschichtlichen Bewegung zu klären.“ (23) Es ist verständlich, daß bereits die Methode auf Ablehnung gestoßen ist, worauf Marcuse im Vorwort zur zweiten Auflage (11) hinweist: in der westlichen Sowjetologie, da nicht wie üblich begriffliches Instrumentarium und Terminologie an westlichen Normvorstellungen ausgerichtet war; im Osten, da der Absolutheitsanspruch der institutionalisierten Lehre in Frage gestellt und an Hand der eigenen Begriffe überprüft wurde.

Ausgehend von der Marx'schen Lehre und seiner Konzeption der proletarischen Revolution, des Übergangs zum Sozialismus und des Kommunismus als eines Systems „auf der Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten“ (Engels) untersucht Marcuse Ursache und Bedeutung der Lenin'schen Modifikationen und Erweiterungen der Marx'schen Lehre, insbesondere was die Führungsrolle der Partei (Partei als einziges relevantes handelndes Subjekt, deren Objekt das Proletariat wird) anlangt und spürt dann die Hintergründe für die Stalin'sche Dogmatisierung auf. Die Änderungen und den theoretischen Niedergang der sowjetischen Gesellschaftslehre deutet Marcuse aus politischen, wirtschaftlichen, militärischen Erfordernissen beim Aufbau der Sowjetmacht, der politischen Isolierung, der forcierten Industrialisierung, des Ausbleibens der „Weltrevolution“, der nach dem zweiten Weltkrieg beginnenden Periode des „kalten Krieges“ bzw. der „friedlichen Koexistenz“. Den tatsächlichen theoretischen Bruch sieht Marcuse nicht zwischen Lenin und Marx, sondern zwischen Lenin und Stalin. „Wenn das dialektische Gesetz des Umschlags von Quantität und Qualität je anwendbar war, dann auf den Übergang vom Leninismus (nach der Oktoberrevolution) zum Stalinismus. Die ‚Verzögerung‘ der Revolution im Westen und die Stabilisierung des Kapitalismus bewirkten qualitative Veränderungen in der Struktur der Sowjetgesellschaft.“ (84)

Die Sowjetgesellschaft mußte sich in ihrem (gemessen an den Vorstellungen von Marx, Lenin und unzähligen anderen Sozialisten, die für die Revolution und humanere Verhältnisse gekämpft hatten) unvollkommenen Zustand einrichten und den „Sozialismus aufbauen“. Erforderlich dazu war die Ersetzung des revolutionären Impetus

durch eine „neue Rationalität“ (87 ff); die ausgebliebene totale Revolution mußte auf die täglich zu leistende (harte) Arbeit, die nach Marx ja „revolutionäre Praxis“ ist, reduziert werden. Aber diese durch Industrialisierung, Mechanisierung, Kollektivierung gekennzeichnete Reduktion hatte Konsequenzen, die das gesamte individuelle und gesellschaftliche Leben berührten. Die „freie Assoziation freier Produzenten“ wurde in eine nicht absehbare Zukunft hinausgeschoben; die statt dessen eingerichtete „industrielle Zivilisation“ (für Marcuse ein zentraler Begriff, der nicht nur im ‚Sowjetmarxismus‘ ein entscheidende Rolle spielt; vgl. die Besprechung von Marcuses „One-dimensional Man“ in Argument Nr. 34) war nur zu verwirklichen durch repressive Maßnahmen, also durch Unterdrückung der Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums, durch Integration in einen zentral gesteuerten, auf Initiative von unten wenig oder gar nicht Rücksicht nehmenden Produktionsprozeß und zeitweise sogar durch physischen Terror.

Damit hatte die Sowjetgesellschaft den Anspruch gegenüber kapitalistischer Repression verloren, eine humane Gesellschaftsform zu sein. Nur der Schein dieses Anspruchs (beispielsweise durch verzweifeltes Leugnen von Entfremdung in sozialistischen Ländern) wurde aufrechterhalten. In der fortgeschrittenen Industriegesellschaft allerdings wird die den Erfordernissen der Produktion angepaßte „Präformation des Individuums“ immer mehr „begleitet von zunehmendem Komfort und einem sich für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung erhöhenden Lebensstandard. Und in dem Maße, wie der technische Fortschritt diese handgreiflichen Vorteile abwirft, kann sich die Gesellschaft auf die Macht des ökonomischen Apparats verlassen und gewaltsamere Mittel zur Erzwingung der Unterwürfigkeit normalerweise im Hintergrund lassen.“ (17) Zum Nutzen der industriellen Zivilisation und zur Aufrechterhaltung der repressiven Situation werden ganze Moralsysteme, eine industrielle Ethik entwickelt, um dem Menschen Handlungsimpulse zu vermitteln und Unfreiheit als Freiheit erscheinen zu lassen. Hier ist die formale Gleichheit der Probleme in West und Ost offenkundig und so ähneln die besonderen Prinzipien der kommunistischen Moral ebenso wie die allgemeinen ‚Prinzipien der menschlichen Moral‘ denen der bürgerlichen Ethik in einem erstaunlichen Grade . . .“ (216)

Trotz dieser Parallelen der „industriellen Zivilisation“ in Ost und West konstruiert Marcuse aus der formalen Ähnlichkeit keine veröhnlerische „Annäherung der Systeme“, wie sie in der westlichen Journalistik — fälschlich — immer wieder beschworen wird. Es fehlt in Marcuses Buch nicht an Hinweisen auf Möglichkeiten, die zur Aufhebung des repressiven Systems tendieren und in der Sowjetgesellschaft eine andere Qualität als in westlichen Gesellschaften erhalten. Grund hierfür ist die substanzielle Rationalität, die „nicht bei den Mitteln (anhält), sondern in die Richtung gesellschaftlicher Organisation (geht)“ und sie zum Ziel hat (246). Ideologisch, weil die Rechtfertigung der Politik mit Marx’schen Begriffen diese „auf die Rationalität der Ziele im individuellen wie im allgemeinen

Interesse“ (247) ausrichtet, und technisch-ökonomisch, weil „die geplante Produktion für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung... gegen die geplante Verewigung, ja Vermehrung der Arbeit“ rebelliert (20), führt der gleiche Druck zu einem Nachlassen der Unterdrückung. Jedoch genügen diese begrifflichen Erörterungen allein nicht zur Untermauerung der zentralen These von der tendenziellen Aufhebung der Repression im Sowjetsystem. Gerade hier hätte es einer eingehenderen Untersuchung der ökonomischen Hintergründe bedurft. So real die sich zur Zeit im gesamten Ostblock vollziehende ‚Liberalisierung‘ ist und so sehr sie Marcuses Analyse aus dem Jahre 1957 (kurz nach dem 20. Parteitag) recht gibt, die notwendige Ergänzung zum rezensierten Buch ist die Konkretisierung der allgemeinen Schlußfolgerungen und ihre Überprüfung durch Einzelstudien „hart an den Tatsachen“. Aber das kann nur permanent unter Berücksichtigung aller Reformen und Änderungen geschehen.

Elmar Altvater (München)

Hahn, Erich: Soziale Wirklichkeit und soziologische Erkenntnis. Philosophisch-Methodologische Aspekte der soziologischen Theorie. VEB — Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (Ost) 1965 (179 S., kart., 6,— MDN).

Empirische Sozialforschung und neuere soziologische Theorie bewegen sich aufeinander zu. Vornehmlich subjektive Phänomene — Meinungen, Einstellungen, Motive, Normen, Symbole, Interaktionen und Rollenerwartungen — die der methodisch kontrollierten Erfassung durch Interview, Beobachtung und Experiment zugänglich sind, fungieren — generalisiert und formalisiert — als wesentliche Kategorien der Theorie. Empirische Forschung und Theorie in den westlichen Ländern entfernen sich zunehmend von den Problemstellungen einer objektiv gerichteten Theorie wie der von Marx. Die Übernahme und Verwendung von Methoden der empirischen Sozialforschung in den sozialistischen Ländern, wie es von der Planung des gesamten sozialen und ökonomischen Prozessen gefordert wird, erzwingt eine Revision im Verhältnis von marxistisch-leninistischer Theorie und „bürgerlicher Soziologie“; die ideologiekritische Abwehr reicht nicht mehr aus. Denn offensichtlich bieten sich zur Interpretation der von der empirischen Forschung bereitgestellten Daten eher gewisse Theoreme der Sozialpsychologie und der Gruppensoziologie an als die „Bewegungsgesetze der Gesellschaft“.

Diese Problematik ist das bestimmende Motiv der Arbeit von Hahn. „Es geht darum“, so heißt es an einer charakteristischen Stelle, „die theoretische und methodische Fruchtbarkeit, die Anwendungsfähigkeit und -möglichkeit des historischen Materialismus den gegenwärtigen Bedingungen und Erfordernissen der gesellschaftlichen Praxis voll anzupassen.“ (S. 168) Hahn ist Leiter der Soziologischen Arbeitsgruppe am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität; wie aus dem Vorwort zu ersehen, hat er selbst an größeren empirischen Untersuchungen mitgearbeitet. Gegenstand seiner Arbeit ist das

Problem der „gesellschaftlichen Determination des Individuums“, die Frage nach den Bestimmungsgründen menschlichen Verhaltens. Unter diesem Aspekt diskutiert er die zentralen Kategorien der Theorien von Durkheim, Parsons und Homans, vor allem die Begriffe Kollektivbewußtsein, soziale Normen, soziales Handeln, Sozialisation und Internalisierung, soziale Rolle und Gruppe. In seinen theoretischen Analysen verfährt Hahn undogmatisch, im Sinne einer immanenten Kritik. Sie läßt sich in drei Thesen zusammenfassen: individuelles Verhalten und soziale Zusammenhänge werden „idealistisch“ auf Momente des Bewußtseins, Normen und Werte reduziert; die Theorien beschränken sich auf unmittelbar gegebene Phänomene des subjektiven Verhaltens; zugrunde liegt ihnen die Vorstellung eines abstrakten, ahistorischen Individuums, das notwendig auf Reglementierung durch soziale Normen angewiesen ist.

Die kritische Differenz des Verfassers zu den diskutierten Theorien wird schon im ersten Kapitel formuliert: „Der Ausgangspunkt der theoretischen Systematik bzw. der Darstellung eines theoretischen Systems ist nicht identisch mit dem Ausgangspunkt oder dem zentralen Objekt einzelner empirischer Analysen.“ (12) Aus diesem methodologischen Prinzip der marxistischen Theorie folgt: die soziologische Analyse beginnt zwar an konkreten Phänomenen menschlichen Verhaltens, aber die zentralen theoretischen Kategorien lassen sich nicht aus den empirisch beobachteten Verhaltensweisen von Individuen gewinnen. Eine Sozialforschung, die sich an Marx'schen Kategorien orientiert, muß daher die registrierten Daten und Phänomene als durch „ökonomische und materielle Beziehungen vermittelt begreifen“ (147), das heißt: das Verhalten von Individuen und Gruppen als Momente der gesellschaftlichen Totalität verstehen. Das leisten freilich kaum zureichend die Kategorien Klasse und Interesse, auch nicht der Begriff der ökonomischen Charaktermaske. Vorsichtig abwägend untersucht daher der Verfasser, ob der Begriff der sozialen Gruppe und der der sozialen Rolle für die Zwecke einer „marxistischen Sozialforschung“ geeignet gemacht werden können. Zur Rollentheorie wird angemerkt, daß sie „die Bestimmungsgründe der Erwartungen“, die „materiellen Triebkräfte“ der Gesellschaft in ihre Analyse einbeziehen müsse (103). Und von der Gruppe heißt es, sie könne „zu einer der wesentlichen Vermittlungskategorien werden“ (170); unter gewissen Bedingungen fungiere sie als „relativ selbständiger Determinationsfaktor“, der „sich zwischen die allgemeinen gesellschaftlichen Beziehungen und das betreffende Individuum schiebt“ (178). Nicht ausgeschlossen wird, daß es möglich sei, im Gruppenverhalten „Konstanten zu finden, die auch unabhängig von der sozialen Umwelt der betreffenden Gruppe... existieren“ (178).

Wenngleich Hahns Analyse der neueren soziologischen Theorie nicht über das hinausgeht, was schon von anderen Kritikern bemerkt wurde — seine Arbeit belegt, daß die Soziologie in der DDR dabei ist, ihren Rückstand aufzuholen. Seine Kritik am „Idealismus“ und „Psychologismus“ der gegenwärtigen Soziologie, ihren abstrakten

Allgemeinheiten und formalistischen Verfahrensweisen ist triftig. Seine Überlegungen zur sozialen Rolle und zum Gruppenbegriff allerdings bleiben unverbindlich, obwohl sie von praktischen Erfahrungen in der empirischen Forschung motiviert scheinen. Zwar wird beiden Begriffen ein gewisses Recht zugestanden, über ihren spezifischen theoretischen Stellenwert aber erhält der Leser keinen Aufschluß. Hier vor allem macht sich die mangelnde Kenntnis der Psychoanalyse bemerkbar. Voreilig wird auf die „soziale und historische Bedingtheit etlicher Thesen Freuds“ verwiesen (176); die Kommentare zur Sozialisationstheorie Parsons' sind naiv, die vorgebrachten Einwände verfehlt. Die von Hahn geforderte „materialistische Theorie des Menschen als eines gesellschaftlichen Wesens“ (97) ist notwendig auf die von Freud angewiesen. Nicht zufällig dürfte es sein, daß die zentralen Begriffe des „materiellen Interesses“ und der „materiellen gesellschaftlichen Beziehungen“ abstrakt und undifferenziert verwandt werden. Joachim E. Bergmann (Frankfurt/Main)

Claessens, Dieter: Status als entwicklungssoziologischer Begriff. Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe „Daten“, Bd. 4 Herausgegeben von L. Claussen, D. Danckwerts, H. J. Krysmanski, R. Reichwein. Verlag Fr. Wilh. Ruhfus, Dortmund 1963 (174 S., Pap., 9,— DM).

Claessens, heute Ordinarius für Soziologie in Berlin, setzt sich in dieser zehn Jahre alten Arbeit mit Parsons auseinander. Der Statusbegriff soll entpsychologisiert werden, es geht um die rein „soziologische Ortung des Einzelnen in der Gesellschaft und die Bestimmung seiner Schichtzugehörigkeit“ (23). Status dient dann als Schlüsselbegriff für verschiedene Gesellschaftsformen: „Entwicklungssoziologisch soll hier heißen: diejenige Art der formalen Betrachtung unter strukturell-funktionalem Aspekt, die den Zuwachs an Quantität und Qualität durch Erweiterung, Vergrößerung, Differenzierung, Erfindung, ‚Innovation‘ in Raum und Zeit berücksichtigt und ihn als prinzipiell soziologisch verändernd auffaßt.“ (7) Letzten Endes soll „Status“ hier zu einem Begriff gemacht werden, der auch den sozialen Wandel erklären kann. Claessens reichert „Status“ historisch an und erarbeitet Einsichten über Schichtungsfragen, Machtstruktur und Institutionenlehre, Ergebnisse die aber weder neu sind, noch zwangsläufig oder gar originär mit der Anwendung des Statuskonzepts im Zusammenhang stehen: z. B. die Feststellung, daß heute die Technik als objektivierte, externalisierte Autorität wirkt und deswegen in unserer Gesellschaft weniger Wert auf die Internalisierung der Normen gelegt wird, also gleichsam ein Vakuum zwischen Individuum und Gesellschaft besteht. (128) Die beabsichtigte Dynamisierung des Statuskonzeptes gelingt nicht, denn die Entwicklung vom „Primärstatus“ (von Gesellschaft unabhängige Merkmale wie Alter und Geschlecht, die nicht sozial vermittelt, nur sozial wirksam sind [61 ff.]) zum sozialen Status ist soziologisch allein nicht erfassbar.

Das Soziologistische des Ansatzes ist nicht nur eine methodologische Frage, es gerät zur inhaltlichen. Denn obgleich Claessens weiß, daß er das Problem der Selbsterhaltung einer Gesellschaft nicht lösen kann, ohne auf die individuelle Reaktion (58), auf einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung also auf die „Internalisierung des gesellschaftlichen Imperativs“ (81 ff.) einzugehen, muß er doch, um seiner Vorstellung von Soziologie gerecht zu werden, das Subjektive, eben die individuelle Reaktion, verschwinden lassen. Er vertraut dieses potentiell Dysfunktionale der wissenschaftlichen Arbeitsteilung an. Soziologie wird bei ihm nur verstanden „als Wissenschaft von der Art und Weise, in der Gesellschaft ihren Bestand sichert“. (56)

Jene „Sozio-Psychologie“, die er im Gegensatz zur Sozialpsychologie als „Akzidenz der Soziologie“ (60) wünscht, psychologisiert vielleicht verbal, indem sie das Konzept „Internalisierung“ zu verwenden scheint. Doch damit verbindet sich keine sachliche Konsequenz, höchstens die Hoffnung, daß das Individuum tatsächlich jenes leere Gefäß sein möge, welches Hineingegossenes getreulich unverändert aufbewahrt und auf Abruf im soziefunktionalen Sinne reproduziert. Dieses Stück Geschichte der Plünderung der Psychoanalyse, bei der Claessens im Gefolge von Parsons mitmacht, muß noch geschrieben werden. Es ist die Vergewaltigung, die zum Ziel hat, auch die Psychoanalyse schließlich in die funktionalen Sozialwissenschaften einzureihen. Das durchaus Ärgerliche für diese Soziologie, die mit den Individuen rechnen muß — aber eben r e c h n e n möchte —, ist das potentiell Dysfunktionale, das Unintegrierte, das sich nicht gesellschaftlich konditionieren läßt, das das gesellschaftliche Sicherungssystem nicht um jeden Preis fördert, ja vielleicht sogar daraus ausbrechen möchte. (57) Weil die Psychoanalyse jedoch die einzige Psychologie ist, die den symbolhaften Niederschlag der Geschichte der Objektbeziehungen eines Subjekts — also gerade die Entwicklung vom Primär- zum Sozialstatus — wesentlich zum Gegenstand hat, weil nur die Psychoanalyse also jene Internalisierung — allerdings im Rahmen eines integralen Begriffssystems — durchsichtig machen kann, muß die Soziologie wohl oder übel danach greifen. Aber sie soziologisiert dieses Konzept, sie entschärft es. Denn die Frage nach den Individuen in der Gesellschaft ist auf einen spezifischen Aspekt zugeschnitten: „Wichtig ist nun, daß auch bei dieser (soziologistischen, K. H.) Betrachtungsweise die Frage der Reaktion des *Individuums* nicht zu umgehen ist. Sie wird daher auf die Frage reduziert: Wie reagiert das Individuum auf die gesellschaftlichen Einflüsse so, daß sich damit die Absicht der Gesellschaft mehr oder minder durchsetzt?“ (58) Erlaubt man der Psychologie auf die Frage nach der individuellen Reaktion von vornherein nur eine soziefunktionale Antwort, entlarvt sich diese Frage als methodologisch getarnte Heuchelei — an der letzten Endes die Dynamisierung des Statuskonzepts scheitern muß. Man will mit einer Sozialpsychologie, von der Claessens ganz richtig sagt, daß sie als Psychologie des Individuums konzipiert sein müßte, in Wahrheit nichts zu tun haben,

denn sie könnte eben nicht, was der Autor von ihr will: „... das ‚individuelle System‘ mit dem kulturellen stimmig in Verbindung“ (59) bringen.

Claessens bringt als Pseudogegenpol von Gesellschaft, als Anzupassendes, bereits ein „Sociologicum“ (66) ein. Der Weg vom Primärstatus zum sozialen Status wird hier nicht als Sozialisationsprozeß in einer bestimmten Gesellschaft aufgezeigt, sondern in Anknüpfung an Simmel entwickelt am abstrakten, unhistorischen Modell der kleinen Gruppe. So bleibt das begriffliche Nachvollziehen der „konkreten Entstehung des gesellschaftlichen Imperativs“ (70) ganz formal; man wird von der Einsicht überrascht, daß, sobald drei Menschen zusammen sind, ein „kategoriales ‚Wir‘“ (69 f.) entsteht. Woher dieses Normativ jedoch kommt, warum es so oder anders aussieht, bleibt ein Rätsel.

Individuen, sofern sie sinnliche Wesen sind und Eigeninteresse zu vertreten haben, existieren in dieser Arbeit nicht. So erscheint dann Gesellschaft — in unmittelbarer Anlehnung an Hartley und Hartley — nur als „riesiges Geflecht gegenseitiger Übereinkommen“ und als „durch und für das Individuum sich entwickelnde Einheit“ (140). Gesellschaft ist jedoch auch den Individuen entfremdetes Allgemeines. Wäre sie tatsächlich nur jenes Identische, wie käme es dann zu Anpassungsschwierigkeiten, die sich als psychosomatische oder psychische Deformationen niederschlagen? Fragen, die den harmonistischen Rahmen dieses von individueller Spontaneität gereinigten unhistorischen Begriffsapparates transzendieren. Auch ein historisch aufgefülltes unhistorisches Konzept bietet keinen Schlüssel für das Verständnis des sozialen Wandels; das Problem der bloßen Anwendung vermeintlich neutraler instrumenteller Kategorien auf Material wird in dieser Arbeit ganz deutlich.

Klaus Horn (Frankfurt/Main)

Zoll, Ralf u. Hans Jörg Binder: Die soziale Gruppe — Grundformen menschlichen Zusammenlebens. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/M, Berlin, Bonn, München 1966 (176 S., Ln., 8,80 DM).

Die Verfasser gehen davon aus, daß „Die Diskussionen der letzten Jahre über eine Neuorientierung der Bildungsziele... den traditionellen Bildungskanon in Frage gestellt (haben). Immer größere Bedeutung gewinnen jene Anstrengungen, die sich darum bemühen, Verständnis und Kenntnis gesellschaftlicher Prozesse und Tatbestände zu vermitteln. Bevor jedoch größere Zusammenhänge behandelt werden können, müssen jene Beziehungen interessieren, in denen jeder von uns täglich steht. Geschehen die ‚einfachen‘ sozialen Vorgänge in der Regel auch unbewußt, ihre Bedeutung für den einzelnen und das Zusammenleben der Menschen ist gerade aus diesem Grund besonders groß“ (VII).

Um den aus dieser Tatsache resultierenden Anforderungen an das Schulbuch zu genügen, referieren die Verfasser Texte grundlegender

sozialwissenschaftlicher Untersuchungen, deren Gegenstände vom sozialen Verhalten der Dohlen (4) und der Existenz von „Völker(n), die den Krieg nicht kennen“ (3), über die Analyse des Verhaltens und der Funktionen jugendlicher Banden (15 f) bis hin zu jener berühmten Studie reichen, die in den zwanziger Jahren in den Hawthorne-Werken der General Electric Company Chicago (60) durchgeführt wurde. Nicht zuletzt sollte aber auch noch ein anderer Themenbereich wenigstens erwähnt werden, der sich mit dem „Verhältnis von sozialer Gruppe und Gesamtgesellschaft“ (90) befaßt, wobei die „Kommunikation als Grundelement sozialer Gebilde“ (90) im Mittelpunkt steht. Beim Referieren dieser vorwiegend in den Vereinigten Staaten durchgeführten Arbeiten muß den Autoren bescheinigt werden, daß sie ihr selbstgestecktes Ziel, beim Referieren der empirischen Studien in der „Zugänglichkeit der herangezogenen Schriften . . . einen wichtigen Auswahlgesichtspunkt“ (VII) zu sehen, voll erreicht haben. Was durch dieses Selektionsprinzip vermieden wurde, ist ein allzu trockenes und schwerverständliches Fachbuch. Was dagegen erreicht werden konnte, ist ein Arbeits- und Lesebuch, das, ohne die behandelten Gegenstände verfälschend zu simplifizieren, bis auf die letzte Seite anregt und eine Fülle von Diskussionsmaterial für den Sozialkundeunterricht bietet.

Abgesehen von diesen methodischen Vorzügen, genügt das vorliegende Buch aber auch inhaltlich den Anforderungen, die gestellt werden müssen, um kritisches Denken zu wecken und „eine selbstbewußte und selbstbestimmte Stellung des einzelnen in der Gesellschaft“ (VII) zu ermöglichen. Zwar wird die soziale Gruppe als eines der wichtigsten Objekte der empirischen Sozialforschung betrachtet; eine Verabsolutierung aber, die etwa darauf hinausliefe, die Gesamtgesellschaft als eine bloße Addition sozialer Gruppen zu betrachten, ist vermieden worden. Ausdrücklich stellen die Verfasser fest: „Sieht man auf der einen Seite in den sozialen Gruppen den wichtigsten Gegenstand sozialwissenschaftlicher Betrachtung, so spricht man ihnen auf der anderen Seite für das Zusammenleben der Menschen oft jede besondere Bedeutung ab. Der Fehler solcher Betrachtungsweisen liegt in der Ausschließlichkeit, mit der die Gruppe behandelt wird. Sicher ist in den letzten Jahrzehnten die Macht und der Einfluß gesamtgesellschaftlicher Kräfte gewachsen, die sozialen Gruppen haben aber keineswegs ihre Vermittlungsfunktion verloren“ (90).

Das Buch wird ausgeleitet mit einem „Methodenkapitel“, das besonders erwähnt werden muß. Es bietet uns nämlich einen — wenn wohl auch nicht vollständigen — Einblick in die „Werkstatt“ des empirischen Sozialforschers. Die Verfasser intendieren damit nicht nur einen Abbau der Distanz, „die gegenüber den Sozialwissenschaftlern besteh(t)“ (VII). Sie sehen darüber hinaus in der „Auseinandersetzung mit den Methoden“ die Möglichkeit „einer Schärfung der eigenen Urteilskraft“ (VII). Wie angemessen diese Implikate auch sein mögen: Wenn, wie in diesem Buch, die Techniken des Interviews, des Experimentes, des Beobachtens, der Soziometrie, der Inhaltsanalyse und des Rangordnungsverfahrens dargestellt werden,

so zeigt sich doch, daß dem Instrumentarium der empirischen Sozialforschung ein inhumaner, weil entindividualisierter Zug eignet. Dennoch wäre nichts falscher als die Anwendung naturwissenschaftlich orientierter Methoden auf gesellschaftliche Sachverhalte etwa der Willkür der empirischen Sozialforschung anzulasten. Die Gesellschaft selbst, deren Strukturen durch fortschreitende ökonomische Konzentration einer immer intensiver werdenden Normierung unterliegen, schreibt nicht selten eben diese Methoden vor.

Richard Saage (Frankfurt/M)

Bottomore, T. B.: Elite und Gesellschaft. Eine Übersicht über die Entwicklung des Eliteproblems. Aus dem Englischen übertragen von Gerda Kunz und Siglinde Summerer. Verlag C. H. Beck, München 1966 (178 S., Papb., 9,80 DM).

„Alle Elitetheorien bestreiten, daß es in einem echten Sinne Herrschaft durch das Volk geben kann“ — sie richten sich von Anfang an gegen Demokratie; nicht sowohl gegen Parlamentarismus als vor allem gegen Sozialismus (118). Es „war der Widerstand gegen den Marxismus der eigentliche Ausgangspunkt der Elitetheorien“, die im späten 19. Jh. in Europa, in den angelsächsischen Ländern erst in den 30er Jahren dieses Jhs. sich verbreiteten (134). Der Begriff der Elite soll den herrschenden Klasse ummünzen, das Konzept der Elitenzirkulation soll die Theorie der Revolution entkräften. Im Bewußtsein dieser Auseinandersetzung ist das vorliegende Buch geschrieben, mit dem Ziel, beide Begriffe in einem differenzierten Modell von Herrschaft zu integrieren.

Eingangs arbeitet Bottomore die Widersprüche und Unklarheiten im Elitebegriff, wie er systematisch erstmals bei Vilfredo Pareto und Gaetano Mosca vorliegt, durch einen Vergleich mit der Marx'schen Klassentheorie heraus. Die Trennung von Elite und Masse als ewig erklärend, soziale Veränderungen als Elitenzirkulation begreifend, kann der Elitebegriff doch keine Erklärung geben für die Grundlagen und den Strukturwandel von Herrschaft; er ist tautologisch. Moscas Rekurs auf historische Interessen droht dem Elitebegriff seinen Grund zu nehmen. — Der marxistische Begriff ‚herrschende Klasse‘ ist für Bottomore fragwürdig in folgenden Hinsichten: welche Rolle haben im Monopolkapitalismus die Verfügenden gegenüber den Eigentümern der Produktionsmittel? Entstehen und halten sich herrschende Klassen nicht auch qua Verfügung über militärische, politische, administrative Apparate? Erneuert sich die herrschende Klasse in den westlichen Ländern nicht durch Elitenzirkulation? Kann man die herrschenden KPen als Klassen bezeichnen, oder die orientalischen Wasserbaubürokratien?

Verf. meint, „die Entwicklung der Industriegesellschaft lasse sich genaugenommen als Bewegung von einem Klassensystem zu einem Elitesystem beschreiben“ (45). Deshalb, und wegen der Schwierigkeiten beider Begriffe, sucht er einen Mittelweg: macht ‚herrschende Klasse‘ zum Idealtypus, der seiner historischen und systematischen

Implikationen verlustig geht, und versucht ihn mit Hilfe des Elitebegriffs stratifizierend zu gliedern. Am Leitfaden dieses Interesses werden die verschiedensten Elitetheorien durchgegangen.

Einige typische Konzepte werden destruiert: solche, die sich als zukünftige Machträger die Intellektuellen (K. Mannheim) oder die Technokraten (Veblen, Burnham) wünschen; solche, die sie in den Bürokraten (Djilas, Kelsall) verkörpert sehen. Eine Untersuchung der Rolle der Eliten in unterentwickelten Ländern (revolutionäre Intellektuelle, nationalistische Führer) zeigt ebenso deutlich wie Bottomores Kritik an Djilas, daß sich ihm der Elitebegriff unter der Hand verwandelt hat: im Zusammenhang revolutionärer Bewegungen meint er das Gegenteil dessen, was seine Inauguratoren bedeuten wollten, und gehört in eine vom Verf. nicht beachtete Tradition, die von den Jakobinern über Babeuf, Blanqui, Lenin bis hin zur Theorie des Partisanenkrieges reicht.

„Der Ausgleich zwischen dem Elitegedanken und der Idee der demokratischen Regierungsform hat im 20. Jh. rasche Fortschritte gemacht“, auf Kosten realer Demokratie (115). Theoretiker wie Schumpeter, Mannheim, Aron betonen, „die Demokratie als Regierungsform zeichne sich gerade dadurch aus, daß es eine freie Elitenbildung und einen geregelten Wettbewerb der Eliten um die Machtstellungen gibt, ferner daß die Eliten relativ offen sind und sich auf der Grundlage des persönlichen Wertes rekrutieren“ (114). Das Konzept der Elitenzirkulation gehört zum Grundbestand der Pluralismus-Ideologie, welche Verf., empirisch fundiert, demoliert; gegen den formalistischen Begriff von Demokratie empfiehlt er, „sie am Ideal der direkten Beteiligung des Volks an Gesetzgebung und Verwaltung zu messen“ (119). Seine Zielvorstellung ist ein dem jugoslawischen ähnlichen Sozialsystem, in dem es tendenziell keine Eliten mehr gäbe.

Bottomore löst seinen Anspruch: die Schwächen der Begriffe Elite und herrschende Klasse in ihrer Integration zu beseitigen, nicht ein; stattdessen schwankt er zwischen beiden Konzepten; zwischen klassifikatorischer und historischer Begriffsbildung; zwischen wertfreier Wissenschaft und dezisionistisch gewähltem Gleichheitsideal. Sein Buch hält das Versprechen des Untertitels; genaue Belege und eine gründliche Bibliographie erhöhen seine Brauchbarkeit.

Kajo Heymann (Berlin)

McClelland, David C.: Die Leistungsgesellschaft. Psychologische Analyse der Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung; hrsg. v. Ingeborg Y. Wendt und Gerd Fleischmann. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966 (406 S., Ln., 28,— DM).

Die Übersetzung der 1961 unter dem Titel „The Achieving Society“ erschienenen Arbeit ist eine Veröffentlichung des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs. H. D. Ortlieb bestätigt ihrem Autor einen

in Deutschland selten gewordenen Mut, Untersuchungen quer zu den Grenzen wissenschaftlicher Arbeitsteilung vorzunehmen und sich an der praktisch-politischen Aufgabe ökonomischer Entwicklung zu orientieren. In den Vorbemerkungen der Herausgeber erhebt Wendt allerdings Kritik an der Ausschließlichkeit, mit der McClelland statistische Tests verwendet, die auf seine zentrale Hypothese eingeeicht sind. Fleischmann stellt zusammenfassend Genesis, Prüfung und Anwendung der Hypothese dar sowie die Kritik, die McClelland von Seiten der Wirtschaftswissenschaftler erfuhr. Vor allem S. P. Schatz lehnte das Meßverfahren für Wirtschaftswachstum ab, das McClelland heranzog: Nimmt man als Index wie üblich das Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung eines Landes, nicht aber die Produktionsmenge von Elektrizität, so wird McClellands Hypothese im interkulturellen Vergleich widerlegt statt bestätigt. Der größere Teil von Ländern, die 1925 ein hohes Leistungsniveau zeigten, weisen dann in der Periode bis 1950 nicht mehr ein überdurchschnittliches, sondern ein geringeres Wachstum auf, als zu erwarten gewesen wäre. McClelland konnte in einer Replik jedoch gegen das konventionelle Meßverfahren einwenden, daß es für wirtschaftliche Entwicklung entscheidenden Fragen der Produktivität vernachlässigt und lediglich ein Maß für schon erreichten Wohlstand ist, nämlich für die Zahlungsfähigkeit von individuellen Käufern.

McClellands Hypothese besagt, daß hohe Leistungsmotivation eine entscheidende Ursache für wirtschaftliches Wachstum ist. Zum Nachweis ihrer universalhistorischen Geltung verwendet er gemäß der in der Verhaltensforschung bewährten Logik des Experiments statistische Verfahren zur Prüfung von Hypothesen anhand von Stichproben, um ebenso Probleme der vergleichenden Ökonomie, der Soziologie und der Geschichte zu behandeln. M. R. Winterbottom hatte 1953 in einer Untersuchung von achtjährigen Schülern deren Leistungsmotivation auf Anforderungen ihrer Mütter zurückgeführt. McClelland bringt dies Phänomen in Zusammenhang mit Max Webers Hypothese über die Abhängigkeit des modernen Kapitalismus vom Aufkommen der protestantischen Ethik und vermutet, daß Max Weber damit nur einen Spezialfall einer allgemeinen Abhängigkeit traf. Werte und Haltungen, die den Methoden der Kindererziehung zugrundeliegen, gelten ihm als das entscheidende psychologische Agens für Leistungsmotivation und damit für wirtschaftliches Wachstum. Mit Tests und Fragebögen wurden von 1072 Schülern aus Japan, Deutschland, Brasilien und Indien Leistungsmotivation und unternehmerisches Verhalten ermittelt, definiert als Interesse an Aufgaben mit einer Erfolgswahrscheinlichkeit von 50:50. In der Hälfte der Fälle wurden die Mütter der Schüler auf relevante Werte und Haltungen hin befragt. — Bei etwa 750 Unternehmern und anderen Berufstätigen aus den USA, der Türkei, aus Italien und aus Polen wurde untersucht, welche Bedeutung die Variable *b* Leistung (= Bedürfnis nach Leistung) für ihre Karriere hatte. Um kollektive Verhältnisse von Leistungsmotivation „im Wandel der Zeiten“ zu messen, wurden Phantasie-Produkte aus den verschiedensten Kulturen

nach der Häufigkeit von Leistungsvorstellungen in Stichproben ausgezählt. Exemplarisch für vergangene Kulturen wurde Belletristik aus dem antiken Griechenland, aus dem Spanien des Mittelalters und aus England vom Mittelalter bis zur „industriellen Revolution“ in Querschnitten ausgewertet. Ergebnis: Das Profil der Leistungsmotivation korreliert mit dem Profil der Wirtschaftsentwicklung und geht ihm voraus. Aus Kulturen der Gegenwart wurden, wo es sich um schriftlose handelte, Volksmärchen und sonst Kinderlesebücher ausgewertet, und zwar für 1925 aus 23 Ländern und für 1950 aus 40 Ländern. Dabei ergab sich, daß hohe Leistungsmotivation in den zwanziger Jahren von nicht zu erwartendem Wirtschaftswachstum gefolgt war in vier Fünfteln der Fälle, die Höhe des Wachstums aber nicht die Höhe der Leistungsmotivation Anfang der fünfziger Jahre vorwegnahm. — Die theoretische Superstruktur läßt nach Ansicht des Verfassers durchscheinen, in welchen Prozessen die Sequenz des Wechselverhältnisses von Mensch und Gesellschaft im allgemeinen verläuft: soziale Verhältnisse konkretisieren sich in der Familienstruktur (von patriarchalischer bis zur Mutter-Kind-Familie); die darin vorherrschenden Erziehungspraktiken senken oder erhöhen das Niveau von Leistungsmotivation (der „Verfall“ der antiken griechischen Kultur wird mit der Verwöhnung der Kinder der reich gewordenen Athener durch Amme und Pädagogen, beides Haus-Sklaven, erklärt); in zu geringer oder ausreichender Zahl gelangen Hochmotivierte in unternehmerische Positionen und können dort ihr Interesse an innovierender Aktivität entfalten, d. h. die Lebensbedingungen der Gesellschaft verändern, wie es beispielhaft die amerikanischen Unternehmer taten, die trotz geringer Profitchancen den Bau der Eisenbahnen nach dem Westen vorantrieben.

Das wirtschaftspolitische Interesse an McClellands Analysen wird von den Herausgebern unmißverständlich genannt: Gelingt es „rechtzeitig“, das potentielle Leistungsniveau in einem Land zu erhöhen, so braucht nicht wieder ein „freiheitliches“ Wirtschaftssystem unterzogen, bloß weil die wenigen fähigen Unternehmer optimal in einer Zentralverwaltungswirtschaft organisiert werden. Bei dieser Problemlage dürfte aber der eine praktische Vorschlag, den McClelland macht, gerade nicht brauchbar sein, nämlich die Unternehmer bloß besser auszuwählen. Und die Professionalisierung des Managements, die er außerdem als kurzfristige Maßnahme empfiehlt, ist ihrerseits angewiesen auf eine ideologische Offensive („Es gibt keinen wirklichen Ersatz für ideologisches Feuer“, 372). Erst recht sind die empfohlenen langfristigen Maßnahmen zur Neuorganisation des Phantasielebens — wie Aufbau von Leitbildern für die Leistungsorientierung in der Kindererziehung, Stärkung der Stellung der Schule und „Emanzipation der Frauen“ zur Außenlenkung in Beschäftigungszentren — keine praktisch durchführbaren Schritte, zumal „führende Persönlichkeiten“ zu Subjekten der Emanzipation von außen ernannt werden. Die praktische Unbrauchbarkeit von McClellands Analysen — wenn sie nicht nur eine Drohung gegen luxurierende Interessen bei „Hochmotivierten“ der Oberschichten

sein sollen — hat ihren theoretischen Ausdruck in seinem Verfahren, Marx und Freud als Deterministen und Sozial-Darwinisten abzukanzeln. Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate taucht bei McClelland nur in seinem subjektiven Reflex auf: „Der Kapitalist wurde als von Habgier angetrieben gesehen, von der Notwendigkeit, Geld zu verdienen oder seine Profitrate zu halten“ (226). Zwar geht aus den Angaben der befragten Mütter klar hervor, daß die Erreichung bestimmter Leistungen am günstigsten etwa im Alter von 6 bis 8 Jahren erwartet wird, „d. h. weder zu früh für die Fähigkeit des Jungen, noch zu spät für ihn, um jene Maßstäbe als seine eigenen in sich aufnehmen zu können“ (295). Dennoch weigert sich McClelland, die Freudsche Theorie sich anders als nur zum zynischen Verwerfen von Rationalisierungen zu eigen zu machen. Es bleibt zu vermuten, daß auch die zur Steigerung des Leistungswillens anempfohlene „gedankliche Durcharbeitung der Phantasieerzeugnisse einer Person mit der betreffenden Person selbst“ kein ökonomisches Hilfsmittel zum „take off“ der Entwicklungsländer sein wird, sondern nur die Beschwörung, sich einem System zu unterwerfen, das Freiheit nur im Verteidigen kennt.

Rolf Czeskleba (Berlin)

Bednarik, Karl: Die Lerngesellschaft. Das Kind von heute — der Mensch von morgen. Verlag Fritz Molden, Wien — München 1966 (232 S., Ln., 19,80 DM).

Je mehr den Soziologen ein nachdrücklicher, auf Erkenntnis der Totalität zielender Begriff von Gesellschaft verlorenght, desto weniger können sie sich der Etiketten erwehren, die — bestenfalls — ein Epiphänomen des sozialen Prozesses fürs Ganze nehmen. Nach Bednarik leben wir in einer Lerngesellschaft, in einer „progressiven Lerngesellschaft“. Damit ist eine Gesellschaft gemeint, „die... in einem fortwährenden Prozeß geistiger und materieller Neuorientierung begriffen ist“. Um hinter diesem sozialen Wandel nicht zurückzubleiben, ist nach Bednarik jeder gezwungen, sich ständig der neuen Situation anzupassen, also zu lernen. Das Vermögen zu lernen und sich anzupassen, wird für den einzelnen wie für jede Gesellschaft zur Existenzfrage. Kinder sind Erwachsenen gegenüber im Vorteil. Ihre Lernbereitschaft ist groß in allen Phasen der Entwicklung, sofern diese nur „gesund“ verläuft. Sie nehmen die Veränderungen der Umwelt sozusagen spielend auf, können sich ihnen leichter und schneller anpassen.

Diese Fähigkeit spielerischer Anpassung macht zunehmend Jugendliche zu Lehrern der Erwachsenen. Die Verhaltensweisen beider gleichen sich immer mehr an: Die Jugend nimmt „durch die Teilnahme am Konsum... Züge der Erwachsenenwelt an“, die Erwachsenen orientieren sich an Lebensformen der Jugendlichen — an deren Verhalten im Sport, im Umgang untereinander und an der jungen Mode. Keinen Platz in dieser Gesellschaft der „Unfertigen“ (aber Anpassungsfähigen) finden die Lernunfähigen, also die Alten

und die Kranken. Unbrauchbar geworden, werden sie säuberlich in Heimen isoliert. Ähnlich die Kinder: für sie wird, bis zu ihrem Eintritt in die jugendliche Erwachsenenwelt, eine „künstliche Ersatzwelt“ gezimmert — Kinderspielplätze, Kindergärten, Horte, Internate, Schulen . . . („unser Alltagsleben ist durch kinderleere Räume gekennzeichnet: die Fabrik, das Büro, die verkehrsreiche Straße“).

B. vergleicht die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Kinder heute im Unterschied zu früher heranwachsen, um die veränderten Verhaltensformen in der Gesellschaft erklären zu können. Seine Beobachtungen und Thesen sind so mit einigem Zahlenmaterial untermauert, z. B. über die Höhe des Taschengeldes für Kinder und dessen Verwendung, für wieviel DM jährlich technisches Spielzeug gekauft wird, oder z. B. wieviel mehr Jungen als Mädchen an psychischen Störungen leiden.

In zwei interessanten Kapiteln geht der Verf. auf die unterschiedlichen Erziehungsprobleme von Jungen und Mädchen ein. Er beschreibt nach eigenen Beobachtungen, so wie seine Ausführungen stets weniger wissenschaftlich als impressionistisch und damit zwar leicht lesbar, aber auch einigermaßen unverbindlich sind, daß „gleiche Erziehung nicht unbedingt zur Gleichheit der Chancen führt“. Die Jungen seien den Mädchen in fast jeder Beziehung unterlegen: „So wie es nämlich fast von Anfang an eine gewisse körperliche Überlegenheit des Knaben gibt, so gibt es eine seelische und geistige Begünstigung der Mädchen von Natur aus.“

Als besondere Problematik der „jugendlichen Gesellschaft“ kennzeichnet der Verf. vor allem das „Ausgeliefertsein“ der Menschen an „anonyme Mächte; die „Abhängigkeit des einzelnen von übergeordneten Institutionen“ und den dadurch bedingten Mangel an Zivilcourage und Verantwortlichkeit; die Zufälligkeit, mit der Jugendliche zu Erfahrungen über entscheidende Ereignisse des Lebens gelangen (und denkt dabei an Zeugung, Geburt und Tod!) und die Erschwerungen, denen Kinder ausgesetzt seien beim Übergang zum Erwachsenenleben — ihre künstliche Ersatzwelt biete ihnen zu wenig Raum für selbständige Realitätserfahrung.

In diesem Zusammenhang stehen die Überlegungen zum Erziehungsziel in der sogenannten Lerngesellschaft. „Seit langem schon betrachtet unsere Gesellschaft, freilich meist uneingestanden, die Bildung und Erziehung der Kinder als ein Investitionsgut wirtschaftlicher Art . . . Die Entwicklung der Schule steht unter dem Gesetz des industriellen Lebens; alle Industriestaaten betrachten . . . den Menschen als ‚Rohstoff‘ für die industrielle Produktion.“ Problematisch daher auch der technische Fortschritt in den Mitteln des Lehrens und Lernens. Durch Produktion von Lehrmaschinen und Ausarbeitung von Lehrprogrammen könne nämlich die gewünschte Formung eines menschlichen Verhaltens weitergehend als bisher gesteuert werden; andererseits seien sie ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Vermittlung des ständig wachsenden Wissensstoffes. B. sieht hierin den Anfang für eine Neugestaltung des Erziehungswesens, das mit den althergebrachten Methoden die in Zukunft nötige Wissensgrund-

lage nicht mehr garantiert. (Im Anhang findet der Leser ein Lehrprogramm von Skinner über bedingte Reflexe, das sowohl in seine Theorie als auch Methode einführt.) Wie irrational auch Bednarik trotz seinem spürbaren Optimismus die Gesellschaft noch erscheint, geht aus der prognostizierten Beschäftigungstherapie der „Massen“ hervor: „Um einen zu großen Überschuß an freien Arbeitskräften zu vermeiden, wird die Gesellschaft bemüht sein, die Heranwachsenden möglichst lange in den Schulen festzuhalten. Lernen wird zu einer Art Beschäftigungstherapie für die vom Zwang der harten Arbeit befreiten Massen werden.“

Trotz mancher Oberflächlichkeit ist das Verdienst des Buches, auf Probleme hingewiesen zu haben, die auch dem mit der Erziehung in unserer Gesellschaft beruflich Beschäftigten nicht so ohne weiteres bewußt sein dürften.

Inge Benesch (Stuttgart)

Hurwitz, Harold: Der heimliche Leser. Beiträge zur Soziologie des geistigen Widerstandes. Kiepenheuer & Witsch, Köln und Berlin (West) 1966 (441 S., Ln., 38,— DM).

Bis etwa in die Mitte der fünfziger Jahre war eine der westdeutschen Zeitschriften als Waffe im Kalten Krieg besonders geeignet: „Der Monat“. Ein Teil der Auflage wurde regelmäßig in die DDR geschmuggelt oder lag in Westberlin für ostdeutsche Besucher aus. Da kam ein junger Zivilbeamter der US-Militärregierung auf die Idee, im Einvernehmen mit den Herausgebern sein Interesse für Ostdeutsche zu systematisieren. Zweimal, 1952 und 1954, wurden Fragebogen beigelegt; beim erstenmal reagierten 456, beim zweitenmal 155 Leser. In der ersten Untersuchung wurden sie u. a. gefragt, ob sie Exemplare der Zeitschrift zu Gesicht bekämen, außer denen, die sie abgeholt haben; ob sie Exemplare an andere Personen weitergäben, an wen und wie viele. Der Fragebogen von 1954 hat die gleichen Intentionen, nur mit mehr Alternativen. Der Verf. nennt zwei Annahmen, die dem Unternehmen zugrunde liegen: erstens seien die befragten Leser „Andersdenkende“, die ganz oder teilweise in Opposition zur Regierung stünden, zweitens stelle die Weitergabe der Zeitschrift eine Form der Verbreitung ‚regimekritischer Geisteshaltung‘ dar. Mit spärlichem Material, zwei eigenen Annahmen und fünf Schema-Variablen von Parsons, versucht der Verf., Vernünftiges über die Gesellschaft der DDR auszusagen. Das Ganze ist von der Mentalität: ‚Wer Exemplare der Zeitschrift weitergibt, ist für Eisenhower — zehn Rentner statt fünf, hundert Prozent Steigerung — Veränderung in der DDR, nichts als Anpassung der Bevölkerung‘. Das Werk ist 1955 geistig stehengeblieben, erschien elf Jahre später, brachte seinen Verf. akademisch weiter und ist in jeder Hinsicht käuflich.

Jürgen Werth (Berlin)

Albrechtová, Gertruda: Zur Frage der deutschen antifaschistischen Emigrationsliteratur im tsche-

choslovakischen Asyl, in: *Historica VIII, Historische Wissenschaften in der Tschechoslovakei*, S. 177—233. Nakladatelství, Československé Akademie Ved, Praha 1964.

Die Zahl der Arbeiten zur Emigration nahezu der gesamten deutschen Literatur: Schriftsteller, Zeitschriften, Verlage ist bis heute erbärmlich gering¹, zumal sich die Germanistik lieber in unverhältnismäßiger Weise mit der „Inneren Emigration“ beschäftigt hat. Die wenige Literatur, die es gibt, ist mangels vorbereitender Detailarbeit äußerst lückenhaft, eine halbwegs umfassende Gesamtdarstellung liegt noch nicht vor. Ein Stück dieser Detailarbeit hat Gertruda Albrechtová mit ihrer bisher anscheinend unveröffentlichten Kandidaturarbeit „Die Tschechoslovakei als Asyl der deutschen antifaschistischen Literatur“ (Prag 1960) geleistet, deren Ergebnisse sie im vorliegenden Aufsatz zusammengefaßt hat. „Hier wurde der Versuch unternommen, die deutsche antifaschistische Emigrationsliteratur vom Gesichtspunkt der Tschechoslovakei aus zu charakterisieren.“ (230)

Die Gesamtzahl der deutschen Emigranten ist völlig unklar; die Angaben schwanken zwischen 100 000 und 600 000; ebenso unübersichtlich ist die Zahl der Exilierten in der CSR, da zu den anerkannten Emigranten eine Gruppe illegaler, meist kommunistischer Flüchtlinge kam, sowie diejenigen, die als ‚legale Ausländer‘ in der CSR lebten. Unschärf ist auch die Klassifizierung „antifaschistisch“, die zuerst einmal alle umfaßt, die aus politischen, wirtschaftlichen, religiösen, rassischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Gründen aus Deutschland flohen. Dazu gehörten kommunistische Schriftsteller ebenso wie die Strasser-Gruppe. Für die CSR stellen allerdings politische, intellektuelle Publizisten und Schriftsteller den bedeutendsten Anteil; für sie bot die Tschechoslovakei wegen ihres starken Teils deutschsprachiger Gruppen an der Bevölkerung am ehesten eine Existenzgrundlage. Zudem gehörte die CSR zu den „fortschrittlichsten, bürgerlichen Demokratien“ (181) Europas, die das Asylrecht relativ großzügig handhabte. Das Verhalten der KPTsch, die seit der VII. kommunistischen Internationale den Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte anstrebte, und die Schwankungen der bürgerlichen Regierung, die zwar antifaschistisch war, aber andererseits eine Erstarkung der Arbeiterbewegung durch die vornehmlich sozialistisch orientierten Schriftsteller befürchtete und im Laufe der Zeit immer mehr unter den Druck Deutschlands von außen und der Henlein-Partei von innen stand, verfolgt sie teilweise minutiös, wie etwa bei der demonstrativen Erteilung der Staatsbürgerschaft an Heinrich Mann. Einerseits erteilte die Regierung Emigranten keine Arbeitsbewilligung und stellte Schwarzarbeit unter die Strafe der Ausweisung,

1 Einen kurzen Überblick über die Forschungslage gibt H. Brenner in Kunisch (Hgb) *Handbuch der deutschen Gegenwartsliteratur* S. 677—694, wo sie auch auf den vorliegenden Aufsatz, wenngleich mit einer ungenauen Titelangabe verweist.

andererseits unterstützte sie die zahlreichen privaten Hilfskomitees, die sich in der ganzen CSR für die Emigranten einsetzten. So kam es zu Situationen, die heute grotesk anmuten; die Bücher des Malik Verlages etwa wurden in Prag zwar gedruckt und redigiert, der Verlag wurde aber nicht legalisiert, sondern mußte 1935 nach London verlegt werden, wo wiederum sein Leiter Wieland Herzfelde keine Aufenthaltbewilligung erhielt und den Verlag weiter von Prag aus leitete. Die Autorin verfolgt noch einige andere solcher Verlags- und Buchschicksale. Zusammengenommen wird die Schwierigkeit deutlich — und das ist paradigmatisch für die gesamte Forschung —, auch nur eine Bibliographie der in der CSR entstandenen Bücher zusammenzustellen, besonders wenn die (einstige) Existenz von Manuskripten nur durch Lesungen bezeugt ist, an die sich Hörer heute noch erinnern oder nur Teile in Zeitschriften abgedruckt wurden. Bücher, die vom Manuskript in eine fremde Sprache übersetzt wurden und teilweise nach dem Krieg rückübersetzt werden mußten, weil das Manuskript mittlerweile verloren war, gehören ebenfalls in diese Reihe. Völlig unübersichtlich wird es bei Arbeiten, die als Tarnschriften gedruckt und nach Deutschland geschmuggelt wurden; von ihnen existiert kaum ein Exemplar, die Verfasser sind anonym und der angegebene Druckort ist fiktiv.

Was bleibt, sind ungelöste Probleme; Fragen nach einer Bibliographie der Zeitschriften, die für die Schriftsteller im Exil eine sehr bestimmende Rolle spielten, nach dem thematischen Einfluß des Exillandes auf die Veröffentlichungen der Schriftsteller, wozu die Autorin eine vorläufige Bibliographie liefert, nach dem völlig ununtersuchten Problem schließlich des Einflusses der Sprache des Exillandes auf die deutsche des Schriftstellers. A. nennt in ihrem fast hypertrophen Anmerkungsapparat nahezu alle wichtige Literatur, dazu Materialquellen in tschechoslovakischen Archiven und mündliche Informationen Überlebender. Der Nachteil der geringen Gliederung der Fußnoten, die wohl dadurch bedingt ist, daß sie wenigstens möglichst viele Quellen ihrer ungedruckten Arbeit veröffentlichen wollte, wird durch die Menge der Information, die sie enthalten, aufgewogen.

Gerhardt Voigt (Berlin)

III. Psychologie

Schmidt, Gunter, und Volkmar Sigusch: Zur Frage des Urteils gegenüber sexuell devianten Gruppen. Heft 40: Beiträge zur Sexualforschung. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1967 (50 S., kart., 16,— DM).

Die Autoren arbeiten mit der von Osgood und Hofstätter ausgebildeten Methode des Polaritätsprofils. 32 Gegensatzpaare von Eigenschaftswörtern (hart/weich, aktiv/passiv, ekelhaft/angenehm, modern/altmodisch u.a.m.), jeweils noch nach Intensität unterteilt (sehr aktiv-aktiv-passiv-sehr passiv), sind zu einem Fragebogen zusammenge-

stellt. Die Befragten haben auf jeder der 32 Zeilen das Prädikat zu unterstreichen, das ihnen am ehesten auf den Befragungsgegenstand zuzutreffen scheint. Gegenstand sind „sexuell deviante Gruppen“. Das normative Ideal, von dem die Devianten je verschieden sich entfernen, wäre nichtaggressive eheliche Sexualbefriedigung durch Koitus zweier volljähriger gegengeschlechtlicher Partner. Der Verstoß gegen das Tabu nicht-ehelicher Beziehungen (weibliche Prostituierte, Frauenheld) verfällt in der Meinungsskala am wenigsten der Ablehnung, d. h. der Identifizierung mit Eigenschaften, die negativ bewertet sind. „Eine Devianz vom Triebobjekt wird in der Reihenfolge gleichgeschlechtlich, Tier und Kind zunehmend sozial disqualifiziert; eine Devianz vom Triebziel wird in der Reihenfolge Belästigung (Exhibitionismus) und aggressive Attacke (Sadismus, Sittlichkeitsverbrechen) zunehmend abgelehnt.“ Verwunderlich ist eine Erwartung der Autoren, die in folgender Mitteilung durchklingt: „Es mag verwundern, daß der Pädophile noch relativ positiver bewertet wird als der Sittlichkeitsverbrecher: Gewaltanwendung bei sexuellen Kontakten ist für die meisten Befragten noch gravierender als die sexuelle Betätigung mit Kindern oder Jugendlichen.“ Es spricht schließlich für ein gewisses Unterscheidungsvermögen, wenn Verführung und Gewaltanwendung wenigstens graduell auseinandergehalten werden können. — Weitere Resultate, die sich der Studie entnehmen lassen, seien wenigstens angedeutet: Studenten unterscheiden sich in ihren Vorurteilen nicht relevant von der Gesamtbevölkerung (befragt wurden allerdings nur Medizinstudenten!); die Klassifizierung „krank“ schützt nicht vor sozialer Disqualifizierung; homosexuelle Männer haben ein „sehr positives“ Selbstbild und „eine spezifische Identität“ (befragt wurden allerdings nur Abonnenten einer hs Zeitschrift!), von Exhibitionisten, Sadisten, Sodomiten, Sittlichkeitsverbrechern und Prostituierten distanzieren sie sich „ebenso deutlich“ wie heterosexuelle Männer, „die Übereinstimmung in der Beurteilung des Pädophilen ist hingegen deutlich geringer“.

Nach dem Geleitwort von Hans Giese ist die vorliegende Arbeit „als ein Versuch anzusehen, diese schillernde Problematik mit den exakten Methoden der empirischen Sozialpsychologie zu durchleuchten“. Die Konfrontation des Exaktheitsanspruchs mit den inhaltlichen Resultaten vermag den Scheincharakter und die inhaltliche Armut solcher Exaktheit zu beleuchten. Nichts kann herausgeholt werden, was nicht vorher — der Quantifizierbarkeit zuliebe als ein System von Stereotypen — hineingelegt wurde. Der Befragte kann sich zwar frei entscheiden — aber nur zwischen Schablonen, von denen keine weniger wahnhaft ist als ihr Gegenteil. Objektive Urteile — die bei den Befragten wenigstens als Einsprengsel vorkommen mögen — werden durch dieses Verfahren unweigerlich ausgemerzt zugunsten von Ticketreaktionen. Im übrigen gelten in Bezug auf Auswahl und Definition sexueller Deviationen ähnliche Einwände wie gegen den Fragebogen des Instituts für Sexualforschung; vgl. die Besprechung von Reimut Reiche in *Argument* Nr. 37/8. Jhg., H. 2, S. 150).

Wolfgang und Frigga Haug (Berlin)

Comfort, Alex: *Der aufgeklärte Eros. Plädoyer für eine menschenfreundliche Sexualmoral.* Szczesny Verlag, München 1963 (227 S., Ln., 18,— DM.)

Nach Comfort sollten sich Sozialwissenschaftler aus zweierlei Gründen für das sexuelle Verhalten der Menschen interessieren: „Einmal sind Sexualität und die damit zusammenhängenden Einrichtungen und Überzeugungen für die Individualpsychologie der nützlichste Ausgangspunkt zum Studium einer Gesellschaft; zum andern stehen sie in enger Beziehung zur Familienstruktur. Das Schema des anerkannten sexuellen Verhaltens spielt also eine große Rolle bei der Überlieferung sozialer Attitüden und auch bei der individuellen Charakterbildung“ (9 f.). Allerdings ist der Stand des Wissens über geschlechtliche Dinge sehr gering. So kommt es, „daß wir über die Verhaltensweise bei der geschlechtlichen Vereinigung des Menschen weniger wissen als über das entsprechende Verhalten der wirtschaftlich wichtigen Haustiere“ (11).

Im Anschluß an die Psychoanalyse meint Comfort, daß es keine klare Grenze zwischen „sexuellen“ und „nicht sexuellen“ Beziehungen gibt. Seiner Auffassung nach darf sich der Sexualsoziologe nicht auf das Sammeln von Tatsachen beschränken. Der Soziologe beeinflusst mit seinen Forschungen die Normen und Regeln des individuellen Verhaltens. „Tatsachen sind keine ethischen Prinzipien, doch sie dienen dazu, unsere moralischen Begriffe zu beeinflussen. Ihre Existenz macht es schwer, an jeden Unsinn zu glauben“ (13). Die Notwendigkeit, den Geschlechtsverkehr im Zusammenhang mit anderen medizinischen und sozialen Fragen zu betrachten, dürfe nie dazu führen zu vergessen, daß er „der gesündeste und wichtigste Sport der Menschheit“ sei (31). Dieser These stimme ich dann gern zu, wenn das Wort „Sport“ durch das Wort „Spiel“ ersetzt wird. Der Sportbetrieb hat mittlerweile in unserer dem kapitalistischen Leistungsprinzip unterworfenen Gesellschaft den Spielcharakter nahezu ganz verloren. Das Spielen ist aber — das meint auch Comfort — an der Liebe das Schönste.

Nirgendwo spricht sich Comfort für irgendeine Form des Sexualanarchismus aus. Das erkennt man deutlich an seiner Definition der Ehe: „Sie ist eine freiwillige dauernde Beziehung normaler Erwachsener mit dem Zweck: gemeinsam sexuelles Vergnügen zu finden und eine Familie zu gründen. Die wesentlichen Merkmale sind die Freiwilligkeit der Verbindung, die Reife der Partner, die Dauerhaftigkeit und der reproduktive Zweck des Zusammenlebens“ (109).

Zu einem Bericht über die vorehelichen Abenteuer amerikanischer Jugendlicher äußert er: „An den amerikanischen Halbwüchsigen deprimiert nicht so sehr ihre Bereitschaft, mit ihren Schulkameraden zu schlafen, als vielmehr ihre Aggression, Egozentrik und ihr völliger Mangel an Rücksicht auf die Person des Mädchens (nur Jungen wurden befragt)“ (119). Er folgert daraus: „Dieser Mangel an Zärtlichkeit, um nicht zu sagen an Liebe, ist nicht nur ein Hindernis für die Ehe, sondern hindert den Einzelnen auch in der Zeit vorher

daran, einen gewissen Grad der Reife zu erlangen — viele Erwachsene, ob enthalten oder nicht, sind der Beweis dafür“ (120). Comfort vermißt eine ausreichende Erziehung zu einer sozialen Haltung. „Wenn wir unsere Jugend vernünftige sittliche Normen und Einschränkungen lehren wollen (es gibt keinen sachlichen Grund es zu unterlassen), dann dürfen wir Jungfräulichkeit nicht wie hier und in Amerika als oberstes Prinzip betrachten. Die zwei wichtigsten Gebote hätten in diesem Fall zu lauten: ‚Du sollst die Gefühle eines Menschen nicht rücksichtslos ausbeuten und ihn mutwillig enttäuschenden Erfahrungen aussetzen‘ und ‚Du sollst unter keinen Umständen fahrlässig die Zeugung eines unerwünschten Kindes riskieren‘. Diese Gebote gelten sowohl im Rahmen der Ehe als auch außerhalb der Ehe“ (120).

Das Buch trägt seinen Untertitel „Plädoyer für eine menschenfreundliche Sexualmoral“ zu recht. Seine Leser sollten beachten: Untersuchungen dieses Gegenstandes mit Absichten dieser Art liefern nur den Stadtplan. In die Stadt hineingehen muß man selbst — am besten zu zweit!

Wilfried Gottschalch (Berlin)

Wheelis, Allen: *Wer wir sind und was uns bleibt.* Der Mensch von gestern in der Welt von morgen. Übersetzt von Johanna Schicke. Szczeny-Verlag, München 1965 (294 S., Ln., 22,50 DM).

Wheelis beschäftigt sich in seinem Buch mit dem Charakterwandel der Amerikaner im zwanzigsten Jahrhundert. Seiner Auffassung nach haben die Amerikaner ihre alte Identität verloren, suchen sie eine neue. Seine Erörterungen gehen vom Platz des Psychoanalytikers hinter der Couch aus: Die allgemeinen Gesichtspunkte Wheelis' sind daher von Beobachtungen an Menschen abgeleitet, die in der Stadt und in guten Verhältnissen leben. Man darf jedoch mit einigem Recht annehmen, daß Wesensänderungen, die weite Kreise angehen, sich zuerst in dieser Gruppe zeigen, denn sie erfährt als erste den vollen Umfang und die Vielfalt technischer Veränderungen“ (9). Unter diesem Aspekt untersucht Wheelis die Entwicklung des Gesellschaftscharakters, das Verhältnis von Psychoanalyse und Ideologie, Kultur und Charakterwandel, den neuen Gesellschaftscharakter, die Identitäts- und Wertproblematik. Gewissermaßen zur Veranschaulichung verknüpft Wheelis seine theoretischen Erörterungen mit der Schilderung des Werdegangs eines Menschen, der, wie er meint, für das neunzehnte Jahrhundert bezeichnender ist als für das zwanzigste. Es gelingt ihm, an ihm die Genese eines innen geleiteten Charakters und dessen Konflikte in der heutigen Gesellschaft eindrucksvoll darzustellen.

Wheelis behauptet, die Identität des einheitlichen Selbstbewußtseins (17) sei heute geringer als vor fünfzig Jahren (18). Das zeige sich unter anderem an der Evolution der Neurosenstruktur. Anstelle der Symptomneurose, die als Phobie, als Verfolgungswahn, als Zwangshaltung, als physisches Symptom ohne physische Ursache zu-

tage trat (42), seien heute diffuse Persönlichkeitsstörungen getreten, die als allgemein gehaltene Beschwerden geäußert werden (43). Ich kann an dieser Stelle Wheelis nicht ganz zustimmen und vermute, seine Auffassung, Neurosen würden nicht mehr in Form von Syndromen oder Krankheiten auftreten, rührt daher, daß heute, wo Neurosen, was immer man darunter versteht, großzügiger als früher sozial geduldet werden, Leute bereits mit diffusen Störungen zum Therapeuten gehen, die diesen einst erst bei viel stärkerem Leidensdruck aufsuchten. So mag dann der Eindruck entstehen, als ob die Struktur der Neurosen sich verändert habe, wo sich lediglich der Kreis der Patienten anders als in der Vergangenheit zusammensetzt.

Gründlich setzt sich Wheelis mit dem Vorwurf auseinander, die Psychoanalyse ersticke die Rebellion und ermutige den Konformismus. Er meint, die Analyse erzeuge keinen Konformismus. Eher sei es umgekehrt: „Der Konformismus ‚macht‘ die Analyse — und zwar zu einem der bekanntesten und am stärksten respektierten medizinischen Fachgebiete. Der Drang, sich anzupassen, wird vom Patienten mitgebracht, nicht durch den Analytiker übertragen“ (54).

Aber durch das Problem der Anpassung sei das Verhältnis der Psychoanalyse zu den Schwierigkeiten des modernen Menschen nicht genügend gekennzeichnet. Ein weiteres gehöre dazu: „Die eigentliche Aufgabe der Psychoanalyse ist, das Bewußtsein auszuweiten, Dinge erkennbar zu machen, die zuvor unbewußt waren. (Hierdurch wird zugleich die Position im Anpassungskampf verbessert.) Aber wenn dies alles geschehen ist, sind viele Menschen weiterhin unzufrieden. Irgend etwas Wichtiges, etwas, das man sich erhofft hatte, fehlt noch immer. Dieses Etwas läßt sich bei der Psychoanalyse nicht finden: Sie ist keine Ideologie, sie liefert kein Wertsystem, sie verrät nicht, wofür zu kämpfen sich lohnt. Der Verwirrung unserer Zeit hat sie keine Antwort entgegensetzen“ (54 f.). So ähnlich sagte es Freud auch.

Im Zusammenhang mit der Diskussion der Frage, wieweit die Psychoanalyse Anpassungshilfe sei, weist Wheelis darauf hin, daß das menschliche Dasein nicht getrennt von der Kultur betrachtet werden darf. Diese sei das Ergebnis des instrumentalen und institutionalen Prozesses. Der instrumentale Prozeß umfasse die wissenschaftliche Denkweise, die Entdeckung, Erfindung und Gebrauch materieller und begrifflicher Werkzeuge, außerdem die freien und angewandten Künste. „Die Autorität des instrumentalen Prozesses gründet sich auf die Vernunft; sie leitet sich aus seinem nachweisbaren Nutzen für den Lebensprozeß her. Oberste Instanz ist der Beweis“ (84 f.). Dagegen führt der institutionale Prozeß zur Erschaffung von Mythen. Seine oberste Instanz ist die Macht. Ich halte diese Unterscheidung für brauchbar. Sie erinnert an Marxens Unterbau-Überbau-Relation, wenn sie sich auch nicht mit dieser deckt. Sprachlich scheinen mir die Begriffe sehr gut gewählt. Nur wird die wechselseitige Abhängigkeit der beiden Prozesse in ihrer Dialektik von Wheelis nicht deutlich genug dargestellt. Auch vermisse ich nähere

Hinweise auf den Zusammenhang zwischen Gesellschaftscharakter und Klassenstruktur. Dafür untersucht Wheelis ausführlich die Beziehungen zwischen Ich, Über-Ich, instrumentalem und institutionalem Prozeß.

Ein Psychoanalytiker wendet sich in diesem Buch gegen die Institutionalisierung der Psychoanalyse. Nachdrücklich weist er darauf hin, daß die Praxis soviel Unsicheres birgt, daß die Psychoanalyse kein geschlossenes System psychologischer Absoluta ist. Und jenen, denen das nicht behagt, schreibt er folgende Worte ins Stammbuch: „Einer lebendigen Wissenschaft geht es mehr darum, ihre Unbekannten zu erforschen als darum, das Bekannte zu rühmen. Wer nicht mit fundamentalen Ungewißheiten leben kann, ist kein Forscher, sondern ein Wallfahrer“ (276). Wilfried Gottschalch (Berlin)

Lewis, Oscar: *Pedro Martínez*. Selbstportrait eines Mexikaners. Übertragung aus dem Amerikanischen von Margarete Bormann. Econ-Verlag, Düsseldorf, Wien 1965 (424 S., Ln., 24,80 DM).

In „*Pedro Martínez*“ läßt der Anthropologe Oscar Lewis wie schon in „*Die Kinder von Sánchez*“ (vgl.: S. Ständer, *Sexual-Analyse einer Familie*. „*Die Kinder von Sánchez*“, in: *Das Argument* 35, Dezember 1965, S. 35 ff.) eine mexikanische Familie der besitzlosen Unterschicht zu Worte kommen. Diesmal handelt es sich um eine Bauernfamilie aus Azteca. Oscar Lewis verwendet in „*Pedro Martínez*“ ein ähnliches Verfahren wie in „*Die Kinder von Sánchez*“: Die Autobiographien von mehreren Mitgliedern der Familie werden nebeneinandergestellt. Die Erzähler sind der Vater Pedro, seine Frau Esperanza und der älteste Sohn Felipe. Ergänzt werden diese Berichte durch einen Anhang Oscar Lewis', der insbesondere über Arbeitsteilung und Haushaltsbudget der Familie, über Pedros Kinder und die Ergebnisse einer ethnographischen Untersuchung des Dorfes Azteca informiert.

Anders als in „*Die Kinder von Sánchez*“ wird in „*Pedro Martínez*“ das Hauptaugenmerk auf den 1889 geborenen Vater gerichtet. Prägendes politisches Ereignis für Pedro Martínez ist die mexikanische Revolution von 1910. Die Kinder von Sánchez sind unsere Zeitgenossen. Aus dem Gegensatz zwischen dem Leben in einem städtischen Armenviertel in „*Die Kinder von Sánchez*“ und dem Leben in einem Dorf in „*Pedro Martínez*“ ergeben sich weitere Unterschiede. Die Familie Martínez wird von den Einflüssen der westlichen Kultur, insbesondere den Massenmedien, weniger berührt. Das wird auch in der Sprache deutlich. In Azteca wird Nahuatl (die Azteken-Sprache) und Spanisch nebeneinander gesprochen, dagegen in Mexico-City nur Spanisch. Zudem sind die Dorfbewohner meist rein indianischer Herkunft, während in der Stadt die Mestizen vorherrschen.

Pedro Martínez verlebte eine traurige Kindheit, Hunger und Schläge verdüsterten sie. In der Schule, die er nur ein Jahr besuchte, wurde er gehänselt, weil er nicht Spanisch sprechen konnte. An der 1910

ausgebrochenen mexikanischen Revolution nahm er auf seiten des Bauernführers Zapata, der eine Bodenreform forderte, aktiv am Kampf teil. Nach der Normalisierung der Verhältnisse (1920) gewann Pedro Martínez Einfluß auf die Dorfpolitik. Er wurde Vorsteher eines Gemeindebezirkes und dann Mitglied des Gemeinderates. Aus Enttäuschung über die Erfolglosigkeit der Revolution — die Bodenreformbewegung kam durch den Kampf zweier rivalisierender Gewerkschaften in Azteca zum Stocken — kehrte er sich Ende der zwanziger Jahre von der Politik ab und wandte sich der Religion zu. Er ließ sich zum Adventismus bekehren. In der Familie wurde nun die Bibel gelesen. Pedro Martínez gab den Trunk auf. Ab 1939 beteiligte er sich wieder am politischen Leben des Dorfes. Er wurde Richter und 1945 wieder Mitglied des Gemeinderates. Da die Tätigkeit für die Gemeinde nie sehr viel Geld einbrachte, verdiente sich Pedro Martínez auch während dieser Zeit mit Herstellen von Seilen, Verkaufen von Pflaumen und Holz und anderen Nebenbeschäftigungen Geld. Dabei mußten ihm zwei seiner Söhne helfen. Mais wurde auf einem winzigen Stück Gemeindeland, das der Familie Martínez zugeteilt wurde, angebaut.

Die Familie Martínez ist ebenso wie die Familie Sánchez den Zwängen unterworfen, die sado-masochistische oder autoritäre Charaktere determinieren. Pedro Martínez ringt in der Politik und in der Öffentlichkeit um Anerkennung und Autorität. Wegen seiner Herkunft und Schulbildung hat er damit aber keinen so rechten Erfolg. So verbleibt ihm allein in der Familie die Möglichkeit, seine Herrschaftsgelüste zu befriedigen. Von den Familienangehörigen verlangt Pedro Martínez bedingungslose Unterwerfung, die ihm auch gewährt wird. Sein Verhältnis zur Familie besserte sich, als er zum Adventismus übertrat. Der Religionswechsel wandelte jedoch Pedro Martínez' Charakter nicht grundlegend, seine Herrschafts- und Unterwerfungstribe verschoben sich lediglich auf andere Objekte. „Die Bekehrung zum protestantischen Glauben öffnete ihm nach seiner Niederlage in der Dorfpolitik den Weg zu einer neuen Führer- und Brüderschaft“ (20).

Zu Recht interpretiert Oscar Lewis den Übertritt des vaterlos aufgewachsenen Pedro Martínez zu den Adventisten, einer Sekte mit strengem Sittenkodex, als Suche nach einem Übervater (20).

Deutlich zeigt die Lebensgeschichte der Familie Pedro Martínez, wie autoritäre Familienstrukturen in den Unterschichten den Leidensdruck erhöhen. Können die autoritären Väter der Familien der Besitzbürger immerhin die Unterwerfung ihrer Frauen und Kinder mit materieller Sicherstellung und der Aussicht auf ein späteres Erbe belohnen, so fällt in den Familien der Ärmsten diese Kompensationsmöglichkeit weg. Autoritäres Verhalten dient hier lediglich dazu, das seelische Gleichgewicht der Väter mühsam aufrechtzuerhalten. Überall sind sie die Unterdrückten und Getretenen. Nun wollen sie wenigstens in ihren Familien „Könige“, — d. h. Tyrannen — sein.

IV. Soziale Bewegung und Politik

Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Parteien.
Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1962 (184 S., brosch. 9,80 DM).

Trotz des Titels, der eine Gesamtdarstellung verspricht, beschränkt sich Helga Grebing in dem knapp 160 Seiten umfassenden Textteil ihres Abrisses auf die Darstellung solcher Probleme der Geschichte des Liberalismus, des Konservatismus, des politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie in Deutschland, die sie für geeignet hält, „Wesentliches dazu beizutragen, unser geschichtliches Selbstverständnis in seine rechte Ordnung zu rücken“ (S. VII). Parteibildungen und politische Zielsetzungen der radikalen politischen Rechten und Linken in Deutschland bleiben von G. unberücksichtigt. Unter Verwendung eines theoretischen Rahmens, der weitgehend durch die Arbeiten von R. Dahrendorf bestimmt ist, gibt das Buch eine kurze ideologiekritische Darstellung der deutschen Parteientwicklung, wobei die reine Organisationsgeschichte zurücktritt und dafür im Anhang in drei Übersichten zu finden ist. Die einzelnen Abschnitte sind von unterschiedlichem Gewicht: überragend (und in einer solchen Klarheit sonst nirgendwo zu finden) ist der knapp 30seitige kritische Abriß der Geschichte der Zentrumspartei, die Abschnitte über den Liberalismus und den Konservatismus betonen etwas zu sehr die Funktion der Politik Bismarcks für die Entwicklung und Strukturierung der deutschen bürgerlichen Parteien, während der Abschnitt über die deutsche Sozialdemokratie sich leider weitgehend mit einer Zusammenfassung der herrschenden Meinung der westdeutschen Geschichtswissenschaft begnügt.

Eine mit dem Bemühen um wissenschaftliche Redlichkeit und Objektivität geschriebene, bei dem kleinen Umfang sehr differenzierte Darstellung, die die bekannten Gesamtdarstellungen der deutschen Parteigeschichte nicht ersetzen kann, aber eine notwendige Ergänzung (und Korrektur) ist. Literaturhinweise und „Kurzbiographien wichtiger Persönlichkeiten“ im Anhang.

Rüdiger Griepenburg (Marburg)

Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 1, 2 u. 4;
hrsg. v. Wolfgang Abendroth im Verlag Anton Hain, Meisenheim
am Glan:

Link, Werner: Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Band 1, 1964 (XVI, 384 S., brosch., 33,— DM).

Drechsler, Hanno: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Band 2, 1965 (XVI, 408 S., brosch., 35,— DM).

Tjaden, K. H.: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik. Band 4, 1964 (XVI, 585 S., brosch., 31,50 DM).

Die Arbeiten von L., D. und T. sind nicht nur deshalb wichtig, weil in ihnen bisher verstreutes Material gesammelt und sachkundig analysiert wurde. Eine Analyse der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber der faschistischen Konterrevolution ist kaum möglich, wenn nicht auch die Strömungen berücksichtigt werden, die sich außerhalb der beiden großen Arbeiterparteien entfaltet haben. Diese kleinen Gruppierungen sind entstanden im Kampf gegen sozialdemokratische und kommunistische Parteipolitik, die zu Recht als falsch erkannt wurde. Zwar haben sie — wie Abendroth im Vorwort zu L.'s Arbeit schreibt „in der praktischen Wirkung nur geringen Einfluß ausüben können und sind daher fast ausnahmslos später sektenhaft verkümmert. . . gleichwohl (haben sie) teilweise realistischere Einschätzungen der Lage entwickeln können, als sie den parlamentarischen und bürokratischen Apparaten der Großparteien möglich waren“. Da dieses Phänomen nur anhand von Fallstudien zu analysieren sein dürfte, können die vorliegenden Arbeiten besonderes Interesse beanspruchen.

Nur in sehr geringem Maße betrifft diese Fragestellung den ISK, dessen Ideologie identisch war mit der Philosophie Leonhard Nelsons, die nicht nur idealistisch, sondern z. T. auch offen reaktionär war. Die Verneinung der Volkssouveränität gipfelte in der Diffamierung der Demokratie als „Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder best bezahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft“. (zit. 30) Diese Kritik der formalen Demokratie bediente sich nicht nur faschistischer Termini, der „revolutionäre Revisionismus“ Nelsons bot auch eine autoritäre Alternative: einen an das „Recht“ gebundenen und durch eine politische Elite unterstützten „Regenten“, unter dessen Gewalt das Volk zu stehen habe. Ohne Zweifel hatte diese „Führerschaftsideologie“, die gekoppelt war mit dem Postulat nach Abstinenz von Alkohol, Fleisch und Nikotin, lediglich „die objektive Funktion, die Herrschaft einer Begabten-Elite . . . zu rechtfertigen.“ (30) Die soziale Zusammensetzung des ISK (maximal 300 Mitglieder und 600 bis 1000 „Freunde“) erhellt dieses Phänomen: Ein sample von n = 145 zeigt 29 % Arbeiter, 43 % Angestellte und 28 % voll- und halbakademisch gebildete Intelligenz. (143) L. folgert, daß durch diese Überrepräsentation des „kleinbürgerlich-bürgerlichen Mittelstand(es)“ „zum Teil auch die Empfänglichkeit für die Führerschafts-Gefolgschaftsthesen Nelsons (erklärt wird)“ (144). Daß die ISK-Mitglieder keine politische Affinität gegenüber dem Faschismus zeigten, sondern stets eine konsequent antifaschistische Politik trieben, reduziert L. auf ihr subjektives Bewußtsein, „als Sozialisten auf der Seite der Arbeiterklasse zu kämpfen“ (144). Zusammenfassend stellt er fest, daß sich der „revolutionäre Revisionismus“ Nelsons und sei-

ner Partei . . . nicht als revolutionär, sondern als bloß revisionistisch erwiesen“ habe (337). Wenn auch L.'s Analyse den sozialistischen Anspruch des ISK ad absurdum führt, so bleibt sie doch ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, denn eine ihrer Strömungen hat der ISK repräsentiert, wenn auch wahrscheinlich die mit Abstand absonderlichste.

Im Gegensatz zum ISK können SAPD und KPO ohne Einschränkung als marxistische Parteien bezeichnet werden. Die von D. untersuchte SAPD, die 1931 aus einer oppositionellen Strömung gegen die sozialdemokratische Tolerierungspolitik hervorging, war ein typisches Sammelbecken von Linksozialisten aller Schattierungen. Wenn auch ihre programmatischen Erklärungen für ein beträchtliches theoretisches Niveau zeugen (als Theoretiker spielte besonders Fritz Sternberg eine führende Rolle), wenn auch hier Stellenwert und Aktualität der faschistischen Gefahr klarer erkannt wurden als in den beiden großen Arbeiterparteien, so ist doch keine der Bemühungen dieser Partei zur Schaffung einer proletarischen Einheitsfront von Erfolg gekrönt gewesen. Von der politischen Effizienz her gesehen war sie stets eine Splitterpartei (maximal 25 000 Mitglieder), die auch nie imstande war, „eine politisch-ideologische Integration ihrer Mitglieder herbeizuführen“. (248) Von der KPD als „linke Filiale des Sozialfaschismus“, von der SPD als „sowjettreuer als die Kommunisten“, von der KPO als „trotzkistisch“ und von den Trotzkisten schließlich als „brandleristisch“ bezeichnet (246), ist sie ihrem Ziel — der Bildung einer die Fehler der KPD und SPD vermeidenden Massenpartei — nicht einmal tendenziell nahe gekommen. Der größte Teil ihrer Mitglieder, die den Widerstand gegen den Faschismus überlebten, trat nach 1945 der SPD bei — unter ihnen Willy Brandt und Otto Brenner — wobei Schumacher ihnen als Gegenleistung die Bildung eines „marxistischen Arbeitskreises“ konzedierte, der (lt. Brenner) „eine bedeutsame Funktion bei der marxistischen Schulung sozialdemokratischer Funktionäre“ hatte (359).

Am stärksten an soziologischen Fragestellungen orientiert ist T.'s Arbeit über die KPO, die 1928 aus der Rechtsopposition der KPD hervorging. Die organisatorische Verselbständigung dieser innerparteilichen Oppositionsgruppe war unvermeidlich, „weil ihr spezifisches politisches Interesse, nämlich die Herstellung einer ‚revolutionären Massenpartei‘, welche mittels einheitsfronttaktischer Politik die Mehrheit der Arbeiterklasse für die kommunistischen Ziele zu gewinnen verstand, unter der gegebenen Führung der KPD nicht durchgesetzt werden konnte“. (246) Wie bereits der Name der neuen Partei zeigt, war zunächst weniger die Bildung einer Konkurrenzorganisation intendiert als vielmehr der Versuch, die KPD über den Weg einer außerparteilichen Opposition zu einer Änderung ihres Kurses zu bewegen. Aber im gleichen Maße wie Versuche der direkten Beeinflussung der Mitglieder der KPD keine Erfolge zeitigten, wurde das Schwergewicht der KPO-Arbeit darauf verlegt, „der passiven KPD-Mitgliedschaft die — vom kommunistischen Standpunkt aus — Richtigkeit ihrer politischen Linie zu demonstrieren“. (249)

Doch die Diskrepanz zwischen dem Selbstverständnis der eigenen historischen Mission und der weitgehenden politischen Funktionslosigkeit, die die KPO mit der SAPD gemeinsam hatte, begünstigte auch hier Desintegrationstendenzen, die die Erreichung der gesteckten Ziele noch mehr erschwerten. Wenn auch Heinrich Brandler gefordert hatte: „Es genügt nicht, daß wir recht haben. Wir müssen uns auch im Kampf gegen die Partei politisch und organisatorisch durchsetzen“ (zit. 194), so blieb es doch bei dem „recht haben“. Und hier kann die KPO allerdings mit erstaunlichen Leistungen aufwarten: ihre theoretischen Arbeiten — besonders die Faschismus-Aufsätze August Thalheimers, die sich an Marxens „18. Brumaire“ orientierten — gehören zu den besten Analysen der Weimarer Republik. Thalheimer bezeichnete den deutschen Faschismus als „Versuch des Kleinbürgertums und der... Intelligenz, ... auf kleinbürgerliche Weise einen Rettungsweg zu versuchen, nachdem der demokratisch-sozialistische Rettungsweg... in die Wüste geführt hatte“. Kennzeichen des faschistischen Staates würden sein: „Verselbständigung der Exekutivgewalt, die politische Unterwerfung aller Massen einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer“. (zit. 274, 279) Die tagespolitischen Zeitschriftenartikel, die hiervon ausgehend den Faschisierungsprozeß Deutschlands von Brüning zu Hitler exakt analysierten, sind durch ein erstaunliches Maß an Voraussicht gekennzeichnet. Da die KPO ihr wichtigstes Ziel — die Einheitsfront der Arbeiterklasse — nicht realisieren konnte, traf die von ihr prognostizierte Entwicklung ein. „Gegenüber diesen Analysen verblaßten in der Tat die interpretativen Leistungen anderer Ideologen der Arbeiterbewegung.“ (282)

So bieten SAPD und KPO in mehr oder minder gleichem Maße das Bild von Organisationen, deren Analysen und Forderungen von der historischen Entwicklung, die sie nicht nennenswert zu beeinflussen vermochten, später bestätigt wurden. Aber die Arbeiter, die einzige Klasse, die in ihrer überwiegenden Mehrheit 1933 nicht zum Faschismus überlief, hatten offensichtlich in diesen Parteien keine politischen Alternativen gesehen. Die Arbeiten von D. und T. zeigen im einzelnen auf, wie die Entwicklung realistischer politischer Konzeptionen in den Großparteien durch organisationsimmanente oder andere Faktoren blockiert war und wie die Realisierung dieser Konzeptionen in den Absplitterungen von diesen Großparteien über minimale Ansätze nie hinauskam. Wenn auch die weitergehende Frage, warum dieser historische Prozeß der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung in dieser Form ablaufen mußte, in den vorliegenden Studien nicht beantwortet wird, so dürfte das hier aufbereitete Material, besonders weil die analysierten Organisationen immer im Rahmen der gesamten Arbeiterbewegung behandelt werden, zur Lösung dieses Problems einiges beitragen können.

Kurt Steinhaus (Marburg)

Lorenz, Richard: Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1965 (164 S., kart., 28,— DM).

Die Interpretation der Oktoberrevolution als Staatsstreich einer kleinen, straff organisierten und machtbewußten Elite unter der Führung Lenins ist bei uns fast zum Gemeingut der Sowjetforschung geworden; demgegenüber ist es das Verdienst von Lorenz, nachzuweisen, daß die bolschewistische Partei, die 1917/18 alles andere als eine „monolithene Einheit“ darstellte, die Prinzipien ihrer Politik fast überall von den revolutionären Aktionen des Fabrikproletariats und der Bauernschaft vorgeschrieben bekam. Ganz ähnlich wie in seiner Agrarpolitik, die die spontane Welle der Enteignung und Aufteilung des gutsherrlichen Bodens nur noch nachträglich sanktionieren konnte, mußte Lenin 1918 auch in der Industriepolitik von seinem wirklichkeitsfernen Konzept des „Staatskapitalismus“ abgehen.

Neben den brennenden Fragen nach Frieden und Land war es das Problem des Wiederaufbaus der zerrütteten russischen Industrie, das von den Parteien nach dem Sturz des Zarenreiches eine Antwort verlangte. Nachdem 1917 die gewinnbringenden Rüstungsaufträge zurückgegangen und die Fabrikbesitzer oft zu Massenentlassungen und Produktionseinschränkungen geschritten waren, gründete die Provisorische Regierung einen „Wirtschaftsrat“, der zwar einen allgemeinen Plan zur Reorganisation der zerfallenen Volkswirtschaft ausarbeiten, aber doch bei einer — wie es hieß — „entschiedenen Absage an jeden Anschlag auf die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung“ (p. 34) verbleiben sollte. Das unzureichende Wirtschaftsprogramm dieses Rates mußte auf den entschiedenen Widerstand der sozialistischen Parteien stoßen, zumal die Versorgungslage in den Städten immer katastrophaler wurde. Die Menschewiki forderten eine staatliche Politik der Arbeitsbeschaffung und Produktionsregulierung, das staatliche Handelsmonopol sowie eine drastische Beschneidung der Unternehmerprofite. Ihre Alternativvorschläge hatten jedoch bloß deklaratorischen Wert, da es unklar blieb, welche Organe dieses weitgesteckte Programm verwirklichen sollten.

Die Lösung dieser Frage sahen die Bolschewiki in der Herrschaft der „Betriebskomitees“, spontanen Zusammenschlüssen der Fabrikarbeiter, die in dem Maße in den Betrieben die Aufsicht und Leitung übernahmen, wie ihre Eigentümer als Antwort auf die Revolution ihre Zuflucht zu Aussperrungen und Sabotage der Produktion nahmen. Bereits im Sommer 1917 hielten die Fabrikkomitees in weiten Bereichen der Wirtschaft die Macht in den Händen, und die von der bolschewistischen Partei unterstützte Forderung nach Arbeiterkontrolle durch die Betriebskomitees hat ebenso zu ihrem Erfolg im Oktober beigetragen wie die populäre Losung ‚Brot, Land, Frieden‘.

Lenin nahm den Betriebskomitees gegenüber eine widersprüchliche Haltung ein. In seinen programmatischen Schriften ‚Staat und Revolution‘ und ‚Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?‘ soll das Proletariat zwar die politische Macht der Bourgeoisie stürzen und die proletarische Diktatur aufbauen; im öko-

nomischen Bereich soll es sich jedoch auf die bloße „Rechnungsführung und Kontrolle“ beschränken und die überkommene kapitalistische Wirtschaftsorganisation übernehmen („Dieser Apparat darf und soll nicht zerschlagen werden... es muß noch einmal wiederholt werden, daß an den Eigentumsverhältnissen keine Jota geändert und keinem Eigentümer auch nur eine einzige Kopeke weggenommen wird“). Der „Staatskapitalismus“, die kapitalistische Produktion unter proletarischer Kontrolle, sei eine notwendige und nicht zu überspringende Zwischenstufe zwischen Kapitalismus und Sozialismus; vorerst dürfe das private Eigentum an Produktionsmitteln nicht angetastet werden.

Lorenz zeigt nun im einzelnen, wie Lenins Konzeption des Einspannens kapitalistischer Wirtschaftsformen in den Rahmen der politischen „Diktatur des Proletariats“ scheiterte: „Wie die Arbeiter nicht bereit waren, sich mit einer bloßen Kontrolle über den kapitalistischen Betrieb zu begnügen, waren umgekehrt die Unternehmer und leitenden Angestellten in der Regel nicht willens, sich den Arbeitern zu unterwerfen“ (p. 102).

Gert Meyer (Marburg)

Naphtali, Fritz: *Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel.* Mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner. Sammlung „res novae“ Bd. 42. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1966 (193 S., Papp., 12,60 DM).

Dieses von Fritz Naphtali und einem Mitarbeiterstab — u. a. Rudolf Hilferding, Hugo Sinzheimer, Fritz Baade und Erik Nölting — 1928 verfaßte Buch stellt den Versuch dar, in einer Gesamtkonzeption die Umgestaltung einer kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft „Schritt für Schritt“ in eine sozialistische aufzuzeigen und faßt wesentliche Gedanken der Diskussion nach dem 1. Weltkrieg innerhalb des ADGB zusammen.

Das Programm der Wirtschaftsdemokratie („durch Demokratisierung der Wirtschaft zum Sozialismus“) geht von der Erkenntnis aus, daß die politische Demokratie keine „Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk“ (21) gewährleistet; denn trotz formaler Gleichberechtigung „findet sich... immer noch eine Mehrheit für die Parteien, die politisch die Interessen der besitzenden Minderheit des Volkes vertreten“ (15), weil „diese besitzende Minderheit dank ihrer wirtschaftlichen Übermacht, dank ihrer Privilegien des Besitzes und der Bildung bis jetzt gewaltige Beeinflussungs- und Druckmittel hat, denen zu widerstehen die Mehrheit der Bevölkerung bisher nicht imstande war.“ (15)

Für eine Machtzurückdrängung der Besitzenden fordert Naphtali „unmittelbare Anteilnahme der Arbeiterschaft an den Organisationen der Wirtschaftsführung... und Demokratisierung durch wachsende Unterwerfung der organisierten Wirtschaftsmächte unter die Macht des demokratischen Staates“. (41)

Die ausführliche Untersuchung über bereits realisierte Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie zeigt, daß sie überwiegend im Zeitraum 1918 bis 1921 — als die Arbeiterschaft eine starke Machtposition besaß — durchgeführt oder gesetzlich vorbereitet wurden und danach stagnierten. Die von der Realität losgelöste Erwartung auf eine kontinuierliche Entwicklung zum Sozialismus erklärt sich aus Naphtalis oberflächlicher Analyse der Funktion des Staates und der Herrschaftsverhältnisse im organisierten Kapitalismus. Das entscheidende Kriterium sieht er nicht in den Machtverhältnissen, sondern in der Staatsform. Sein Urteil, daß seit dem Sturz der Monarchie in Deutschland ein „dem Staatssystem immanenter Gegensatz zwischen Staat und Arbeiterschaft... nicht mehr bestand“ (158) führt ihn dazu, trotz Anerkennung der noch bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse von diesem Staat bereits Maßnahmen zur Einschränkung von Unternehmerinteressen zu erwarten. Eine Untersuchung des Systemwandels des Staats vom Interessenvertreter der Besitzenden zu dem der Allgemeinheit — und dieser Wandel müßte ein wesentliches Merkmal für den schrittweisen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sein — führt Naphtali nicht durch. Er übersieht auch die Funktion des Staates als Vertreter des Gesamtkapitals (nicht der Allgemeinheit!), so daß z. B. Verstaatlichungen im Interesse der Kapitalisten als Klasse gegen die Partialinteressen einzelner Kapitalisten durchgeführt werden können.

Der von Naphtali gezeigte Weg zum Sozialismus setzt voraus, daß die Besitzenden eine schrittweise Entmachtung ihrer Positionen nicht verhindern können oder freiwillig hinnehmen. Gerade wenn Naphtali zugibt, daß „für das Bürgertum die politische Demokratie nie das Ideal war und auch jetzt kein Ideal ist, sondern daß es sich nur unter dem Druck des proletarischen Kampfes mit der Demokratie abgefunden hat“ (16), müßte er auch eingestehen, daß das Bürgertum zur Machterhaltung auch die Herrschaftsform der Demokratie zugunsten einer offenen Diktatur aufgeben kann. Solange die Machtverhältnisse dies erlauben, ist es möglich, daß der „schrittweise“ Weg zum Sozialismus für die Wirtschaftsdemokraten unerwartet in einer Sackgasse endet.

Sehr anschaulich zeigt Naphtali den wachsenden Einfluß der Gewerkschaften auf die Wirtschaftspolitik des Reichs. Zugleich deckt er damit eine der größten Schwächen seiner Position auf. Wenn die Gewerkschaften im 1. Weltkrieg vor allem deshalb an Macht und Ansehen gewannen, weil „die gesamte Arbeitskraft des deutschen Volkes mobilisiert werden sollte, eine Aufgabe also, die gegen den Widerstand der Gewerkschaften einfach nicht durchzuführen war“ (131), ist es erstaunlich, wie Naphtali diese eindeutige Integration in die kapitalistische Gesellschaft als Tendenz zum Sozialismus deuten kann.

Die Neuherausgabe dieses Buches soll die Diskussion um die gegenwärtige gewerkschaftliche Forderung nach Ausweitung der Mitbestimmung verstärken. Einführung und Vorwort zeigen aber auch deutlich den seit der Erstausgabe eingetretenen Wandel der gewerk-

schaftlichen Anschauungen. Waren alle einzelnen Forderungen nach Ausweitung der Mitbestimmung von Naphtali nur als Teil der Hauptaufgabe „durch Demokratisierung der Wirtschaft zum Sozialismus“ gedacht, so wird von Ludwig Rosenberg und Otto Brenner das Ziel Sozialismus nicht mehr erwähnt. War den Verfassern der ‚Wirtschaftsdemokratie‘ vor allem an der Beeinflussung der zentralen Entscheidungen in der Wirtschaft gelegen, und sahen sie durchaus die Begrenztheit der innerbetrieblichen Mitbestimmung, so wertet Rosenberg diese Einsicht mit der Phrase ab: „Wichtiger aber wohl ist, daß sie (die Verfasser) — wie die Mitbestimmung auch — den arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt allen Geschehens rücken und seiner Persönlichkeit und Würde volle Anerkennung verschaffen wollten.“ (5)

Die Fortführung der Integration der Gewerkschaften in die kapitalistische Gesellschaft dürfte das Hauptanliegen Rosenbergs sein, wenn er darauf hinweist, daß „die in den letzten Jahren so oft gebrauchte Formel von der Notwendigkeit einer ‚Integration‘ der Gewerkschaften in unser demokratisches Gemeinwesen — wie Naphtalis ‚Wirtschaftsdemokratie‘ eindringlich zeigt — schon nach dem ersten Weltkrieg Richtschnur des gewerkschaftlichen Handelns gewesen“ (8) ist.

Gernot Schubert (München)

Imperialismus und Weltanschauung. Zu neuen Tendenzen der bürgerlichen Philosophie und Ideologie in Westdeutschland. (Von einem Autorenkollektiv) Dietz Verlag, Berlin (Ost) 1966 (192 S., Pappb., 3,80 MDN).

Die Analyse der Theorie der „Formierten Gesellschaft“, die dieses Buch versucht, ist vor allem durch die Einbeziehung der ideologischen Vorläufer bemerkenswert (u. a. Tönnies, A. Weber, Götz Briefs, Spengler, Freyer), die das Programm der „Formierten Gesellschaft“ als kontinuierliche Fortsetzung der „imperialistischen Geschichtskonzeptionen“ einerseits und der am Begriff der „Industriegesellschaft“ orientierten Soziologie andererseits ausweisen. Gegen die Konzeption der dreiphasigen Entwicklung der „nicht-kommunistischen Industriegesellschaften“ (Klassengesellschaft des 19. Jhds., Pluralistische Verbandsgesellschaft und „Formierte“ Gesellschaft), auf deren Basis sowohl die Theorie von der gesellschaftlichen „Konvergenz“ identischer technologischer Prozesse als auch das „imperialistische“ Programm der „Formierten Gesellschaft“ entwickelt wird, erheben die Autoren den entscheidenden Einwand, der prinzipiell gegen die Ausklammerung der Eigentumsverhältnisse in den Theorien der „Industriegesellschaft“ sich richtet. Der scheinbar wissenschaftliche Begriff der „Industriegesellschaft“, der den gesellschaftlichen Prozeß nur von seiner technisch und technologisch bedingten Struktur betrachtet, spalte die gesellschaftlichen Verhältnisse in einer „metaphysischen Trennung der Entwicklungsgesetze der materiell-technischen Produktivkräfte und der Produktivkraft Mensch“ ab und trage so zur Verschleierung des „sozialen Inhalts wissenschaftlich-technischer Revo-

lutionen“ bei. Der Hinweis auf den Entideologisierungseffekt ist nur konsequent: Die Theorie der „Industriegesellschaft“ als Grundlage der „Formierten Gesellschaft“ erfüllt eine antimarxistische Funktion, die vom plumpen neoliberalen Antikommunismus der 50er Jahre durch die scheinbar interesselose Szientifizierung sich unterscheidet.

Ein zweites wichtiges Moment ist die Verabsolutierung des „Interessenpluralismus“ im Programm der „Formierten Gesellschaft“ und seiner Vorgänger. Die Darstellung des Interesses als „vorsätzlicher Vorteil“ gesellschaftlich ununterschiedener „Verbände“ geht nach Meinung der Autoren am „Wesen einer Klassengesellschaft“ vorbei. Die Vorstellung einer „linearen“ Gesellschaftsverfassung, die die bürgerliche Soziologie veranlaßt, Klassengegensätze als bloße Interessengegensätze zu interpretieren, hat bei den Theoretikern der „Formierten Gesellschaft“ dazu geführt, nicht mehr unmittelbar auf eine Klassengesellschaft Bezug zu nehmen, sondern das Augenmerk einzig der pluralistischen Unterwanderung der kapitalistischen Gesellschaft zuzuwenden, was — so die Autoren — die Funktion hat, mit Hilfe der Chimäre des Pluralismus einer eigentlichen Auseinandersetzung mit den Problemen der Klassengesellschaft und mit dem Marxismus auszuweichen.

Das Buch nimmt darüber hinaus zu einigen Problemen des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“, der Konzentration und des staatskapitalistischen Eigentums Stellung, auf die hier nicht eingegangen werden kann.

Dieter Hirschfeld (Berlin)

Hallgarten, George W. F.: Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem ersten Weltkrieg, 2 Bde. München: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1963, 2. stark erw. Aufl. (1. Bd. 676 S., 2. Bd. 721 S., Ln., 118,— DM).

Brown, Michael Barratt: After Imperialism. London-Melbourne-Toronto, W. Heinemann Ltd., 1963 (521 S., Ln., 35,91 DM).

Kettenbach, Hans Werner: Lenins Theorie des Imperialismus. Teil I: Grundlagen und Voraussetzungen, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1965, Abhandlungen des Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus, Bd. X (350 S., Ln., 48,— DM).

Woodruff, William: Impact of Western Man. A study of Europe's Role in the World Economy 1750—1960, London-Melbourne-Toronto: Macmillan Ltd. 1966 (375 S., Ln., 28,50 sh).

H.'s imponantes, neuaufgelegtes Werk, das gegenüber der ersten Auflage von 1950 durch die Bearbeitung neuen aus dem deutschen AA kommenden Aktenmaterials um einige Kapitel über die Bahnbauten auf dem Balkan und in der Türkei, die Ursachen des Boxeraufstandes und die Zusammenhänge um die marokkanischen Fragen

bereichert werden konnte, durch Aufnahme von neuen Dokumenten im Anhang erweitert und auch in der Druckausstattung erheblich verbessert worden ist, gehört zweifellos zu dem Besten, was es über diese Epoche gibt. Nach einer Skizze der gesellschaftlichen Grundlagen der britischen und französischen Ausdehnungspolitik im 18. und 19. Jahrhundert beschreibt H. den Aufstieg Deutschlands zum Nationalstaat und die — aus Gründen der Binnenindustrialisierung — von imperialistischen Abenteuern relativ freie Zeit der ‚Bismarck-Ära‘. Mit dem Übergang zur ‚Weltpolitik‘ setzt H.’s minutiöse Kleinarbeit ein. Außerordentlich detailliert — jedem einzelnen Jahr, wichtigen Konflikt und Ereignis viele Seiten widmend — verfolgt er, wie Deutschlands Regierung zunehmend dem primären Einfluß der Konservativen und Agrarier entgleitet, immer stärker von den Interessen der expansiven Schwer- und besonders der Rüstungsindustrie und den Bedürfnissen des Bankkapitals bestimmt wird, und wie aufgrund von Parallelentwicklungen in den anderen kapitalistischen Ländern — bei zeitweiliger und alternierender internationaler Kooperation des Kapitals — sich die Konkurrenz- und Krisensituationen bis hin zum 1. Weltkrieg ständig verschärfen. Die Schwankungen, Halbheiten, die „Innen- und Außenpolitik des Sowohl als auch“ im wilhelminischen Deutschland werden hier erstmals durchgängig weniger aus den psychischen und Geisteszuständen des deutschen Kaisers und seiner Berater, den Hofintrigen und dynastischen Verwandtschaftsverhältnissen abgeleitet als vielmehr mit den ihnen zugrundeliegenden Interessen, die selbst widersprüchlicher Natur sind, in Zusammenhang gebracht. Besonders interessant ist es z. B., zu sehen wie bei einzelnen Komplexen: etwa der Burenfrage, den mittelständischen Kolonialschwärmereien, dem ursprünglich antikapitalistischen Alldeutschen Verein, beim Flottenauf- und -ausbau jeweils im Ansatz heterogene und oft breite Interessengruppen entweder wie im Burenkrieg im höheren (finanzkapitalistischen) Interesse offen brüskiert oder durch bestimmte Strategien der ‚Sammlungspolitik‘, mittels finanzpolitischer Kompensationen, Befriedigung ideologischer Bedürfnisse etc. von den maßgebenden Interessen überspielt und sogar noch für deren Zwecke mobilisiert werden.

Anzumerken ist jedoch die im methodologischen und in der ökonomischen Fragestellung liegende Begrenztheit der Studie. Da H. glaubt, für seine Zwecke die marxistischen und nichtmarxistischen Imperialismustheorien ‚versöhnen‘ zu können, und er die Motive des Imperialismus auf dessen Erscheinungsweisen reduziert, gelangt er natürlich nicht zu einer theoretisch konsistenten Aussage über den Zusammenhang von Gesellschaftsentwicklung und Imperialismus. Die Frage nach dem Grund des finanziellen und industriellen Kapitalexports, den Kartellisierungs- und Schutzzolltendenzen, der Politik des Dumping, der Jagd nach Absatzgebieten und Rohstoffquellen wird ebensowenig gestellt wie die nach der Natur der Krisen in der entfalteten kapitalistischen Gesellschaft oder nach der Notwendigkeit imperialistischer Expansion für die kapitalistischen Gesellschaften jener Zeit. Vom Koordinatensystem der genannten Motive und

Interessen her, die für die damalige Epoche als ‚Grundregeln sozialen Geschehens‘ figurieren, will H. gemäß seinen methodologischen Überlegungen „noch zur Aufstellung der Gesetze über die empirische Fernwirkung dieser Entwicklungsursachen auf die übrigen Gebiete sozialen Handelns“ (7) gelangen. Mit diesem Schema kann er, indem jeweils dieser oder jener Stelle im Achsenkreuz die Hauptbedeutung beigemessen wird, selbst die kleinsten Kursänderungen in seine historiographische Generalstabskarte einzeichnen. Dies mag für bestimmte historische Erkenntniszwecke eine brauchbare Methode sein, eine Methode, die immerhin fast die gesamte Historikerkunft auf den Plan zu rufen vermag; sie unterliegt aber der Gefahr — vor allem wegen der handlichen Trennung von nicht näher befragten Grundregeln sozialen Geschehens und aktuellen Spezialfällen —, eher ein pointilistisch buntes und reiches Bild einer Epoche zu zeichnen als sie in ihren wirklichen Bewegungsgesetzen und ihrem Entwicklungsspielraum zu analysieren. Sie sinkt — gleichsam auf höherer Stufe — dadurch wieder ins Zufällige der Akten- und Diplomatiegeschichtsschreibung zurück, daß sie sich häufig auf die Nachzeichnung von historischen Einzelereignissen beschränkt, die mit Börsenschwankungen, persönlichen Verwandtschaftsbeziehungen und Kapitalverflechtungen verbunden sind.

Das Buch des New Left Review Mitarbeiters B. B. ist in mehrerer Hinsicht interessant und lesenswert. Er behandelt nicht nur weite Strecken der Geschichte des Kolonialismus und Imperialismus, insbesondere des britischen, er analysiert den Entkolonialisierungsprozeß, die neuen Abhängigkeitsverhältnisse der Exkolonien von den kapitalistischen Ländern, die Klassenstrukturen und inneren Entwicklungshemmnisse in der 3. Welt, er vergleicht die verschiedene Entwicklung Indiens und Chinas, beschreibt die Veränderungen im Neokapitalismus und unterbreitet schließlich Vorschläge, die darauf abzielen, die gesamte Welt im Rahmen einer international geplanten Wirtschaft zu industrialisieren. Fast allen Kapiteln sind sorgfältige Statistiken und Tabellen beigelegt. — Die Leninsche Imperialismustheorie kritisierend behauptet er, der Wohlstand der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder beruhe weniger auf der Ausbeutung der Kolonien als vielmehr auf der steigenden Produktivität und den wirtschaftspolitischen Mitteln, die der Kapitalismus zunehmend angewandt habe. Die Ausweitung des Marktes und die erhöhten Auslandsinvestitionen seien zu einem weit überwiegenden Teil auf die wirtschaftliche Expansion in überseeische, europäisierte Länder zurückzuführen. Langfristig hätten die kapitalistischen Länder sogar Schaden von einer Verarmung der Kolonien davongetragen. Umgekehrt aber sei die ökonomische Stagnation der überseeischen nicht-europäisierten Territorien zum Großteil Resultat der kapitalistischen Expansion gewesen. Wenn auch der Kritik B.B.'s an Lenins Imperialismustheorie in manchen Einzelpunkten (der Frage der ‚kolonialen Tribute‘, der Parallelität von Flächenexpansion und verstärkter Investitionstätigkeit) — insbesondere für den Sonderfall Großbritanniens — zuzustimmen ist, seine generellen Thesen über die relativ

geringe Bedeutung der Kolonien und Halbkolonien für die Überwindung der Krisen im Kapitalismus vor 1914 können kaum durch die von ihm gebrachten statistischen Angaben und noch viel weniger durch andere neuere Arbeiten zu diesem Thema (L. J. Zimmerman, W. Woodruff) gestützt werden. Immerhin lagen die britischen Auslandsinvestitionen in den Jahren 1885—1913 sogar über den Inlandsinvestitionen, mindestens die Hälfte davon wurde in den abhängigen Kolonien und Halbkolonien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas vorgenommen, und überdies sind in diesen Gebieten Profitorate erzielt worden, die wegen der im Vergleich zu den Dominions und den USA viel billigeren Arbeitskräfte und den ungleich schwächeren politischen Gegenspielern wesentlich höher waren als sonst irgendwo. — Mit dieser These über den klassischen Imperialismus, die in manchen Punkten eher auf die heutigen als auf die damaligen imperialistischen Beziehungen zutrifft, steht das weitere zentrale Thema des Buches im engen Zusammenhang: die Möglichkeiten der Industrialisierung der 3. Welt. Da der Kapitalismus gegenwärtig noch weniger als früher von der Ausbeutung der Entwicklungsländer abhängt, seine bisherigen Aktivitäten in der 3. Welt jedoch eine Industrialisierung sogar behindert haben, andererseits der kommunistische Weg zwar effektiver, doch mit dem ‚Verlust der persönlichen Freiheit‘ und der ‚Heraufkunft einer neuen Klasse‘ verbunden ist, bietet sich der ‚dritte Weg‘ an. Ein Labour-sozialistisches GB. könne ebenso wie die ‚sozialistischen‘ skandinavischen Länder — wenn sie den Eintritt in die EWG zurückwiesen und statt dessen die Beziehungen mit den nichtentwickelten Sterlingblockländern intensivierten — zu einer Industrialisierung der Entwicklungsländer beitragen. Die jungen Staaten könnten nun — ähnlich wie einst die Dominions — die Bedingungen ausländischer Investitionen bestimmen, die (angebliche, jedoch nicht näher belegte) Tendenz der in den Entwicklungsländern nun auch verarbeitende Industrie betreibenden Großunternehmen könnte Ergänzungsfunktion für die eigene aufzubauende Schwerindustrie gewinnen; schließlich müßten die Rohstoffpreise stabilisiert werden, damit GB wieder größere Exporte in seine traditionellen Absatzgebiete durchführen könne . . . Die wohlgemeinten Vorschläge einer ‚dritten Alternative‘, eines ‚demokratischen Sozialismus‘, der verstärkten UN-Aktivitäten, des ‚positiven Neutralismus‘ und der international geplanten Wirtschaft sind zwar für einen ehemaligen Quäker und Corpus Christi College Schüler (so der Klappentext) verständlich, enthalten jedoch — wirft man einen kurzen Blick auf das jetzige Labour-Sozialistische GB, dessen Beziehungen zu den Entwicklungsländern im allgemeinen, der Haltung zum Vietnamkrieg, zu Südrhodesien, dem Jemen und Malaysia insbesondere — Illusionen und Naivität. Der Wert des Buches liegt weniger in den Zentralthesen, Interpretationen und Vorschlägen als vielmehr im — diesen oft widersprechenden — Faktenmaterial und manchen Einzelanalysen. — K.’s Arbeit gilt der philologisch-begriffsgeschichtlichen Untersuchung des Imperialismusbegriffs. Da K., wie er selbst sagt, „im Volkswirtschaftlichen dilettiert“, und er sich von der die bis-

herige Imperialismusforschung belastenden Frage nach der Richtigkeit dieser Theorie freizumachen gesucht hat (!), sieht er sich befugt, die realgeschichtliche Entwicklung weitgehend zu vernachlässigen. Wie er dabei seinen anderen Anspruch einlösen will: zu untersuchen, „inwieweit die Parteilichkeit der kritischen Imperialismus-Definitionen seit der Jahrhundertwende, insbesondere der Leninschen, den Begriff als wissenschaftliche Kategorie schlechthin entwertet“, bleibt bislang wohlgehütetes arcanum der ‚sowjetologischen Wissenschaft‘.

Die verschiedenen Bedeutungen des Imperialismusbegriffs vor 1900 sowie die in den einzelnen europäischen Ländern gebräuchlichen Bezeichnungen für einen gleichen oder ähnlichen Sachverhalt (Chauvinismus, Jingoismus, Kolonialismus, Marinismus, Militarismus, imperialism etc.) verfolgt er mit Akribie und mit einer gewissen Vorliebe für oft seitenlange Zitatfolgen. Mit dem Umsichgreifen des Phänomens wird der Begriff von ihm eindeutiger. Die ersten Versuche, die neuen Züge der ‚Weltpolitik‘ zu erklären, entdeckt K. außer in den knapp skizzierten Anfangsdiskussionen der deutschen Sozialdemokratie bei liberalen, teils pazifistisch orientierten bürgerlichen Autoren in England, USA und in Deutschland. Außer Hobson, der mit seinen ökonomisch-politischen Gesamtdeutungen unter den bürgerlichen Theoretikern recht vereinzelt bleibt, kommen diese Ansätze zumeist über moralische Kritik oder die Behandlung von Einzelproblemen nicht hinaus. — Die wichtigsten Kapitel dieses Buches gelten den imperialismustheoretischen Ansätzen bei Marx und Engels und beim jungen Lenin. So interpretiert er die von Marx konstatierten Tendenzen des Zwangs zur Ausweitung der Märkte in der kapitalistischen Produktionsweise, der Bildung von überschüssigem Geldkapital in den Händen Weniger und das damit auftauchende Problem der Wiederanlage sowie die von Marx genannten Möglichkeiten der Erzielung höherer Profitraten durch Kapitalsanlage in den Kolonien als Material einer Imperialismustheorie. Engels sogar, auf dessen bedeutende letzte Schrift „Die Börse“ K. zu Recht hinweist, erkennt darüber hinaus die neue Funktion des nationalen Schutzzolls, die Entwicklung zu monopolartigen Marktgebilden, die Veränderung der Art der Krisen und die verschärfte internationale Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die bis zur Aufteilung der überseeischen Territorien führt. Marx hinderten jedoch an der Bildung einer Imperialismustheorie „Grundstrukturen seines Denkens“, nicht etwa die Tatsache, daß die Realität des Imperialismus noch nicht bestand. Bei Engels hingegen tauchen die wesentlichen Schwierigkeiten einer marxistischen Imperialismustheorie schon auf: Die Vereinbarkeit der Thesen von der übernationalen Organisation des Gesamtkapitalismus mit der Tatsache der imperialistischen Auseinandersetzung ganzer Nationen. „Daß das Problem des Imperialismus vom Standpunkt des Marxismus aus grundsätzlich unlösbar ist, verraten bereits die... angeführten Beobachtungen Engels‘. Sie enthalten im Kern die Widersprüche, die in den marxistischen Beiträgen zum Thema immer wieder aufgetreten und die letzten Endes darauf zurückzuführen sind, daß das Schema des Klassenkampfes der historischen

Entwicklung nicht gerecht wurde“ (137) und sich „bis in die neueste Zeit hinein die Solidarität der Nation . . . immer wieder stärker erwiesen hat als die Solidarität der Klasse“. (125) Hätte K. die Formen des Imperialismus etwas genauer studiert, wäre ihm aufgefallen, daß die beiden für ihn sich ausschließenden Elemente durchaus häufig nebeneinander und sich abwechselnd vorgekommen sind (vgl. etwa Hallgarten, aaO. Bd. 1, S. 391 f., S. 521 f., Bd. 2, S. 452 f.). Hinweise auf die immanenten Widersprüche des Kapitalismus tut er als bolschewistische Ideologie ab und lastet diese der Stimmigkeit der Theorie an. (161) Umgekehrt gewinnen praktische Erfolge und durchaus nicht notwendige Konsequenzen des Imperialismus — die „Solidarität der Nation“ — die Qualität von Wahrheitskriterien für eine Theorie des Imperialismus. Die erkenntnistheoretischen Prämissen und Konsequenzen einer solchen pragmatisch-deterministischen ‚Beweisform‘, die dem effektiv Überlegenen in den Klassenauseinandersetzungen noch nachträglich theoretische Würde zukommen läßt, reflektiert der „Sowjetologe“ freilich nicht. — Instruktiv sind die Ausführungen K.s über die Position Lenins in den Diskussionen über die Möglichkeiten der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. In dieser in den 90er Jahren geführten Diskussion, die im wesentlichen eine Auseinandersetzung zwischen den Theorien des Narodnicestvo und den legalen Marxisten war, stimmte Lenin den Volkstümler-Ökonomen zwar darin zu, daß der russische Kapitalismus (wenn auch aus anderen als den von ihnen angeführten Gründen) über seine Grenzen expandieren müsse, bejahte aber andererseits mit dem Hinweis auf sein empirisches Vorhandensein die prinzipielle Möglichkeit des Kapitalismus in Rußland. Mit den legalen Marxisten, die mit der Demonstration der prinzipiellen Möglichkeit des Kapitalismus im Übereifer zugleich die Unmöglichkeit des Sozialismus „erwiesen“ hatten, stimmte Lenin überein in der Frage der relativen Unabhängigkeit der kapitalistischen Produktion von der Konsumtion, hob aber andererseits die Notwendigkeit wie die Beschränktheit der Endkonsumtion und die Tendenz zur schrankenlosen Expansion der nach höheren bzw. der Aufrechterhaltung der Profite strebenden Bourgeoisie hervor.

W.s Buch schildert mit fast lexikalischer Vollständigkeit und Detailliertheit die verschiedenen Einflüsse Europas auf die restliche Welt. Der flächenmäßigen Erschließung, den Bevölkerungswanderungen, den Kapitalströmen, der Ausbreitung der Technik, der Verbesserung des Verkehrsnetzes und den Handelsbeziehungen Europas zu der übrigen Welt sind einzelne Kapitel gewidmet. Schon die Anlage des Buches und das Vorwort lassen christlich-abendländische Überzeugungen vermuten. Tatsächlich ist von der europäischen Mission und der der Welt geschenkten ‚Dynamik‘ Europas häufig die Rede. Heute allerdings ist „Europe's nineteenth-century civilizing mission to the world (is) passing into the hands of European man in North America; a Peace Corps has been formed to carry the white man's burden“. (17) Daß der Autor hiermit keineswegs in überspitztem Sarkasmus den Übergang zum Neoimperialismus

meint, wird bald an anderen Stellen deutlich. „This (e. g. British influence) . . . was the source of much of the dynamic impulse behind nineteenth-century Indian economic advance. British law and administration . . ., British technical experts . . . developed . . . communications, agriculture, and public health. Especially important was the construction of Indias railways. These were built in anticipation of the country's need, and continuously extended out of Indian taxes, but they opened up the interior of India, connected the main ports with important agricultural regions, stimulated the sale of British manufactured goods and the export of growing quantities of raw materials, combated famine (!), and helped to spread the knowledge and the application of engineering techniques.“ (33) Europas „most important (if less apparent) effect was to break down the traditional static views of non-European societies and to introduce them to the dynamic ideas underlying western economic progress“. (142) „Some societies quickly adapted themselves; others, such as the Chinese, were peculiarly resistant to western ways.“ (115) In dieser — sogar noch undifferenzierten-apologetischen Art ist das gesamte Buch gehalten; einzig das zusammengetragene, außerordentlich reichhaltige Faktenmaterial, das sehr häufig den Thesen des Autors widerspricht, ist wertvoll. So zeigt etwa seine Statistik über die geographische Distribution der britischen Auslandsinvestitionen — entgegen der auch von ihm durchgeführten obligatorischen Widerlegungen Hobsons und Lenins —, daß in den Jahren 1900 und 1914 die Kapitalanlagen in den europäischen und europäisierten Gebieten entweder geringer als in den Kolonien und Halbkolonien Asiens, Afrikas und Südamerikas oder genauso hoch waren. (152, 154)

Hans-Dieter Boris (Marburg)

Guevara, Ernesto 'Che': Der Partisanenkrieg — eine Methode. Mensch und Sozialismus auf Cuba. Zwei Studien. Facit-Reihe P'66, Köln und München 1966 (64 S., kart., 3,70 DM).

Der Wert der vorliegenden Guevara-Ausgabe bemißt sich, angesichts der Tatsache, daß das Hauptwerk „Der Partisanenkrieg“ seit geraumer Zeit vergriffen ist, um etliches höher, als es seiner theoretischen Bedeutung entspricht. Vieles, was im „Partisanenkrieg“ ausgeführt wird, ist hier nur reminiszenzhaft wiederholt, worunter die Stringenz leidet.

Die erste der beiden Studien befaßt sich mit dem Guerillakrieg als einem Mittel antikolonialen und antiimperialistischen Klassenkampfes. In Anlehnung an Lukács, der die objektive Theorie des Klassenbewußtseins als die Theorie seiner objektiven Möglichkeiten begreift, projiziert Guevara diese in Verhältnisse der Dritten Welt; zwar sieht er andere Mittel des Klassenkampfes als dieser — den Partisanenkrieg nämlich, doch nimmt sein Postulat, daß dieser Kampf siegreich sein wird, jene Form von Determinismus an, die von modernen Marxisten — unter ihnen vor allem Marcuse — in Frage gestellt wird. „... wir können sein (des Kampfes) Heraufkommen und seinen

Triumph voraussagen, weil er das Ergebnis unvermeidlicher historischer, ökonomischer und politischer Umstände ist und weil sein Kurs nicht umgebogen werden kann.“ (30) Die Tatsache, daß die Voraussetzungen für den Beginn des Kampfes mittels exaktem „historischem Kalkül“ (Marcuse) eruiert werden, läßt noch nichts über dessen Effektivität aussagen. Gewiß, Guevara kann in Lateinamerika (wie in der gesamten Dritten Welt) in größerem Maß mit einem klassenbewußten Proletariat rechnen, als es Lukács in der spätkapitalistischen Industriegesellschaft könnte; daß er diesem dadurch die Antizipation des Triumphes voraushätte, liegt selbst in dessen Theorie nicht.

Die Kritik bezieht sich jedoch nur auf diesen theoretischen Teil der Studie; ihr Wert und ihre Bedeutung für den Kampf der Dritten Welt gegen Kolonialismus und Imperialismus bleibt hierdurch unbenommen.

Georg Ahrweiler (Marburg)

Furtak, Robert K.: *Kuba und der Weltkommunismus*, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1967 (194 S., kart., 19,80 DM).

F.'s Arbeit bietet eine konzentriert geschriebene und materialreiche Chronologie der kubanischen Revolution. Sie befaßt sich intensiv mit den Wandlungen, welche die Theorie der kolonialen Revolution seit dem Einzug Castros in Havanna erfahren hat. Besonders die kritische Darstellung der verschiedenen Auffassungen über den Klassencharakter der kubanischen Revolution ist lesenswert. Die offensichtlich auf genauem Quellenstudium aufbauende Untersuchung unterscheidet sich vorteilhaft von den in Westdeutschland üblichen Darstellungen sozial-revolutionärer Bewegungen. Allerdings sah sich der Verfasser leider außerstande, auf eine Reihe gängiger Klischees — wie etwa auf den Totalitarismusbegriff — zu verzichten. Es ist auch wenig sinnvoll, im Anschluß an eine Schilderung der Ausplünderung Kubas durch die US-Monopole deren Enteignung als Xenophobie zu bezeichnen. Und es entbehrt nicht der Komik, wenn der Verfasser einerseits „die Diktatur Batistas“ als „hemmungslose politische Reaktion“ (25) bezeichnet, andererseits aber die Amtsenthebung von Justizbeamten, „die als Parteigänger Batistas bekannt waren“, eine Maßnahme nennt, die „eine Bresche in die Unabhängigkeit (sic!) der justiziellen Gewalt“ schlug. (27)

Kurt Steinhaus (Marburg)

Nhat Hanh, Thich: *Vietnam, Lotos in a Sea of Fire*, Buddhist Proposal for Peace. Foreword by Thomas Merton. Verlag Hill & Wang Inc., New York 1967 (115 S., kart., 1,25 \$).

Lotosblume im Flammenmeer: die Assoziationsreihe des Titels reicht von der Selbstverbrennung buddhistischer Mönche bis zu den Dörfern, Reisfeldern und Wäldern, die im Napalmregen verkohlen. Dem, der in vietnamesischen Krankenhäusern Hunderte von Kin-

dern ohne Haut und Gesicht gesehen hat (Opfer des „verbesserten“ „hautfreundlichen“, „garantiert haftenden“ Napalm), scheint das Bild zu erhaben, zu schön. — Der Mönch Thich Nhat Hanh ist heute der bekannteste buddhistische Intellektuelle Südvietnams. Ein Dutzend Bücher — zwei davon sind ins Französische und Englische übersetzt — haben ihm bei buddhistischen wie bei katholischen Intellektuellen gleichermaßen hohes Ansehen verschafft. Ähnliches Ansehen genießen außer ihm nur noch zwei katholische Schriftsteller: Nguyen van Trung und Pater Nguyen Ngoc Lan. Mit beiden verbindet Thich Nhat Hanh freundschaftliche Bande und eine sehr verwandte Sicht der sozialen und politischen Probleme Vietnams. — Die illegal gedruckte vietnamesische Ausgabe der „Lotosblume“ kursiert unter Vietnamesen aller Konfessionen und Schichten. Es versteht sich nahezu von selbst, daß die Marionettenregierung Ky dem Autor, der Vietnam im Frühjahr 1966 zu einer Vortragsreise verlassen hat, die Rückkehr nach Saigon unter Morddrohungen verboten hat.

Das Buch liefert zunächst eine kurzgefaßte Geschichte des politischen Engagements der vietnamesischen Buddhisten und Katholiken während der drei letzten Jahrhunderte. Zur Kritik der Missions- und Konversionspolitik der französischen Missionsgesellschaften und später des Diem-Regimes sowie zum Nachweis der Kollaboration weiter Kreise der christlichen Minorität mit den französischen Invasoren zieht Verf. in erster Linie katholische Quellen heran; aus ihnen geht hervor, wie die Katholiken zu einem Fremdkörper innerhalb der vietnamesischen Gesellschaft werden konnten. Sichtbar wird auch, wie der Buddhismus in die Rolle des Verteidigers nationaler Tugenden hineingedrängt wurde. Daß die Front aber nicht einfach zwischen den Konfessionen, sondern als politische quer durch sie hindurch verläuft, deutet der Verf. an durch zahlreiche Hinweise auf patriotisch agierende katholische Kreise einerseits und zum andern auf den unheilvollen Machtrausch der buddhistischen Kirche während der Jahre 1964/65, die nach Diems Sturz sich in tagespolitischen Manövern verding und darin in gewisser Weise auf Diems Spuren wandelte.

Der Hauptteil des Buches gilt der Kritik des Krieges. Die amerikanische Intervention könne vom einfachen Vietnamesen nur als Fortsetzung der Kolonisierung durch „Weiße“ und als Besatzungsregime aufgefaßt werden. Weder Ideologien noch Terror, sondern „Patriotismus“ treibe die vietnamesischen Bauern zur Unterstützung der Befreiungsfront, die nur zu einem kleinen Teil aus Kommunisten besteht. Indem die buddhistischen Führer sich zu Sprechern der Sehnsucht nach Frieden und nationaler Unabhängigkeit gemacht haben — und diese Sehnsucht wird von den Südvietnamesen in ihrer überwältigenden Mehrheit geteilt —, konnten sie bisher mäßigend wirken und einen Teil der Landbevölkerung davon abhalten, zu den Waffen zu greifen. Aber nur solange die Aussicht bestand, daß durch buddhistischen Druck eine verhandlungsbereite Regierung ans Ruder kommen könne, ließ ein solcher pazifistischer Neutralismus sich

erfolgreich propagieren. Mit der von den Amerikanern inspirierten Vernichtung der buddhistischen Organisationen durch die Regierung Ky im Sommer 1966 war diese Aussicht zunichte gemacht und mit ihr die einzige politische Gruppierung, die dank ihrer Massenorganisationen als selbständiger Partner bei einem Verständigungsfrieden mit der Befreiungsfront aufzutreten. Erst nachdem die Amerikaner alle bestehenden Alternativen außer dieser letzten: eigene Kapitulation bzw. militärische Vernichtung des Gegners, durch ihre Politik beseitigt hatten, „bewiesen“ sie endlich, daß es keine Alternative zur ständigen Eskalation des Krieges gibt: zynisches Paradebeispiel für eine „self-fulfilling prophecy“. Folgerichtig wandte sich seit Sommer 1966 die Mehrzahl der Bauern vollends der Befreiungsfront zu. Indem die Amerikaner sich derart systematisch Feinde gemacht haben, sind sie am Ende gezwungen, ihre „Schutzbefohlenen“ zu vernichten. Die amerikanische Politik tendiert zwangsläufig zum Genocid.

Thich Nhat Hanh schlägt folgende Lösung als Ausweg vor: Bildung einer Interimsregierung aus den repräsentativen religiösen und politischen Gruppen Vietnams, Ende des Luftkrieges über Nord- und Südvietnam, Einstellung der offensiven militärischen Aktionen aller Beteiligten, gleichzeitiger Rückzug der amerikanischen und nordvietnamesischen Formationen aus Südvietnam, politische Verhandlungen mit der Befreiungsfront, Bildung einer Koalitionsregierung und schließliche Normalisierung der Beziehungen zu Nordvietnam, die eines Tages zu einer Wiedervereinigung beider Landesteile führen kann. Mit solcher Politik werde eine neue Regierung bald genügend Popularität gewinnen, um dem kommunistischen Einfluß nicht mehr schutzlos preisgegeben zu sein. Sie würde den Kommunisten auch den Nimbus nehmen, als einzige die nationalen Interessen Vietnams zu vertreten: ein Nimbus, der ihnen bislang zurecht anhafte.

Man kann die Naivität dieser Thesen — die im übrigen vom Programm der Befreiungsfront gar nicht so weit abweichen — kritisieren; man mag bemängeln, daß die Zwangsläufigkeit der neokolonialistischen Verstrickung des kapitalistischen Systems, daß die unheilbare Korruptibilität und Desorganisation der traditionalistischen Gesellschaft Südviets dem Autor nicht bewußt geworden sind, daß er letztlich eine moralische und vernunftgesteuerte Politik proklamiert und auch für durchführbar hält ohne Rücksicht auf die sozio-ökonomischen Realitäten. Eine derartige Kritik wäre nur allzu berechtigt. Die Bedeutung des Buches liegt nichtsdestoweniger in der Tatsache, daß ein prominenter südvietnamesischer Buddhist, dem man weder religiösen Fanatismus noch prokommunistische Sympathien nachsagt, dem man nicht wie amerikanischer und europäischer Kriegsgegnern damit kommen kann, er verstehe nichts von Vietnam und kenne nicht die Wünsche der Südvietnamesen, — daß ein solcher Mann ausdrücklich einen Verständigungsfrieden mit der Nationalen Befreiungsfront und mit Nordvietnam fordert und zugleich den schrittweisen Abzug der Amerikaner.

Georg W. Alsheimer (Saigon)

Steinhaus, Fritz C.: Rotasien 1985. China bereitet die Geschichtskatastrophe vor. Marienburg Verlag, Würzburg 1966 (326 S., Ln., 24,— DM).

„Das Bild der weltpolitischen Kräfte vereinfacht sich.“ (269) Steinhaus formuliert eine Polarisierungstheorie: Er sieht nicht eine Polarisierung zwischen den hochindustrialisierten Nationen und der Dritten Welt, sondern eine drohende Auseinandersetzung zwischen der Gelben Rasse und der Weißen. Der Klassenkampf erscheint als Rassenkampf. Obwohl er die weiße Rasse nicht als die Überlegene auszuweisen vermag, hat sie aus diesem (End)kampf als Sieger hervorzugehen. Die Gelbe Gefahr manifestiert sich für Steinhaus in der chinesischen Aggressivität, die begründet wird mit einer Volk-ohne-Raum-Theorie und dadurch, daß die gelben Massen der Überzeugung seien, nur die chinesische Weltherrschaft diene dem Glück der Menschheit.

Steinhaus schildert den Aufbau des chinesischen Sozialismus; er sucht ihn nicht, wie andere Warner vor der Gelben Gefahr, als Interimserscheinung abzutun, vielmehr sieht er im Kommunismus die Erfüllung der „chinesischen Wesensart“, die er folgendermaßen beschreibt: Sie ist „kollektivistisch“, zeichnet sich aus durch „ihre persönliche Anspruchslosigkeit... ihren fehlenden Sinn für individuelles Streben nach Gewinn...“ (210), durch Intelligenz, Fleiß, Arbeitsethos, Flexibilität... Steinhaus bewundert die Disziplin des chinesischen Soldaten, — „insbesondere auch in sexueller Beziehung.“ (200) Die „unzerstörbar seelisch-geistige Wirhaftigkeit des Chinesen“ (79) bedroht nun den „Weißen Westen“, der, um dieser Bedrohung widerstehen zu können, ein „Großer Westen“ werden muß. Der Westen kann dies nur, wenn er all die positiven Eigenschaften der Chinesen adaptiert; Steinhaus warnt vor Luxus, Verweichlichung, „Absinken der Vitalität“ (285), plädiert für die „Gradlinigkeit des Wollens“, für Askese, Elite, kurz: für die „organisierte Lebensgemeinschaft der Bürger“ (277). So hat die Furcht vor den Gelben „eines der wichtigsten Instrumente seiner (des Westens) inneren Politik“ zu sein (39). Egoistische Einzelinteressen haben zurückzutreten; die „funktionale Rationalität des Systems“ muß auch im Westen eingeführt werden. Steinhaus spricht von der „Ökonomie der Macht, wie sie umfassend für den Großen Westen unter Einschluß der Sowjetunion angesichts der chinesisch-asiatischen Drohung betrieben werden müßte.“ (297) Die Sowjetunion allerdings habe ihrerseits auf Expansionismus und die Teilung Deutschlands zu verzichten.

Jörg Schlotterer (Berlin)

Berque, Jacques: Dépossession du monde. Editions du Seuil, Paris 1964 (221 S., 15 F).

Berque bezeichnet die Entkolonisierung, die „Emanzipation der Erde“, als die für unsere gegenwärtige Epoche charakteristische Bewegung. Ausgangspunkt für seine Betrachtungen ist der Tag der Unabhängigkeit Algeriens. An diesem Tag im Jahre 1962 besteht

Grund zum Tanzen: die Probleme scheinen gelöst mit dem Moment, in dem die Geschichte Algeriens und die Geschichte Frankreichs sich voneinander trennen (L'histoire et la danse). In Wahrheit beginnen die Probleme der Entkolonisierung erst: wird sich die Unabhängigkeit als die wahre herausstellen — oder kommt es zu einem „Neokolonialismus“?

Geschichtlicher Angelpunkt bleibt fortwährend in diesem Buch das Schicksal Nordafrikas und die Unabhängigkeit Algeriens, bzw. der Imperialismus Frankreichs. Doch bilden sie nur den Hintergrund für viel allgemeinere Fragestellungen: Untersucht werden von Berque in den einzelnen Kapiteln des Buches die Bedeutung der Ausbeutung und Fremdherrschaft für die kolonisierten Völker, die Entfremdung und Depersonalisierung des Menschen im Kapitalismus und unter kolonialer Ausbeutung, das Verhältnis von Imperialismus und technologischer Entwicklung (Fesselung der Produktivkräfte durch bestimmte Produktionsverhältnisse), untersucht werden die wichtigsten Theorien über Kolonialisierung, die literarischen, philosophischen und politisch-ökonomischen Gedanken des Antikolonialismus; schließlich und hauptsächlich die geschichtliche, das heißt: materielle und moralische Funktion der Entkolonisierung, ihr Potential für die Befreiung der Menschheit, hierbei das Verhältnis von Geschichte und Utopie.

Obwohl Berque für die Beurteilung aller Aspekte der Entkolonisierung und des Imperialismus den marxistischen Ansatz, d. h. für ihn die historische Dimension, für zu schmal hält, und deshalb nach „etwas Weiterem, Tieferem und mehr Elementaren als das Historische und das Soziale“ Ausschau hält und als sinnvollste Reduktion „das Anthropologische“ findet (S. 36), bleibt er dialektischem Denken verpflichtet. Dessen idealistische Version scheint ihm freilich mehr als die materialistische zuzusagen, allerdings ist ihm die Bedeutung der ökonomischen Gesetze für die bisherige geschichtliche Entwicklung ebensowenig fremd wie die Bedeutung der Planung für die zukünftige. Der Autor steht in der Tradition noch der großen europäischen Aufklärung — mit ihr teilt er die Geschichtsphilosophie, den Fortschrittsglauben und die Einschätzung der Rationalität als Bedingung für Freiheit und Glück der Menschen. Dem utopisch-sozialistischen und auch wohl dem Marx'schen Erbe (dem frühen Marx) verdankt er das, was er seinen „wissenschaftlichen Optimismus“ nennt, und die Vorstellung von einer harmonisch in Gemeinschaft lebenden Menschheit, deren Kultur mit der Natur wieder versöhnt ist.

Die Entkolonisierung birgt nach Berque — auf viel umfassendere Weise als die Emanzipation des Proletariats und für die ganze Welt — die Möglichkeit zur Aufhebung von Entfremdung, Verdinglichung und Depersonalisierung. Die Kolonialisierung habe in den ausgebeuteten Ländern deren, ihnen eigenes und angemessenes, Verhältnis zur Natur und Kultur gestört, sie habe deren Kultur entkultiviert, deren Natur denaturiert, den Menschen schlimmer noch seiner selbst entfremdet als je Kapitalismus und Industrialisierung den europä-

ischen Proletariat. Entkolonisierung bedeutete so ein Wiedererwecken dessen, was in der langen Phase der Fremdherrschaft unterdrückt, verschüttet, vergessen wurde. Sie hätte die große Chance, der ganzen bestehenden Zivilisation Beispiel zu sein, aus deren Pessimismus herauszuführen und die Gefahr wachsender Uniformität der Welt durch den Beitrag ihrer spezifischen kulturellen und natürlichen Besonderheiten aufzuhalten. Der „Tiers-Monde“ ist es nach Berque, der heute der geschichtslos gewordenen Vorgängerin in der Geschichte vorführt, was geschichtliche Dynamik ist. Analog zur marxistischen Klassentheorie, nach der das Proletariat als Subjekt der Geschichte begriffen ist, versteht Berque demnach die Welt der unabhängig werdenden Völker als die Trägerin unserer geschichtlichen Entwicklung. Genausowenig wie bei Marx ist diese jedoch deterministisch verstanden: sie kann zur Befreiung aller ebenso führen wie zum Rückfall in die alten Fehler, in Neokolonialismus, ja zur Katastrophe atomaren Selbstmords.

Entkolonisierung, sagt der Autor, ist die Geschichte par excellence unserer Zeit: sie entbindet materielle und moralische Reserven, sie dient der Suche nach Freiheit, Demokratie und Frieden. Auch wenn es Beweise dafür noch nicht ausreichend gebe, so zeige sie doch, daß der Mensch die Natur wiederfinden kann, trotz der Technik, ja durch die Technik. Da reale Geschichte auch immer nach „erhoffter“ Geschichte rufe, sich nach besserer Realität sehne, sei die Entkolonisierung nicht nur deshalb bedeutsam, weil sie sich wirklich vollzieht, „sondern auch, und vielleicht mehr noch darum, weil sie öffnet, verspricht oder entfesselt“. (S. 198)

Wie der Autor im Vorwort sagt, führte ihn seine ursprüngliche Absicht, „den ersten Versuch einer Soziologie der Entkolonisierung“ zu begründen, recht bald „in die Domäne des Geistesgeschichtlers, des Linguisten und des Philosophen“ (S. 7). Tatsächlich handelt es sich bei der „Dépossession du monde“ nicht eigentlich um Soziologie. Zu wenig werden die sozialen Strukturen, die konkreten Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse und die empirischen Bewußtseinsinhalte in den unabhängig gewordenen Ländern analysiert, die für eine Beurteilung der Aussichten jener Berque vorschwebenden gesellschaftlichen Veränderungen nötig wären. Werden also auch nicht die politischen und ökonomischen Bedingungen exakt bestimmt, unter denen die Entkolonisierung tatsächlich zur Aufhebung der Irrationalität in der Welt führen könnte, so wird immerhin doch mit großem Nachdruck die Aufhebung der Irrationalität überhaupt verlangt. Die Rettung des utopischen Moments für gesellschaftliche Reflexion ist das Hauptverdienst dieses seiner ganzen Anlage nach eher philosophischen Werkes.

Das Buch ist sprachlich äußerst schwierig abgefaßt. Berque verfügt nicht nur über einen ungewöhnlich weiten Wortschatz, sondern scheint auch einen komplizierten, vielfach geschachtelten Satzbau geradezu zu suchen. Die Anforderungen an den Leser sind nicht nur deshalb nicht gering, sondern auch wegen der reichlichen Allusionen, Assoziationen und Exkurse, die zwar einen sehr hohen Grad von

literarischer Bildung dokumentieren, aber doch nicht frei von der Gefahr sind, gelegentlich Selbstzweck zu werden. Schwärmerisch und emphatisch drückt Berque sich besonders dann aus, wenn er auf die „fundamentalen Werte“ „des Menschen“, oder auf die „wilde Vitalität“ von Wüste, Busch und Urwald zu sprechen kommt, auf jene Natur, die nicht einmal koloniale Zivilisation habe schänden können. Daß die für unseren Geschmack gelegentlich zu mystische Ausdrucksweise mit dem erwähnten Mangel des Buches zusammenhängt, ist offensichtlich: wo eine nüchterne Analyse von Bedingungen und Möglichkeiten nicht so recht geleistet werden kann, bietet sich die große Geste des Moralisten (oder des Législateur, oder des Prometheus-Planificateur) von alleine an.

Sebastian Herkommer (Berlin)

Bossle, Lothar: Politische Bildung — Durchbruch oder Krise? Hase & Koehler Verlag, Mainz 1966 (129 S., kart., 6,80 DM).

Bossles politische Bildung ist vor allem darum interessant, weil der Verfasser fünf Jahre Assistent von Gerhard Möbus und Mitarbeiter der Bundesweherschule für Innere Führung war.

Seine Auffassung von politischer Bildung unterscheidet sich kaum vom derzeit Gängigen: formal kritisch bleibt sie im ungefährlichen Bereich der Anpassung an den status quo. Zwar wird ein „realistisches Verständnis der Politik“ (21) und nicht Anpassung, sondern Ausgang von der Wirklichkeit (38) verlangt, aber, so meint der Verfasser mit Recht, „es ist ein allerorts erhobener Anspruch, die Wirklichkeit zu erkennen“ (39). Leider besteht Bossles ‚Wirklichkeit‘ weitgehend in der Reproduktion der gängigsten Ideologien, von der „Eigenständigkeit“ des Bereichs der Politik und „der reinen politischen Sachzwecke“ (76 f.) bis zum Demokratie-Totalitarismus-Schema (78 ff.). Unter ständiger Verwechslung von kapitalistischer Gesellschaftsordnung und Demokratie wird die Krise der Weimarer Republik zur „Krise der Demokratie“. Abwenden lassen sich solche Krisen durch ein „krisentheoretisches Konzept“ der „Demokratie-Analyse“ (82). So einfach ist das.

Die Bildung eines demokratisch-politischen Bewußtseins in Deutschland wurde — trotz allgemeiner Zufriedenheit „der Deutschen“ im Bismarckschen und Wilhelminischen Reich — verhindert durch den „Kontinuitätsbruch 1918“ (22). Die politische Führung der Weimarer Republik war — „trotz den hervorstechenden staatsmännischen Leistungen Eberts, Stresemanns und Brünnings“ — unfähig, „dem Volk eine realistische demokratische Funktionserklärung zu geben“ (26). Wenn wir dann noch erfahren, daß beim Aufschwung des Nationalsozialismus der „Drang zur ideellen Betätigung“ der mittleren Altersgruppen eine erhebliche Bedeutung hatte (119), dann wundern wir uns nicht, bei Marx „eine sträfliche Verkennung des Grundcharakters des Politischen“ zu finden (91).

Der Qualität historischer Analyse entspricht die Zielsetzung der politischen Bildung. Sie dient der „Festigung des Gedankens der Demokratie“ (78), ihre Aufgabe ist es, „die Spannungsgrade der politischen Wirklichkeit zu vermindern“ (42), ihr Ziel ist „der politische Bildungsbürger“ (116); kurz gesagt, sie muß sich „in den Dienst einer politischen Handlungs- und Entscheidungslehre stellen“ (30). Ihr höchstes Ziel aber ist die Stabilität der Verhältnisse (13). Immer wieder zeigt sich die Angst vor jeder „Veränderung politischen Denkens“ (21) und den „geistig-seelischen Neigungen zu politischen Extremen“ (21). So möchte Bossle auch einen Bildungsurlaub nur dann zulassen, wenn „durch ein Gebildetsein der Arbeitnehmer gefährliche Prozesse der politischen Desintegration oder gar Extremisierung vermieden werden können“ (32).

Die Frage nach „Durchbruch oder Krise“ politischer Bildung beantwortet Bossle optimistisch. Die schon erreichten großen Erfolge zeigen sich nicht nur in einer „Nüchternheit des politischen Denkens“ und dem „Wohlverhalten des deutschen Wahlbürgers“ (31), sondern auch darin, „daß die Aufklärung über die kommunistische Ideologie und ihre weltrevolutionäre Zielsetzung in keinem anderen Land eine derartige Ausbreitung erfahren hat wie in der Bundesrepublik“ (16/17). Da wir außerdem in der Bundesrepublik ein politisches Klima besitzen, in dem „die Chance zum nüchternen politischen Denken und Handeln besteht“ (121), können wir beruhigt sein; dies vor allem, wenn wir eh die Gewißheit besitzen, „daß der Mensch in seinem Wesen unveränderbar ... bleibt“ (106).

Rolf Schmiederer (Marburg)

Schön, Konrad: Der Begriff der politischen Bildung, Henn-Verlag, Ratingen 1964 (76 S., kart., 4,50 DM).

Der Verfasser setzt sich u. a. ausführlich mit dem Begriff der Macht auseinander, weil „in der heutigen Politologie ... die Definition der Politik als Machtkampf geradezu eine ‚Standarddefinition‘ (ist)“. (30 f) Macchiavelli habe in diesem Sinne als erster eine wertfreie Betrachtung des Phänomens „Politik“ anvisiert. „Ihn interessiert nicht, was Politik von ihrem Wesen her sei (metaphysisch), auch nicht, wie sie sein soll (ethisch), sondern wie sie sich faktisch ereignet“. (29) Die Konsequenzen aus Macchiavellis „Wendung“ zu den Fakten“ seien „bekannt: Politik und Ethik treten auseinander“. (33) Schön sieht nun aber die Ursache für diesen Auseinanderfall nicht im Zusammenhang mit der Entstehung der frühbürgerlichen Gesellschaft, sondern in etwas ganz anderem: „Der Positivismus Macchiavellis entspringt ... seiner tiefen Verachtung der Menschen und ist Ausdruck einer maßlos leidenschaftlichen, im politischen Kampf gescheiterten Existenz“. (33)

Dieser Trend, gesellschaftlich-historisch vermittelte Phänomene durch Personalisierungen oder durch die Einführung von Anthropologismen zu verschleiern, wird selbst dann noch deutlich, wenn Schön an sich begrüßenswerte Forderungen stellt. So sieht er zwar für

Politische Bildung und Politische Wissenschaft eine der entscheidenden Aufgaben darin, den Begriff „Macht“ zu entmythologisieren; der Weg jedoch, den er zur Erreichung dieses Ziels vorschlägt, dient eher der Konsolidierung des Gegenteils. Denn anstatt sich den auf konkreten gesellschaftlichen Interessen beruhenden politischen Konflikten zuzuwenden, zieht Schön es vor, den Begriff „Macht“ von der „höheren Warte“ her anthropologisch zu „erhellen“. Hat man dann erfahren, daß „anthropologisch... der Egoismus der Macht Genuß und Lust (ist), die Macht dem Menschen bereiten“ (39) und daß ferner die Versuchung der totalen Macht der „Hybris“ des Menschen entstammt, „die es nicht erträgt, außerhalb der eigenen Machtsphäre etwas anerkennen und hinnehmen zu müssen“ (39), fragt man sich, wie angesichts solcher ‚Erhellungen‘ jene „demokratisch-rechtsstaatliche Kontrolle der Macht“ (31), deren Voraussetzungen zu schaffen doch der Verfasser an anderer Stelle als einen entscheidenden Grund für die Notwendigkeit politischer Bildung eigens herausstellt, verwirklicht werden soll.

Aber anscheinend soll diese vom Verfasser zwar postulierte Grundfunktion der politischen Bildung realiter nicht so wörtlich genommen werden. Wenn Schön nämlich schreibt, politische Bildung sei „als Haltung eine Frage der Verantwortung für das, was kommt, für die Zukunft“ (41), so intendiert er doch nicht eine konkrete Zukunft, deren vernünftige Gestaltung das Infragestellen des gesellschaftlichen status quo und die Fähigkeit zur kritischen Einsicht in politisch-soziale Zusammenhänge und Konflikte zur Voraussetzung hat, sondern bloße „Haltung“. „Politische Bildung wird gelebt: sie wird vorgelebt und lebendig geübt werden müssen, um den Wert, um den es je geht, aufscheinen zu lassen“. (71)

Richard Saage (Frankfurt/M.)

Herkommer, Sebastian: Situation und Wirksamkeit politischer Bildung an Volksschulen (Diss. phil. Frankfurt/Main 1966), Darmstadt 1966 (189 S.).¹

Während seit langer Zeit Theorien und Vorschläge zur politischen Bildung am laufenden Band produziert werden, blieb die Frage nach Leistung und Auswirkung des politischen Unterrichts unbeantwortet und der Spekulation überlassen. Erst in den letzten Jahren kümmerten sich Soziologen — vor allem des Frankfurter Instituts für Sozialforschung — in zunehmendem Maße um eine empirisch belegte Leistungskontrolle politischer Bildung. Daß eine fundierte Kritik des politischen Unterrichts bei vielen Praktikern und nicht wenigen Theoretikern wenig Gegenliebe findet („Wo bleibt das Positive?“) sollte niemanden beirren. In der heutigen Situation kann eine grundlegende Verbesserung nur noch erreicht werden, wenn mit sozial-

1 Die Arbeit ist neuerdings veröffentlicht in: Egon Becker, S. Herkommer, J. E. Bergmann: „Erziehung zur Anpassung? Eine soziologische Untersuchung der politischen Bildung in den Schulen“, Wochenschau-Verlag, Bad Schwalbach 1967.

wissenschaftlicher Methode die Fehler im Sozialkundeunterricht und ihre Ursachen erforscht werden.

Herkommer geht in seiner Studie aus von den in offiziellen Bildungsplänen der Ministerien und den Empfehlungen der Kultusminister gesteckten Ziele des politischen Unterrichts und versucht festzustellen, ob und inwieweit es Sozialkunde vermocht hat, „bei den Schülern der Volksschule Ansätze dafür zu schaffen, daß sie später zu selbständigen politischen Urteilen in der Lage sind“. (28) Schülerbefragungen in 22 Abschlußklassen in Hamburg und Frankfurt werden ergänzt durch Unterrichtsbesuche, Klassenbuchanalysen und Interviews mit Lehrern, Schulleitern und Experten. Am Anfang der Studie steht ein ebenso kurzer wie ausgezeichnete Überblick über die theoretische Diskussion der politischen Bildung seit 1949, d. h. von der Partnerschaftstheorie Oetingers bis zur Hypostasierung der Kategorien des Konflikts (im Anschluß an Dahrendorf) und zur neuerdings auch im Bereich politischer Pädagogik aufkommenden nationalistischen Welle, deren Zentrum das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung ist (Raasch, Lemberg).

Herkommer selbst bekennt sich zu einer kritisch-aufklärenden politischen Bildung, deren Aufgabe die kritische Durchdringung der konkreten Gesellschaft und ihrer objektiven Entwicklungstendenzen ist (27), die politische Phänomene als gesellschaftliche begreift und also mehr ist als eine „bloß formale Unterrichtung über die Institutionen der Demokratie“ oder nur in „moralischen Ermahnungen zu staatsbürgerlicher Gesinnung“ besteht (27). Die Ergebnisse der Schülerbefragung zeigen, daß es dem Sozialkundeunterricht weder gelingt, politisches Interesse zu wecken, noch ausreichende Sachkenntnisse zu vermitteln. Für das politische Interesse der Schüler ist die politische Aufgeschlossenheit des Elternhauses bzw. die soziale Herkunft ausschlaggebend. Bei mitgebrachtem Interesse kann ein guter Sozialkundeunterricht verstärkend wirken, fehlendes Interesse kann er nicht vermitteln. Auch der Wissensstand der Schüler ist von der Qualität des Unterrichts abhängig, insgesamt ist selbst das formale Wissen über Verfassungseinrichtungen und politische Institutionen oberflächlich und punktuell „und dürfte kaum ausreichen... ein erstes Verständnis der politischen Wirklichkeit (zu) erschließen.“ (77). An Mädchenschulen ist das Wissen gleich Null.

Ein Verständnis der Demokratie und ihrer Einrichtungen wird nicht erreicht; allerdings zeigen die Antworten der Schüler weniger „bewußt antidemokratische Einstellung“ als vielmehr „unpolitisch angelerntes Ordnungsdenken“ (84). Die „Erziehung zu demokratischer Haltung und Gesinnung“, die bei vielen Lehrern noch immer als Kern politischer Bildung angesehen wird, bleibt ebenfalls erfolglos; ja sie scheint eher ein undemokratisches Bewußtsein zu bewirken; jedenfalls weist das Bestehen einer negativen Korrelation zwischen der „Informiertheit über demokratische Institutionen“ und einer „demokratischen Haltung“ darauf hin (S. 104/105, Tab. 38). Die Behandlung des Nationalsozialismus im Unterricht bleibt offensichtlich ebenfalls ohne Ergebnis.

Zusammenfassend stellt Herkommer fest, daß die Mehrzahl der Volksschüler befangen bleibt in der „Fremdheit gegenüber allem Politischen“ (110). Einem niedrigen Informationsniveau entspricht die „unkritische Anpassung an die herrschenden Interpretation von Demokratie“ (111). Die Ursachen für den geringen Erfolg politischen Unterrichts in der Volksschule sieht Herkommer — neben objektiv-gesellschaftlichen Faktoren — vor allem in der unbefriedigenden Unterrichtspraxis bzw. in der mangelnden wissenschaftlichen Qualifikation der Lehrer.

Im zweiten Teil der Studie wird untersucht, inwieweit das unpolitische Verhalten und das Desinteresse der Schüler auf unpolitische Lehrer zurückzuführen ist. Das Ergebnis ist noch bestürzender als das des ersten Teils. Zwar bestehen erhebliche Unterschiede in der Einstellung und der Qualifikation der Lehrer, aber auch für die als „interessierte Lehrer“ bezeichneten scheint stereotypes Denken kennzeichnend zu sein (121 ff.). Blinder Antikommunismus, d. h. vollständige Anpassung an die herrschende Ideologie ist verbunden mit Bejahung des status quo und einer mittelständischen Gemeinschaftsideologie, deren Funktion kritiklose Anpassung ist.

Die „Aversion gegenüber dem Politischen, Parteipolitischen“ (124) führt zum Umgehen des Politischen, zu Schwarz-Weiß-Malerei und zur Idealisierung der Gesellschaft als „Gemeinschaft“ (127). Entsprechend den mittelständischen Bewußtseinsstrukturen der Lehrer fehlt auch weder die Ideologie der Familie als der Urzelle der Gesellschaft, noch die übliche Simplifizierung und Psychologisierung bzw. Personalisierung politischer Tatbestände und die kleinbürgerliche Gewerkschaftsfeindlichkeit. Die Auswirkungen der mittelständischen Herkunft des heutigen Lehrers werden verstärkt durch die mangelnde Ausbildung und ein Festhalten an dem „unpolitischen Ideal der humanistischen Bildungstradition“ (130). Wie bei den Schülern geht auch bei den Lehrern die Toleranz über „den engen Spielraum offizieller politischer Doktrin“ (130) nicht hinaus.

Zum konformistisch-unpolitischen Bewußtsein der Lehrer kommt nicht selten ein Druck der sog. öffentlichen Meinung und ihre ungesicherte Position gegenüber Rektor, Schulbehörde und lokalen Machtgruppen. Nicht zuletzt die fehlende wissenschaftliche Ausbildung setzt die Lehrer dem Zwang zur Anpassung aus. Allerdings wird ihnen der Mangel einer gesellschaftswissenschaftlichen Spezialausbildung nicht bewußt — man versteht sich als „Pädagoge“, nicht als „Wissenschaftler“.

Diese Ergebnisse, die mit denen anderer Untersuchungen und mit vielen Beobachtungen weitgehend übereinstimmen, führen zu der berechtigten *Schlußfolgerung*, daß eine grundlegende Verbesserung der politischen Bildung an den Volksschulen kaum möglich ist, so lange nicht die Sozialkundelehrer eine gründliche gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung bekommen. Herkommer betont daher zu recht, daß „bei allen Versuchen zur Verbesserung der politischen Bildung eine umfassende Reform der Lehrerbildung“ zu geschehen habe (146).

Rolf Schmiederer (Marburg)

V. Ökonomie

Jochimsen, Reimut: Theorie der Infrastruktur. Grundlagen der marktwirtschaftlichen Entwicklung. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1966 (223 S., Ln., 38,50 DM).

Die wirtschaftliche Entwicklung von schwach entwickelten Ländern ist nur dann aus einem *circulus vitiosus* von „Quasi-Stagnation“ zu befreien, wenn die sogenannte Infrastruktur entfaltet wird. Infrastruktur kann als „Summe der materiellen, institutionellen und personalen Einrichtungen und Gegebenheiten definiert (werden), die den Wirtschaftseinheiten zur Verfügung stehen...“ (100) Dazu gehören als Teile der materiellen Infrastruktur („Sozialkapital“) das Verkehrswesen, die Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwärserbeseitigung, Telekommunikation; als Teile der institutionellen Infrastruktur die Vertrags-, Eigentums-, Erb-, Berufsordnung und die „geltende Koalitionsfreiheit“ (?); die personale Infrastruktur bezeichnet den Komplex „human capital“. Da zur Erstellung vor allem der materiellen und personalen Infrastruktur in der Regel umfangreiche, langfristig wirksame Investitionen erforderlich sind, ist der Marktpreis der Gegenwart „nicht die geeignete Grundlage, die jetzigen Investitionen an der größten langfristigen, dynamischen Ausbeutung der Wachstums- und Integrationsmöglichkeiten zu orientieren“. (48) Außerdem wirken die Investitionen in die Infrastruktur wegen ihres ökonomischen Gewichts einmal auf die langfristigen Preisrelationen, zum andern gehen von infrastrukturellen Einrichtungen „externe Effekte“ aus, also Vor- und Nachteile, die von den wirtschaftenden Einheiten im Produktionspreis nicht entgolten werden müssen (beispielsweise die bessere Qualifikation der Arbeitskraft, die den Unternehmen zugute kommt und keinen Extrapreis hat).

Wegen des Versagens des Marktmechanismus kommt folglich für eine Infrastrukturpolitik in der Regel nur die „zentralstaatliche Koordination“ (214) in Frage. Dabei sollte aber die „Präsenz des Staats‘ rationell gestaltet“ (215) werden. Jochimsen stellt dafür vier Regeln auf, wovon die erste lautet: „Der Staat sollte nicht Ersatz für die Betätigung privater Wirtschaftseinheiten sein, sondern im Gegenteil nur Vorbedingung und Rahmen für ihre Entfaltung.“ (215) Eine Theorie der Infrastruktur, die in solchen politischen Ratschlägen kulminiert, bedarf der kritischen Überprüfung. Denn so oder ähnlich lauten auch die Regeln, an denen sich die meisten schwach entwickelten kapitalistischen Länder der 3. Welt orientieren und trotzdem nicht aus dem *circulus vitiosus* der Quasi-Stagnation herauskommen.

Die *crux* der Infrastruktur besteht darin, so schreibt Paul A. Baran in der „Political Economy of Growth“ (193), daß die „auxiliary facilities‘ zumeist niemandem sonst hilfreich sind als dem ausländischen export-orientierten Geschäft...“ In Ländern, die in politischer und ökonomischer Abhängigkeit von hochentwickelten kapitalistischen Staaten (USA, Westeuropa) gar nicht in der Lage sind, nennenswerte

einheimische „private Wirtschaftseinheiten“ hervorzubringen, läuft die Befolgung der Regel Jochimsens darauf hinaus, daß Infrastruktur Vorbedingung und Rahmen der Entfaltung ausländischer privater Wirtschaftseinheiten wird. Daher wird — auch im Rahmen der sogenannten Entwicklungshilfe — an Infrastrukturmaßnahmen regelmäßig an erster Stelle ein Hochseehafen und ein darauf orientiertes Eisenbahnnetz errichtet. Privatwirtschaftlich unrentable Investitionen vor allem in die personale Infrastruktur werden dagegen regelmäßig unzureichend erstellt, da dazu wiederum hinderliche Sozialstrukturen (Feudalismus, Sippenverbände) beseitigt werden müßten. So gibt auch J. den — allerdings nicht weiter ausgeführten — Hinweis: „Institutionelle Infrastruktur heißt hier institutionelle Reformen!“ (205)

Das Buch ist aus der Habilitationsarbeit hervorgegangen und reproduziert eine viel geübte Tradition, mehr oder weniger fundierte wissenschaftstheoretische, methodologische Ausführungen der eigentlichen Analyse (die bei J. erst auf S. 87 beginnt) voranzustellen, extensiv zu zitieren, Abschweifungen in ökonomische Randgebiete wie Recht, Soziologie zu machen. Das Buch erhält dadurch manchmal einen eklektischen Zug. Aber trotz der Bemühungen, möglichst vollständig zu erscheinen, fehlt beispielsweise in den umfangreichen Literaturverweisen Paul A. Barans wichtige Schrift über wirtschaftliches Wachstum. Diese an sich nicht wichtige Erscheinung ist Ausdruck des grundsätzlichen Mangels des Buches: Eine Theorie der Infrastruktur im Rahmen der „Grundlagen der marktwirtschaftlichen Entwicklung“ muß allein schon deshalb auf Schwierigkeiten stoßen, weil erklärtermaßen die Marktwirtschaft auf dem Sektor Infrastruktur versagen muß. Wenn aber dann keine über die „Marktwirtschaft“ hinausweisende Lösungsmuster theoretisch-praktisch formuliert werden, können die Schlußfolgerungen der Theorie nur in normativem Gewand das positiv Gegebene widerspiegeln oder in Banalitäten ausmünden: der Staat sollte die Grundlagen für private Wirtschaftstätigkeit errichten, sollte seine Tätigkeit im Zeitablauf immer wieder überprüfen; es gilt, „die unternehmerische und organisatorische Disposition einschließlich des Antriebs zur Innovation“ (199) zu wecken usw.

Dennoch: Wie beinahe jedes bürgerlich-ökonomische Buch bietet auch J. partiell brauchbare Analysen. Dazu gehören vor allem die Ausführungen über externe Effekte, die Systematik der Infrastruktur und der allerdings formalistische Integrationsbegriff.

Elmar Altvater (München)

Wiles, P. J. D.: *The Political Economy of Communism*, Basil Blackwell, Oxford 1964 (first printed 1962) (404 S., Ln., 42s (25,20 DM)).

Im Gegensatz zu den Neoliberalen, die als systemspezifische Kategorien Markt bzw. Plan begreifen (daher „freie Verkehrswirtschaft“ und „Zentralverwaltungswirtschaft“), bleibt Wiles' Sozialismus-De-

definition der Eigentumsordnung verhaftet. „Our definitions of socialism and capitalism are exceedingly simple: public or private ownership respectively of the means of production. No apology is made for this: it is quite certainly the only logical and useful distinction.“ (S. 3) Diese „allein brauchbare und logische Unterscheidung“ wird aber sogleich verwischt, wenn sage und schreibe zehn unterschiedliche Eigentums- und sieben unterschiedliche Allokationsmodelle aufgestellt werden. Vom individuellen Eigentum an Produktionsmitteln über Managerkapitalismus, Managersozialismus, Staatssozialismus, Konsumgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften, Syndikalismus, Munizipalsozialismus, Volkskommunen bis zum Vollkommunismus werden alle Möglichkeiten durchgespielt. Das gleiche gilt für Allokationsmethoden. Die Bandbreite reicht von vollkommener zentraler Planung in physischen Größen über vollkommen zentrale Planung in Geldeinheiten, zentralisierte Marktwirtschaft, „invertierte“ zentralisierte Marktwirtschaft, kapitalistische Kriegswirtschaft, volle Marktwirtschaft bis zur regulierten Marktwirtschaft.

Bereits E. Heimann hat 1932 vier Modelle dieser Art gebaut, indem er aus den Kategorien Privateigentum, Kollektiveigentum, Markt und Plan vier Kombinationen erstellte vom zentral gelenkten Kapitalismus bis zur sozialistischen Marktwirtschaft. Bei Wiles wird die Modellbasterei aber so sehr auf die Spitze getrieben, daß die einzelnen Modelle sich nur mehr teilweise als operational erweisen. Der Hauptfehler ist dabei methodischer Art: Wiles entwickelt seine Modelle abstrakt ohne exakte historische Bezüge vor der eigentlichen Analyse der „Political Economy of Communism“.

Die Position von Wiles liegt dabei ganz auf traditioneller Linie der offiziellen Ostforschung. Für Wiles sind Mao, Stalin, Tito utopische Sozialisten, „imposing their Icarias not on a few volunteer but on a many captive millions“ (S. 2); Lenin und seine Nachfolger sind „executives of the prophet Marx“ (S. 49), die nicht-kommunistischen Wirtschaften sind zwar nicht vollkommen rational, doch sind sie „still much superior to a (non-Yugoslav) Communist economy.“ (S. 95, Hervorhebung von Wiles) Diese fossile Position ermöglicht es Wiles zwar, manche Details brauchbar zu analysieren, so in manchen Passagen der Kapitel über Preisbildung, über die Dezentralisierungsprobleme, über Wachstumsprobleme. Die Grundfragen einer „Political Economy of Communism“ müssen Wiles aber verschlossen bleiben. Mit Kategorien der bürgerlichen Ökonomie sind die grundsätzlich anderen Problemkomplexe der sozialistischen Wirtschaft nur mehr teilweise in den Griff zu bekommen.

„Das Buch ist für Undergraduates ungeeignet“, schreibt Wiles im Vorwort. Dem wäre hinzuzufügen: Das Buch ist zur Analyse der „political Economy of Communism“ ungeeignet. Die politische Ökonomie des Kommunismus (richtiger: des Sozialismus!) muß erst noch — nach den Ansätzen bei Oskar Lange, auf die sich Wiles nicht bezieht — geschrieben werden.

Elmar Altvater (München)

Kaiser, Joseph H., u. a.: Planung I. Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1965 (424 S., Ln., 25,— DM).

ders.: Planung II. Begriff und Institut des Plans. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1966. (350 S., Ln., 35,— DM).

Bei den von Joseph Kaiser (Freiburg) herausgegebenen Bänden handelt es sich um eine Sammlung von Abhandlungen über sehr interessante Detailspekte verschiedener Arten von Planung. Diese Detailabhandlungen halten sich grundsätzlich an die Fiktion der „Wertfreiheit“ und beschränken ihre Aussagen auf das rein Ökonomisch-technische bzw. das Rechtstechnische. So ist denn Kaisers eigenes einleitendes „Exposé einer pragmatischen Theorie der Planung“ nahezu die einzige Stelle, an der zu grundsätzlichen Fragen Stellung genommen wird. Schon der Titel des Exposés deutet an, worauf die ganze Sache angelegt ist: Man gibt sich „pragmatisch“. Damit trägt man einerseits den Notwendigkeiten der spätkapitalistischen Gesellschaft Rechnung, die der Planung (z. B. Wirtschaftsplanung) zu ihrer Erhaltung bedarf, und kann andererseits auf eine analytische Theorie verzichten.

Im Verhältnis zu den in der BRD noch bis vor kurzem vorherrschenden Tendenzen will schon die Erkenntnis, daß es nicht auf das o b der Planung ankomme, sondern darauf, w e r plane, (vgl. den Beitrag von Ipsen, S. 47), avantgardistisch erscheinen. So braucht sich Kaiser bis zu der Frage, ob und wieweit der Staat (a) direkt als Instrument der herrschenden Klasse und/oder (b) als teilweise selbstständige Bürokratie als Plansubjekt auftritt, nicht vorzuwagen. Statt dessen wird eine idealistische „Antiideologie“ entwickelt: „Planungsideologien und antiplanerische Affekte haben gemeinsam, daß ihnen ein Überschuß an apriorisch gefaßten Überzeugungen eigen ist, für die ein rationale Wirtschaftsbetrachtung keine Rechtfertigung erbringt“ (Kaiser, S. 17 f.).

Wie sehr die Kaisersche Konzeption selbst Ideologie ist, zeigt sich daran, daß sein Exposé eine konsequente Apologetik einer sogenannten „rationalen“ Planung (ausgerichtet an dem Gemeinwohl) ist, die sich „entschieden ab(-hebt) von den Emotionen, Taktiken und unsachlichen Ambitionen des parteipolitischen Kleinkriegs; nicht der Kampf um die Macht, sondern — man ist versucht zu sagen: die Natur der Sache — setzt die Maßstäbe“ (S. 18). Es handelt sich also um nichts weniger, als die Beschwörung der sogenannten „formierten Gesellschaft“ der Industrieideologen, freilich mit dem ausdrücklichen Anspruch, antiideologisch zu sein. Der Begriff der formierten Gesellschaft taucht im ersten Band nicht auf.

Andererseits lassen die — pragmatisch gefundenen — Schlußfolgerungen auch nichts an Klarheit zu wünschen übrig, wenn Kaiser schreibt, daß die Planung „korporative Züge“ trage. „Die Planung fördert dadurch die Verbandsorganisation, ermutigt Gruppenbildung, Konzentration und Kartellierung, s o w e i t s i e d e m P l a n d i e n-

lich sind (Hervorhebung von mir. HH). Der Anspruch der Gewerkschaften, nach wie vor unabhängig vom Plan, frei und gegebenenfalls mit der Waffe des Streiks Lohnpolitik zu treiben, ist ein Störungsfaktor in diesem System, der nur ausgeräumt werden könnte, wenn es gelänge, den Plan auch auf die Entwicklung der individuellen Einkommen auszudehnen“ (S. 26 ff.).

Soweit in den einzelnen Beiträgen am Rande eine grundsätzliche Frage aufgeworfen wird, ergibt sich das gleiche Bild: Auf die Frage eines Zuhörers, ob nicht schon die Teilnahme der Unternehmer an der Aufstellung des Plans ein kartellrechtlich bedenklicher Tatbestand sei, gibt Arwed Deringer („Der Einfluß des Plans auf den Wettbewerb“) die entwaffnende Antwort: „Wenn die Mitwirkung auf einem Gesetz beruht, ist damit ein etwaiger Verstoß gegen das nationale Kartellrecht gedeckt“ (S. 353).

Die wichtigeren Einzelbeiträge befassen sich unter anderem mit verfassungsrechtlichen Fragen einer zentralen Planung, mit rechtlichen Fragen der Planungen in verschiedenen Ländern (darunter auch DDR (M. Bullinger, Freiburg) und CSSR (Victor Knapp, Prag)), mit der Planung auf EWG-Ebene, dann wieder mit der Planung von wichtigen Einzelbereichen (Energie, Bildung, Forschung). Schließlich wird auch der Planung der Außenpolitik Aufmerksamkeit geschenkt.

Obleich der zweite Band einen anderen Untertitel trägt („Begriff und Institut des Plans“) ist er eine Fortsetzung des ersten Bandes unter anderem mit weiteren Beiträgen über die Planung in verschiedenen Ländern (Frankreich, Italien, Japan); andere Beiträge betreffen wieder Spezialfälle (das niederländische Raumordnungsgesetz, Planung im Hochschulbereich, militärische Planung).

Abgesehen, davon, daß hier auch wieder eine Ansammlung von Details gegeben wird ist die Qualität der Beiträge überaus unterschiedlich. Der Präsident des Bundeskartellamts philosophiert in einem sehr dürftigen Aufsatz unter anderem über die Marktwirtschaft als „Wahlurnenprinzip“ und kündigt zum Schluß ein happy end zwischen Marktwirtschaft und Planung an („Das GWB als Instrument der planenden Verwaltung“).

Ich möchte allerdings betonen, daß ein großer Teil der Beiträge für den Fachmann und interessierten Laien eine ganze Reihe von Tatsachen vermittelt, die in erster Linie Formen und Methoden der Planung, ihre historische Entwicklung und die Stellung der Planung in der bürgerlichen Rechtslehre betreffen.

Interessant ist der in einigen Teilen durchaus mit einigem kritischem Abstand geschriebene Artikel von Sabino Cassese über die italienische Planung. Er gibt einen Einblick in die praktischen Probleme, denen sich eine Planung unter kapitalistischen Verhältnissen gegenüber sieht (z. B. S. 230).

Auch diesem zweiten Band hat Kaiser einen Grundsatzartikel vorgestellt, der nur all die Schlüsse, die man bereits im ersten Band ziehen konnte, vollauf bestätigt. Er beruft sich jetzt ausdrücklich auf Erhards Regierungserklärung vom 10. 11. 1965 und verwendet hier

auch den Begriff der formierten Gesellschaft. „Seine (des Plans, HH.) Funktion ist nicht, die freiheitliche Gesellschaftsordnung zu beeinträchtigen, sondern zu gewährleisten.“ (S. 13). Damit fällt dann auch endgültig die Fiktion der „Objektivität“ und „wertfreien Rationalität“.

Holger Heide (Kiel)

Arndt, Helmut: Die Konzentration der westdeutschen Wirtschaft, Politik in unserer Zeit 4, Neske Verlag, Pfullingen 1966 (91 S., brosch., 5,80 DM).

In dieser nützlichen kleinen Schrift werden einige wichtige Aspekte der Konzentration behandelt: Erscheinungsformen, Messung, Einflüsse auf die Wirtschaftsordnung, staatliche Aktivitäten in bezug auf die Konzentration. Man kann einige wichtige Daten zur Konzentration erfahren, auch von den Schwierigkeiten der Konzentrations-enquête in der BRD hören, die von Staatsverwaltung und Industrie erfolgreich torpediert werden konnte, so daß im Mai 1962 sechs Mitglieder der Enquête-Kommission — darunter auch Arndt — zurücktraten. Es wird auch u. a. von der Steuerrechtsprechung berichtet, die Konzentrationsprozesse begünstigt hat.

Der von den Neoliberalen bisher nicht gelöste Widerspruch, daß nämlich Leistungswettbewerb und Akkumulation von Profiten zum Wachstum der Unternehmenseinheiten und daher zur Aufhebung eben des Leistungswettbewerbs tendieren, wird auch von Arndt nicht als grundsätzlicher Widerspruch begriffen. Seine Therapie lautet vielmehr: Die Neoliberalen haben hauptsächlich an den Schutz der Konsumenten gedacht; es kommt aber ebensogut auf „den Schutz der leistungsfähigen und selbständigen Unternehmer vor Machtmißbrauch“ (83) an. Aus dem grundsätzlichen Einverständnis mit der Ordnung der „freien Unternehmer“ und der scharfen Kritik am „Mißbrauch wirtschaftlicher Macht“ folgt eine formal gut ausgearbeitete Unterscheidung von Leistungs- und „Ausbeutungswettbewerb“, in dem Unternehmer andere Unternehmer „ausbeuten“. Dieser „Ausbeutungswettbewerb“, der „Mißbrauch privater Macht“ ist aber zu verhindern. „Die Zukunft der freien Welt hängt von der Lösung dieser Aufgabe ab.“ (88) Wenn Arndt aber Leistungs- und „Ausbeutungswettbewerb“ nicht isoliert nebeneinander stellen würde, sondern zu vermitteln versuchte, dann würden Anerkennung privater Macht als wichtigste Institution der „freien Welt“ und Verdammung von Mißbrauch privater Macht nicht nur in der Wirklichkeit, sondern auch in der Theorie konfliktieren und zu anderen Lösungsmustern zwingen als Arndt sie vorlegt.

Elmar Altvater (München)

(Fortsetzung von der 2. Umschlagseite)

<i>Carnap, Rudolf</i> : Scheinprobleme in der Philosophie (<i>Schnädelbach</i>)	192
<i>Ruml, Vladimir</i> : Der logische Positivismus (<i>Schnädelbach</i>)	192
<i>Belke, Felicitas</i> : Spekulative und wissenschaftliche Philosophie (<i>Schnädelbach</i>)	193
<i>Hochgesang, Michael</i> : Mythos und Logos im 20. Jahrhundert (<i>Behrens</i>)	197
<i>Schwan, Alexander</i> : Politische Philosophie im Denken Heideggers (<i>Heidtmann</i>)	199
<i>Landmann, G. P. (Hrsg.)</i> : Der George-Kreis (<i>Gente</i>)	200
<i>Cioran, E. M.</i> : Lehre vom Zerfall (<i>Heidtmann</i>)	202
<i>Cioran, E. M.</i> : Geschichte und Utopie (<i>Heidtmann</i>)	202

II. Soziologie

<i>Kofler, Leo</i> : Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft (<i>Tiedemann</i>)	204
<i>Marcuse, Herbert</i> : Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus (<i>Altvater</i>)	206
<i>Hahn, Erich</i> : Soziale Wirklichkeit und soziologische Erkenntnis (<i>Bergmann</i>)	209
<i>Claessens, Dieter</i> : Status als entwicklungssoziologischer Begriff (<i>Horn</i>)	211
<i>Zoll, Ralf und Hans Jörg Binder</i> : Die soziale Gruppe (<i>Saage</i>)	213
<i>Bottomore, T. B.</i> : Elite und Gesellschaft (<i>Heymann</i>)	215
<i>McClelland, David C.</i> : Die Leistungsgesellschaft (<i>Czeskleba</i>)	216
<i>Bednarik, Karl</i> : Die Lerngesellschaft (<i>Benesch</i>)	219
<i>Hurwitz, Harold</i> : Der heimliche Leser (<i>Werth</i>)	221
<i>Albrechtová, Gertruda</i> : Zur Frage der deutschen antifaschistischen Emigrationsliteratur im tschechoslovakischen Asyl (<i>Voigt</i>)	221
<i>Klemperer, Victor</i> : Die unbewältigte Sprache (<i>Voigt</i>)	154
<i>Sternberger, Dolf, Gerhard Storz u. W. E. Süßkind</i> : Aus dem Wörterbuch des Unmenschen (<i>Voigt</i>)	154
<i>Murawski, Erich</i> : Der deutsche Wehrmachtbericht (<i>Voigt</i>)	154
<i>Wulf, Joseph</i> : Aus dem Lexikon der Mörder (<i>Voigt</i>)	158
<i>Berning, Cornelia</i> : Vom Abstammungsnachweis zum Zuchtwart (<i>Voigt</i>)	158

<i>Berning, Cornelia: Die Sprache des Nationalsozialismus (Voigt)</i>	158
<i>Dieckmann, Walther: Information oder Überredung (Voigt)</i>	161
<i>Weinrich, Harald: Linguistik der Lüge (Voigt)</i>	162
<i>Polenz, Peter von: Sprachpurismus und Nationalsozialismus (Voigt)</i>	162

III. Psychologie

<i>Schmidt, Gunter und Volkmar Sigusch: Zur Frage des Vorurteils gegenüber sexuell devianten Gruppen (W. u. F. Haug)</i>	223
<i>Comfort, Alex: Der aufgeklärte Eros (Gottschalch)</i>	225
<i>Wheelis, Allen: Wer wir sind und was uns bleibt (Gottschalch)</i>	226
<i>Lewis, Oscar: Pedro Martinez. Selbstportrait eines Mexikaners (Ständer)</i>	228

IV. Soziale Bewegung und Politik

<i>Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Parteien (Griepen- burg)</i>	230
<i>Link, Werner: Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) (Steinhaus)</i>	230
<i>Drechsler, Hanno: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SADP) (Steinhaus)</i>	230
<i>Tjaden, K. H.: Struktur und Funktion der „KPD-Op- position“ (KPO) (Steinhaus)</i>	231
<i>Lorenz, Richard: Anfänge der bolschewistischen Indus- trienpolitik (Meyer)</i>	234
<i>Naphtali, Fritz: Wirtschaftsdemokratie (Schubert)</i>	235
<i>Imperialismus und Weltanschauung (Hirschfeld)</i>	237
<i>Hallgarten, G. W.: Imperialismus vor 1914 (Boris)</i>	238
<i>Barrett Brown, Michael: After Imperialism (Boris)</i>	238
<i>Kettenbach, Hans Werner: Lenins Theorie des Imperialismus (Boris)</i>	238
<i>Woodruff, William: Impact of Western Man (Boris)</i>	238
<i>Guevara, Ernesto „Che“: Der Partisanenkrieg — eine Methode; Mensch und Sozialismus auf Cuba (Ahrweiler)</i>	244
<i>Furtak, Robert K.: Kuba und der Weltkommunismus (Steinhaus)</i>	245
<i>Nhat Hanh, Thich: Vietnam, Lotos in a Sea of Fire (Alsheimer)</i>	245